

**GELDSPAREN UND PRODUKTIVVERMÖGEN –
Möglichkeiten und Grenzen einer Beeinflussung der
personellen Vermögensbildung und der gesamt-
wirtschaftlichen Vermögensverteilung durch Sparen**

D i s s e r t a t i o n

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der

Johannes Gutenberg-Universität

in Mainz

zur Erlangung des Grades eines Doktors

der Staatswissenschaften

(Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt

Burghard Brock

1968

Digitized by the Internet Archive
in 2026

**GELDSPAREN UND PRODUKTIVVERMÖGEN –
Möglichkeiten und Grenzen einer Beeinflussung der
personellen Vermögensbildung und der gesamt-
wirtschaftlichen Vermögensverteilung durch Sparen**

D i s s e r t a t i o n

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der

Johannes Gutenberg-Universität

in Mainz

zur Erlangung des Grades eines Doktors

der Staatswissenschaften

(Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt

Burghard Brock



Hauptberichterstatter: Professor Dr. Werner Bosch

Mitberichterstatter: Professor Dr. Rudolf Meimberg

Tag der mündlichen Prüfung: 29. Mai 1968

Einführung: Die Problematik der vermögenspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik	1
I. Abgrenzung des Themas	6
1. Die Soziale Marktwirtschaft als Wertnorm für die Vermögenspolitik	6
2. Der Vermögensbegriff und die vermögenspolitische Zielsetzung	8
3. Zur Begründung der vermögenspolitischen Zielsetzung	12
4. Die Problemstellung der Untersuchung	15
5. Gang der Untersuchung	17
II. Die makroökonomische Verteilungstheorie als Grundlage der vermögenspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik	19
1. Die Verknüpfung zwischen Vermögensbildung und Einkommensverteilung	19
2. Die verschiedenen Ansatzpunkte der Verteilungstheorie	20
3. Grundzüge der Kreislaufanalyse und des makroökonomischen Verteilungsmodells von Kaldor	27
4. Die Einkommensverwendung als wesentlicher Faktor für die Einkommens- und Vermögensverteilung	33
5. Die Vermögenspolitik auf der Grundlage einer von der Einkommensverwendung ausgehenden gesamtwirtschaftlichen Verteilungstheorie	36

6. Kritik der theoretischen Ansätze zur Beeinflussung der Vermögensverteilung am Beispiel des Kaldor-Modells	40
a) Das Problem der Investitionsfunktion und die Interdependenz der einzelnen Größen	40
b) Die Aggregation der individuellen Sparquoten	45
c) Vermögensbildung - ein Problem "sozialer Klassen"?	49
ca) Die Berücksichtigung sämtlicher Kreislaufgrößen in der Verteilungstheorie	49
cb) Überschneidungen bei der Gruppenbildung	51
cc) Das Problem einer Disaggregation der Gruppen	54
cd) Makro- versus mikroökonomische Verteilungstheorie?	58
ce) Institutionelle Gruppenbildung als Lösung?	60
cf) Zusammenfassung und Ausgangspunkte für die weitere Untersuchung	63
d) Ein Kernproblem der Vermögenspolitik: Die Frage der Vermögensform	66
III. Das Geldsparen als Grundlage zur personellen Vermögensbildung	72
1. Die Erklärung und Wertung des Sparens in gesamtwirtschaftlicher Sicht	72
2. Die Aufteilung des individuellen Einkommens	78
a) Die verschiedenen Einkommensbegriffe	78
b) Konsum und Sparen	85
ba) Die Abgrenzung des Verbrauchs	85
bb) Das Eigenheim - Konsum oder Vermögen?	90
bc) Sparen als Restgröße	95
bd) Sparen und Geldvermögen	100

	Seite
3. Sparzwecke und Funktionen des Geldvermögens	103
a) Vermögensbildung als ein möglicher Sparzweck	103
b) Sparprozeß und Geldvermögensbestand	110
c) Die Vermögensfunktionen	114
4. Der Prozeß der Vermögensvernichtung	116
a) Entsparen für konsumtive Zwecke	116
b) Die Funktionen des Vorsorgevermögens	122
c) Geldvermögen und Inflation	126
5. Nochmals: Die vermögenspolitische Zielsetzung	141
6. Die Problematik einer dauerhaften personellen Geldvermögensbildung am Beispiel der Sparförderung in der Bundesrepublik	143
7. Die Bedeutung des Geldsparens für die Einkommens- und Vermögensverteilung	152
8. Zusammenfassung und offene Fragen	162
IV. Wirtschaftspolitische Konsequenz: Ansatzpunkte für eine gezielte Vermögenspolitik	167
1. Zwei Forderungen zur Vermögenspolitik	167
2. Zur Frage der Systematik vermögenspolitischer Maßnahmen	170
3. Möglichkeiten einer breiteren Streuung von Produktivvermögen	174
a) Formen des Produktivvermögens	174
b) Eine Vergrößerung des Kreises der Selbständigen als Lösung?	175

	Seite
c) Das Sparen in Beteiligungspapieren	179
d) Das Haus- und Wohnungseigentum	192
4. Private und öffentliche Vermögensbildung	195
5. Vermögenszuteilung und wirtschaftliche Mitbestimmung	215
a) Der "Investivlohn"	215
b) Wirtschaftliche Mitbestimmung	228
6. Ein Vorschlag zur staatlichen Sparförderung und Vermögenspolitik in der Bundesrepublik	235
a) Überblick	235
b) Die "Harmonisierung der Sparförderung"	242
c) Nochmals: Die Frage der Vermögensanlage	245
d) Ertragdenken und Vermögensstreuung	250
e) Das Problem der Sperrfristen	252
7. Ausblick: Widersprüche in der Vermögenspolitik	256

Einführung: Die Problematik der vermögenspolitischen
Diskussion in der Bundesrepublik

Der volkswirtschaftliche Bereich, dem die vorliegende Untersuchung zuzuordnen ist, stand - wie wohl kaum ein anderer Fragenkreis der Wirtschaftstheorie und -politik - in der Bundesrepublik während der letzten Jahre im Mittelpunkt einer breiten öffentlichen Diskussion. Trotz einer nicht geringen Anzahl inzwischen vorgelegter Veröffentlichungen und Pläne zum Problem einer breiteren Vermögensstreuung und der vorsichtigen Ansätze einer aktiven staatlichen Vermögenspolitik - mit einer Reihe zum Teil recht umstrittener und nur unzureichend koordinierter Maßnahmen - kann diese Diskussion noch keineswegs als abgeschlossen angesehen werden.

Die Wurzeln fast aller Beiträge zur Vermögenspolitik in der Bundesrepublik sind vorwiegend im sozial-ethischen Bereich zu suchen. Die Verflechtungen von Sozialpolitik und Vermögenspolitik sind unverkennbar. Bei nicht wenigen vermögenspolitischen Vorschlägen ist nur schwer zu entscheiden, ob sie weiter gehen als die Forderung nach konsequenter Fortsetzung einer nicht mehr zeitgemäßen Sozialpolitik mit anderen Mitteln.

Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob die bisherige vermögenspolitische Diskussion überhaupt hinsichtlich der Lösung von grundsätzlichen Fragen, wie vor allem der Ziele und Formen der Vermögensbildung, schon zu eindeutigen Ergeb-

nissen geführt hat - ganz abgesehen von weiteren Problemen, z.B. dem einer geeigneten Methodenwahl zur Durchführung vermögenspolitischer Maßnahmen. So besteht zwar über das grundlegende Ziel der Vermögenspolitik weitgehend Übereinstimmung: Der gegenwärtige Vermögensverteilungsablauf in der Bundesrepublik soll dergestalt geändert werden, daß eine breitere Streuung der Vermögen erreicht wird als bisher. Gemessen an den Gliederungskriterien der Verteilungslehre wird jedoch deutlich, daß hinter dieser allgemeinen Zielsetzung mehrere Fragestellungen nebeneinander stehen, die eindeutig voneinander abgegrenzt werden müssen. So kann einmal eine Änderung der bestehenden personellen Vermögensverteilung angestrebt werden, d.h. eine künftig gleichmäßigere Verteilung des Volksvermögens auf die Zahl der Wirtschaftssubjekte. Ferner kann die Frage nach den Quellen der (den bestehenden Vermögen zugrunde liegenden) Einkommen in den Vordergrund gerückt werden, die sogenannte funktionelle Verteilung, und folglich das Ziel, denjenigen Wirtschaftssubjekten, die bisher lediglich Einkommen aus der Funktion Arbeit bezogen haben (Lohn), auch die Einkommensquelle Kapital zu erschließen. Beide Ziele können sich ergänzen und überschneiden. Sie sind jedoch keineswegs identisch; denn während die erste Fragestellung auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte abstellt, unabhängig davon, aus welchen Quellen ihnen bisher Einkommensteile zugeflossen sind, zielt die zweite auf einen begrenzten Personenkreis, der nur aus einer bestimmten Quelle Einkommen bezieht.

Auf der Grundlage der makroökonomischen Verteilungstheorie, die eine Bestimmung der Anteile großer Gruppen am Volkseinkommen und -vermögen in den Mittelpunkt der Analyse stellt, sind darüber hinaus weitere Fragestellungen wichtig. Man fragt nicht mehr nach dem Einkommen oder Vermögen des Einzelnen oder den Quellen des Einkommens, sondern nach den Quoten der "Selbständigen" und "Unselbständigen", der "Unternehmer" und "Nichtunternehmer". Basierend auf dieser Quotenarithmetik und ausgehend von einer weitgehend sozial-ethischen Motivierung wird die vermögenspolitische Diskussion in der Bundesrepublik in steigendem Maße beherrscht von der Forderung nach einer Änderung der Vermögens-Verteilung "sozialer Gruppen". Dabei lassen sich insofern Kriterien der funktionellen Theorie erkennen, als gefordert wird, die Bildung ertragbringenden Vermögens in Arbeitnehmerhand zu gewährleisten.

Es zeigen sich somit auch hier enge Berührungspunkte mit den anderen möglichen Fragestellungen innerhalb des grundlegenden vermögenspolitischen Zieles. Hier dürfte eine wesentliche Ursache dafür liegen, daß eine klare Differenzierung kaum für notwendig gehalten wird. Gleichzeitig ist jedoch ersichtlich, daß bei einer Gruppierung in "soziale Gruppen" z.B. das Kriterium "Arbeitsvertrag" noch gar nichts darüber aussagt, ob sein Inhaber ein hohes oder niedriges Einkommen hat, ob er kein oder aber beträchtliches Vermögen besitzt und damit über nur eine oder mehrere Einkommensquellen verfügt. Andererseits läßt die Klassifizierung

"Unternehmer" nicht erkennen, ob der betreffende "Selbständige" sein Einkommen nicht überwiegend aus eigener Arbeitstätigkeit bezieht - man denke z.B. an den "Freien Beruf" einer Hebamme oder an zahlreiche Kleingewerbetreibende - und ob sein Vermögen im Einzelfall nicht bedeutend geringer ist als das eines "Arbeitnehmers".

Je mehr sich die vermögenspolitische Diskussion in der Bundesrepublik auf die Konfrontierung der sozialen Gruppen "Arbeitnehmer" und "Unternehmer" verlegt, desto mehr berechtigt muß die Frage erscheinen, ob die Ergebnisse der neueren makroökonomischen Verteilungstheorie nicht aus mikroökonomischer Sicht einiger wesentlicher Ergänzungen bedürfen.

Eine derartige Untersuchung macht jedoch die Klärung einer Reihe weiterer Probleme erforderlich. Vor allem rückt die Frage in den Mittelpunkt, welche Vermögensarten oder -formen breiter gestreut werden sollen. Dabei muß von folgenden Gesichtspunkten ausgegangen werden: Die Bildung von Vermögen ist grundsätzlich allein aus demjenigen Teil des Gesamt-Einkommens des Einzelnen möglich, der nicht in den Konsum fließt. Hinsichtlich der möglichen Methoden einer aktiven Vermögenspolitik lassen sich jedoch in der bisherigen Diskussion vor allem zwei Richtungen unterscheiden. Die eine will die Fähigkeit zur Vermögensbildung fördern und verlangt eine Erhöhung der Arbeitnehmereinkommen - wobei die Einkommensgrenze, von der ab Vermögen gebildet

werden kann, von den einzelnen Interessengruppen unterschiedlich hoch angesetzt wird. Die andere knüpft bei der Einkommensverwendung an und fordert Anreize, um die Willigkeit oder Bereitschaft zur Vermögensbildung zu heben.

Dabei ist nun vielen vermögenspolitischen Vorschlägen und den meisten Maßnahmen gemeinsam, daß sie - gestützt durch die Ergebnisse der makroökonomischen Verteilungstheorie - beim Geldsparen ansetzen, d. h. eine ganz bestimmte Vermögensform in den Vordergrund rücken. Diese Vorschläge gehen völlig zu Recht davon aus, daß Vermögensbildung bei den meisten Wirtschaftssubjekten nur mit dem Sparsbuch beginnen kann. Dennoch ist damit noch keineswegs die entscheidende Frage beantwortet, ob eine - z.B. staatliche - Förderung gerade dieser Vermögensform hinsichtlich des grundlegenden Zieles einer Verteilungskorrektur des Volkseinkommens als erfolgversprechend anzusehen ist.

I. Abgrenzung des Themas

1. Die Soziale Marktwirtschaft als Wertnorm für die Vermögenspolitik

Bei der vorliegenden wirtschaftspolitischen Untersuchung beziehen wir uns auf die Wirtschaftsordnung und die Vermögenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Grundsätzlich können in der vermögenspolitischen Diskussion hinsichtlich der Frage, welche ordnungspolitische Konzeption einer Vermögenspolitik als Wertnorm zugrundegelegt werden soll, mit Fandré vier Parteien unterschieden werden: "Anhänger einer weitgehend dem Typ der freien Verkehrswirtschaft entsprechenden Konzeption, Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft, Befürworter einer vom freiheitlichen Sozialismus konzipierten Wirtschaftsordnung und Verfechter einer der Zentralverwaltungswirtschaft nahekommenden Ordnung", ¹⁾ wobei auch Fandré auf die Vereinfachung der differenzierten Wirklichkeit durch eine derartige Schematisierung hinweist. ²⁾ Sie erscheint jedoch insofern gerechtfertigt, als auch in der vermögenspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik so zahlreiche

1) Fandré, Helmut, Zum Problem der Streuung des Eigentums an Unternehmungen, Ein Beitrag zur Systematisierung der Miteigentumsdiskussion, Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Heft 15, Berlin 1961, S. 126 f.

2) Fandré, Helmut, a.a.O., S. 125

unterschiedliche Betrachtungsweisen und Wertvorstellungen aufeinandertreffen, daß bei einer Analyse dieser Probleme auf weitgehende Vergrößerungen nicht verzichtet werden kann.

Wenn wir im folgenden von der in der Bundesrepublik konstituierten marktwirtschaftlichen Ordnung ausgehen, so muß auf eine nähere Untersuchung der verschiedenen Kriterien verzichtet werden, die eine "Wettbewerbswirtschaft" im Vergleich zur "Zentralverwaltungswirtschaft" charakterisieren.³⁾ Es mag der Hinweis genügen, daß die "Soziale Marktwirtschaft" in der Bundesrepublik nur eine der möglichen Ausgestaltungen eines marktwirtschaftlichen Systems darstellt.⁴⁾ In Anlehnung an Pohmer sollen zur Abgrenzung der Sozialen Marktwirtschaft drei entscheidende Charakteristika angeführt werden: 1. Die private Wirtschaftsführung dominiert, wobei die Freiheit unternehmerischer Maßnahmen gewährleistet ist. 2. Die Unternehmer sind bereit, Risiko zu übernehmen. 3. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht - und damit die Möglichkeit zur Besei-

3) Vgl. dazu: Eucken, Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Auflage, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1959; Bosch, Werner, Marktwirtschaft-Befehlswirtschaft, Ein Vergleich der Wirtschaftsordnungen in West- und Mitteldeutschland, Heidelberg 1960

4) Die Kennzeichnung "Sozialstaat" ist dabei nicht identisch mit den Begriffen "Wohlfahrts- und Versorgungsstaat". Der Sozialstaat soll lediglich - bei Garantie des Privateigentums - der Staat aller Bevölkerungsschichten sein; siehe Geiger, Willi, Eigentums-garantie und sozialer Rechtsstaat, in: Eigentum und Eigentümer unserer Gesellschaftsordnung, Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Köln/Opladen 1960, S.199 f.

tigung der Freiheit aus dem System selbst - wird verhindert.⁵⁾

Unter Zugrundelegung dieser Merkmale gehen wir in unserer Arbeit von der Ordnungsform der Sozialen Marktwirtschaft als Wertnorm für vermögenspolitische Maßnahmen und Vorschläge aus.

2. Der Vermögensbegriff und die vermögenspolitische Zielsetzung

Der Begriff "Vermögen" wird in der Literatur nicht einheitlich interpretiert. Bosch weist darauf hin, daß die Vermögensdefinition der Rechtswissenschaft - Inbegriff von Rechten an wirtschaftlichen Gütern und Pflichten daraus - für die mit dem Problem der Vermögensstreuung zusammenhängenden Fragen nicht ausreicht.⁶⁾ Er fragt daher nach dem ökonomischen Inhalt des Wortes "Vermögen" und differenziert zwischen den Vermögenszwecken, den Vermögenseigenschaften, den Arten der Vermögensanlagen, den Vermögensinhabern und der Vermögensentstehung.⁷⁾ Ähnlich geht Molitor vor, wenn er das zu erfassende gesamtwirtschaftliche Vermögensvolumen im Hinblick auf den Personenkreis, die Vermögensarten und die möglichen Bewertungen

5) Pohmer, Dieter, Zur Abstimmung des Steuersystems auf die Wirtschaftsordnung, in: Finanzarchiv, N.F. Bd. 15, 1954/55, S. 375

6) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, Eine Betrachtung über die Grundlagen der Vermögenspolitik, Heidelberg 1965, S. 14 ff.

7) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 16 ff.

des Vermögens abgrenzt. ⁸⁾

Andere Autoren versuchen, die für eine Vermögenspolitik relevanten Kriterien des Begriffes zusammenzufassen.

Thissen lehnt sich eng an die rechtswissenschaftliche Definition an, wenn er Vermögen als "die in Geld schätzbare Gesamtheit der in der Verfügungsgewalt ⁹⁾ einer physischen oder juristischen Person oder Personengruppe stehenden Güter und der ihr zustehenden Rechte von privatwirtschaftlichem Wert nach Abzug der Verbindlichkeiten" bezeichnet. ¹⁰⁾ Er eliminiert sodann das Gebrauchsvermögen

und spricht vom Erwerbsvermögen, das einen in Geld schätzbaren Ertrag bringen soll ("Vermögen im engeren Sinne"), als dem eigentlichen Gegenstand der Vermögenspolitik. ¹¹⁾ Die gleiche Unterscheidung trifft Oberhauser, stellt jedoch klarer auf das Vermögen der Privatpersonen und/oder Haushalte ab. ¹²⁾ Oberhauser rechnet zum Erwerbsvermögen: "Grund und Boden, Gebäude, Produktions-

8) Molitor, Bruno, Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, Tübingen 1965, S. 73 f.

9) Da die rechtliche Konstruktion des Eigentumsvorbehalts in die Definition mit einbezogen wird, kann nicht von Eigentum gesprochen werden.

10) Thissen, Norbert, Die finanzpolitischen Instrumente der Eigentumspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Diss., Berlin 1965, S. 11

11) Thissen, Norbert, a.a.O., S. 11 f.

12) Oberhauser, Alois, Finanzpolitik und private Vermögensbildung, Eine theoretische und empirische Untersuchung, Köln/Opladen 1963, S. 13 f.

güter, Wertpapiere, Spar- und sonstige Guthaben". 13)

Wir lehnen uns in der folgenden Untersuchung an die Abgrenzung von Föhl an, die sich insofern mit den oben dargelegten Definitionen deckt, als eine breitere Streuung des Erwerbsvermögens als das Ziel der Vermögenspolitik angesehen wird. 14) Föhl unterteilt das Erwerbsvermögen in Geldvermögen und Produktivvermögen. Beide sind "ertragbringende Vermögensarten". Wird Geldvermögen von der vermögensbildenden Wirtschaftseinheit (Person oder Haushalt) durch die Verwendung zur Erzeugung von Sachgütern und Dienstleistungen 15) in (ertragbringendes) Sachvermögen umgewandelt, so erwirbt sie Produktivvermögen. Das kann einmal direkt durch den Erwerb von Produktionsmitteln geschehen (z.B.: ein Arbeitnehmer macht sich selbständig 16)), zum anderen durch den Erwerb von Aktien oder Gesellschaftsanteilen einer Unternehmung, die ihrerseits die Umwandlung des Geldvermögens in Sachvermögen vornimmt. 17) Wir zählen daher Aktien und GmbH-Anteile zum produktiven

13) Oberhauser, Alois, a.a.O., S. 14

14) Vgl. auch im folgenden: Föhl, Carl, u.a., Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Gutachten (erstellt im Auftrage des Bundeswirtschaftsministeriums), Tübingen 1964, S. 3 ff.

15) Föhl spricht nur von Sachgütern (a.a.O., S. 5)

16) Er bringt dann sein Geldvermögen in seine neu gegründete Unternehmung ein, die ihrerseits die Produktionsmittel erwirbt.

17) Föhl betrachtet nur den zweiten Fall (a.a.O., S. 5)

Sachvermögen, ¹⁸⁾ wobei jedoch noch zu prüfen sein wird, ob Aktionäre und Gesellschafter als indirekte Eigentümer des Gesellschaftsvermögens angesehen werden dürfen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß der Begriff "Ertrag" mehrdeutig ist. Darunter kann - wie bereits in den obigen Vermögensdefinitionen zum Ausdruck kam - sowohl ein Ertrag verstanden werden, der in Geld besteht oder in Geld zu bewerten ist, als auch ein Ertrag, dessen Wert nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten oder bestimmten Annahmen zu messen ist. So wird z.B. der gesamtwirtschaftliche Ertrag einer Bildungs-Investition nicht exakt in Zahlen erfaßt werden können. Auch der Ertrag eines Studiums entzieht sich letztlich ebenso einer eindeutigen Bewertung wie der Ertrag von Gebrauchsvermögen, z.B. eines Fernsehapparates. Der von uns im folgenden verwendete Begriff "ertragbringendes Vermögen" deckt sich demnach zunächst mit dem des "rentierlichen Vermögens" oder "Rendite-Vermögens", ¹⁹⁾ wird jedoch noch im Laufe der Untersuchung zu erweitern sein.

Wir bezeichnen folglich die personelle Streuung ertragbringenden Vermögens als vermögenspolitische Zielsetzung. In Anlehnung an Bosch gehen wir ferner davon aus, daß die Vermögensstreuung im Katalog möglicher wirtschaftspoli-

18) Wir befinden uns damit im Gegensatz zur Statistik, die diese Beteiligungen dem Geldvermögen der Gesellschafter zurechnet; vgl. Föhl, Carl, u.a., a.a.O., S. 5

19) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., z.B. S. 19

tischer Ziele gegenwärtig als ein Hauptziel angesehen wird, ²⁰⁾ und rücken primär die Frage in den Vordergrund, ob bzw. unter welchen Bedingungen die bisherige Vermögenspolitik in der Bundesrepublik dazu geeignet erscheint, das angestrebte Ziel zu erreichen.

3. Zur Begründung der vermögenspolitischen Zielsetzung

Es soll hier darauf verzichtet werden, näher auf die Gründe einzugehen, die in der Bundesrepublik zur Rechtfertigung des Zieles einer breiteren Vermögensstreuung herangezogen werden. Das ist in der vermögenspolitischen Literatur bereits hinreichend geschehen. ²¹⁾ In jüngster Zeit haben unter anderen Bosch und Föhl anhand statistischer Analysen die einseitige Entwicklung der Einkommens- und Vermögensbildung in der Bundesrepublik seit 1948 aufgezeigt. ²²⁾ Als Hauptursache sowohl der starken Vermögensbildung der öffentlichen Hand als auch der einseitigen privaten Vermögenskonzentration insbesondere im Laufe der fünfziger Jahre wird vor allem auf die damalige Wirtschafts- und Steuergesetzgebung verwiesen.

20) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 120 ff.

21) Vgl. z.B. Molitor, Bruno, a.a.O., S. 26 ff.; Föhl, Carl, u.a., a.a.O., insbesondere S. 39 ff.; Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 81 ff. und S. 115 ff.

22) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 37 ff.; Föhl, Carl, u.a., a.a.O., S. 43 ff.

Die ungleiche Vermögensverteilung der vergangenen Jahre war damit nicht zuletzt eine Folge des Zweiten Weltkrieges bzw. des erforderlichen wirtschaftlichen Wiederaufbaues in den Nachkriegsjahren, in denen die Voraussetzungen für eine breite personelle Neubildung von Vermögen nicht gegeben waren. Insbesondere die Förderung von Investitionen durch Sondervergünstigungen im Rahmen des Einkommensteuerrechts hat in den fünfziger Jahren die Einkommens- und Vermögensverteilung einseitig und ungleichmäßig beeinflusst. ²³⁾ Neben der Förderung der Vermögensbildung von Unternehmungen führten darüber hinaus die einkommensteuerrechtlichen Begünstigungen der Ersparnisbildung und die Vermögensteuergesetzgebung zu einer Bevorzugung der Bezieher höherer Einkommen, die davon in weit größerem Umfang als die Bezieher kleiner Einkommen Gebrauch machen konnten. ²⁴⁾

Kann somit die vermögenspolitische Zielsetzung als Ausdruck dafür angesehen werden, daß in Zukunft eine größere Gleichmäßigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung erreicht werden soll, so bleibt doch die entscheidende Frage, warum eine gleichmäßigere Vermögensverteilung angestrebt wird. Wie wir bereits andeuteten, ²⁵⁾ muß die Antwort darauf im sozial-ethischen Bereich gesucht werden. Dabei kom-

23) Vgl. auch: Jecht, Horst, Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, in: Einkommensbildung und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 13, Berlin 1957, S. 126 ff.; Thissen, Norbert, a.a.O., S. 62 ff.

24) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 103 ff.

25) Vgl. Einführung zu dieser Arbeit

men die Autoren, die sich im Rahmen der vermögenspolitischen Diskussion mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, zu übereinstimmenden Ergebnissen: Bosch faßt die verschiedenen Ansichten dahingehend zusammen, daß die Gefahr einer völligen sozialen Abhängigkeit des einzelnen Menschen in der modernen Industriegesellschaft als gegeben angesehen werden muß und die Bedeutung der Vermögenspolitik nicht zuletzt darin liegt, diese Gefahr abzuwenden. ²⁶⁾ Ebenso sieht es Molitor als entscheidend an, "daß die Reformbestrebungen bona fide wännen können, der Stabilisierung der Sozialordnung zu dienen: sie zielen auf die Realisierung eines Zustandes ab, der allgemein als Versprechen des Systems gilt, nämlich die formalen Freiheitschancen in gleicher Weise für jedermann materiell zu untermauern". ²⁷⁾

Folgt man dieser Zielsetzung, so ergibt sich jedoch unter dem Aspekt der individuellen Eigentumsbildung das Problem, ob Freiheit auch so verstanden werden kann, daß es dem einzelnen Wirtschaftssubjekt frei steht, auf die Bildung von Vermögen zu verzichten. Wir gehen in unserer Untersuchung zunächst davon aus, daß die Aufgabe der Vermögenspolitik, soweit sie mit ihren Maßnahmen an die Einkommensverwendung anknüpft, lediglich darin bestehen kann, Anreize zur Bildung von personellem Vermögen zu schaffen und nicht die Menschen zum "Glück der Vermögensbildung" zu zwingen.

26) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 119

27) Molitor, Bruno, a.a.O., S. 51; vgl. ferner: Weisser, Gerhard, Eigentums politik als Ausweg zunehmender sozialer Abhängigkeit, in: Eigentum in der industrialisierten Gesellschaft, Göttingen 1958, S. 38; Klüber, Franz, Eigentumstheorie und Eigentums politik, Osnabrück 1963, S. 21

4. Die Problemstellung der Untersuchung

Das Thema unserer Arbeit soll auch insofern begrenzt werden, als es uns nicht in erster Linie darum geht, die Fülle der finanzpolitischen Instrumente zur Vermögenspolitik in der Bundesrepublik aufzuzeigen, gegenüberzustellen, zu systematisieren und anhand empirisch-statistischer Analysen auf ihre Wirksamkeit für die Vermögensverteilung zu untersuchen. Das ist in der Literatur bereits wiederholt unternommen worden. ²⁸⁾ Wir stellen vielmehr - ausgehend von der Kreislaufanalyse und den Ergebnissen der modernen makroökonomischen Verteilungstheorie - die personelle Einkommensverwendung in den Mittelpunkt unserer Überlegungen und werfen aus dieser Sicht die Frage auf, wie sich der Prozeß der Vermögensbildung bei den einzelnen Wirtschaftssubjekten, die bisher über kein oder nur geringes Vermögen verfügen, vollziehen kann. Dabei wird zunächst zu fragen sein, 1. zu welchen Ergebnissen die neuere makroökonomische Verteilungstheorie, die primär eine Theorie der Einkommensverteilung ist, hinsichtlich der Beeinflussungsmöglichkeiten der gesamtwirtschaftlichen Einkommens- und Vermögensverteilung über die Einkommensverwendung geführt hat und 2. ob die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die aus diesen Ergebnissen für die Vermögenspolitik gezogen werden, nicht aus einzelwirtschaftlicher Sicht ergänzt werden müssen.

28) Siehe u.a.: Oberhauser, Alois, a.a.O., S. 109 ff.; Föhl, Carl, u.a., a.a.O., S. 67 ff.; Thissen, Norbert, a.a.O.

Wenn wir primär an die Einkommensverwendung anknüpfen, so kommt damit gleichzeitig zum Ausdruck, daß wir in unserer Untersuchung - in gesamtwirtschaftlicher Sicht - vor allem auf eine Änderung der Verteilung des periodischen Vermögenszuwachses abstellen. Somit bleibt insbesondere die Problematik einer einmaligen Vermögensabgabe außerhalb der Betrachtung. ²⁹⁾ Dagegen wird eine Umverteilung des bestehenden Vermögensbestandes einmal zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu betrachten sein. Zum anderen stellt sich unter dem Aspekt einer personellen Vermögensbildung die Frage nach der Umverteilung des gegebenen privaten Vermögensbestandes in einzelwirtschaftlicher Betrachtung stets dann, wenn bestehendes Vermögen zwischen einzelnen Wirtschaftssubjekten übertragen wird oder - was in unserer Untersuchung im Vordergrund steht - wenn dem Prozeß der Vermögensentstehung der Prozeß der Vermögensauflösung gegenübergestellt wird.

In mikroökonomischer Betrachtung müssen folglich die Ziele der Wirtschaftssubjekte in bezug auf die Verwendung ihrer Einkommen eingehend behandelt werden. Im Zusammenhang damit ist nach den Sparmotiven und Sparzwecken zu fragen. Die vermögenspolitischen Maßnahmen des Staates - soweit sie sich auf die Einkommensverwendung beziehen - rücken auch in der Bundesrepublik, gestützt nicht zuletzt durch die Ergebnisse der Verteilungstheorie, in erster Linie die Förderung des Geldsparens in den Vordergrund. Sie treffen ferner hinsichtlich der Förderung keine Differenzierung zwischen den verschiedenen Sparformen bzw. Vermögensanlagen.

29) Vgl. Molitor, Bruno, a.a.O., S. 141 ff. und S. 155 f.

Es gilt demnach zu untersuchen, ob damit das Ziel einer personellen Vermögensbildung weitgehend vermögensloser Einkommensbezieher bisher erreicht worden ist und ob es künftig erreicht werden kann. Bei den unter der vermögenspolitischen Zielsetzung propagierten Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand, von denen vor allem das Gesetz über die Gewährung von Prämien für Sparleistungen (Spar-Prämien-gesetz),³⁰⁾ das Gesetz über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer (Wohnungsbau-Prämiengesetz)³¹⁾ sowie das Zweite Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer³²⁾ herangezogen werden sollen, stehen daher primär nicht ihre jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen im Vordergrund,³³⁾ sondern in erster Linie die Frage, ob sie in der derzeitigen Form geeignet erscheinen, bisher vermögenslose Einkommensbezieher künftig zu einer relevanten Vermögensbildung zu veranlassen.

5. Gang der Untersuchung

Somit läßt sich der Gang unserer Untersuchung wie folgt skizzieren: Nachdem wir im ersten Kapitel die grundsätzlichen Probleme des Themenkreises, dem diese Arbeit entstammt,

30) Vom 5.5.1959, BGBl. I, S. 241, in der Fassung vom 6.2.1963, BGBl. I, S. 90

31) In der Fassung vom 25.8.1960, BGBl. I, S. 713

32) Vom 1.7.1965, BGBl. I, S. 585; vgl. auch Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 12.7.1961, BGBl. I, S. 909

33) Vgl. z.B. Molitor, Bruno, a.a.O., S. 88 ff.

dargelegt sowie die grundlegenden Begriffe, von denen wir in der folgenden Analyse ausgehen wollen, umrissen haben, folgt im zweiten Kapitel eine kritische Darstellung der für unser Thema wesentlich erscheinenden Grundzüge der modernen makroökonomischen Verteilungstheorie. Im dritten großen Kapitel ergibt sich einmal die Notwendigkeit, die dem Sparen des Einzelnen zugrunde liegenden Motive und Ziele im Zeitablauf näher zu analysieren. Zweitens müssen die Zusammenhänge zwischen Geld- und Sachvermögensbildung beleuchtet werden. Soll das von den Sparern gebildete Geldkapital ertragbringend verwendet, d.h. investiert werden, sind jedoch - unter Zwischenschaltung der Dienste des Bankgewerbes - Sparer und Investor nicht identisch, so ergibt sich im Hinblick auf die Wirksamkeit der Bemühungen um eine breitere Vermögensstreuung die Frage, wie der Ertrag dieser Investition verteilt wird und wer letztlich Eigentümer des entsprechenden Produktivvermögens geworden ist.

Aufbauend auf den Ergebnissen dieser ersten drei Kapitel werden wir im letzten Kapitel die sich daraus ergebenden Folgerungen im Hinblick auf die vermögenspolitische Zielsetzung darlegen und versuchen, Ansätze für eine Intensivierung der Vermögenspolitik in der Bundesrepublik aufzuzeigen.

II. Die makroökonomische Verteilungstheorie als Grundlage der vermögenspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik

1. Die Verknüpfung zwischen Vermögensbildung und Einkommensverteilung

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit dem Problem der Vermögensstreuung als Teilbereich der Wirtschaftspolitik. Damit tritt die Theorie insofern in den Hintergrund, als es uns nicht darum geht, bestehende Ansätze der Distributionstheorie zu erweitern und neue oder umfassendere theoretische Modelle zu entwickeln. Für unsere Betrachtung steht vielmehr die Frage im Mittelpunkt, welche theoretischen Erkenntnisse der derzeitigen vermögenspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik zugrundeliegen. Es soll darüber hinaus untersucht werden, ob auf der Grundlage modelltheoretischer Analysen so weitgehende, für die Vermögenspolitik relevante Schlußfolgerungen gezogen werden dürfen, wie das in der Literatur und in der Wirtschaftspolitik überwiegend geschieht.

Die Distributionstheorie ist grundsätzlich eine Theorie der Einkommens-, nicht der Vermögensverteilung. Die Zusammenhänge zwischen Einkommensverteilung, der Struktur der Vermögensverteilung und der Höhe des Vermögenszuwachses sind jedoch überaus eng. ¹⁾ Das Einkommen bildet - neben

1) Vgl. Oberhauser, Alois, a.a.O., S. 16 f. und das unter Einbeziehung des öffentlichen Sektors entwickelte Modell der Vermögensverteilung auf S. 100 ff.

der Wertsteigerung von vorhandenem Vermögen - die Hauptquelle des Vermögens, und somit sind vor allem "ausreichende" Einkommen Voraussetzung für eine private Vermögensbildung. 2) Die Höhe des Einkommens wird einmal durch das Arbeitseinkommen, aber auch durch Umfang und Ertragsfähigkeit des bereits gebildeten Vermögens bestimmt. Die bestehende Vermögensverteilung beeinflusst folglich in starkem Maße die künftige Einkommensverteilung. 3)

Für die bisher vermögenslosen Einkommensbezieher kann die private Vermögensbildung nur mit dem Sparen, d.h. mit einer bestimmten Art der Einkommensverwendung beginnen. Die Aufteilung des Einkommens in Konsum und Ersparnis steht daher mit Recht im Mittelpunkt sowohl der modernen verteilungstheoretischen wie der vermögenspolitischen Diskussion. In den folgenden Abschnitten soll nun die Frage untersucht werden, inwieweit die bisherigen Ansätze der Theorie der Einkommensverteilung zu einer Lösung der vermögenspolitischen Probleme beitragen können.

2. Die verschiedenen Ansatzpunkte der Verteilungstheorie

Ein umfassender dogmengeschichtlicher Überblick zur Theorie der Einkommensverteilung würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Derartige zusammenfassende Darstellungen

2) Über die Problematik des Begriffes "ausreichend" vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 72 ff.

3) Vgl. Preiser, Erich, Besitz und Macht in der Distributionstheorie, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 3. Auflage, Göttingen 1963, S. 227 ff.

der verteilungstheoretischen Entwicklung sind zudem in den letzten Jahren wiederholt veröffentlicht worden. 4) Es soll an dieser Stelle - bei aller Problematik weitgehender Verallgemeinerungen - lediglich in groben Zügen umrissen werden, welche grundlegenden Ansatzpunkte den gegenwärtigen Untersuchungen der Verteilungstheorie zugrundeliegen.

Die Wirtschaftstheoretiker stellen in erster Linie die Frage nach der funktionellen Einkommensverteilung. Dabei konzentriert sich die Analyse auf das Einkommen des einzelnen Produktionsfaktors, und die Wirtschaftssubjekte werden nach den Faktorleistungen gruppiert, die sie zur Verfügung stellen. "Es erscheinen also nicht mehr die Personen, sondern die Produktionsfaktoren als Einkommensbezieher". 5) Wie sich dabei das Ergebnis des Produktionspro-

4) Vgl. u.a. Krelle, Wilhelm, Verteilungstheorie, Tübingen 1962, S. 23 ff.; Bombach, Gottfried, Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie, in: Niehans, Jürg; Bombach, Gottfried; Ott, Alfred E.; Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 17, Berlin 1959, S. 95 ff.; Stobbe, Alfred, Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung, Kieler Studien, Bd. 59, Tübingen 1962, insbes. S. 53 ff.; Lübbert, Jens, Untersuchungen zur Theorie der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung, Kieler Studien, Bd. 68, Tübingen 1964, insbes. S. 3 ff.; Külpe, Bernhard, Der Anteil der Arbeiter und Unternehmer am Sozialprodukt, Einige neue gesamtwirtschaftliche Theorien zur Verteilung, Ihre Darstellung und Weiterentwicklung, Diss. Freiburg i.B. 1957

5) Rose, Klaus, Theorie der Einkommensverteilung, Wiesbaden o.J., S. 11

zesses auf die einzelnen beteiligten Produktionsfaktoren verteilt, versuchte die bereits von Thünen entwickelte und in ihrer modernen Form vor allem durch Douglas erweiterte Grenzproduktivitätstheorie zu klären. 6)

Es zeigte sich jedoch bald, daß in bezug auf die Art der produktionstechnischen Zusammenhänge und insbesondere in bezug auf die Zielsetzung und Verhaltensweise des einzelnen Unternehmers eine Erklärung der Einkommensverteilung allein mit Hilfe der Grenzproduktivitätstheorie nicht möglich ist. Ein weiterer grundlegender Ansatzpunkt der Verteilungstheorie ist daher in jenen Modellen zu sehen, die von der Preisbildung unter Annahme bestimmter Verhaltensweisen der Anbieter von Gütern und Dienstleistungen ausgehen. Der Einfluß monopolistischer Verhaltensweise steht insbesondere bei Kalecki im Mittelpunkt der Analyse. 7)

6) Thünen, Johann Heinrich von, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Neu-
druck nach der Ausgabe letzter Hand (Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Bd. 13), 3. Auflage Jena 1930, insbes. S. 557 ff.; Douglas, Paul Howard, The Theory of Wages, New York 1934 (Reprint New York 1964). - Vgl. zur Entwicklung und neueren Kritik der Grenzproduktivitätstheorie: Stigler, George Joseph, Production and Distribution Theories, The Formative Period, New York 1949

7) Kalecki, Michael, Theory of Economic Dynamics, An Essay on Cyclical and Long-Run Changes in Capitalist Economy, London 1954. - Der Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlicher Einkommensverteilung und Preispolitik der Anbieter bei Verzicht auf Annahme der Gewinnmaximierung ist in jüngster Zeit von Lübbert, Jens, a.a.O., S. 69 ff., untersucht worden.

Den beiden bisher angedeuteten verteilungstheoretischen Ansatzpunkten ist gemeinsam, daß sie von der einzelwirtschaftlichen Betrachtung der Einkommensverteilung ausgehen. Es stellen sich jedoch mehrere Fragen - z.B. wie sich das Volkseinkommen oder das Volksvermögen auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte, bestimmte Personengruppen oder die am Ergebnis des Produktionsprozesses beteiligten Faktoren verteilt und welche Einflüsse von der Konjunktur- und Währungspolitik ausgehen. Man kann nur versuchen, sie im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Untersuchung zu beantworten. Für die heute im Vordergrund stehende makroökonomische Verteilungstheorie ergibt sich damit das Problem der Aggregation einzelwirtschaftlicher Größen.

Die auf der Grundlage der Grenzproduktivitätstheorie oder der monopolistischen Verhaltensweise der Anbieter entwickelten Modelle gehen dabei von einer Analogie zwischen den Bestimmungsgründen der gesamtwirtschaftlichen und der einzelwirtschaftlichen Einkommensverteilung aus. Es wird angenommen, "daß es die Verteilung der Wertschöpfung innerhalb der einzelnen Unternehmung determinierende Zusammenhänge gibt und daß eine Übertragung der bei der Untersuchung des Geschehens im Bereich der einzelnen Unternehmung gewonnenen Einsichten auf die Untersuchung der Frage nach den Bestimmungsgründen der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung möglich ist". ⁸⁾ Wenn z.B. davon ausgegangen

8) Lübbert, Jens, a.a.O., S. 4

wird, daß - unter der Annahme kontinuierlich substituierbarer Produktionsfaktoren - die für den einzelnen Anbieter hinsichtlich seiner unternehmerischen Zielsetzung günstigste Produktmenge ermittelt werden kann - wobei mit Kenntnis des Lohnsatzes oder der Gestalt der Arbeitsangebotskurve und vom Verlauf des Grenzprodukts und seines Wertes zugleich die Verteilung der einzelwirtschaftlichen Wertschöpfung gegeben ist -, so werden doch bereits an diesem einfachen Beispiel die Schwierigkeiten sichtbar, derartige einzelwirtschaftliche Zusammenhänge auf mehrere oder gar die Gesamtheit der Produktionsprozesse bzw. der Unternehmungen, in denen sich diese Prozesse vollziehen, zu übertragen. 9)

Legt man die Ergebnisse Lübberts zugrunde, der u. a. verschiedene Ansätze der makroökonomischen Verteilungstheorie untersucht hat, die lediglich von Zielsetzung und Verhaltensweise der einzelnen Anbieter ausgehen, so dürfte die Folgerung gerechtfertigt sein, daß der Erklärungswert dieser Modelle für die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung äußerst gering ist, da sie nur unter wirklichkeits-

9) Zur Kritik am Aggregationsverfahren bei den von der Grenzproduktivitätstheorie und dem Einfluß unternehmerischer Preispolitik ausgehenden Modellen sei an dieser Stelle lediglich verwiesen auf: Rose, Klaus, a.a.O., S. 24 f.; Lübbert, Jens, a.a.O., S. 108 ff.

fremden Annahmen zu eindeutigen Aussagen führen. 10)

Neben der Entstehungsseite der Einkommen ist demnach die Einkommensverwendung, d. h. die Höhe und Zusammensetzung der Nachfrage für Güter und Dienstleistungen zur Bestimmung der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung von entscheidender Bedeutung. Der dritte verteilungstheoretische Ansatz geht daher von den Kreislaufzusammenhängen der gesamtwirtschaftlichen Einkommensströme aus. Derartige Zusammenhänge sind bereits von Marx untersucht worden. 11) Nach dem Wiederaufleben der Kreislauftheorie durch die "Keynessche Revolution" und auf der Grundlage des Keynes-schen Instrumentariums rückte dieser Ansatz erneut in den Vordergrund 12) und erhielt vor allem durch Kaldor seine

10) Nach Lübbert, Jens, a.a.O., S. 130 f., muß entweder die Annahme erfüllt sein, daß die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung bei gegebener Höhe der monetären Gesamtnachfrage von der Aufteilung des Bruttosozialproduktes auf die verschiedenen Produktions-sektoren bzw. Unternehmungen unabhängig ist und modell-exogene Änderungen (z.B. der Produktionstechnik) an dieser Beziehung nichts ändern; oder es muß angenommen werden, die Aufteilung des Bruttosozialprodukts auf die einzelnen Unternehmungen bzw. Produktions-sektoren einer Volkswirtschaft sei konstant. Lübbert hebt die Problematik derartiger Annahmen deutlich hervor.

11) Marx, Karl, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 2, Buch II: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, hrsg. von Friedrich Engels, (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 24), Berlin 1963, insbesondere S. 296 ff.

12) Keynes, John Maynard, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936, deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Neudruck Berlin 1952; derselbe, A Treatise on Money, London 1932, deutsch: vom Gelde, Neudruck Berlin 1955

heutige Form. ¹³⁾ Dieser Modell-Typ ist daher unter der Bezeichnung "Kaldor-Modell" bekanntgeworden.

Die Zusammenhänge auf der Produktionsseite werden dabei entweder völlig vernachlässigt ¹⁴⁾ oder sie werden durch vereinfachende Annahmen von einer weiteren Analyse ausgeschlossen. ¹⁵⁾ Die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung wird bei monetärem Gleichgewicht vielmehr allein durch die gesamtwirtschaftliche Einkommensverwendung und die Aufteilung der Einkommen bei den Angehörigen der verschiedenen Gruppen von Einkommensempfängern bestimmt.

Es sei noch einmal hervorgehoben, daß diese kurze Übersicht der hauptsächlichen verteilungstheoretischen Ansatzpunkte lediglich den Zweck hatte, den Kern der unterschiedlichen theoretischen Ansätze darzulegen. ¹⁶⁾ Dabei mußte auf Vollständigkeit und eine differenzierte Betrachtung verzichtet werden. So hat beispielsweise Marx nicht nur die Kreislaufzusammenhänge untersucht, sondern vor

13) Kaldor, Nicholas, *Alternative Theories of Distribution*, in: *Essays on Value and Distribution*, London 1960, S. 209 ff. (zuerst veröffentlicht in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 23, 1955/56, S. 83 ff.)

14) So z.B. bei Kaldor, Nicholas, der sich mit seinem kreislauftheoretischen Ansatz vor allem gegen die Grenzproduktivitätstheorie wandte: "I am not sure where 'marginal productivity' comes in all this ..."; *Alternative Theories ..*, a.a.O., S. 236

15) So z.B. bei Weintraub, Sidney, *An Approach to the Theory of Income Distribution*, Philadelphia 1958, insbes. S. 27 ff.; vgl. dazu die kritischen Anmerkungen von Lübbert, Jens, a.a.O., S. 131

16) Vgl. die Hinweise in Anmerkung 4)

allem auch monopolistische Verhaltensweisen der Produzenten in seine theoretische Betrachtung einbezogen. ¹⁷⁾ Andererseits hat z.B. Kalecki bereits vor Kaldor auch die kreislauftheoretischen Zusammenhänge zwischen Einkommensverwendung und gesamtwirtschaftlicher Einkommensverteilung untersucht, worauf Stobbe ausführlich eingeht. ¹⁸⁾

Die Beziehungen zwischen den gesamtwirtschaftlichen Kreislaufgrößen und das darauf aufbauende "Kaldor-Modell" haben sowohl die jüngste Entwicklung der Verteilungstheorie entscheidend beeinflußt als auch die derzeitige vermögenspolitische Diskussion mitbestimmt. Sie sollen daher im folgenden kurz in ihren Grundzügen skizziert werden.

3. Grundzüge der Kreislaufanalyse und des makroökonomischen Verteilungsmodells von Kaldor

Kaldor weist darauf hin, daß "Keynes, as far as I know, was never interested in the problem of distribution as such". ¹⁹⁾ Er führt jedoch näher aus, daß "Keynes came

17) Marx, Karl, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, hrsg. von Friedrich Engels, (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 23), Berlin 1962, S. 226 ff.; Bd. 3, Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, hrsg. von Friedrich Engels, 8. Auflage, Berlin 1961, S. 61 ff.

18) Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 76 ff.

19) Kaldor, Nicholas, Alternative Theories ..., a.a.O., S. 227

near to formulating such a theory", ²⁰⁾ und legt das Keynesseche Instrumentarium seinen verteilungstheoretischen Untersuchungen zugrunde.

Die Zusammenhänge des volkswirtschaftlichen Kreislaufs lassen sich wie folgt umreißen: Geht man von einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität aus, so ergibt sich für das Volkseinkommen die ex post immer erfüllte Identitätsgleichung.

$$(1) \qquad Y = C + I ,$$

d.h. unter den obigen Voraussetzungen setzt sich das Volkseinkommen einer Periode zusammen aus dem gesamtwirtschaftlichen Konsum und der gesamtwirtschaftlichen Investition. Auf der anderen Seite verteilt sich das Volkseinkommen einmal auf die Löhne und Gehälter der Nichtunternehmer (L), ²¹⁾ zum anderen fließt es den Unternehmern (d.h. allen Eigentümern von ertragbringendem Vermögen) in Form von Gewinnen (einschließlich Renten und Zinsen aus Sach- und Geldkapital) zu (G) ²²⁾;

$$(2) \qquad Y = L + G.$$

20) Daselbst

21) Streng funktional müßte es heißen: Entlohnung des Faktors Arbeit.

22) Im folgenden wird unter G der Gewinn bzw. das Einkommen der Unternehmer im engeren Sinne verstanden, obwohl - wie sich aus den obigen Darlegungen ergibt - damit stark vergrößert wird. Diese Vereinfachung wird jedoch in der Kreislauftheorie allgemein vorgenommen; vgl. z.B. Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I (Theorie des Wirtschaftskreislaufs), 12. Auflage, Tübingen 1965, S. 60. - Auf die Problematik derartiger Gruppenbildungen wird an anderer Stelle noch einzugehen sein.

Damit ergibt sich für G:

$$(3) \quad G = Y - L .$$

Die den Unternehmern und Nichtunternehmern zufallenden Anteile am Volkseinkommen werden von den Einkommensbeziehern jeweils in Verbrauch (C) und Nichtverbrauch (S) aufgeteilt, wobei die so definierte Gesamtersparnis (der Gesamtkonsum) gleich sein muß der Summe aus der Ersparnis (aus dem Konsum) der Unternehmer (U) und der Nichtunternehmer (NU):

$$(4) \quad G = C_U + S_U ,$$

$$(5) \quad L = C_{NU} + S_{NU} , \quad \text{wobei}$$

$$(6) \quad C = C_U + C_{NU} \quad \text{und}$$

$$(7) \quad S = S_U + S_{NU} \quad \text{ist.}$$

Somit läßt sich Gleichung (3) wie folgt schreiben:

$$(8) \quad G = C_U + C_{NU} + I - C_{NU} + S_{NU} \quad \text{oder}$$

$$G = C_U + I - S_{NU} .$$

Durch Verknüpfung der Gleichungen (4) und (8) ergibt sich ferner die Beziehung:

$$(9) \quad S_U = I - S_{NU} .$$

Gleichung (9) ist jedoch nichts anderes als eine Umstellung und Differenzierung der sich ex definitione aus den Grundgleichungen der Einkommensentstehung ergebenden Identitäten:

titätsbeziehung von Investition und Ersparnis. Damit wurde nochmals hervorgehoben, daß es sich hier um reine Identitäten handelt, d.h. Beziehungen nach Ablauf einer bestimmten Periode. Die Größen gestatten daher keine Aussagen über kausale Zusammenhänge im zeitlichen Wirtschaftsablauf. Will man derartige kausale Aussagen machen, so ist das nur mit Hilfe der ceteris-paribus-Annahme möglich. Würde sich z.B. herausstellen, daß die Nichtunternehmer in einer Periode überhaupt nicht gespart haben ($S_{NU} = 0$), so könnte man aus der sich dann gemäß Gleichung (3) ergebenden Beziehung $G = C_U + I$ entnehmen, daß den durchgeführten Investitionen ceteris paribus, d.h. bei Konstanz des Unternehmerkonsums, ex post Unternehmergewinne in gleicher Höhe gegenüberstehen, die Investitionen sich folglich im Laufe der Periode "selbst finanziert" haben. Erhöht sich dagegen in einer Periode die bereits in der Vorperiode ex post positive Ersparnis der Arbeitnehmer, so müssen sich gemäß Gleichung (8) die Gewinne der Unternehmer - wenn Investition und Unternehmerkonsum unverändert bleiben - in gleichem Umfange verringern. Unter derartigen Einschränkungen läßt sich demnach aus Gleichung (8) folgern, daß eine Erhöhung des Arbeitnehmersparens ceteris paribus zu einer Änderung der Einkommensverteilung zwischen Unternehmern und Lohnempfängern zu Gunsten der letzteren führt und daß - gemäß Gleichung (9) - die Ersparnis- bzw. Vermögensbildung der Unternehmer entsprechend geschmälert werden muß.

Schneider betont nachdrücklich den ex-post-Charakter dieser Kreislaufzusammenhänge und weist darauf hin, daß Annahmen über die Konstanz einzelner makroökonomischer Größen "nicht ohne weiteres zulässig" sind.²³⁾ Entscheidend für den Aussagewert der von den Kreislaufzusammenhängen ausgehenden modelltheoretischen Untersuchungen ist daher die Frage, auf welchen Prämissen das betreffende Modell beruht. Kaldor legt seinem Modell ebenfalls eine geschlossene Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität zugrunde und geht von folgenden Identitätsgleichungen aus:²⁴⁾

$$(10) \quad Y = L + G ,$$

$$(11) \quad S = S_U + S_{NU} ,$$

$$(12) \quad I = S = S_U + S_{NU} .$$

Während die Investition als vom technischen Fortschritt abhängige, demnach für das Modell als gegebene, exogene Größe angesehen wird, wird die Sparneigung der Lohnempfänger s_{NU} (bzw. die Sparneigung der Unternehmer s_U) als Anteil des Nichtunternehmersparens (bzw. des Unternehmersparens) am gesamtenlohneinkommen L (bzw. am Unternehmereinkommen G) definiert, so daß sich die Höhe der freiwilligen Gesamtersparnis (S_{NU} bzw. S_U) der Einkommensempfänger beider Gruppen wie folgt bestimmt:

$$(13) \quad S_{NU} = s_{NU} \cdot L ,$$

$$(14) \quad S_U = s_U \cdot G .$$

Bei monetärem Gleichgewicht, d.h. bei Übereinstimmung (ex post) der geplanten (ex ante) Gesamtersparnisse mit den In-

23) Schneider, Erich, Einführung ..., Teil I, a.a.O., S. 64

24) Kaldor, Nicholas, Alternative Theories, a.a.O., S.229 ff.; die Bezeichnungen Kaldors wurden aus Gründen der Einheitlichkeit in der Schreibweise geringfügig modifiziert.

vestitionen ($S_{NU} + S_U = I$), ergibt sich somit folgende Beziehung:

$$(15) \quad I = s_{NU} \cdot L + s_U \cdot G,$$

oder, da gemäß Gleichung (10) $L = Y - G$ ist :

$$(16) \quad I = (s_u - s_{NU}) \cdot G + s_{NU} \cdot Y.$$

Damit läßt sich die Quote des Unternehmereinkommens am Volkseinkommen ermitteln:

$$(17) \quad \frac{G}{Y} = \frac{I/Y - s_{NU}}{s_U - s_{NU}}$$

Dieser Gewinn- oder Einkommensanteil der Unternehmer hängt demnach (bei monetärem Gleichgewicht und - wie Kaldor hervorhebt ²⁵⁾ - bei andauernder Vollbeschäftigung) einmal von der Investitionsquote und zum anderen von den Sparneigungen der Lohnempfänger und der Unternehmer ab. Mit anderen Worten: Je größer die Investitionsquote und je kleiner die Sparneigungen sind, desto höher wird der Anteil des Unternehmereinkommens am Volkseinkommen sein. Daraus kann - wie bei der ex-post-Analyse unter Annahme der ceteris-paribus-Bedingung - die Folgerung gezogen werden, daß jedes Sparen der Nichtunternehmer die Einkommensverteilung zu ihren Gunsten verbessert, die Lohnbezieher es also selbst in der Hand haben, durch Mehrsparen die Einkommens- bzw. Gewinnquote und damit die Vermögensbildung der Unternehmer zu verringern.

25) Kaldor, Nicholas, *Alternative Theories*, a.a.O., S. 228

4. Die Einkommensverwendung als wesentlicher Faktor für die Einkommens- und Vermögensverteilung

Bevor näher auf die Bedeutung des Kaldor-Modells für die derzeitige vermögenspolitische Diskussion eingegangen wird und die theoretischen Schlußfolgerungen einer kritischen Untersuchung unterzogen werden, sei der derzeitige Stand der makroökonomischen Verteilungstheorie nochmals kurz zusammengefaßt. Es werden heute im wesentlichen drei Ansatzpunkte unterschieden: Die Erkenntnisse der Grenzproduktivitätstheorie, das preis- bzw. beschäftigungspolitische Verhalten der Anbieter und die gesamtwirtschaftliche Einkommensverwendung.

Die moderne Distributionstheorie baut vorwiegend auf diesen drei Ansätzen auf. Während die ursprünglichen Modelle streng determiniert waren und sich somit weitgehend ausschlossen, wird in den neueren Untersuchungen durch Aufgabe der in den Ursprungsmodellen im einzelnen relevanten Annahmen eine Erweiterung und Verknüpfung der verschiedenen Ansätze angestrebt. ²⁶⁾ Die Fragestellung kann dabei

26) Vgl. im deutschen Sprachraum insbesondere die Untersuchungen von: Krelle, Wilhelm, Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft, in: Einkommensbildung und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 13, Berlin 1957, S. 55 ff.; derselbe, Verteilungstheorie, a.a.O., S. 88 ff.; Niehans, Jürg, Die Wirkungen von Lohnerhöhungen, technischem Fortschritt, Steuern und Spargewohnheiten auf Preise, Produktion und Einkommensverteilung, in: Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, a.a.O., S. 9 ff.; Lübbert, Jens, a.a.O.; Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 117 ff.; Külp, Bernhard, a.a.O.

einmal erweitert werden, indem man die in den ursprünglichen Ansätzen gemachten grundlegenden Annahmen der Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren ²⁷⁾ und der monetären Stabilität ²⁸⁾ aufgibt. Ein anderer Weg bietet sich, indem zwar die Struktur der Ursprungsmodelle erhalten, aber die Voraussetzungen variiert werden. So z.B., wenn man bei dem von den Kreislaufzusammenhängen ausgehenden Ansatz die Annahmen hinsichtlich der als exogen angenommenen Variablen ändert. Derartige, "ihrer inneren Struktur nach zum Kaldor-Typ" gehörenden Modelle werden von Stobbe zusammenfassend dargelegt. ²⁹⁾

Die Theorie der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung ist demnach keineswegs beim Ansatz Kaldors stehengeblieben. Aber ob es sich nun um eine Variation des Kaldor-Modells handelt oder ob eine Integration der verschiedenen verteilungstheoretischen Ansatzpunkte, d.h. eine Verknüpfung der für die Angebots- und die Nachfrageseite relevanten Zusammenhänge versucht wird: Entscheidend ist,

27) Vgl. Weintraub, Sidney, a.a.O., S. 24 ff.

28) Ausgehend von Kaldor hat Bombach, Gottfried, Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1959, S. 16 ff., ein Modell zur Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Investitionsquote und Einkommensverteilung bei Inflation unter Berücksichtigung der Reaktionen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen auf eine anhaltende Preissteigerung entwickelt.

29) Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 81 f.

daß die moderne makroökonomische Distributionstheorie an der Frage nach der Bedeutung der Einkommensverwendung für die Verteilung des Volkseinkommens nicht mehr vorbeigehen kann. Es ist unbestritten das Verdienst Kaldors, aufbauend auf dem kreislauftheoretischen Instrumentarium von Keynes diese Frage erneut in den Vordergrund gerückt zu haben.

Unser Untersuchungsobjekt ist jedoch primär die Vermögens- und nicht die Einkommensbildung und -verteilung. Nun wurde bereits auf die enge Beziehung zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung hingewiesen: Einkommenspolitik kann stets insofern auch als Vermögenspolitik angesehen werden, als ohne Einkommen im allgemeinen auch kein Vermögen gebildet werden kann. Andererseits sagt die Höhe des Einkommens allein - aus welchen Einkommensarten es sich auch zusammensetzen mag - noch nichts darüber aus, ob und in welcher Höhe davon Vermögen gebildet wird. Wenn man die Frage nach der künftigen Einkommensverteilung aufwirft, so wird die Forderung nach einer breiteren Vermögensstreuung lediglich als "Mittel zum Zweck" angesehen werden. Stellt man dagegen auf die Vermögensverteilung ab, so wird man primär die Frage nach der Form der Einkommensverwendung und erst in zweiter Linie die Frage aufwerfen, wie die Einkommensverwendung die Höhe der künftigen Einkommen beeinflusst.

Es wurde deutlich hervorgehoben, daß Kaldor bei seinem gesamtwirtschaftlichen Modell der Einkommensverteilung allein von der Einkommensverwendung ausgeht. Die Zusammenhänge im

Bereich der Produktion, d.h. der Einkommensentstehung werden völlig vernachlässigt. Wenn jedoch in dieser Arbeit im Rahmen der Frage, ob die Ergebnisse der modernen makroökonomischen Verteilungstheorie als ausreichende Grundlage für eine wirksame Vermögenspolitik in der Bundesrepublik angesehen werden können, der theoretische Ansatz Kaldors in den Mittelpunkt gestellt wird, so geschieht das aus mehreren Gründen: Einmal ist die Einkommensverwendung auch weitgehend Ausgangspunkt für die vermögenspolitischen Maßnahmen und Vorschläge in der Bundesrepublik. Zum anderen läßt eine kritische Betrachtung gerade des Kaldor-Modells die Probleme erkennen, die sich aus der Aufstellung bestimmter theoretischer Annahmen für den Aussagewert wirtschaftspolitischer Schlußfolgerungen aus diesen Modellen ergeben. Entscheidend ist jedoch, daß das einfache kreislauftheoretische Modell Kaldors am besten geeignet erscheint, die Problematik einer makroökonomischen Analyse der Einkommensverwendung - die heute als entscheidender Bestandteil jedes gesamtwirtschaftlichen Verteilungsmodells angesehen wird - für eine Untersuchung der Frage nach einer wirksamen Vermögenspolitik in der Bundesrepublik zu erläutern.

5. Die Vermögenspolitik auf der Grundlage einer von der Einkommensverwendung ausgehenden gesamtwirtschaftlichen Verteilungstheorie

Wenn Kaldor zu dem Ergebnis kommt, "thus, given the wages-earners' and the capitalists' propensities to save, the share of profits in income depends simply on the ratio of

investment to output", 30) so steht für ihn weniger der Einfluß des Arbeitnehmersparens im Mittelpunkt als die Beziehungen zwischen Investitionsquote und Gewinneinkommen der Unternehmer. Die vermögenspolitische Diskussion in der Bundesrepublik bezieht sich jedoch weitgehend auf eine andere, bereits dargelegte Folgerung aus dem Kaldor-Modell: daß sich durch eine Erhöhung und folglich auch durch eine Förderung der Ersparnisbildung in den Händen der Unselbständigen die bestehende Einkommensverteilung korrigieren lasse. 31)

So sieht vor allem Föhl in einer Sparförderung der Arbeitnehmer das tauglichste Mittel der Vermögenspolitik. 32) Schreiber fordert für das freiwillige Sparen eine breit angelegte Volksaufklärung und Sparwerbung, schließt aber auch den Gedanken eines Pflichtsparens nicht aus. 33)

30) Kaldor, Nicholas, *Alternative Theories ...*, a.a.O., S. 229

31) Vgl. z.B. Bombach, Gottfried, *Vermögensbildung*, in: *Lohnpolitik und Vermögensbildung*, Frankfurter Gespräch der List-Gesellschaft, Tübingen 1964, S. 51. - Bombach steht jedoch der Theorie von Kaldor nicht kritiklos gegenüber; vgl. auch derselbe, *Die verschiedenen Ansätze ...*, a.a.O.

32) Föhl, Carl, *Lohnpolitik, Verteilungspolitik und Geldwertstabilität*, in: *Lohnpolitik und Vermögensbildung*, a.a.O., S. 16

33) Schreiber, Wilfrid, *Das Auseinanderfallen von ordnungspolitischer Wünschbarkeit und persönlicher Motivation der Vermögensbildung*, in: *Lohnpolitik und Vermögensbildung*, a.a.O., S. 57

Oberhauser, der ebenso wie Föhl von den Kreislaufbeziehungen ausgeht, knüpft an die Folgerung an, daß durch eine Verminderung des Arbeitnehmersparens eine Schlechterstellung dieser Gruppe in der Einkommensverteilung eintritt, und stellt fest, es könnten sich aus diesen Überlegungen neue Aspekte für die Beurteilung der Maßnahmen ergeben, die auf eine Förderung des Sparens in breiten Schichten der Bevölkerung abzielen. 34)

Es sei bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Folgerung aus den Ergebnissen der Kreislauftheorie, eine vermehrte Ersparnis der Arbeitnehmer könne die Einkommensverteilung beeinflussen, durchaus nicht ohne Einschränkungen vertreten wird und auch kritische Gegenstimmen hervorgerufen hat. 35) Es bleibt andererseits der Tatbestand, daß die Förderung des Arbeitnehmersparens nach wie vor im Mittelpunkt der vermögenspolitischen Diskussion steht und insbesondere durch die Ergebnisse der kreislaufanalytischen Untersuchung von Föhl neue Impulse erhalten hat. 36) Die Mehrzahl der bisherigen direkten und indirekten

34) Oberhauser, Alois, Finanzpolitik ..., a.a.O., S. 115, insbesondere Anm. 211

35) Darauf wird im folgenden Abschnitt noch näher einzugehen sein. Hier sei lediglich verwiesen auf die Untersuchung von Stobbe, Alfred, a.a.O., insbesondere S. 131 ff., und die Ausführungen von Molitor, Bruno, Vermögensverteilung ..., a.a.O., S. 80 ff.

36) Föhl, Carl, u.a., Kreislaufanalytische Untersuchung ..., a.a.O.

vermögenspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, z.B. das Prämiensparen oder die steuerliche Sparbegünstigung, das Bausparen sowie das "312-Mark-Gesetz", knüpfen an **die** Einkommensverwendung an und rücken die Förderung des Sparens in den Vordergrund. Zwischen den verschiedenen F o r m e n des Sparens (Sach- oder Geldsparen) wird dabei nicht differenziert

Das hervorstechendste Merkmal der heutigen vermögenspolitischen Diskussion auf der Grundlage der modernen makroökonomischen Verteilungstheorie ist das Denken in großen Aggregaten. Es stehen sich nicht mehr einzelne Wirtschaftssubjekte gegenüber, sondern große Gruppen, vor allem:

"Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer". Damit verlagert sich die Frage der Vermögensbildung in steigendem Maße auf die Ebene eines "sozialen Klassenkampfes", ³⁷⁾ wobei das Problem der personellen Vermögensbildung immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Die Frage nach der individuellen Entscheidung über die Einkommensverwendung tritt zurück hinter der Untersuchung globaler gesamtwirtschaftlicher Sparfunktionen bzw. der Aggregate aus einzelnen Sparquoten. Dabei wird das Sparen der Vermögensbildung gleichgesetzt, weitgehend ohne zwischen den einzelnen Formen des Sparens zu unterscheiden.

37) Dabei legen wir das in der Verteilungstheorie heute vorherrschende funktionelle Einteilungskriterium "Verteilung auf soziale Klassen" zugrunde (vgl. Rose, Klaus, a.a.O., S. 11 f.). Vor allem Preiser, Erich, Wachstum und Einkommensverteilung, Heidelberg 1961, S. 7 ff., geht von einer "Zwei-Klassen-Gesellschaft" (Unternehmerkapitalisten und Arbeiter) aus und sieht im Verteilungsvorgang den "Kampf rivalisierender Klassen", wobei sich die Höhe des Anteiles am Sozialprodukt, den jede Klasse für sich verbuchen kann, nach ihrem "Monopolgrad" bestimmt. - Der Begriff "soziale Gruppen" ist zweifellos als wertneutraler anzusehen.

Die Sparförderungsmaßnahmen verteilen sich vielmehr auf die Mehrzahl möglicher Sparformen, stellen jedoch überwiegend die Förderung des Geldsparens in den Vordergrund. Schließlich erweckt die Diskussion auf der Grundlage der Kreislaufüberlegungen nicht selten den Eindruck, Sparen habe in erster Linie einen "funktionellen" Zweck - die Korrektur der Einkommensverteilung -, hinter dem das Ziel einer breiteren personellen Vermögensstreuung zurücktritt.

6. Kritik der theoretischen Ansätze zur Beeinflussung der Vermögensverteilung am Beispiel des Kaldor-Modells

a) Das Problem der Investitionsfunktion und die Interdependenz der einzelnen Größen

Wie gezeigt wurde, geht Kaldor von der Voraussetzung aus, daß die Investitionen einer Volkswirtschaft allein als Funktion des technischen Fortschritts, demnach im Rahmen eines Verteilungsmodells als exogen bestimmbare Größe angesehen werden können. Die Annahme, daß die Investition lediglich vom technischen Fortschritt abhängig sei, ³⁸⁾ bedeutet jedoch nichts anderes, als daß das Kaldor-Modell nur eine andere Schreibweise der sich aus den ex-post-Beziehungen der Kreislaufanalyse ergebenden Zusammenhänge darstellt. ³⁹⁾

38) Siehe z.B. auch Schneider, Erich, Einkommen und Einkommensverteilung in der makroökonomischen Theorie, in: L'industria, Milano 1957, S. 256 ff., insbesondere S. 297.

39) Vgl. Heuss, Ernst, Die Verbindung von mikroökonomischer und makroökonomischer Verteilungstheorie (Walter Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze, II), Tübingen 1965, S. 11 ff. - Vgl. auch die Ausführungen in Abschnitt II/3.

Ist nämlich der Anteil der Investitionen am Volkseinkommen von der Einkommensverteilung, d.h. vom Anteil des Einkommens der Arbeitnehmer am Gesamteinkommen unabhängig, so ist auch die Annahme der ceteris-paribus-Bedingung berechtigt.

Wenn auch dem technischen Fortschritt in einer wachsenden Wirtschaft eine wesentliche Bedeutung beigemessen werden muß, so stellt sich doch die Frage nach der Wirklichkeitsnähe derartiger Annahmen. In einer Wirtschaftsordnung, in der die Entscheidungen über Art und Höhe der Investitionen den einzelnen Unternehmern überlassen bleiben, wird man kaum unterstellen können, daß die Investitionen von der Einkommensverteilung und dem Nachfrageverhalten der Einkommensempfänger nicht berührt werden. Ein einfaches Beispiel soll nochmals die Zusammenhänge erläutern: Nehmen wir zu Beginn einer Periode eine Steigerung des Lohnsatzes an - z.B. aufgrund einer günstigen Beschäftigungslage und/oder einer starken Position der Gewerkschaften -, so wird sich entsprechend der konstanten Sparneigung die geplante Gesamtersparnis der Arbeitnehmer absolut erhöhen. Folglich müßten sich bei konstanter Investition (und konstantem Unternehmerkonsum) das Gewinneinkommen und die geplante Unternehmerversparnis in gleichem Maße verringern.

Nun ist es aber bereits fraglich, ob es in diesem Fall überhaupt zu einem Rückgang des Unternehmereinkommens bzw. der Unternehmerversparnis kommt, da mit der Steigerung der Arbeitnehmerereinkommen auch der Konsum der Arbeitnehmerhaushalte zunimmt. Je nach dem Monopolgrad auf den Angebots-

märkten sind Preiserhöhungen möglich, die einer Verminderung der Gewinnquote der Unternehmer und somit einer Änderung der Verteilung entgegenwirken. 40) Erhöht sich jedoch mit einer Lohnsteigerung oder durch eine intensive staatliche Sparförderung die Sparneigung der Arbeitnehmer, steigt folglich die Arbeitnehmerersparnis überproportional, d. h. auf Kosten der Konsumneigung, so muß allerdings - folgt man dem dargelegten makrotheoretischen Ansatz der Verteilungslehre - die Einkommensquote der Unternehmer rückläufig sein. Es stellt sich nun jedoch die Frage nach der Konstanz der Investitionsquote. Geht das Unternehmereinkommen zurück, erwarten die Unternehmer auch für die Zukunft keine Verbesserung ihres derzeitig rückläufigen Einkommens und können sie nicht zur Investition gezwungen werden, so muß auch mit sinkenden Investitionen und damit einem Rückgang von Volkseinkommen und Beschäftigung gerechnet werden, so daß sich die alte Gewinnquote schließlich auf einem niedrigeren Beschäftigungsniveau wieder einstellen kann. 41)

Die in der Realität wahrscheinliche Interdependenz der einzelnen Größen wird daher auch von den Kritikern Kaldors in den Vordergrund gerückt. So kommt z.B. Rose zu dem Schluß,

40) Vgl. Preiser, Erich, Wachstum und Einkommensverteilung, a.a.O., S. 14 ff. - Zu den verschiedenen Arten des Unternehmergewinns vgl.: Derselbe, Multiplikatorprozeß und dynamischer Unternehmergewinn, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, a.a.O., S. 124 ff.

41) Vgl. Molitor, Bruno, a.a.O., S. 81

daß, "solange aber diese Interdependenzen - die im wesentlichen von der Form der Investitions- und Sparfunktion bestimmt werden - nicht bekannt sind, ... das Aufstellen solcher Beziehungen nicht allzuviel (nutzt)" 42). Kaldor selbst erkannte durchaus die Problematik, die Investition als eine exogen bestimmte Variable zu behandeln. 43) Zwar führt er in einer dynamischen Version seines Ansatzes im Rahmen eines umfassenderen Wachstumsmodells eine endogene Investitionsfunktion ein⁴⁴⁾; entscheidend ist jedoch, daß die Investitionsquote nicht als von der Einkommensverteilung abhängige Variable angesehen wird. 45)

Wird aber die Annahme einer exogen gegebenen Investitionsquote aufgegeben, so fragt sich, ob das Kaldor-Modell dann überhaupt zur Untersuchung und Erklärung der beobachteten und einer Prognose der zu erwartenden Einkommensverteilung herangezogen werden kann. Wenn man die Höhe der Investitionsquote nicht ohne Kenntnis der Höhe der Lohn- oder Gewinnquote bestimmen und vorausschätzen kann, so ist - wie bereits mehrfach deutlich wurde - der Ansatz von Kaldor nichts anderes als lediglich eine explizite Darstellung der im monetären Gleichgewicht zu erfüllenden Bedingungen,

42) Rose, Klaus, Theorie ..., a.a.O., S. 88

43) Kaldor, Nicholas, Alternative Theories ..., a.a.O., S. 231

44) Kaldor, Nicholas, A Model of Economic Growth, in: The Economic Journal, Vol. 67, London 1957, S. 591 ff.

45) Vgl. Krelle, Wilhelm, Wachstum und Einkommensverteilung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 119, Tübingen 1963, S. 150

oder "ein System von Definitionsgleichungen ohne Erklärungswert". 46)

Unabhängig vom modelltheoretischen Ansatz Kaldors stellt sich jedoch mit dem Hinweis, die Investition könne nicht allein in Abhängigkeit vom technischen Fortschritt gesehen werden, die Frage nach dem Erkenntniswert gesamtwirtschaftlicher Investitionsfunktionen überhaupt. In einem von Oberhauser speziell für die Vermögensverteilung entwickelten Modell wird die volkswirtschaftliche Investition z.B. als Funktion des technischen Fortschritts, der privaten Konsumgüternachfrage, der Nachfrage des Staates und - je nach Höhe der Gewinne - des Nettoeinkommens (-gewinns) der Unternehmer angenommen. 47) Auch Oberhauser weist dabei auf die Unsicherheit der einzelnen Annahmen hin. 48) Bisher ist es noch nicht gelungen, derartige Investitionsfunktionen zu verifizieren. Detaillierte Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen der Unternehmer haben noch zu keinen eindeutigen Ergebnissen geführt. 49) Lassen

46) Lübbert, Jens, a.a.O., S. 137 f.

47) Oberhauser, Alois, Finanzpolitik ..., a.a.O., S. 102 f. - Überschreiten die Gewinne eine bestimmte Untergrenze, so haben sie nach Oberhauser keinen Einfluß mehr auf die Investition.

48) Ebenda

49) Vgl. Gutenberg, Erich, Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmen, Köln 1959, S. 9 ff.; Lohmann, Martin, Die westdeutschen Investitionen 1948-1957 und ihre soziale Problematik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1958, S. 32 ff.

sich jedoch die vielfältigen Faktoren, die die Investitionen letzten Endes bestimmen, nicht genau ergründen, stellen also bereits Annahmen über die Investitionsfunktion im Bereich des einzelnen Unternehmens grobe Vereinfachungen dar, so muß man sich darüber im klaren sein, daß das Arbeiten mit gesamtwirtschaftlichen Investitionsfunktionen der wirtschaftlichen Wirklichkeit nur in sehr engen Grenzen gerecht werden kann - es sei denn, der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt ist "als eine unmittelbar politisch determinierte Größe" anzusehen. 50)

b) Die Aggregation der individuellen Sparquoten

Bei der Erörterung des Kaldor-Modells ist deutlich geworden, daß zwei wichtige Fragen nicht exakt beantwortet werden können: die Frage nach der Meßbarkeit der Interdependenz zwischen den einzelnen gesamtwirtschaftlichen Größen und die Frage, ob gesamtwirtschaftliche Investitionsfunktionen zugrundegelegt werden können. Weit wichtiger aber ist im Rahmen dieser Arbeit ein Problem, das sich sowohl bei allen an die Kreislaufzusammenhänge anknüpfenden Untersuchungen zur Einkommensverteilung als auch in jedem verteilungstheoretischen Modell stets dann stellt, wenn der Frage nach der Einkommensverwendung Bedeutung beigemessen wird: Die Aggregation der individuellen Einkommensempfänger.

50) Vgl. Lübbert, Jens, a.a.O., S. 136

Betrachtet man den einzelwirtschaftlichen Bereich, so stellt bereits hier die Annahme einer homogenen und linearen Sparfunktion in Abhängigkeit vom Einkommen eine, wenn auch gerechtfertigt erscheinende, Vereinfachung dar.⁵¹⁾ Geht man von einer Analogie zwischen der einzelwirtschaftlichen und der gesamtwirtschaftlichen Sparfunktion aus und faßt die Einkommensempfänger einer Volkswirtschaft in zwei Gruppen - z.B. Unternehmer und Nichtunternehmer - zusammen, so ergibt sich nunmehr die Frage, ob die zwischen Gesamteinkommen und Gesamtersparnis einer Gruppe bestehende Beziehung unabhängig ist von Änderungen in der Zusammensetzung dieses Gesamteinkommens oder der Gesamtersparnis.⁵²⁾ Eine derartige Voraussetzung wird man jedoch nur dann machen können, wenn entweder die zu einer Gruppe zusammengefaßten Einkommensempfänger (z.B. Arbeitnehmer) bezüglich der Form ihrer Einkommensaufteilung homogen sind - die Sparquoten aller Einkommensempfänger also die gleiche Höhe haben -, oder, falls der Anteil der Ersparnis vom Einkommen

51) Die Frage nach den Bestimmungsgründen des Sparens wird noch im folgenden Kapitel näher zu erörtern sein.

52) Kaldor geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Sparneigung der Unternehmer stets größer ist als die der Nichtunternehmer (Kaldor, Nicholas, *Alternative Theories ...*, a.a.O., S. 230). Mit der Bedeutung dieser Annahme für das Kaldor-Modell setzt sich Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 86 ff., eingehend auseinander. - Vgl. dazu ferner: Scheele, Erwin, *Die makroökonomische Theorie der Einkommensverteilung*, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaften*, Bd. 14/1963, S. 184

der einzelnen Einkommensempfänger einer Gruppe zwar gleichbleibend, aber unterschiedlich groß ist, wenn die Verteilung des Gruppeneinkommens auf die einzelnen Einkommensbezieher dieser Gruppe unverändert bleibt. 53)

Man wird zumindest erhebliche Zweifel dahin geltend machen müssen, daß eine der beiden genannten Bedingungen - insbesondere bei der Zusammenfassung sämtlicher Einkommensempfänger einer Volkswirtschaft zu lediglich zwei Gruppen, wie das heute in der theoretischen und politischen Diskussion überwiegend geschieht - als auch nur annähernd realistisch angesehen werden kann. Es wurde bereits an anderer Stelle gezeigt, 54) daß, bildet man nur die zwei Sektoren "Unternehmer" und "Nichtunternehmer", das gesamte, nicht aus dem Faktor Arbeit resultierende Einkommen unter der Rubrik "Unternehmereinkommen" zusammengefaßt werden muß. 55) Will man darüber hinaus nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch die Unternehmungen - z.B. die Ersparnis der

53) Oder wenn zwischen der Höhe des Einkommens einer Gruppe und seiner Verteilung ein bestimmbarer Zusammenhang besteht. In diesem Fall wird jedoch nach Auffassung von Lübbert, Jens, a.a.O., S. 135, die Zusammenfassung der mikroökonomischen Sparfunktionen nicht zu einer makroökonomischen Sparfunktion führen.

54) Vgl. Abschnitt II/3

55) Insbesondere Lübbert, Jens, a.a.O., S. 135 f., hebt die Problematik der Annahme Kaldors hervor, daß die beiden Gruppen seines Modells auch in bezug auf die Entstehung ihres Einkommens homogen sind.

Kapitalgesellschaften, d. h. die nicht ausgeschütteten Gewinne - berücksichtigen, so wird entweder die Bildung weiterer Gruppen erforderlich, oder es muß, sofern die Zweiteilung beibehalten werden soll, zwischen "Unternehmungen" und "privaten Haushalten" unterschieden werden. 56)

Die Bildung einer linear homogenen makroökonomischen Sparfunktion der privaten Haushalte müßte aber von der wirklichkeitsfremden Voraussetzung ausgehen, daß alle privaten Haushalte einer Volkswirtschaft - unabhängig von der Höhe ihres Einkommens - die gleiche Sparquote haben. 57)

Es muß ferner bedacht werden, daß die in den Unternehmungen verbleibenden Gewinne den privaten Haushalten zwar nicht z u l i e ß e n , aber doch z u s t e h e n . Die Gegenüberstellung von "Unternehmungen" und "privaten Haushalten" verdeckt daher vollends das Problem der personellen Verteilung des Produktivvermögens. 58)

So erweist sich die Gruppenbildung als ein wesentliches sowohl verteilungstheoretisches als auch statistisches Problem. Es muß vor allem gefragt werden, ob die bisher meist geübte Gegenüberstellung sozialer Gruppen in der vermögenspolitischen Diskussion nicht zu einer verzerrten Beurteilung

56) Vgl. Bombach, Gottfried, Die verschiedenen Ansätze ..., a.a.O., S. 137 f.

57) Vgl. dazu: Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 68 ff.

58) Dabei bleibt die Vermögensbildung der öffentlichen Hand hier unberücksichtigt.

der Möglichkeiten geführt hat, daß man, ausgehend von der Einkommensverwendung, eine breitere Vermögensbildung fördern könnte.

c) Vermögensbildung - ein Problem "sozialer Klassen"?

ca) Die Berücksichtigung sämtlicher Kreislaufgrößen in der Verteilungstheorie

Im Rahmen der Frage nach den Erkenntnissen aus der modernen gesamtwirtschaftlichen Verteilungstheorie für die Vermögenspolitik muß darauf hingewiesen werden, daß von einer vollständigen Theorie der Verteilung, die alle Kreislaufgrößen mit einbezieht, bisher kaum gesprochen werden kann. Wie im Modell Kaldors wird in den meisten Untersuchungen vom Einfluß des Außenhandels abgesehen und eine Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität unterstellt. Geht man vom Ansatz Kaldors aus, so zeigt bereits eine einfache Überlegung, daß eine vermehrte Spartätigkeit der Arbeitnehmer bereits dann nicht zu einer Verringerung der Gewinnquote der inländischen Unternehmer führen dürfte - eventuell sogar eine Erhöhung dieses Anteils denkbar ist -, wenn der durch die erhöhte Spartätigkeit der Arbeitnehmer bewirkte Nachfrageausfall durch eine größere Exportnach-

frage des Auslandes kompensiert bzw. überkompensiert wird. 59)

Noch problematischer erscheint die Vernachlässigung des staatlichen Sektors. Die öffentliche Hand ist nicht nur ein gewichtiger Teilnehmer im zeitlichen Ablauf des gesamtwirtschaftlichen Prozesses; der Staat ist vielmehr - neben dem allgemeinen Einfluß jeder Politik auf das Wirtschaftsgeschehen - auch Träger einer gezielten Vermögenspolitik, d.h. er versucht bewußt direkte und/oder indirekte Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, die bestehende Vermögensverteilung zu korrigieren. Dabei ist an dieser Stelle nicht die Frage bestehender Zusammenhänge zwischen Primär- und Sekundärverteilung zu diskutieren. 60) Es soll lediglich festgestellt werden, daß die Einbeziehung des öffentlichen Sektors - ebenso wie die Berücksichtigung des Außenhandels - die gesamtwirtschaftliche Verteilungs-

59) Von den Autoren, die Einflüsse des Außenhandels auf die Einkommensverteilung untersucht haben, seien genannt: Metzler, Lloyd Appleton, *Tariffs, the Terms of Trade, and the Distribution of National Income*, in: *The Journal of Political Economy*, Vol. 57, Chicago/Illinois 1949, S. 1 ff.; Johnson, Harry Gordon, *International Trade, Income Distribution and the Offer Curve*, in: *The Manchester School of Economic and Social Studies*, Vol. 27, Manchester 1959, S. 241 ff.; Derselbe, *Income Distribution, the Offer Curve, and the Effects of Tariffs*, ebenda, Vol. 28, Manchester 1960, S. 215 ff.; Rose, Klaus, *Theorie der Außenwirtschaft*, Berlin/Frankfurt am Main 1964.

60) Vgl. z.B. Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 15 f.

theorie vor nicht unerhebliche Probleme stellt, ⁶¹⁾ daß aber andererseits allein die Vernachlässigung dieser Kreislaufgrößen den Aussagewert der Ergebnisse in erheblichem Maße herabsetzt, ⁶²⁾ was leider in der vermögenspolitischen Diskussion nicht immer klar erkannt oder sogar bewußt vernachlässigt wird.

cb) Überschneidungen bei der Gruppenbildung

Bedeutungsvoller ist jedoch die bereits aufgeworfene Frage der makroökonomischen Gruppenbildung überhaupt. Dieses Problem muß im Zusammenhang mit den möglichen Fragestellungen einer Verteilungstheorie gesehen werden. Wir haben in der Einführung zu dieser Arbeit die personelle, die funktionelle und die Verteilung auf soziale Klassen (oder Gruppen) einander gegenübergestellt. Wir haben ferner auf die möglichen Interdependenzen und Überschneidungen bei dieser Einteilung im Laufe der bisherigen Untersuchung hingewiesen. ⁶³⁾ Es er-

61) Zur Frage, welche Schwierigkeiten sich bei der Berücksichtigung des öffentlichen Sektors in der Verteilungstheorie ergeben, vgl. das aus 27 Gleichungen mit insgesamt 40 Variablen bestehende Kreislaufmodell von Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 143 ff. - Vgl. auch das von Oberhauser, Alois, Finanzpolitik ..., a.a.O., S. 100 ff., entwickelte Modell der privaten Vermögensbildung. Oberhauser räumt ein, daß sein Modell unvollständig sei und sich ökonomisch nicht überprüfen lasse: "Es sollte lediglich die Überlegungen der vergangenen Abschnitte zusammenfassen" (Ebenda, S. 105).

62) Vgl. auch Scheele, Erwin, a.a.O., Bd. 14, S. 186

63) Vgl. Abschnitt II/3

scheint geboten, diese drei Fragestellungen nochmals deutlich voneinander abzugrenzen: Unter dem funktionellen Aspekt werden die Wirtschaftssubjekte nach ihrer Stellung im Wirtschaftsprozess gruppiert. Wir fragen also, aus welchen Funktionen - z.B. im Sinne der klassischen Dreiteilung: Arbeit, Kapital, Boden - die einzelnen Wirtschaftssubjekte Einkommen beziehen. Dabei kann das Arbeits-, Zins- oder Renteneinkommen jeweils nach verschiedenen Empfängergruppen weiter differenziert werden, so z.B. das Arbeitseinkommen in das Einkommen der Arbeiter, der Angestellten oder der Selbständigen.

Diese funktionelle Verteilung sollte nicht mit der sozialen oder sozialökonomischen Gruppenverteilung vermengt werden - indem man z.B. von einer "Gruppenverteilung nach ökonomischen Funktionen" spricht.⁶⁴⁾ Auf dieser Gruppenbildung basieren heute Verteilungstheorie und Wirtschaftspolitik weitgehend. Eine Gruppierung in "soziale Klassen", die Unselbständige und Selbständige oder Unternehmer und Nichtunternehmer einander gegenüberstellt, könnte aber nur dann als identisch mit der funktionellen Verteilung angesehen werden, wenn z.B. alle Nichtunternehmer lediglich Einkommen

64) Wie z.B. Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 7. Dagegen versteht Stobbe unter "funktioneller Realverteilung" eine Klassifizierung der Güter und Dienste nach den Funktionen, die sie im Wirtschaftsprozess ausüben (z.B. Konsumgut, Investitionsgut).

aus dem Faktor Arbeit bezügen, das Einkommen der Unternehmer dagegen allein als Zins- bzw. Renteneinkommen anzusehen wäre.

Eine derartige Annahme ist nicht realistisch. Selbst wenn man berücksichtigt, daß ein wesentliches verteilungspolitisches Problem gerade darin besteht, daß sich die einzelnen Einkommensarten keineswegs gleichmäßig auf die einzelnen Gruppen - Unternehmer/Nichtunternehmer oder Haushalte/Unternehmungen - verteilen, so muß es doch als äußerst fraglich erscheinen, ob man die These, jede Gruppe beziehe nur eine Einkommensart, wirklich "heute noch mit einigermaßen gutem Gewissen" bejahen kann. ⁶⁵⁾ Einmal wird man den "Selbständigen" nicht nur "Gewinneinkommen" zubilligen können. Man kann nicht damit argumentieren, daß die Masse der kleinen und mittleren Einzelunternehmer die ihnen zufließenden Einkommen nicht in Lohn-, Kapital- und Gewinneinkommen trennt. Es ist auch für das verteilungspolitische Problem unmaßgeblich, daß eine derartige Differenzierung nur schwer möglich ist, z.B. bei der freiberuflichen Tätigkeit eines Arztes mit modern eingerichteter "kapitalintensiver" Praxis. ⁶⁶⁾ Weiterhin aber wird die Gruppierung z.B. in "Arbeitnehmer" und "Unternehmer" in dem Maße problematisch, in dem die Arbeitnehmer sparen und Vermögen bilden. Denn durch das Sparen der Arbeitnehmer soll sich - wenn

65) So Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 39

66) Will man eine solche Differenzierung vornehmen, so ist man wiederum auf grobe Annahmen angewiesen; vgl. z.B. die Untersuchung von Krelle, Wilhelm, Die Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft, a.a.O.

wir die Kreislaufzusammenhänge zugrunde legen - der Anteil des Unternehmereinkommens vermindern, während doch nun die Vermögen bildenden Arbeitnehmer selbst Unternehmereinkommen z.B. in Form einer Verzinsung ihrer Ersparnisse beziehen wollen. ⁶⁷⁾ Der sparende Arbeitnehmer stände damit "zwischen den Fronten".

Zu der scharfen Frontstellung von "Unternehmern" und "Nichtunternehmern" im Rahmen der aktuellen einkommens- und vermögenspolitischen Diskussion hat die moderne makroökonomische Verteilungstheorie somit in nicht unerheblichem Maße beigetragen. Gewiß bestimmen sich im Rahmen der Verteilungstheorie derartige Gruppierungen in erster Linie nach Zweckmäßigkeit Gesichtspunkten. Sie sind aber andererseits - ebenso wie zahlreiche Programme zur "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" - nicht nur in erheblichem Maße "politisch gefärbt", ⁶⁸⁾ sondern auch politisch wirksam - manchmal ohne daß es gewollt war.

cc) Das Problem einer Disaggregation der Gruppen

Nun bringen jedoch nicht nur die funktionellen Überschneidungen zwischen den Gruppen erhebliche Schwierigkeiten mit

⁶⁷⁾ Mit dem Problem der Verzinsung des sich in Arbeitnehmerhand bildenden Vermögens hat sich, ausgehend vom Modell Kaldors, insbesondere Pasinetti, Luigi L., Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29, Edingburgh and London 1962, S. 267 ff., auseinandergesetzt.

⁶⁸⁾ Rose, Klaus, Theorie ..., a.a.O., S. 11

sich. Vielmehr kann, vor allem bei einem Zwei-Gruppen-Modell, auch die Annahme völliger Homogenität innerhalb einer Gruppe - z.B. aller Arbeitnehmer, die lediglich Arbeitseinkommen beziehen - nicht als realistisch angesehen werden, wie bereits hinsichtlich der Aggregation der individuellen Sparquoten dargelegt wurde. Damit stellt sich jedoch gleichzeitig die Frage, ob es nicht möglich erscheint, die hier aufgezeigten offenen Probleme der Verteilungstheorie durch eine Neuaggregation der Einkommensempfänger, d.h. durch Bildung zahlreicherer, homogenerer Gruppen wenigstens erheblich zu vermindern.

Eine derartige Zielsetzung würde bedeuten, daß man die in der modernen Verteilungstheorie vorherrschende soziale Gruppenbildung entweder aufgibt oder diese Gruppen differenziert und damit ihre Zahl vergrößert. Hält man an sozialen Klassifizierungen fest, so stellt sich die Aufgabe, bei der Bildung einer sozialen Gruppe ein Aggregat von Wirtschaftssubjekten mit gleichen oder wenigstens ähnlichen Funktionen zu finden, "die in bezug auf mindestens eine Funktion anderen Gruppen der Volkswirtschaft gegenüber uniform handeln". ⁶⁹⁾ Die Einschränkungen dieser Definition lassen zugleich die Problematik einer weitgehenden Gruppenbildung erkennen: Will man nämlich die Beschränkung auf nur zwei soziale Gruppen aufgeben, so stellt sich die entscheidende Frage, nach welchen Gesichtspunkten in diesem Falle eine

69) Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 41

Gruppenbildung bzw. eine Zusammenfassung der einzelnen Einkommensempfänger erfolgen soll, die diesen Voraussetzungen, d.h. den bereits hinsichtlich der Aggregation der individuellen Haushalte angeführten Bedingungen genügen kann.

Das Problem der Bildung einzelner Gruppen, deren Mitglieder sich in bezug auf alle für die Einkommensverteilung relevanten Faktoren homogen verhalten, hat in neuerer Zeit vor allem Marchal zusammen mit Lecaillon in den Vordergrund gerückt. 70) Er geht dabei von einer Gliederung nach funktionellen Kriterien aus, die er jedoch hinsichtlich der einzelnen Personengruppen, denen das Einkommen aus einer bestimmten Funktion zufließt, weiter differenziert. So werden z.B. die Bezieher von kontraktbestimmten, also von Arbeitseinkommen weiter in Arbeiter, untere und mittlere Angestellte unterteilt. Die Unternehmertätigkeit gliedert sich einmal in die landwirtschaftliche und zum anderen in Industrie und Handel, wobei zwischen Personenunternehmungen, Kapitalgesellschaften (privater und öffentlicher Eigentümer), deren leiten-

70) Marchal, Jean, *Approches et catégories à utiliser pour une théorie réaliste de la répartition*, in: *Revue économique*, 1952, S. 147 ff.; derselbe, *La théorie de la répartition du revenu national et les catégories de capitalistes*, ebenda, 1959, S. 1 ff.; Marchal, Jean; Lecaillon, Jacques, *La répartition du revenu national*, Première partie: *Les participants*, Tome I: *Les salariés*, insbesondere S. 45 ff.; Tome II: *Les entrepreneurs, agriculteurs, prêteurs, bénéficiaires de transferts*, S. 380 ff.; Tome III (*Les modèles*): *Le modèle classique, Le modèle marxiste*; alle 3 Bände: Paris 1958

den Angestellten sowie den freien Berufen differenziert wird. Daneben stehen ferner der Bereich der Darlehens- und Realkapitalgewährung und die Gruppe der Empfänger von Transfereinkommen. 71)

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine derartige personenbezogene Gruppenbildung nach funktionellen Kriterien eine bessere Annäherung an die Wirklichkeit bedeutet als die bisherige grobe soziale Klassifizierung. Zudem wird eine wesentliche Problematik der sozialen Gruppen, daß nämlich die Mitglieder einer Gruppe in Wirklichkeit Einkommen aus mehreren Funktionen gleichzeitig beziehen können, nicht unerheblich abgeschwächt. Dennoch erscheint dieses Problem damit noch keineswegs gelöst, ebenso wie die Frage der Homogenität auch bei einer so weitgehenden Differenzierung der Aggregate noch keine zufriedenstellende Beantwortung erfahren haben dürfte. Andererseits ergibt sich wiederum die entscheidende Frage, ob eine gesamtwirtschaftliche Verteilungstheorie, die auf diesen vielfältigen Differenzierungen aufbauen will, zu so klaren und eindeutigen Ergebnissen führen kann, wie sie in den modernen verteilungstheoretischen Untersuchungen angestrebt werden.

71) Die funktionelle Gliederung wird demnach insofern erweitert, als z.B. die Transfereinkommen gesondert berücksichtigt werden.

cd) Makro- versus mikroökonomische Verteilungstheorie?

Aus diesen Überlegungen wird deutlich, daß die Möglichkeiten der makroökonomischen Theorie keineswegs unbegrenzt sind. In kaum einer theoretischen Untersuchung wird versäumt, auf diese Grenzen aufmerksam zu machen. Es fehlt nicht an Hinweisen, daß es der exakten Modelltheorie nicht gelingen kann, den "vollständigen Bedingungskomplex der zu erklärenden wirtschaftlichen Phänomene zu erfassen", 72) und daß daher eine theoretische Betrachtung zugleich eine "Einengung des Erkenntnisgegenstandes auf seine logischen Elemente" bedeutet. 73) Im Hinblick auf die Verteilungstheorie betont insbesondere Bombach, daß "manche Distributionsmodelle ... unter Verweis auf das Aggregationsproblem leicht ad absurdum zu führen (sind)". 74)

Es wäre zu einfach, gestützt auf derartige Argumente die Makroökonomik überhaupt und insbesondere die gesamtwirtschaftliche Verteilungstheorie ablehnen zu wollen. Es geht hier auch nicht um die Frage, ob den mikro- oder den makroökonomischen Untersuchungen der Vorzug zu geben sei. Um all-

72) Stöwe, Heinz, Ökonometrie und makroökonomische Theorie, Stuttgart 1959, S. 22

73) Kade, Gerhard, Die logischen Grundlagen der mathematischen Wirtschaftstheorie als Methodenproblem der theoretischen Ökonomik, Berlin 1958, S. 53

74) Bombach, Gottfried, Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie, a.a.O., S. 108. - Im Original teilweise kursiv.

gemeingültige Feststellungen treffen zu können, ist eine Beschränkung auf die wesentlichen Faktoren unerlässlich. Wir stimmen der Auffassung von Preiser zu, daß wir ohne die kühnen Abstraktionen der Theorie überhaupt keine Einsicht in die Gesetze der Wirtschaft bekämen: "Die Tatsachen allein reden nicht: man muß sie dazu zwingen, und das tut die Theorie, indem sie die Denkmöglichkeit des Prozesses untersucht". 75) Preiser fährt jedoch fort: "Eine 'realistische' Theorie ist in Widerspruch zu sich selbst, es sei denn, man meine damit, die Theorie dürfe nicht mit unzulänglichen Modellen arbeiten, dürfe nicht wesentliche Daten übersehen, dürfe nicht bei zu hohen Abstraktionen stehenbleiben." 76)

Demnach steht fest: Einerseits kann der Weg einer "Dezentralisierung" in Richtung einer Totalanalyse auf mikroökonomischer Grundlage, die auch - wie bereits bei Walras und Pareto - die Einkommensverteilung umfaßt, 77) nicht als gangbar angesehen werden. Andererseits haben wir einige der Probleme aufgezeigt, die sich daraus ergeben, daß die gesamtwirtschaftlichen verteilungstheoretischen Untersuchungen heute überwiegend auf die Bildung zu großer, heterogener Gruppen angewiesen sind, so daß keine eindeutigen Ergebnisse

75) Preiser, Erich, *Gestalt und Gestaltung der Wirtschaft*, Tübingen 1934, S. 115

76) Ebenda

77) Walras, Léon, *Éléments d'économie politique pure ou théorie de la richesse sociale*, Réimpr. Paris 1952; Pareto, Vilfredo, *Manuel d'économie politique*, Trad. sur l'édition italienne, 2. édit. Paris 1927

erzielt werden können. Kann darüber hinaus die Verteilung des Volkseinkommens - wie heute immer wieder hervorgehoben wird - nur dann zutreffend analysiert werden, "wenn auch die Verwendung des Einkommens berücksichtigt wird", 78) so muß die Frage berechtigt sein, ob die Ergebnisse einer Distributionstheorie, die dieser Forderung Rechnung trägt, insbesondere hinsichtlich der Vermögenspolitik nicht einiger wesentlicher Ergänzungen bedürfen.

ce) Institutionelle Gruppenbildung als Lösung?

Auch die Forderung, "in bezug auf den Aggregationsgrad eine mittlere Linie zwischen der mikroökonomischen Totalanalyse nach Art von Walras und dem Zwei-Klassen-Ein-Produkt-Modell einzuhalten", 79) mündet mit dem Vorschlag, die Gesamtzahl aller Angehörigen der einzelnen, als Tarifvertragsparteien auftretenden Gewerkschaften zu Gruppen zusammenzufassen, 80) lediglich in eine Verlagerung der aufgezeigten Probleme. Es wird unterstellt, daß die Einkommens- und Vermögensverteilung ausschließlich Angelegenheiten der Tarifparteien seien: Das für die Verteilung relevante Verhalten der einzelnen Wirtschaftssubjekte wird reduziert auf das - unterstellte - einheitliche Verhalten der Gewerkschaften auf der einen und der Unternehmer auf der anderen Seite.

Betrachten wir zunächst die Fragen, die durch eine derartige Gruppenbildung neu aufgeworfen werden. Tarifverträge gelten

78) So Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 137

79) Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 41

80) Ebenda

nur für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und hier wiederum nur für die in Gewerkschaften und Unternehmensverbänden zusammengeschlossenen Mitglieder. Geht man aber davon aus, daß die Tarifvereinbarungen wenigstens als Richtschnur für alle Löhne und Gehälter angesehen werden können, so bleibt die Frage, ob die Tariflohnstruktur längerfristig als konstant anzusehen ist, d.h. keine Verschiebungen zwischen den durch gleiche Tarifverträge festgelegten Tariflöhnen der Arbeitnehmer auftreten. Wenn ferner die Tariflöhne - wie in den letzten Jahren auch in der Bundesrepublik - nicht den Effektivlöhnen entsprechen, also ein von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich starker "wage-drift" auftritt, so läßt sich auf der Grundlage des Tarifvertrages die tatsächliche Einkommensverteilung bei den betreffenden Arbeitnehmern wohl kaum noch ermitteln. 81)

Die Vorstellung, daß das wirtschaftliche Geschehen in einer Volkswirtschaft von mehreren konkurrierenden Gruppen getragen wird, ist keineswegs neu. So findet sich bereits bei Jevons die Bemerkung, "that all classes of society are trade-unionists at heart, and differ chiefly in the boldness, ability, and secrecy with which they push their respective interests". 82) Unter den zahlreichen theoretischen Modellen,

81) Hinsichtlich der Schwierigkeiten, die mit einer empirischen Untersuchung des "wage-drift" verbunden sind, vergl.: Decken, Wolf von der, Vergleich des Index der tariflichen Stundenlöhne mit dem Index der Bruttostundenverdienste, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1962, S. 578 ff.

82) Jevons, William Stanley, The State in Relation to Labour, London 1882, S. VI

die den Zusammenhang zwischen Lohnbildung und Verhandlungsmacht zu klären versuchen, sei besonders auf die Untersuchungen von Hicks sowie in neuerer Zeit von Külp hingewiesen.⁸³⁾ Es muß jedoch nochmals gefragt werden, ob der Weg, die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung durch die Zielsetzung und Verhaltensweise der großen Wirtschaftsverbände zu erklären, die aufgezeigten Schwierigkeiten der Gruppenbildung im Rahmen der makroökonomischen Theorie nicht lediglich umgeht. Wenn z.B. die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft als ein mögliches Kriterium für eine Aggregation der Einkommensempfänger angesehen wird, so wäre in der Tat das Problem der Gruppenbildung dann beseitigt, wenn allein von den bestehenden Wirtschaftsverbänden als den für die Einkommensverteilung relevanten Gruppen ausgegangen werden könnte. Wenn jedoch, wie gezeigt wurde, nicht zuletzt die Schwierigkeiten der Aggregation im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Verteilungstheorie dazu führen, daß man die Zugehörigkeit zu einer Organisation als Kriterium der Gruppenbildung heranzieht, so ergibt sich damit hinsichtlich der Frage, ob es als ausreichend angesehen werden kann, die Einkommensverteilung mit Hilfe der Gegenüberstellung großer sozialer Gruppen zu erklären, kein Unterschied z.B. zwischen dem verteilungstheoretischen Ansatz Kaldors und einer von dem Verhalten und den Zielsetzungen der Tarifpartner ausgehenden Distributionstheorie.

83) Hicks, John Richard, *The Theory of Wages*, London 1932 (Sec. Edit., Reprint. 1966); Külp, Bernhard, *Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften* (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 84), Berlin 1965, insbesondere S. 125 ff.

cf) Zusammenfassung und Ausgangspunkte für die
weitere Untersuchung

Aus unseren bisherigen Darlegungen ergeben sich folgende Überlegungen: Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß den Tarifpartnern eine bedeutende Rolle bei der Lohnbildung und damit für die Einkommensverteilung zukommt. Bezieht man nun die Frage der Vermögensbildung mit in die Auseinandersetzung der Tarifpartner ein, so ergeben sich dafür mehrere Möglichkeiten: 1. Die Verfügungsfreiheit der Arbeitnehmer über das ihnen aufgrund der Tarifvereinbarungen zufließende Einkommen wird dergestalt eingeschränkt, daß die Arbeitnehmer gezwungen werden, einen Teil ihres Einkommens für die Bildung von Vermögen zu verwenden. 2. Die Verfügung über das tariflich vereinbarte Einkommen ist frei, aber die Tarifpartner bzw. die Gewerkschaften versuchen, über besondere Tarifvereinbarungen und/oder durch sonstige Maßnahmen (z.B. Aufklärungsarbeit über die Möglichkeiten der Vermögensbildung oder die Ausgabe von Gutscheinen, die bei Eröffnung eines Sparbuches eingelöst werden) auf die Verwendung des Einkommens in Richtung einer nicht konsumtiven Verwendung Einfluß zu nehmen. 3. Die Gewerkschaften sehen das Problem der Vermögensbildung lediglich in der Bereitstellung "ausreichender" Einkommen: Der Arbeitnehmer ist bereit, Vermögen zu bilden und wird über sein Einkommen freiwillig entsprechend verfügen. ⁸⁴⁾ Die Entscheidung über die Einkommens-

84) Vgl. z.B. Loesch, Achim von, Die Grenzen einer breiteren Vermögensbildung, Zur Problematik der Eigentumspolitik, Frankfurt/Main 1965, S. 120: "Vermögenspolitik ist ... in erster Linie reine Lohnpolitik."

verwendung in Konsum und Ersparnis kann jedoch durch staatliche Förderungsmaßnahmen zugunsten der nichtkonsumtiven Verwendung beeinflusst werden.

Alle drei oben angedeuteten Wege werden in der Bundesrepublik diskutiert. Vereinzelt ist bereits der zweite, Überwiegend jedoch der dritte Weg insofern beschritten worden, als 1. der Einzelne völlig frei über die Verwendung seines Einkommens verfügen kann und 2. die nichtkonsumtive Verwendung zwar gefördert, aber nicht durch direkte Maßnahmen erzwungen wird. Wenn die Vermögenspolitik in der Bundesrepublik Überwiegend an die Einkommensverwendung anknüpft, so ist sie dabei, wie wir aufzeigten, nicht zuletzt von der neueren makroökonomischen Verteilungstheorie beeinflusst worden.

Unsere Untersuchung der theoretischen Ergebnisse am Beispiel des Kaldor-Modells ließ hinsichtlich der Forderung nach einer wirksamen Vermögenspolitik insbesondere folgende Ansatzpunkte einer kritischen wirtschaftspolitischen Ergänzung der neueren makroökonomischen Verteilungstheorie erkennen:

1. Wenn von der Verwendungsseite des Einkommens und der freien Verfügbarkeit über dieses Einkommen ausgegangen wird, so darf die Frage nicht unberücksichtigt bleiben, welche Funktion das einzelne Wirtschaftssubjekt seiner individuellen Vermögensbildung beimisst.
2. Daraus ergibt sich aber, daß vor allem die personelle Vermögensverteilung stärker in den Vordergrund zu rücken

ist; ⁸⁵⁾ denn hinsichtlich der Frage der Einkommensverwendung ist es grundsätzlich unerheblich, aus welchen Quellen sich das personelle Einkommen zusammensetzt. Nur wenn man von der personellen Vermögensbildung der einzelnen Wirtschaftssubjekte ausgeht, läßt sich das seltsame Phänomen umgehen, daß der sparende Lohnempfänger einmal als Arbeitnehmer mit dem "Anrecht" auf eine möglichst breite Förderung der Vermögensbildung und zum anderen - hinsichtlich der Erträge aus seiner Ersparnis - in den Kreis der Unternehmer einbezogen werden muß, deren Vermögensbildung gerade eingeschränkt werden soll. 3. Wenn bisher - ausgehend von den Kreislaufzusammenhängen und den modernen verteilungstheoretischen Ansätzen - von Einkommensverwendung gesprochen wurde, so sind dabei stets die beiden Verwendungsarten Konsum und Sparen gegenübergestellt worden, ohne daß diese Begriffe näher analysiert wurden. Nun mag zwar die Frage der Sparform für den Unternehmer, der seine Ersparnis im eigenen Unternehmen investiert, unbeachtlich sein. Für denjenigen, der seine Ersparnisse nicht "selber umtreibt", sind jedoch Sparen und Investieren keineswegs identisch.

85) Von einer Theorie der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung kann heute noch kaum gesprochen werden. Vgl. die Ausführungen bei Krelle, Wilhelm, Verteilungstheorie, a.a.O., S. 267 ff.; ferner: Tinbergen, Jan, On the Theory of Income Distribution, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 77, 1956, S. 156. - Siehe auch: Friedman, Milton, Choice, Chance, and the Personal Distribution of Income, in: The Journal of Political Economy, Vol. 61, Chicago/Illinois 1953, S. 277: "This absence of satisfactory theory of the personal distribution of income and of a theoretical bridge connecting the functional distribution of income with the personal distribution is a major gap in modern economic theory."

Vielmehr stellt sich für ihn das Problem, in welcher Form er sein Vermögen halten soll.

d) Ein Kernproblem der Vermögenspolitik: Die Frage der
Vermögensform

Folgt man der Analyse der Kreislaufzusammenhänge und dem darauf aufbauenden verteilungstheoretischen Modell Kaldors, so erscheint die Schlußfolgerung, die Nichtunternehmer könnten durch Mehrsparen den Verteilungsprozeß zu ihren Gunsten verändern, hinsichtlich der künftigen **E i n - k o m m e n s** verteilung zwischen den beiden Gruppen "Arbeitnehmer" und "Unternehmer" unter den dargelegten Prämissen unmittelbar einleuchtend: Nur die Einkommensteile der Arbeitnehmer, die in einer Periode zur Nachfrage von Gütern und Dienstleistungen Verwendung finden, können als Erlöse bei den Unternehmern verbucht werden. Hat sich die Arbeitnehmerersparnis erhöht, so müssen sich die Unternehmer in der folgenden Periode - bei konstanter Investition und konstantem Unternehmerkonsum - in dem Umfange, in dem sie zur Finanzierung ihrer Investitionen nunmehr nicht auf eigene Ersparnisse zurückgreifen können, bei den Nichtunternehmern verschulden.

Wenn folglich in diesem Zusammenhang vom "Sparen der Nichtunternehmer" gesprochen wird, so geht man in bezug auf die **S p a r f o r m** im allgemeinen stillschweigend von der Annahme aus, daß die Lohnempfänger lediglich Geldvermögen bilden, d.h. ihre Ersparnisse dem Unternehmenssektor direkt

oder indirekt in Form von Krediten zur Verfügung stellen. Sparen die Arbeitnehmer dagegen in der Form, daß sie z.B. ein Haus bauen oder sich an einer Unternehmung und damit an der Bildung von Produktivvermögen beteiligen, so werden sie im Umfang ihrer Ersparnisse Miteigentümer von Real-Investitionen: Die Nachfrage der Arbeitnehmer verlagert sich vom Konsum- auf den Investitionsgütersektor. Den Investitionen insgesamt steht insofern auch künftig keine Verschuldung der Unternehmer bei den Arbeitnehmern gegenüber. Vielmehr muß in diesen Fällen von einer Erweiterung des Kreises der Unternehmer gesprochen werden, während das Einkommen der Unternehmer-Gruppe dadurch nicht geschmälert wird. Schreiber hat das deutlich hervorgehoben: "Wenn die Nichtunternehmer mehr sparen, so verändern sie damit den Verteilungsprozeß zu ihren Gunsten. Allerdings gilt das nur, wenn in Geld gespart wird, nicht aber, wenn - wie beim Eigenheimbau - zugleich Sachinvestition stattfindet. Vermehrtes Geldsparen (auf Sparkonten oder in festverzinslichen Wertpapieren) komprimiert in der Tat die Unternehmergewinn-Summe mit der Folge, daß die Lohnquote steigt. Das ist aber kein Motiv (zur Vermögensbildung - der Verf.), von dem die breite Masse weiß." 86)

86) Schreiber, Wilfrid, Das Auseinanderfallen ..., a.a.O., S. 55. - Pasinetti, Luigi, L., a.a.O., S. 270 ff., erweitert das Modell Kaldors, indem er das Gewinneinkommen in das der Unternehmer und der Nichtunternehmer aufteilt: Die Ersparnis der Nichtunternehmer beeinflusst folglich die Verteilung des Gewinneinkommens zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, nicht aber die Anteile von Gewinn- und Lohneinkommen. Auch Pasinetti differenziert jedoch nicht zwischen den einzelnen Sparformen.

Als "Lohnquote" wird der Anteil der Gehälter und Löhne an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, d.h. dem Netto-sozialprodukt zu Faktorkosten oder Volkseinkommen bezeichnet.⁸⁷⁾ Auf die statistischen Probleme bei der Ermittlung der Lohnquote kann hier nicht eingegangen werden.⁸⁸⁾ Wichtig erscheint an dieser Stelle allein die Feststellung, daß auf der Grundlage der dargelegten makro-theoretischen Überlegungen das Ziel einer breiteren Vermögensstreuung mit dem Ziel einer Erhöhung der Lohnquote nur insoweit harmonisieren kann, als sich die Vermögensbildung der Arbeitnehmer über ein vermehrtes Geldsparen vollzieht. Je größer die Bedeutung ist, die der Entwicklung der Lohnquote beigemessen wird, desto stärker wird das Gewicht sein, das auf eine Geldvermögensbildung der Nicht-unternehmer gelegt wird. Mit anderen Worten: Wird in erster Linie auf eine Änderung der künftigen Einkommensverteilung zwischen "Unternehmern" und "Arbeitnehmern" abgestellt, so verleiten die Ergebnisse der an der Kreislaufbetrachtung anknüpfenden makroökonomischen Verteilungstheorie dazu, die Förderung des Geldsparens als die geeignetste vermögenspolitische Maßnahme anzusehen.

Die Bedeutung einer stagnierenden oder gar sinkenden Lohnquote als Maßstab der Einkommensverteilung ist jedoch - abgesehen von der Problematik jeder Quotenbildung - vor allem dann gering, wenn sich die Arbeitnehmer am Produktiv-

87) Vgl. Esenwein-Rothe, Ingeborg, Wirtschaftsstatistik, Wiesbaden 1962, S. 301

88) Vgl. dazu: Esenwein-Rothe, Ingeborg, a.a.O., S. 310 ff.; Grohmann, Heinz, Einkommensstatistik, in: Umriss einer Wirtschaftsstatistik (hrsg. von Adolf Blind), Hamburg 1966, S. 229 ff.

vermögen beteiligen und gleichzeitig neben ihrem Arbeits-einkommen "Unternehmereinkommen" beziehen. Auch die Erträge aus dem Geldvermögen der Arbeitnehmer werden bei der Ermittlung der Lohnquote nicht erfaßt, sondern zum Unternehmereinkommen gerechnet. ⁸⁹⁾ Entscheidend ist folglich das personelle Einkommen der einzelnen Wirtschaftssubjekte oder Wirtschaftseinheiten (der privaten Haushalte). Die hier aufgezeigten Schwierigkeiten und Mißverständnisse verdeutlichen nochmals die ausführlich diskutierte Problematik der makro-ökonomischen Gruppenbildung und lassen darüber hinaus - wie auch die Ausführungen von Schreiber zeigen - die Fragwürdigkeit erkennen, theoretische Ergebnisse unbedenklich auf die Wirtschaftspolitik zu übertragen.

Wenn man primär die Frage aufwirft, wie die künftige V e r m ö g e n s verteilung zwischen den einzelnen Einkommensklassen der privaten Haushalte über die Art der Einkommensverwendung beeinflußt werden kann, so stellt sich damit gleichzeitig die Frage nach den hierzu geeigneten Sparformen. Wir gehen im weiteren Verlauf unserer Untersuchung zunächst im folgenden Kapitel davon aus, daß die Ersparnisbildung der bisher ganz oder weitgehend vermögenslosen Einkommensbezieher in Geld bzw. Geldforderungen erfolgt. Unter Berücksichtigung der Zielsetzungen der einzelnen Einkommensempfänger bei der Aufteilung ihrer Einkommen werden

⁸⁹⁾ Vgl. Abschnitt 3 dieses Kapitels

somit hinsichtlich der Vermögensbildung (oder Ersparnis) folgende Fragen zu beantworten sein: 1. Welche Motive und Zwecke verfolgt der Einzelne mit der Bildung von Ersparnissen? Will er einen Zinsertrag erzielen, die angesparten Beträge zu einem späteren Zeitpunkt in Sachvermögen umwandeln, künftige (oder bereits bestehende, aber durch die Höhe des derzeitigen Einkommens noch nicht erfüllbare) Konsumwünsche befriedigen, seinen Kindern eine bestimmte Ausbildung ermöglichen, oder interessiert ihn lediglich das Vermögen als Substanz, als "Eigentum an sich"? 2. Aus der Beantwortung der ersten Frage ergibt sich eine weitere: Wann wird das Vermögen wieder aufgelöst? Kann man überhaupt von einer Vermögensbildung sprechen, wenn jemand einige Jahre lang spart, um mit dem angesparten Betrag z.B. seinen Besuch bei den Olympischen Spielen in München zu finanzieren? Bedeutet das Sparen der Nichtunternehmer häufig nur, daß den Unternehmern die in einer oder in mehreren Perioden angesparten Gelder über den Markt doch wieder zufließen, durch gleichzeitige Abzahlungskäufe bzw. durch mit Krediten finanzierte Barkäufe, oder mit einer zeitlichen Verzögerung, d.h. durch Auflösung der Ersparnisse für Konsumzwecke in einer späteren Periode? 3. Was geschieht mit dem Geldvermögen des einzelnen Sparers während des Sparprozesses? Wer Geld spart, legt es selbst nicht an. Wer tut das für ihn, damit der Sparer einen Zinsertrag aus seiner Ersparnis erzielen kann?

Schließlich ergibt sich in diesen Zusammenhang eine weitere Frage: Wie ist im Hinblick auf eine breitere personelle Vermögensstreuung die Bildung von Sachvermögen zu beurteilen, z.B. wenn ein Arbeitnehmer seine Geldersparnisse dazu verwendet, sich selbständig zu machen und die entsprechenden Investitionen zu tätigen? Wie ist die Situation beim Kauf von Aktien und GmbH-Anteilen? Mit anderen Worten: Ist die Bildung von Geldvermögen und damit eine Förderung des Geldsparens im Hinblick auf das Ziel einer breiteren personellen Vermögensstreuung - und einer Korrektur der künftigen personellen Einkommensverteilung - ebenso zu bewerten wie die Bildung von Produktivvermögen und im Zusammenhang damit eine Förderung nur bestimmter Sparformen?

Mit diesen hier kurz skizzierten Problemen werden wir uns im Folgenden in Ergänzung der makro-theoretischen Ergebnisse bezüglich der Einkommensverwendung befassen. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß insbesondere die Frage der Vermögensform im Rahmen der Kreislaufanalyse und der neueren makro-ökonomischen Verteilungstheorie nur unbefriedigend behandelt werden kann: Ein Arbeitnehmer, der seine Geldersparnisse zum Bau eines Miethauses verwendet, erhöht damit ceteris paribus das Einkommen der Unternehmer. Gleichzeitig wird er nun bezüglich des Miethauses selbst zum Unternehmer und "produziert" Dienstleistungen. Dieser "Arbeitnehmer-Unternehmer" hat damit den Arbeitnehmern insgesamt hinsichtlich ihres Einkommensanteils am gesamten Volkseinkommen (Lohnquote) keinen guten Dienst erwiesen. Er besitzt jedoch durch Änderung der Vermögensform nunmehr ein Vermögen, das der Geldersparnis - nicht nur im Hinblick auf die vermögenspolitische Zielsetzung - überlegen sein kann.

III. Das Geldsparen als Grundlage zur personellen Vermögensbildung

1. Die Erklärung und Wertung des Sparens in gesamtwirtschaftlicher Sicht

Ebenso wie unter vermögenspolitischem Aspekt das Geldsparen in erster Linie mit dem "Motiv" einer künftigen Einkommensumverteilung zugunsten der Arbeitnehmer in den Vordergrund gerückt wird, so ist allgemein der Sparbegriff in der Literatur überwiegend in volkswirtschaftlicher Sicht, d. h. im Zusammenhang mit der Frage nach dem Wert und der Wirkung des Sparens im Ablauf des gesamtwirtschaftlichen Geschehens behandelt worden. Bevor wir uns mit den wesentlichsten Determinanten des Sparverhaltens in mikroökonomischer Betrachtung auseinandersetzen, sollen die Grundzüge einer Erklärung des Sparbegriffes aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kurz umrissen werden. Dabei ist die Auseinandersetzung um die volkswirtschaftlich positive bzw. negative Wirkung der Ersparnisbildung insofern von Interesse, als das Ziel einer breiteren Vermögensstreuung durch Förderung der Ersparnisbildung nicht nur isoliert betrachtet wird, sondern auch unter Berücksichtigung anderer wirtschaftspolitischer Zielsetzungen.

In der Literatur besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, daß Sparen gesamtwirtschaftlich als Konsumverzicht aufzufassen sei. So hob bereits Mill hervor, daß eine Ersparung nur stattfinden könne, wenn mehr produziert als verbraucht

werde, oder es müsse "weniger verbraucht sein, als produziert wird". 1) Für Böhm-Bawerk - einen Hauptvertreter der positiven Beurteilung des Sparens - bedeutet die Ersparnisbildung sowohl Anstoß als auch Voraussetzung für das Einschlagen von Produktionsumwegen. Nur wenn man an Genußmitteln spare, ließen sich dadurch Produktivkräfte "ersparen", mit denen schließlich neue Kapitalgüter produziert werden könnten. 2) Sparen bedeute einen "Abbruch am augenblicklichen Lebensgenuß"; denn die Volkswirtschaft müsse "auf einen Teil der Genüsse, die sie sich unter Aufrechterhaltung des Beharrungszustandes vergönnen könnte", verzichten, wenn sie ihren Kapitalbestand vergrößern wolle. 3)

Ähnliche Erklärungen des Sparens aus gesamtwirtschaftlicher Sicht finden sich auch bei zahlreichen anderen Autoren. So sieht Cassel in der Bildung von Ersparnissen "ein Opfer, das in der Beschränkung der sonst möglichen Bedürfnisbefriedigung oder in einer Steigerung der persönlichen Leistungen über das für die gegenwärtige Bedürfnisbefriedigung nötige Maß hinaus hervortritt"; eine derartige Beschränkung, durch welche die Produktion neuen Realkapitals ermöglicht werde, "nennt man Sparen". 4) Es handele sich dabei nicht

1) Mill, John Stuart, Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie (deutsche Übersetzung von Wilhelm Gehrig), 2. Auflage Jena 1924, S. 103

2) Böhm-Bawerk, Eugen von, Kapital und Kapitalzins, 2. Abteilung: Positive Theorie des Kapitals, Bd. 1, 4. Auflage Jena 1921, S. 138 f.

3) Böhm-Bawerk, Eugen von, a.a.O., S. 146

4) Cassel, Gustav, Theoretische Sozialökonomie, 4. Auflage Leipzig 1927, S. 29 f.

allein um die Nichtkonsumtion bereits fertiger Güter, sondern "das Sparen im eigentlichen Sinn beginnt mit der Vermehrung des Realkapitals". ⁵⁾ In gleichem Sinne spricht Adolf Weber von einer "Rationalisierung des Gegenwartsbedarfs im Interesse des Zukunftsbedarfs, was man kurz Sparen nennt", ⁶⁾ und für Eucken liegt Sparen dann vor, wenn "unter Einschränkung des Gegenwartskonsums einzelner Menschen oder ganzer Schichten längere Produktionsumwege beschritten werden", wodurch für die Zukunft eine bessere Bedürfnisbefriedigung zu erreichen sei. ⁷⁾

Eine Änderung in der Beurteilung der volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung vollzieht sich nach den Ereignissen der Weltwirtschaftskrise vor allem auf der Grundlage der Lehren von Keynes. Dabei wird weniger die güter- als die geldwirtschaftliche Betrachtungsweise in den Vordergrund gerückt ⁸⁾ und das Sparen in Anlehnung an die privatwirtschaftliche Gestaltung der monetären Einkommensverwendung definiert.

5) Cassel, Gustav, a.a.O., S. 31

6) Weber, Adolf, Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre, 7. Auflage Berlin 1956, S. 40

7) Eucken, Walter, Kapitaltheoretische Untersuchungen, 2. Auflage Tübingen/Zürich 1954, S. 138

8) Die Harmonie zwischen Geld- und Güterseite ist - entgegen der Annahme der "Klassiker" - insbesondere dadurch gestört, daß der Zins nicht als "automatischer Regler" zwischen Sparen und Investieren angesehen werden kann.

Für Keynes ist das Sparen die Differenz zwischen dem Einkommen und den Verbrauchsausgaben einer bestimmten Periode - der "Überschuß des Einkommens über den Verbrauch" 9) -, so daß er seiner Theorie statt der Sparfunktion die Konsumfunktion zugrunde legen kann. Sparen und Konsum sind demnach bei Keynes allein eine Funktion des laufenden Einkommens, womit er das individuelle Einkommen als entscheidende Determinante der Ersparnisbildung hervorhebt. 10) Ebenso versteht Nöll von der Nahmer das Sparen als einen Akt der Konsumenten, auf die Verwendung des ganzen Jahreseinkommens für konsumtive Zwecke zu verzichten. 11) Während jedoch bei Keynes, ausgehend von der Depression, die Nichtausgabe von Einkommensteilen (Sparen) und somit eine große Vorliebe für Liquidität gesamtwirtschaftlich zum Horten führen muß und damit die konjunkturelle Krise verschärft, 12) geht Nöll von der Nahmer über die kurzfristige Betrachtung hinaus und weist darauf hin, daß andererseits bei voll ausgenutztem "volkswirtschaftlichen Kreditfonds" (Vollbeschäftigung) das Sparen zur Kreditbereitstellung durch die Banken für

9) Keynes, John Maynard, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 54

10) Vgl. Ghaussy, A. Ghanie, Verbrauchen und Sparen, Versuch einer kritischen Überprüfung der Keynes'schen Konsumfunktion an Hand der langfristigen Sparentwicklung in den USA (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 16), Berlin 1964, S. 111 f.

11) Nöll von der Nahmer, Robert, Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Versuch einer Lösung des Kreditproblems, Berlin 1934, S. 118

12) Keynes, John Maynard, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 140 ff.

eine Umstrukturierung in der Verwendung der Produktionsfaktoren erforderlich sei. 13)

Bereits vor Keynes hat die moderne Kredittheorie die Bedeutung der Ersparnisbildung für die Kapitalversorgung einer Volkswirtschaft in Zweifel gezogen. 14) Die Kreditgewährung hänge nicht von der Menge der Ersparnisse ab, sondern vom Liquiditätsgrad der Banken. Zweifellos wird man die Banken heute kaum als bloße "Durchgangsstellen" für freiwillige Spargelder oder lediglich als "Vermittler" zwischen Kreditnehmer und Sparer ansehen können. Vielmehr ist das Bankensystem insgesamt durchaus in der Lage, den Investoren autonom geschaffene Mittel zur Verfügung zu stellen. 15) Bei einer derartigen Kreditschöpfung würde in einer vollbeschäftigten Wirtschaft das Sparen über Preissteigerungen "erzungen"; die freiwillige Ersparnis wäre nicht mehr Voraussetzung der Kreditgewährung, sondern müßte im Gegenteil dazu beitragen, die Folgen der autonomen Kreditschöpfung zu mildern. 16)

13) Nöll von der Nahmer, Robert, a.a.O., S. 118 f.

14) Vgl. Stucken, Rudolf, Geld und Kredit, 2. Auflage Tübingen 1957, S. 86 ff.

15) Vgl. Preiser, Erich, Sparen und Investieren, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 159, 1944, S. 257 ff.; Hahn, Albert, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, 3. Auflage Tübingen 1930

16) Vgl. auch Preiser, Erich, Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 3. Auflage Göttingen 1963, S. 117 f.

Keineswegs darf jedoch der theoretische Streit über die gesamtwirtschaftlich positiven oder negativen Wirkungen des Sparens überbewertet werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Einlagen, d. h. die freiwilligen Ersparnisse ihrer Kunden den Kreditspielraum der einzelnen Banken in entscheidendem Maße bestimmen. Darüber hinaus: Ob das freiwillige Sparen der Kreditgewährung vorausgeht oder ob es mögliche Wirkungen einer autonomen Kreditgewährung auf die innere Geldwertstabilität kompensieren hilft, mindert - in langfristiger Betrachtung - nicht seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung.

Auch in der Theorie hat sich nach Auffassung von Peters eine Synthese der unterschiedlichen Meinungen über die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Sparens bereits vollzogen. 17) Während die Vertreter einer positiven Beurteilung des Sparens den Kapazitätseffekt in den Vordergrund rückten (Sparen bildet die Voraussetzung neuer Investitionen), hob insbesondere Keynes in seiner kurzfristigen Analyse als negativen Aspekt einer hohen Sparneigung hervor, daß sie einen geringen Einkommenseffekt der Investitionen impliziere. Indem jedoch die moderne Wachstumstheorie und insbesondere das von Harrod erarbeitete Instrumentarium sowohl dem Einkommens- wie dem Kapazitätseffekt der Investi-

17) Peters, Hans, Die unterschiedlichen Auffassungen von der Wirkung des Sparens und die moderne Wachstumstheorie, Versuch einer Synthese (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 11), Berlin 1960

tion Beachtung schenke, gelange sie zu einer sowohl die negative wie die positive Seite des Sparphänomens berücksichtigenden Sicht. 18)

2. Die Aufteilung des individuellen Einkommens

a) Die verschiedenen Einkommensbegriffe

Während in der (makroökonomischen) Theorie - insbesondere nach Keynes - überwiegend das Einkommen lange Zeit als die ausschließliche Determinante von Verbrauch und Ersparnis angesehen wurde, 19) sind in der Zwischenzeit vor allem durch empirische Untersuchungen eine Fülle weiterer sowohl makro- als auch mikroökonomischer Determinanten für Verbrauch und Ersparnis aufgezeigt worden. 20) Es ist unbestritten das Verdienst der modernen Verhaltensforschung, das mechanische Wirtschaftsbild der Theorie in jüngster

18) Peters, Hans, a.a.O., S. 110

19) Als Ausnahme sei z. B. auf Pigou, Arthur Cecil, *Employment and Equilibrium*, Sec. Edit. London 1949, verwiesen, der die gesamtwirtschaftliche Ersparnis als Funktion des Realeinkommens, des Zinssatzes und des Realvermögens behandelt. Vgl. auch Haberler, Gottfried, *The Pigou Effect once more*, in: *The Journal of Political Economy*, Vol. 60, Chicago/Illinois 1952, S. 240 ff.

20) Vgl. die umfassenden Übersichten bei: Ghaussy, A. Ghanie, a.a.O., S. 108 ff.; Boehme, Heiner, *Geldwertbewußtsein und Sparerverhalten*, Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 878 (Als Manuskript gedruckt), Köln/Opladen 1960

Zeit allmählich ergänzt zu haben. 21) So ist das Sparen der Wirtschaftssubjekte nicht nur vom laufenden Einkommen, der Einkommensverteilung und dem Preisniveau abhängig, sondern unter anderem auch von der Höhe der bereits angesammelten Ersparnisse, der früheren Stellung der Einkommensbezieher in der Wirtschaft und ihren Erwartungen und Plänen für die Zukunft. 22)

Ausgangspunkt auch einer mikroökonomischen Betrachtung von Verbrauch und Sparen bleibt jedoch primär das individuelle Einkommen. Da wir insbesondere die Bedeutung des Geldsparens für die Vermögensbildung untersuchen, gehen auch wir vom Einkommen der Einzelpersonen als der wesentlichsten Determinante von Sparen und Verbrauchen aus, wobei andere Bestimmungsgründe insofern herangezogen werden, als sie für den Zusammenhang von Sparen und Vermögensbildung von besonderem Gewicht erscheinen.

Zunächst ist der Einkommensbegriff selbst zu klären. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird das persönliche Einkommen ausgehend vom Volkseinkommen - dem Sozialprodukt zu Faktorkosten - ermittelt, abzüglich jener Elemente, die nicht als Einkommen von einzelnen Wirtschaftssubjekten vereinnahmt werden: der von den Unternehmungen zu zahlenden

21) In Deutschland hat vor allem Günter Schmolders diese Fragen in den Vordergrund gerückt; vgl. derselbe, Ökonomische Verhaltensforschung, in: ORDO, Bd. V, 1953, S. 263 ff.; derselbe, Ökonomische Verhaltensforschung, Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 71, Köln/Opladen 1957

22) Vgl. auch Ruggles, Richard, Volkseinkommen und volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (deutsche Übersetzung), Wien/Stuttgart 1952, S. 170

direkten Steuern (z.B. Körperschaftsteuer), der unverteilten Gewinne und der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Hinzu kommt das Nicht-Faktoreinkommen, so z. B. Renten und Fürsorgeunterstützungen (Transferzahlungen). Vermindert man das so errechnete persönliche Einkommen um die übrigen direkten Steuern und die nicht steuerlichen Zahlungen an den Staat (einschließlich der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung), so verbleibt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. ²³⁾

Für die freiwillige Einkommensverwendung des einzelnen Wirtschaftssubjektes bleibt diese "Restgröße" entscheidend, die bereits staatliche Umverteilungsmaßnahmen mit einschließt. Die gedankliche Trennung in Primär- und Sekundärverteilung - ohne und mit Aktivität des Staates - erscheint aus mehreren Gründen problematisch: Einmal kann auch von einer privaten Sekundärverteilung gesprochen werden, wenn es um die weitere Aufteilung der Gewinne von Unternehmungen geht. ²⁴⁾ Zum anderen ist auch der Begriff einer staatlichen Sekundärverteilung im Zusammenhang mit dem verfügbaren Einkommen im obigen Sinne, also nach Eingreifen des Staates, ²⁵⁾ nicht eindeutig.

23) Vgl. Ruggles, Richard, a.a.O., S. 94 ff.; Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil III (Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung), Tübingen 1964, S. 253

24) Vgl. Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 13 f.

25) Vgl. Krelle, Wilhelm, Bestimmungsgründe ..., a.a.O., S. 55

Der staatliche Einfluß auf die Einkommensverteilung läßt sich in drei hauptsächliche Bereiche untergliedern: Einmal hat jede staatliche Aktivität und insbesondere die Wirtschaftspolitik im engeren Sinne (z.B. Wettbewerbsrecht, Koalitions- und Streikrecht) einen Einfluß auf die Einkommensverteilung. Zum zweiten bewirken alle monetären Ströme, die durch öffentliche Kassen fließen, auch soweit sie lediglich zur Befriedigung staatlicher Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen dienen, einen Umverteilungseffekt. Schließlich können gezielte verteilungspolitische Maßnahmen ergriffen werden, sei es z.B. durch die Festsetzung von Preisen, Gewinnspannen oder Mindestlöhnen, durch Differenzierung der Steuersätze für ausgeschüttete und nicht ausgeschüttete Gewinne, durch die Geld-, Kredit- und Zinspolitik, durch Transferzahlungen - oder aber durch indirekte oder direkte Subventionierung des Sparens mit dem Ziel einer breiteren Vermögensstreuung und/oder einer künftigen Änderung der Einkommensverteilung.

Dabei ist es schwer, Ziele und Wirkungen der verschiedenen Maßnahmen klar von einander abzugrenzen. So fließen Verteilungskorrekturen des zu einem bestimmten Zeitpunkt entstandenen Volkseinkommens und der jährlichen Zuwächse ineinander. Die Zielsetzungen der Wirtschaftssubjekte, aber ebenso der auf die Verteilung Einfluß nehmenden Gruppen und die vermögenspolitischen Pläne der Regierung basieren - zumindest soweit sie an der Einkommensverwendung anknüpfen -

auf dem jeweils verfügbaren Einkommen, berücksichtigen also von vorneherein die staatliche Umverteilung. 26)

Die bereits erwähnte, in der vermögenspolitischen Diskussion häufig getroffene Unterscheidung in "Sparwilligkeit" und "Sparfähigkeit" 27) in Bezug auf die Frage "ausreichender" bzw. "nicht ausreichender" Einkommen zur Vermögensbildung kann hinsichtlich der Wirksamkeit einer Förderung des Sparens für die personelle Vermögensbildung als zweitrangig angesehen werden. Zwar wäre es falsch zu behaupten, daß viele Wirtschaftssubjekte zwar über eine "ausreichende" Sparfähigkeit verfügen, jedoch gar nicht sparen wollen. Aber einmal enthält "das Wort 'ausreichend' objektive und subjektive Elemente. Zu den ersteren gehört ... vor allem die Größe der Familien und die Zahl der zu versorgenden Kinder im Verhältnis zur Zahl der verdienenden Familienmitglieder. Subjektiv sind die Anschauungen darüber, wieviel vom verfügbaren Einkommen man für Verbrauchs- und langfristige Gebrauchsgüter aufwenden zu müssen, und wieviel man für Vermögenssparen erübrigen zu können glaubt". 28)

26) Vgl. Marchal, Jean, *Esquisse d'une théorie moderne des salaires et d'une théorie générale de la répartition*, in: *Revue économique*, Paris 1955, S. 562 ff.

27) Vgl. Huhle, Fritz, *Sparwilligkeit und Sparfähigkeit als Komponenten der Spartätigkeit. Zur Entwicklung des Kontensparens*, in: Voigt, Fritz, u.a., *Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 1)*, Berlin 1958, S. 87

28) Bosch, Werner, *Vermögensstreuung*, a.a.O., S. 72 f.

Dabei wird keineswegs geleugnet, daß die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Sparquote kein Maßstab für die Sparquoten der verschiedenen Einkommensklassen ist. Aber auch eine Sparrate von z.B. 3 bis 4 Prozent bei den unteren Einkommensklassen ²⁹⁾ zeigt nur das effektive Sparergebnis, mindert jedoch kaum die Mehrdeutigkeit des Begriffes "Sparfähigkeit", insbesondere wenn man berücksichtigt, daß selbst die durch objektive Elemente im obigen Sinne gesetzten Grenzen in jedem Einzelfall durchaus unterschiedlich bewertet werden können.

Die Forderung nach "ausreichenden Einkommen" ließe sich nur dann objektiv beurteilen, wenn eine Standardisierung der als "notwendig" bzw. "erforderlich" anzusehenden Konsumausgaben bei den einzelnen Einkommensklassen erfolgen könnte. Eine Verwirklichung derartiger Vorstellungen ist zweifellos unrealistisch. Abgesehen davon, daß sie sowohl von einer Korrelation zwischen Gesellschaftsschicht und Einkommenshöhe als auch insbesondere zwischen Gesellschaftsklasse und "notwendigem" Konsumstandard ausgehen müßte - im letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts ein äußerst reaktionär anmutender Gedanke -, würden derartige "Leitlinien" weit besser in das System einer zentralen Kommando-Wirtschaft als in eine Marktwirtschaft passen. Wenn aber heute der Konsumstandard als Kriterium für den wirtschaftlichen Erfolg des Einzelnen angesehen wird und sich daher die Konsumausgaben - insbesondere für dauerhafte Konsum-

29) Vgl. Bosch, Wernér, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 75

güter - nicht zuletzt am Status der Bezieher jeweils höheren Einkommen orientieren ("demonstration-effect" ³⁰⁾), so müßte man der Forderung nach "ausreichenden Einkommen" wohl in erster Linie lohnpolitische Bedeutung in den Auseinandersetzungen der Tarifpartner beimessen; die Bestimmungsgründe der Lohnbildung sind jedoch nicht Gegenstand unserer Untersuchung.

Die Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung, die sich auf die Einkommensverwendung beziehen, können nicht die Sparfähigkeit beeinflussen, sondern bestenfalls die Sparwilligkeit oder Sparbereitschaft wecken bzw. erhöhen. Wenn wir ferner die Frage aufwerfen, inwieweit das Sparen langfristig überhaupt zur Bildung von ertragbringendem Vermögen und zu einer Änderung der Vermögensverteilung führen kann, gehen wir - unabhängig vom Einfluß einer staatlichen Sparförderung - darüber hinaus bereits von einer bestehenden Sparbereitschaft aus.

Die Frage, welchen Einfluß die unterschiedlichen Einkommensquellen auf die Verwendung des verfügbaren Einkommens haben, ist kaum eindeutig zu beantworten. ³¹⁾ Soweit Einkommen aus einer Quelle (z.B. Kapitalvermögen) im Verhältnis zum sonstigen Einkommen als zusätzlich und außerordentlich angesehen wird, darf vermutet werden, daß es Wirtschaftssubjekte

30) Duesenberry, James, S., *Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior*, Cambridge/Mass. 1949, S. 27

31) Vgl. Stobbe, Alfred, a.a.O., S. 37 f.

mit relativ niedrigem Grundeinkommen und einer verhältnismäßig geringen Sparquote eher Veranlassung geben wird, bisher zurückgestellten Konsum zu befriedigen als zusätzlich zu sparen. Handelt es sich jedoch um zusätzliches und laufendes Einkommen (z.B. laufende Sparzinsen), so erscheint es eher wahrscheinlich, daß dieses zusätzliche Einkommen den bereits bestehenden Ersparnissen zugeschlagen wird. Selbstverständlich spielt dabei auch die Ergiebigkeit der jeweiligen Einkommensquelle eine wesentliche Rolle, ebenso wie die Stetigkeit und Vorausssehbarkeit der einzelnen Einkommensarten (z.B. kontraktbestimmtes Einkommen oder jährliche Gewinnausschüttung). In vielen Fällen wird jedoch eine derartige Differenzierung nicht erfolgen. Vielmehr dürfte sich die Planung für die Einkommensverwendung weitgehend an der Höhe des verfügbaren Gesamteinkommens orientieren.

b) Konsum und Sparen

ba) Die Abgrenzung des Verbrauchs

Einkommen kann verbraucht und gespart werden. Sparen bedeutet aus der Sicht des Einkommensempfängers einen - zumindest vorübergehenden - Konsumverzicht bzw. einen Verzicht auf die konsumtive Verwendung eines Teiles des personellen verfügbaren Geldeinkommens einer Periode. Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird laufendes persönliches Sparen als jener Teil des Einkommens von Einzelpersonen bezeichnet, "der nicht zu laufenden Zahlungen

verwendet wird" ³²⁾ Sparen ist dort als ein reiner Ausgleichsposten auf dem Konto "verfügbares Einkommen" aufgefaßt. Die Summe der Ersparnisse der privaten Haushalte in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist - wie noch zu zeigen sein wird - nicht identisch mit dem, was wir unter Sparen verstehen.

Allgemein können unter Konsum alle für den kurz- und längerfristigen Ver- und Gebrauch bestimmten Güter- und Dienstleistungen verstanden werden, die nicht zu dem Zweck erworben sind, mit ihrer Hilfe unmittelbar oder mittelbar neue Güter- und Dienstleistungen bereit zu stellen, um damit ein künftiges Einkommen (einen Ertrag) zu erzielen. Die von den privaten Haushalten (bzw. von den "Verbrauchern" oder "Konsumenten" im obigen Sinne) gekauften Güter- und Dienstleistungen gelten im Augenblick des Erwerbs als konsumiert (verbraucht), ganz gleich, ob es sich um sogenannte Güter des täglichen Bedarfs oder um dauerhafte Konsumgüter bzw. langlebige Gebrauchsgüter handelt. ³³⁾

32) Ruggles, Richard, a.a.O., S. 166

33) In den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird der private Verbrauch definiert als: "Tatsächliche und bestimmte unterstellte Käufe von Waren und Dienstleistungen durch inländische private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter für den privaten Endverbrauch" (Bartels, Hildegard, Der "Private Verbrauch" in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1956, S. 109). - Bei Verbrauchsstichproben wird jedoch in der Regel allein von den privaten Haushalten ausgegangen; vgl. Euler, Manfred, Die Struktur des privaten Verbrauchs nach vorläufigen Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1965, S. 488 ff.

Die Frage, was zu den dauerhaften Konsumgütern zu rechnen ist, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Lydall zählt z.B. darunter: Kraftwagen, Motorräder, Fernsehapparate, Eisschränke, Waschmaschinen, Teppiche, Möbel, Pelzmäntel (nicht die sonstige Bekleidung) und alle anderen "durables" mit einem Einzelhandelspreis von mehr als 25 Pfund Sterling. ³⁴⁾ Diese Abgrenzung läßt deutlich die Problematik derartiger Definitionen erkennen. Andere Positionen der Einkommensverwendung, z.B. Hausreparaturen und Urlaubsreisen, werden von Lydall gesondert als "außergewöhnliche Ausgaben" bezeichnet, ³⁵⁾ von anderen Autoren dagegen zu den dauerhaften Konsumgütern gerechnet. ³⁶⁾

Sachlich läßt sich ein dauerhaftes Konsumgut häufig nur schwer von einer Investition abgrenzen. Wir haben daher in unserer obigen Definition des Konsums den Zweck, zu dem eine Güter- oder Dienstleistung erworben wird, zur klareren Trennung der Begriffe mit herangezogen. So unterliegt z.B. ein

34) Lydall, H.F., British Incomes and Savings, Oxford 1955, S. 139

35) Lydall, H.F., o.a.O., S. 163

36) Vgl. z.B. Mueller, Eva, Consumer Reactions to Inflation, in: The Quarterly Journal of Economics, Bd. 73, Cambridge/Mass. 1959, S. 256. - Vgl. auch zur statistischen Abgrenzung: Sobotschinski, Armin, Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1963, S. 655 ff.; Bartels, Hildegard, Systematisches Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1962, S. 63 ff., insbesondere S. 73 f.

Personenwagen dem längerfristigen "Verbrauch" ("Abnutzung" oder "Verzehr"), ganz gleich, ob er lediglich zu sonntäglichen Spazierfahrten oder zu Geschäftsreisen z.B. eines Handelsvertreters benutzt wird. Im ersten Fall zählt das Auto jedoch wirtschaftlich und statistisch zum Konsum, im zweiten dient es als Produktionsmittel zur Bereitstellung von Dienstleistungen und stellt damit sowohl gesamt- als auch einzelwirtschaftlich eine Investition dar.³⁷⁾ War z.B. der Handelsvertreter früher als Angestellter tätig und kaufte er damals von seinen gesamten Ersparnissen einen Wagen für seine Urlaubsreisen, so entsparte er, d.h. er löste sein Geldvermögen zugunsten von Konsum auf. Zu dem Zeitpunkt, als er sich als Handelsvertreter selbständig machte, wurde sein bisheriger Privatwagen zur Investition und er besaß wieder (Produktions-) Vermögen. Erwirbt er dagegen das Auto erst als selbständiger Handelsvertreter zur Grundlage seiner beruflichen Tätigkeit, so mindern sich seine bestehenden Ersparnisse nicht. Er wandelt lediglich Geldvermögen in Produktivvermögen (seine Ersparnisse sind gleich seiner Investition), der Bestand seiner Vermögensaktiva bleibt unverändert. Allerdings hat er als Handelsvertreter den Bereich der privaten (Arbeitnehmer-) Haushalte im Sinne der Statistik verlassen und zählt nunmehr zur Gruppe der Unternehmer. Sein Personenwagen ist an Arbeitstagen Investition

37) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 20

des Unternehmens, bei Spazierfahrten am Wochenenden Konsum des privaten (nunmehr Unternehmer-) Haushaltes.

Dieses einfache Beispiel läßt deutlich werden, daß die Frage, ob jemand konsumiert oder spart, entspart oder investiert, Vermögen bildet oder Vermögen auflöst, nicht zuletzt auch eine Frage der begrifflich-statistischen Abgrenzung ist. Der wirtschaftliche "Vermögenswert" (der Markt- oder Verkaufswert) mag für das Auto des Angestellten der gleiche sein wie für das des Unternehmers. Dennoch ist dasselbe Gut einmal Konsum und zum anderen Ersparnis (gleich Investition) und findet auf der Aktivseite der unternehmerischen Bilanz als Produktivvermögen seinen Niederschlag. 38)

Dieser Hinweis erschien uns deshalb besonders wichtig, weil in der Diskussion um eine breitere Vermögensstreuung im allgemeinen von den statistisch erfaßten Ersparnis- und Vermögensgrößen ausgegangen wird - und mangels anderer Unterlagen auch nur ausgegangen werden kann. 39) Die Höhe des "Hausrats- oder Konsumvermögens" (Marktwert der dauerhaften Konsumgüter) läßt sich wohl zu keinem Zeitpunkt auch nur annäherungsweise ermitteln. 40) Das "Konsumvermögen" kann auch dann außer acht gelassen werden, wenn und soweit es vorwiegend um die breitere Streuung des ertragbringenden Vermögens

38) Wobei der Vermögenswert in der Bilanz je nach Abschreibungsmodus vom tatsächlichen Marktwert abweichen kann.

39) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 37 ff.; Oberhauser, Alois, a.a.O., S. 27 ff.

40) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 56

Erwerbsvermögens) geht. Aber gerade dann muß deutlich gehen werden, daß der gleichzeitigen Bildung von "Konsumvermögen" und ertragbringendem Vermögen des Einzelnen von der inkommensverwendung her - je nach dem Gewicht, das dem Konsum beigemessen wird - bei der Masse der Einkommensbezieher verhältnismäßig enge Grenzen gezogen sind.

Im folgenden verstehen wir unter Vermögen allein die auf einen Ertrag gerichtete Nichtkonsumtion von Einkommensteuern. 41)

bb) Das Eigenheim - Konsum oder Vermögen?

Ein Problem besonderer Art wirft die Frage auf, ob der Bau oder Erwerb von Einfamilienhäusern durch private Haushalte zu einem ertragbringenden Vermögen führt, oder ob das Eigenheim lediglich eine besondere Art des Konsums darstellt.

Bosch zählt ein Wohnhaus dann zum Produktionskapital, wenn es seinem Eigentümer "einen über seine bisherigen Mietausgaben und Zinseinnahmen (für die zum Bau oder Erwerb des Hauses angesammelten Ersparnisse - der Verf.) hinausgehenden Ertrag bringt";⁴²⁾ denn in diesem Fall erschließe sich ihm eine zusätzliche Einnahmequelle. Handelt es sich jedoch um ein Eigenheim, "dessen Unterhaltung mehr kostet als die bisherigen Mietausgaben und Zinseinnahmen", so sei es kein Erwerbs-

41) Vgl. Kapitel I, Abschnitt 2

42) Bosch, Werner, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 18

vermögen; sein Zweck unterscheide sich nicht von dem eines langfristigen Gebrauchsgutes. ⁴³⁾ Ähnlich argumentiert von Loesch und betont, das Einfamilienhaus gehöre nicht in den Fragenkreis der Vermögensbildung. ⁴⁴⁾

Dagegen rechnet Thissen das Eigenheim zum Erwerbsvermögen ("Vermögen im engeren Sinne") und betrachtet damit die Förderung des Eigenheimbaus als Bestandteil der Vermögenspolitik. ⁴⁵⁾ Auch die Statistik zählt die Eigenheime zu den Investitionen der Periode, in der sie errichtet werden, ⁴⁶⁾ wobei das Problem entsteht, ob sich die Einfamilienhäuser im Eigentum von (Wohnungsbau-) Unternehmungen oder privaten Haushalten befinden und ob der Wohnraum vermietet oder vom Eigentümer selbst "verbraucht" wird.

Auch nach unserer Auffassung muß das Einfamilienhaus zum ertragbringenden Vermögen und nicht zum Konsum gerechnet werden. Der Eigentümer wird insofern stets zum Unternehmer: er besitzt Produktiv- bzw. Produktionsvermögen. Zunächst wird durch den Bau eines Eigenheims eine neue Wohnung und damit volkswirtschaftlich eine zusätzliche Dienstleistung bereitgestellt. Zieht der Eigentümer selbst in das Haus, so stellt er seine bisherige Wohnung zur Verfügung.

43) Dasselbst

44) Loesch, Achim von, a.a.O., S. 8

45) Thissen, Norbert, a.a.O., S. 12

46) Hauer, Günter, und Müller-Nagell, Helmut, Der Private Verbrauch nach Verwendungszwecken und Lieferbereichen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12, 1963, S. 71.

Einzelwirtschaftlich wird man einmal davon ausgehen müssen, daß der Eigentümer einen Ertrag anstrebt. Dabei sind alle nichtökonomischen Motive auszuklammern. Als Rohertrag ist die Einnahme anzusetzen, die bei Vermietung des Hauses bestenfalls erzielt wird oder erzielt werden kann, nicht jedoch - bei Eigennutzung - die bisherige Mietausgabe, der eventuell eine staatliche Mietpreisbildung zugrunde lag oder die sich auf eine nicht vergleichbare Wohnung bezog. Demnach ist davon auszugehen, daß auch ein Einfamilienhaus im allgemeinen einen Nettoertrag (gleich Rohertrag abzüglich der laufenden Unterhaltung und aller Nebenkosten einschließlich staatlicher Abgaben) erbringt und zum ertragbringenden Vermögen gehört. Wer in seinem Haus wohnt, zahlt dann gleichzeitig Miete und hat in Höhe der Nettomiete Einkommen aus Vermögen.⁴⁷⁾ Bezieht jemand sein Einfamilienhaus, obwohl er für eine vergleichbare Mietwohnung weniger bezahlen müßte als er für die Vermietung seines Hauses an Miete erzielen könnte, oder obwohl seine bisherige - weniger aufwendige und daher billigere - Mietwohnung seinen Ansprüchen durchaus genügt hätte, so handelt er unwirtschaftlich, kann aber nicht darauf verweisen, sein Eigentum erbringe keinen Ertrag.

47) Vgl. Paulsen, Andreas, Neue Wirtschaftslehre, Einführung in die Theorie von John Maynard Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, 2. Auflage Berlin/Frankfurt a. Main 1952, S. 62

Eine ganz andere Frage ist es, ob das Eigenheim auch eine *r e n t a b l e* Investition darstellt. ⁴⁸⁾ Hierbei sind auch die Zinseinnahmen aus den für den Bau bzw. Erwerb des Eigenheims angesammelten Ersparnissen von Bedeutung, ebenso der Vergleich mit den Erträgen aus anderen Anlagemöglichkeiten. Ist z.B. die jährliche Nettoverzinsung der Ersparnisse größer als der jährliche Nettoertrag aus der Vermietung - oder möglichen Vermietung - eines mit diesen Ersparnissen finanzierten Einfamilienhauses, so bringt die Investition eines Eigenheims wohl einen Ertrag, ist aber im Vergleich zum Sparbuch unrentabel ("unvorteilhaft").

Man wird kaum davon ausgehen können, daß alle Eigentümer von Einfamilienhäusern so weitgehende Überlegungen über Erträge, Wirtschaftlichkeit und Rentabilität ihrer Investition anstellen. Zudem werden derartige Berechnungen durch die im allgemeinen mit dem Erwerb eines Eigenheims verbundene hohe Verschuldung für den Nichtfachmann erschwert. Zweifellos kann man auch das "Eigene Heim" nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten. Aber auf wohl keinem Gebiet herrscht in der Bundesrepublik eine derartige "tobende Romantik" (Werner Bosch) wie im Bereich der sozial- und vermögenspolitischen Vorstellungen vom "Häuschen im Grünen". Es dürfte nicht übertrieben sein, wenn man viele Einfamilienhäuser als unwirtschaftlich, die meisten als

48) Vgl. Schneider, Erich, Wirtschaftlichkeitsrechnung, Theorie der Investition, 3. Aufl. Tübingen/Zürich 1961, S. 32 ff.

unrentabel und damit ökonomisch als Fehlinvestitionen bezeichnet. 49)

Im Zusammenhang hiermit ergibt sich bereits die Frage, ob es als Aufgabe der Vermögenspolitik angesehen werden kann, die Bildung von rentablem Vermögen zu fördern. Läßt sich bereits der Ertrag einer Anlage ex ante nicht immer leicht und häufig nur kurzfristig vorhersagen, 50) so gehört die "Möglichkeit von Fehlinvestitionen" gleichsam zum Bestandteil einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Auch eine ex ante rentabel erscheinende Investition - wozu Einfamilienhäuser in vielen Fällen bereits nicht gehören dürften - erweist sich ex post häufig als unrentabel. Will man die breitere Bildung von rentablem Vermögen erreichen, so müßte man konsequenterweise auch die Rentabilität dieses Vermögens garantieren. Das würde jedoch bedeuten, daß das zwischen ex ante und ex post liegende marktwirtschaftliche Risiko beseitigt wird und damit ein Grundelement des marktwirtschaftlichen Systems selbst. Das Ziel kann daher im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems in der Bundesrepublik nur sein, ertragbringendes Vermögen zu fördern. Mit dem Ertragsbegriff werden wir uns im Verlauf unserer Untersuchung noch wiederholt auseinanderzusetzen haben.

49) Wenn dagegen jemand eine Luxusvilla baut und sich darüber im klaren ist, daß er dafür beispielsweise eine "Mietzahlung" von monatlich 1.500 DM aufzubringen hat, die er als Vermieter keinesfalls erzielen könnte, die er jedoch selbst gerne zu zahlen bereit ist, so ergibt sich die Frage, ob man hier noch von einer "Fehl-investition" sprechen kann (Problem der subjektiven Nutzenbewertung).

50) Es sei z.B. auf die durch die Diskontpolitik der Bundesbank bewirkten Änderungen der Sparzinsen in den Jahren 1966/67 verwiesen.

bc) Sparen als Restgröße

Wir haben dargelegt, daß das persönliche Sparen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Restgröße behandelt und diese begriffliche Abgrenzung auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur getroffen wird.⁵¹⁾ Dagegen hat sich Boehme mit dem Hinweis gewandt, "daß das Sparen von Ausgabefähigkeit und Konsum unabhängige Motivationen besitzen muß, die eine Sparentscheidung hervorrufen"; man könne ebensogut den Konsum nach Berücksichtigung des Sparens als Restgröße ansehen, was sich am deutlichsten beim sogenannten kontraktgebundenen Sparen - z.B. Prämien-, Versicherungs- und Bausparen - zeige.⁵²⁾

Wir folgen dieser Auffassung nicht. Die menschlichen Bedürfnisse sind unbegrenzt, und es dürfte schwerfallen, Einkommensbezieher zu finden, die "zwangsweise" sparen müssen, weil ihr periodisches Einkommen so hoch ist, daß sie es überhaupt nicht konsumieren können. Normalerweise bedeutet Sparen, bei gegebenem Einkommen einer Periode auf die Transformation von Bedürfnissen in Konsumbedarf, d.h. Nachfrage am Markt zu verzichten. Grundsätzlich geht der Konsumplan dem Sparplan voraus; denn während auf die Ersparnisbildung gänzlich verzichtet werden kann, sind der Einschränkung des Konsums Grenzen gesetzt. Die Konsum-

51) Vgl. z.B. auch: Cochrane, Willard W.; Bell, Carolyn Shaw, *The Economics of Consumption, Economics of Decision Making in the Household*, New York/Toronto/London 1956, S. 28

52) Boehme, Heiner, a.a.O., S. 33

planung wird sich folglich in mehreren Stufen vollziehen: Sind die Kosten der sogenannten "lebensnotwendigen Güter" veranschlagt, ⁵³⁾ so bestimmen in der Tat die individuellen Motive und Zielsetzungen über die Verwendung eines verbleibenden Restes: Er kann konsumiert oder gespart werden. Mit den Motiven und Zwecken des Sparens werden wir uns in den folgenden Abschnitten beschäftigen. Hier sei lediglich angemerkt, daß die Motivationen, die zur Aufstellung des Sparplanes führen, konsumbezogen sein können, der Sparplan also lediglich deshalb aufgestellt wird, weil gegenwärtige Konsumwünsche vom Einkommen dieser Periode nicht erfüllt werden können.

Das kontraktgebundene Sparen vollzieht sich demnach im Rahmen des aufgestellten Sparplanes. In diesem Sinne wäre die "freiwillige" Ersparnis eine Restgröße der Gesamtersparnis nach Abzug der vertraglich festgelegten Sparraten.

Der Konsum einer oder mehrerer Perioden kann über das laufende Einkommen hinausgehen. Denn der Verbrauch wird nicht nur determiniert durch das (erwartete) Einkommen der Planungsperiode, sondern auch durch die liquiden Mittel zu Beginn der Periode, durch die Möglichkeit, Forderungen in Kasse umzuwandeln, und durch den bestehenden Kredit-spielraum. So schließt Ruggles aus Vorkriegsuntersuchungen

53) Wobei zu bedenken ist, daß dieser Begriff erhebliche subjektive Momente enthält.

in den USA, daß bei mehr als zwei Dritteln der amerikanischen Familien in der Regel Entsparen vorliegt (es werden entweder in der Vergangenheit gebildete Ersparnisse aufgelöst oder Kredite aufgenommen), - ein Ergebnis, dem auch durch neuere demoskopische Untersuchungen von Katona, Lininger und Mueller nicht widersprochen wird. ⁵⁴⁾ Auch nach Lydall sparen über 90 Prozent der Einkommensbezieher in Großbritannien (auf sie entfallen 75 Prozent der gesamten Einkommen) de facto entweder überhaupt nichts (Der Saldo von Sparen und Entsparen ist gleich Null.), oder sie sparen sogar "negativ", d.h. entsparen insgesamt (24 Prozent). Nur 7 Prozent (über 800 Pfund Jahreseinkommen, 25 Prozent der gesamten Einkommen) sparen wirklich "positiv". ⁵⁵⁾

In Deutschland hat bereits Voigt auf den überwiegenden Ausgleich von Sparen und Entsparen, Schuldenaufnahme und Schuldentilgung hingewiesen. ⁵⁶⁾ Für die Bundesrepublik lassen sich aus jüngster Zeit aufgrund der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 einige, wenn auch äußerst unvollkommene Angaben über ähnliche Verhaltensweisen bestimmter Personengruppen machen. ⁵⁷⁾ So gaben

54) Ruggles, Richard, a.a.O., S. 193 ff.; Katona, George; Lininger, Charles A.; Mueller, Eva; u.a., 1964 Survey of Consumer Finances, Michigan 1965, S. 108 und S.117, stellten fest, daß im Jahre 1964 nur rd. 30 Prozent der befragten amerikanischen Familien etwas gespart hatten, 45 Prozent "gerade so auskamen" und 20 Prozent Ersparnisse auflösten; bei den oberen Einkommensklassen (7500 Dollar und mehr Jahreseinkommen) sparten rd. 50 Prozent, bei den mittleren (5000 bis 7499 Dollar) rd. ein Drittel und bei den unteren Einkommensklassen nur 20 Prozent (Die Relationen blieben in den Jahren seit 1956 annähernd konstant.). - Bei diesen Ergebnissen muß bedacht werden, daß lediglich nach der Auflö-

die erfaßten Arbeitnehmerhaushalte mit einem Einkommen bis zu 600 DM im Oktober 1961 durchschnittlich 608 DM für den privaten Verbrauch aus. 58) Auch bei der Gruppe der Arbeitnehmer, die laufendes Einkommen von 600 bis unter 800 DM bezogen, beliefen sich die Käufe auf durchschnittlich über 792 DM. Damit verbrauchten 44 Prozent der erfaßten Arbeitnehmerhaushalte mehr als sie an monatlichem Einkommen bezogen. Von insgesamt über 73 Prozent der Arbeitnehmer kann gesagt werden, daß sie bestenfalls minimale oder keine Ersparnisse bildeten. Ein großer Teil der Arbeitnehmerhaushalte hat entweder Ersparnisse aufgelöst oder sich verschuldet, "um insbesondere Käufe langlebiger, hochwertiger Gebrauchsgüter zu tätigen". 59)

sung von Ersparnissen gefragt wurde, nicht jedoch nach Verpflichtungen aus aufgenommenen Konsumentenkrediten bzw. Abzahlungsverträgen. So ist die Verschuldung z.B. der Gruppe, die mit dem Einkommen "gerade so auskam", nicht ersichtlich.

55) Lydall, H.F., a.a.O., S. 147 f.

56) Voigt, Fritz, Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, Berlin 1950, S. 430

57) Vgl. Euler, Manfred, Die Struktur des Privaten Verbrauchs ..., a.a.O., S. 488 ff.

58) Siehe Euler, Manfred, Die Struktur ..., a.a.O., S.492. - Es handelt sich dabei um die Ergebnisse der sogenannten "Feinanschreibungen" eines Monats. Aufgrund der Ergebnisse der "Grobanschreibungen" (über 12 Monate) ist der durchschnittliche monatliche Verbrauch im allgemeinen noch höher; vgl. Euler, Manfred, Dauer der Anschreibungsperiode und Genauigkeit der Ergebnisse bei Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, Eine Studie aufgrund der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchserhebungen 1962/63, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1966, S. 417 ff., insbesondere S. 422

59) Euler, Manfred, Die Struktur ..., a.a.O., S. 491

Auch in der Bundesrepublik steht demnach einem "Ansparen" in vielen Fällen ein "Absparen" gegenüber. Das zeigt sich auch daran, daß das Teilzahlungsgeschäft der Kreditinstitute in den letzten Jahren ständig zugenommen hat. So betrug das Bestandsvolumen aller am Konsumentenkredit ("kurz- und mittelfristige Kredite an wirtschaftlich Unselbständige") beteiligten Institutsgruppen Ende 1964 7,8 Mrd. DM, 1965 bereits 8,9 Mrd., 1966 - trotz des beginnenden Konjunkturrückgangs - 9,2 Mrd. und erhöhte sich auch 1967 bis Ende September auf 9,4 Mrd. DM. ⁶⁰⁾

Die möglichen Motive für das "Absparen" seien nur am Rande gestreift. So stellt Kaminsky fest, daß das Sparen ein bestimmtes Maß an Willenskraft voraussetze, über das viele Verbraucher nicht verfügten. ⁶¹⁾ Es mag aber auch zum Teil für die deutschen Verbraucher der Hinweis Gültigkeit haben, den Kaminsky in bezug auf die Konsumenten in den USA macht: Wer bar bezahlt, gilt als altmodisch. Auch riskiere er, als charakterlich unzuverlässige Person angesehen zu werden. "So zeigen sich das finanzielle Niveau und die Vertrauenswürdigkeit eines Menschen in den USA unter anderem in der Höhe seiner Schulden". ⁶²⁾

60) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 1/1968, S. 73

61) Kaminsky, Walter, Die Teilzahlungsbanken (Taschenbücher für Geld, Bank und Börse, Bd. 3), Frankfurt/M. 1962, S. 36

62) Kaminsky, Walter, a.a.O., S. 24 f.; vgl. auch Katona, George, Die Macht des Verbrauchers (deutsche Übersetzung), Düsseldorf/Wien 1962, S. 145 ff.

Bereits an dieser Stelle können wir ein **Ergebnis** festhalten, das im folgenden noch weiter zu untermauern sein wird: Es kann auch von den kleineren und mittleren Einkommensbezieheren nicht einfach behauptet werden, daß sie gar nicht sparen, also z.B. kein Sparbuch besitzen. Sie lösen nur in vielen Fällen ihre Ersparnisse ziemlich kurzfristig wieder auf, bzw. das "Absparen" schränkt die Möglichkeit ein, daß es per saldo überhaupt zu einer effektiven, "positiven" Ersparnis und damit zur Bildung von Vermögen kommt.⁶⁾

bd) Sparen und Geldvermögen

Aufgrund unserer bisherigen Überlegungen gehen wir nunmehr von folgenden Voraussetzungen aus: 1. daß der einzelne Einkommensbezieher aus seinem laufenden verfügbaren Einkommen sparen kann, 2. daß er sparwillig ist, 3. daß er tatsächlich spart - womit nicht gesagt ist, daß er nicht gleichzeitig entspart oder sich für Konsumzwecke verschuldet und 4. daß er seine Ersparnisse nicht in Sachvermögen, sondern in Geldform anlegt.

Der letzte Punkt ist noch ausführlicher zu erläutern. Wer spart, hat grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Er kann sein nichtkonsumiertes Einkommen in Geldform halten und/oder es direkt oder indirekt (z.B. über die Banken) gegen Entgelt denen zur Verfügung stellen, die diese Geldmittel entweder in Sachinvestition umwandeln oder für nichtin-

63) Zum Einfluß des Abzahlungsgeschäftes auf die Vermögensbildung vgl. auch: Bosch, Werner, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 199 ff.

vestive Zwecke (einschließlich des Kaufes von Konsumgütern) verwenden. Das Vermögen des Sparers besteht dann in Geld bzw. einer Forderung in Geld. ⁶⁴⁾ Zweitens kann der Einzelne seine Geldersparnisse selber "umtreiben", d.h. investieren und Sachkapital bilden mit dem Ziele, daraus selbst einen Ertrag zu erwirtschaften. Er kann auch mit mehreren anderen Sparern gemeinsam Geld- in Sachvermögen transferieren oder Dritte mit dieser Aufgabe betrauen (GmbH-Anteil, Aktie). Er ist dann Eigentümer von Sachvermögen bzw. von Forderungen auf Sachwertanteile, deren Ertrag z.B. in Gewinn bzw. Gewinnanteilen oder in Form von Dividenden besteht.

Es sei nochmals hervorgehoben, daß wir uns in diesem Kapitel in erster Linie mit der ersten Möglichkeit, dem Sparen in Geldform, befassen, da 1. die personelle Vermögensbildung im allgemeinen mit dem Sparbuch beginnt, 2. die Ergebnisse der modernen makroökonomischen Verteilungstheorie dazu verleiten, in der Vermögenspolitik primär die Geldvermögensbildung in den Vordergrund zu stellen, 3. die bisherigen vermögenspolitischen Maßnahmen in der Bundesrepublik vor allem auf eine Förderung des Geldsparens hinauslaufen und 4. das Geldsparen in der Bundesrepublik die beliebteste

64) Raab, Gustav, Die Sparformen und ihre Bedeutung für die Kapitalbildung, Diss. Wien 1963, S. 51, nimmt - in bezug auf die Kapitalbildung - eine weitere Untergliederung vor, indem er zwischen Ersparnissen, die vom Sparer direkt zum Investor gelangen, und Ersparnissen, die über einen Vermittler zur Investition bereitgestellt werden, unterscheidet.

Vermögensform darstellt. 65)

Allgemein lassen sich zwei Formen des Geldsparens unterscheiden: 1. Die Ersparnisse, die nicht anderen Wirtschaftssubjekten zur Verfügung gestellt werden: sie werfen keinen Ertrag ab, sondern werden "gehortet". 66) Aus welchen Gründen eine derartige Hortung auch immer erfolgen mag - bewußter Verzicht auf Verzinsung und Freude am materiellen Geldbesitz, Unkenntnis, Mißtrauen gegenüber den Banken, Angst vor Geldentwertung, der Wunsch nach größtmöglicher Liquidität oder zur Verschleierung der tatsächlichen Vermögensverhältnisse -, es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich bei diesen gehorteten Beträgen nicht selten um beträchtliche Geldvermögen handelt. 2. Alle privaten Geldersparnisse, die einen Ertrag erbringen, d.h. direkt einem Kreditnehmer oder Geld- und Kreditinstituten

65) Von den 18,3 Millionen Haushalten in der Bundesrepublik verfügten nach dem Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 60 Prozent über ein Sparbuch (Besonders auffallend ist die Dominanz des Sparbuches bei den mittleren Einkommensklassen.). An zweiter Stelle standen Lebensversicherungsverträge mit 40 Prozent, gefolgt von Bausparverträgen mit 12 Prozent. 7 Prozent verfügten über Aktien, 24 Prozent jedoch weder über Wertpapiere, noch über Geschäftsanteile, Sparbücher, Bausparverträge, Lebens- und Aussteuerversicherungsverträge; vgl. Euler, Manfred, Ausgewählte Vermögensformen in privaten Haushalten, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1964, S. 143

66) Neben dem Bargeld sind in diesem Sinne auch unverzinsliche Sichteinlagen bei den Banken ertraglos. - Volkswirtschaftlich spricht man von Hortung auch dann, wenn zwar die einzelnen Wirtschaftssubjekte den Banken ihre Ersparnisse zur Verfügung stellen, jedoch keine oder nur geringfügige Nachfrage nach Krediten besteht. Dabei handelt es sich aber nicht - wie im privaten Bereich - um eine freiwillige, sondern um eine ungeplante Hortung.

gegen Verzinsung zur Verfügung gestellt werden. 67) Wir bezeichnen diese Ersparnisse, unabhängig von der Höhe der Erträge, als (ertragbringendes) Geldvermögen.

3. Sparzwecke und Funktionen des Geldvermögens

a) Vermögensbildung als ein möglicher Sparzweck

Auch für die Fülle von Sparmotiven und Sparzielen gilt das Wort von Schmölders, daß "die meisten Menschen zu- tiefst weit empfänglicher für emotionale als für rationale Antriebe (sind)". 68) Zweifellos sind sich die Wirtschaftssubjekte der einzelnen Sparmotive in der Regel nicht voll bewußt. Man wird nicht immer davon ausgehen können, daß ein oder mehrere Sparziele ex ante bereits deutlich gesteckt und klar voneinander abgegrenzt werden. Es kann

67) Damit bleiben einmal alle staatlichen Zwangsversicherungsbeiträge außerhalb der Betrachtung. Bei den privaten Versicherungen ergeben sich dagegen Berührungspunkte zwischen dem freiwilligen Sparen und insbesondere Aussteuer- und bestimmten Formen von Lebensversicherungsverträgen. Entscheidend ist jedoch, daß mit jeder Versicherung ein bestimmtes Risiko abgedeckt werden soll, das folglich vom Versicherungsträger nach Erfahrungswerten kalkuliert wird. Der Versicherungsbeitrag und die Bildung von Geldvermögen (aus der betreffenden Versicherung) in der Hand des Versicherungsnehmers (oder desjenigen, zugunsten die Versicherung abgeschlossen wird), stehen u.E. in keinem so unmittelbaren Zusammenhang, der es rechtfertigen würde, den Beitrag z.B. für eine Lebensversicherung als (ertragbringende) Ersparnis anzusehen. Vgl. Philippovich, Eugen von, Grundriß der politischen Ökonomie, Bd. 1, 19. Auflage, Tübingen 1926, S. 420

68) Schmölders, Günter, Das Bild vom Menschen in der neuen Sozialpolitik, in: Wirtschaftsordnung und Menschenbild (Geburtstagsgabe für Alexander Rüstow), Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Schriftenreihe Heft 4, Köln 1960, S. 123; vgl. auch: Lauterbach, Albert, Psychologie des Wirtschaftslebens, Hamburg 1962, S. 19 ff.

sein, daß sich die Sparziele erst im Laufe des Sparprozesses ergeben, und/oder sie sind aufgrund der für das einzelne Wirtschaftssubjekt relevanten, sich im Zeitablauf ändernden Datenkonstellation vielfältigen Wandlungen unterworfen.

Insofern sind alle theoretischen Gliederungen der Ersparnisse in Kategorien oder die Umfragen der Meinungsforschungsinstitute nach der geplanten Verwendung der Ersparnisse mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Dennoch kann es nicht Aufgabe einer ökonomischen Untersuchung sein, die emotionalen Beweggründe genauer zu erörtern. Vielmehr soll hinsichtlich der Ersparnisbildung untersucht werden, wie weit das wirtschaftliche Prinzip als Kennzeichen der Spannung zwischen "Zweck" und "Mittel" gilt. 69) Das wirtschaftliche Prinzip wiederum ist nach Paulsen Kennzeichen des "vernünftigen" Verhaltens, wobei vernünftig nicht im Sinne von rational - wie im Bereich der Technik: objektiv, allgemeingültig - aufzufassen ist, sondern lediglich bedeutet, daß der Mitteleinsatz subjektiv für zweckmäßig gehalten wird. 70)

69) "Jede denkende Besinnung auf die letzten Elemente sinnvollen menschlichen Handelns ist zunächst gebunden an die Kategorien 'Zweck' und 'Mittel'. Wir wollen etwas in concreto entweder 'um seines eigenen Wertes willen' oder als Mittel im Dienste des in letzter Linie Gewollten"; Weber, Max, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: derselbe, Soziologie - Weltgeschichtliche Analysen - Politik (hrsg. und erläutert von Johannes Winckelmann), 2. Auflage Stuttgart 1956, S. 187

70) Paulsen, Andreas, Liquidität und Risiko in der wirtschaftlichen Entwicklung, Ein Beitrag zur Dynamischen Wirtschaftstheorie, Frankfurt a. Main/Berlin 1950, S. 38 f.

In der Literatur werden die verschiedenen Sparzwecke im allgemeinen in große Hauptgruppen zusammengefaßt. So unterscheidet z.B. Reichenau folgende Sparziele: Rücklagen für Notfälle, für die Ausbildung der Kinder, für die Besserstellung der eigenen Zukunft und für die der Kinder. ⁷¹⁾

In gröberer Form differenziert Harrod in Vorratssparen ("hump-saving") und das Sparen für die Nachkommen ("saving for posterity"). ⁷²⁾

Zur besonderen Kennzeichnung derjenigen Ersparnisse, die lediglich zum Zwecke späteren Konsums gebildet werden, hat sich vielfach der Begriff "Zwecksparen" eingebürgert. So unterteilt z.B. Welter die Sparziele in Zwecksparen, Sicherungs- (Vorsorge-) Sparen und Ertragsparen. ⁷³⁾ Die

71) Reichenau, Charlotte von, Die Kapitalfunktion des Kredits, Jena 1932, S. 103

72) Als dritte Gruppe nennt Harrod das "Korporativsparen" ("corporate saving"). Während in den ersten beiden Gruppen das Sparen der Haushalte zusammengefaßt wird, handelt es sich bei der dritten um die nicht entnommenen Gewinne der Unternehmungen; Harrod, Roy F., Towards a Dynamic Economics, Some Recent Developments of Economic Theory and their Application to Policy, London 1948, S. 44 ff. - Das "Sparen für die Nachkommen" stellt nach Katona, George, Die Macht ..., a.a.O., S. 134, in den USA heute eher die Ausnahme dar. Dagegen bestätigt Katona die von v. Reichenau getroffene Einteilung, wenn er feststellt: "Es gibt nur zwei Spar-motive, die heute bei großen Teilen der amerikanischen Bevölkerung zu finden sind: Man will sparen, erstens um eine Reserve für unerwartete Umstände zur Verfügung zu haben, und zweitens, um das Geld später für bestimmte Zwecke ausgeben zu können. (Viele haben natürlich beide Ziele im Sinn.)"; daselbst, S. 136

73) Welter, Erich, Die Ursachen des Kapitalmangels in Deutschland, Tübingen 1931, S. 27 ff.

Problematik dieses Begriffes erhellt bereits daraus, daß er zur zeitlichen Abgrenzung weiter in kurz-, mittel- und langfristiges "Zwecksparen" untergliedert werden muß. Setzt man die Spanne des kurz- und mittelfristigen "Zwecksparens" etwa zwischen drei bis neun Monaten und ein bis zwei Jahren an, ⁷⁴⁾ so wird deutlich, daß eine Trennung insbesondere des langfristigen "Zwecksparens" vom Vorsorge- und vom Ertragsparen nicht mehr möglich ist. Ebenso wie der Kauf einer Waschmaschine einen Sparzweck darstellt, der dann erreicht ist, wenn mittels der Ansparung des dafür erforderlichen Betrages der Kauf dieses Gebrauchsgutes getätigt werden kann, sind auch der Bau eines Hauses und der Kauf eines Beteiligungsrechtes an einer Unternehmung ganz bestimmte individuelle Sparzwecke: Das hierfür angesammelte Geldvermögen wird aufgelöst und dafür Sachvermögen gebildet. Der Unterschied der einzelnen Sparzwecke liegt lediglich in der Änderung des Vermögensstandes, wenn der betreffende Sparzweck erreicht ist: Im ersten Fall wird (Geld-) Vermögen aufgelöst, im zweiten verändert sich der Vermögensstand nicht, sondern nur die Vermögensform.

Die Reaktion auf Schwankungen der Sparzinsen kann im allgemeinen nicht als Kriterium zur besonderen Kennzeichnung der sogenannten "Zwecksparer" herangezogen werden. Sie werden zwar fast ausnahmslos als zinsunempfindlich ange-

74) Vgl. Gasser, Christian, und Meyer, Werner, Der Schweizerische Kapitalmarkt, 1. Teil: Das Sparen der Haushalte, der Unternehmungen und des Staates, Zürich 1952, S. 47

sehen; aber eine Zinsreagibilität wird auch beim Alters- und Sicherheitssparen kaum vermutet. ⁷⁵⁾ Wird das Ertrags- sparen z.B. mit dem Alters- und Sicherheitssparen verknüpft, so kann die Zinsempfindlichkeit nachlassen. Nicht selten werden für diese Zwecke selbst bei schwankenden Zinserträgen feste monatliche Sparsummen vom Einkommen abgezweigt; ⁷⁶⁾ denn "die meisten Sparer haben keinen festen Endbetrag für ihre Altersversorgung im Auge". ⁷⁷⁾ Man wird demnach nicht nur für das "Zwecksparen", sondern für die meisten Sparzwecke eine weitgehende Zinsunempfindlichkeit unterstellen dürfen: Die Bildung von Ersparnissen für eine spätere Umwandlung in Produktiv-Vermögen, den Kauf eines Gebrauchsgutes, zur Vorsorge, für Alter, Sicherheit und Krankheit sowie für die Nachkommen wird von Schwankungen der Zinssätze nur unwesentlich beeinflusst werden. Dagegen muß angenommen werden, daß der Ertragssparer, der allein die Erzielung einer Rendite im Auge hat, zumindest

75) Vgl. Wissmann, Bernhard, Die Zinsempfindlichkeit der deutschen Sparer (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 15), Berlin 1960, S. 16, Anm. 6

76) Vgl. Gasser, Christian, und Meyer, Werner, a.a.O., S. 48

77) Hahn, Albert, Wirtschaftswissenschaft des gesunden Menschenverstandes, Frankfurt/M., 1955, S. 96 - Hinsichtlich der Zinsempfindlichkeit bei der Masse der kleinen Sparer vgl. auch: Schmölders, Günter, Die sogenannte "Zinsempfindlichkeit" des Sparers, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 15/1961, S. 713 f.

dann zinsempfindlich reagiert, wenn die längerfristigen Erwartungen eines günstigen Zinssatzes gering sind.

Es muß daher auch als fraglich angesehen werden, ob die Höhe des Zinssatzes die vom Sparer getroffene Entscheidung über den Sparzweck nachhaltig beeinflussen kann.

Zwar entspricht z.B. eine Sparprämie von 20 Prozent für fünfjährige Festlegung einer Extraverzinsung von vier Prozent jährlich - wobei noch hinzukommt, daß der einmalige Satz von 20 Prozent bei manchen Sparern eher eine noch höhere Verzinsung vortäuschen mag. Wer aber ohnehin z.B. für die Anschaffung längerfristiger Gebrauchsgüter spart, wird die Sparprämie gerne "mitnehmen", ohne daß der Sparzweck dadurch eine Änderung erfahren dürfte. Es wird in der Tat angenommen, daß die Gewährung von Sparprämien in der Bundesrepublik lediglich zu einer weitgehenden Verlagerung der Ersparnisse von bereits bestehenden Konten oder zu einer entsprechenden Einschränkung des nicht prämiengünstigten Sparens geführt hat, nicht aber zu einer zusätzlichen Ersparnisbildung. 78)

Der Begriff "Sparzweck" ist auch in das Kreditwesengesetz aufgenommen worden. 79) Danach sind die tragenden Merkmale

78) Derartige Umbuchungen lassen sich zahlenmäßig nicht belegen. Die Deutsche Bank z.B. teilte auf Anfrage mit, daß zwar hausinterne Schätzungen über die Verlagerung von Spar- auf Prämienkonten bestünde, dieses Material jedoch nicht veröffentlicht werde.

79) Ursprünglich: Reichsgesetz über das Kreditwesen vom 5.12.1934, RGBl I, S. 1203; jetzt: Gesetz über das Kreditwesen vom 10.7.1961 (KWG), BGBl. I, S. 881

der Spareinlage - neben dem formalen des Sparbuches - der mit ihr erstrebte Zweck der Vermögensansammlung und Vermögensanlage (§ 21, Abs. 2 und 3 KWG). Das Problem liegt allerdings darin, wie der erstrebte Zweck überhaupt zu erkennen sein soll. Zwar muß gemäß dem Kreditwesengesetz bei juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften dargetan werden, daß das Geld der Vermögensansammlung oder -anlage dienen soll und nicht zur Verwendung im Geschäftsbetrieb (§ 21, Abs. 3 KWG). Jedoch: "Entgegen dem Regierungsentwurf fordert das Gesetz nicht den N a c h w e i s des Sparzweckes, sondern begnügt sich mit der bloßen D a r l e g u n g . Man glaubte, die Kreditinstitute, welche die Prüfung vorzunehmen haben, mit dem Verlangen eines Nachweises im strengen Sinne zu überfordern".⁸⁰⁾ Bei Spareinlagen für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke wird selbst auf die Darlegungspflicht verzichtet und die Vermögensanlage von vorneherein vermutet.

So gebietet auch die Frage des sogenannten "Zwecksparens" auf Sparkonten eine "elastische Handhabung". Es ist einleuchtend, daß es für die Kreditinstitute bei Ausstellung eines Sparbuches auf den Zeitpunkt des Entschlusses zur konkreten Verwendung der gesparten Gelder nicht ankommen kann, zumal vom Sparer nicht zu verlangen ist, sich

80) Möhring, Philipp, Das Kreditwesengesetz (Taschenbücher für Geld, Bank, Börse, Bd. 6), 4. Auflage Frankfurt/Main 1966, S. 53. - Hervorhebungen vom Verfasser.

regelmäßig zu Beginn des Sparens verbindlich auf den Verwendungszweck der Ersparnisse festzulegen. Auf der anderen Seite räumt auch Möhring ein, daß kein Sparer ohne bestimmte Ziele spart: "Das Sparen ist nie Selbstzweck, sondern erfolgt immer im Hinblick auf eine spätere Verwendung des gesparten Geldes". 81)

Sparen ist zwangsläufig mit einem oder mehreren Sparzwecken untrennbar verbunden, ganz gleich, ob ein solcher Zweck bereits ex ante feststeht, sich im Laufe des Sparprozesses wandelt oder erst während der Ansparung konkrete Formen annimmt. Einer der vielfältigen Sparzwecke ist es, ertragbringendes Vermögen zu bilden. Aber: Zweckloses Sparen gibt es überhaupt nicht; deshalb ist der Begriff "Zwecksparen" irreführend.

b) Sparprozeß und Geldvermögensbestand

Zur Vermeidung des einseitig verstandenen Begriffes "Zwecksparen" wird insbesondere in der neueren Literatur auch zwischen "konsumbezogenen" und "akkumulationsbezogenen" Sparzwecken differenziert, 82) eine Unterscheidung, die vor allem von Schmölders im Zusammenhang mit der Frage nach der Verwendung der auf Sparkonten angesammelten Beträge heran-

81) Möhring, Philipp, a.a.O., S. 53

82) Vgl. Boehme, Heiner, a.a.O., S. 35; Trescher, Klaus, Inwieweit betreiben bestimmte englische Geld- und Kreditinstitute das den deutschen Sparkassen entsprechende typische Geschäft? - Eine Studie unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung der englischen und deutschen Sparkassen für die Kapitalbildung und ihres Einflusses auf die Kapitalverwendung, Diss. Mainz 1966, S. 66 ff.

gezogen wurde.⁸³⁾ Wenn man diese Begriffe nicht als Unterscheidungsmerkmale zwischen Sichteinlagen und Spareinlagen, zwischen Spareinlagen mit gesetzlicher und solchen mit vertraglicher Kündigungsfrist oder gar zwischen prämienbegünstigten und sonstigen Sparkonten verwendet,⁸⁴⁾ erscheinen sie wesentlich aussagefähiger als die Trennung in "Zwecksparen" und Vorsorge- und Ertragssparen. Soweit wir diese Begriffe im folgenden übernehmen, machen wir dabei jedoch vor allem zwei Einschränkungen: Einmal wird auch zur Unterscheidung dieser Begriffe das Kriterium "längerfristig" herangezogen, das als ein äußerst problematischer Maßstab hinsichtlich des auf die Bildung von Vermögen gerichteten Sparzweckes angesehen werden muß. Trescher geht von der Umschlagsgeschwindigkeit für Spareinlagen bei deutschen Sparkassen aus und spricht bei einer festgestellten Umschlagsgeschwindigkeit von knapp zwei Jahren im Sinne von akkumulationsbezogenen Geldern von "echten Ersparnissen", da diese Einkommensteile "länger

83) Schmolders, Günter, Die Zahlungsgewohnheiten, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 3/1962, S. 112 ff.

84) Boehme, Heiner, a.a.O., S. 73, sieht Zusammenhänge zwischen dem Grad der Konsumbezogenheit und der Liquiditätsvorliebe als gegeben an, da "langfristig" angelegte Ersparnisse "eigentlich" nur akkumulationsbezogen sein könnten. Er merkt jedoch an, daß derartige Korrelationen bisher noch nicht nachgewiesen wurden.

als über eine Einkommensperiode hinweg nicht für Nachfragezwecke Verwendung finden".⁸⁵⁾ Solche Abgrenzungen sind ohne Frage für die Geschäftspolitik der Kreditinstitute und unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten von Bedeutung, sagen jedoch in einzelwirtschaftlicher Betrachtung noch nichts über die geplante und tatsächliche Verwendung der Ersparnisse.

Ein zweiter Punkt erscheint uns noch bedeutungsvoller. Er berührt die Problematik des allgemeinen Vermögensbegriffes. Wir haben verzinslich angelegte Geldersparnisse als Geldvermögen bezeichnet. Wir haben aber andererseits gezeigt, daß jedes Ansparen mit einem bestimmten Zweck oder einem Bündel von Zwecken verbunden ist und daß es nur ein Zweck unter vielen sein kann, Vermögen zu bilden. Wer z.B. 5 Jahre lang regelmäßig für eine Wohnzimmereinrichtung im Werte von 5 000 DM spart, verfügt nach 2 1/2 Jahren statistisch über ein - wenn auch fraglos bescheidenes - Geldvermögen. Je näher der Zeitpunkt der Auflösung dieses Vermögens rückt, desto größer wird es, um dann bei der Anschaffung der Wohnzimmereinrichtung als (meßbar) ertragbringendes Vermögen plötzlich wieder auf Null zurückzufallen. Der Sparer wollte auch gar kein Geldvermögen, sondern "Hausratvermögen". Da er jedoch diesen Konsumwunsch nicht

85) Trescher, Klaus, a.a.O., S. 73; vgl. bezüglich der "Verweildauer" von Spareinlagen auch: Korte, Bernhard, und Oberhofer, Walter, Zur Verweildauer von Spareinlagen, in: Sparkasse, Heft 14, Bonn 1966, S. 253 ff.

aus dem laufenden Einkommen einer Periode befriedigen konnte, bildete er gleichsam "Geldvermögen wider Willen". Das schließt andererseits nicht aus, daß er gleichzeitig einen möglichst hohen Ertrag aus seinen Ersparnissen anstrebt; denn dieser hilft ihm, entweder seinen Kauf früher als geplant zu tätigen, oder eine wertvollere Wohnzimmer-einrichtung als ursprünglich geplant anzuschaffen.

Gedanklich läßt sich also das Geldvermögen während eines Ansparprozesses trennen von einem Geldvermögensbestand, den jemand als Sparrücklage z.B. zum Zwecke der Vorsorge gebildet hat und aufrechterhält. Die "Geldvermögensbildung" während eines Ansparprozesses ist eine Nebenerscheinung des Sparens, während das Erhalten eines ersparten Geldvermögenbestandes zum Ausdruck bringt, daß der Zweck des Ansparens - Bildung einer Vermögensrücklage - erreicht worden ist. Auch im zweiten Fall wird im allgemeinen weiter gespart werden, und die Vermögensrücklage wird sich dementsprechend laufend weiter erhöhen, bis auch sie schließlich aufgelöst wird, d.h. - aus der Sicht des einzelnen Wirtschaftssubjektes - entweder die von vorneherein geplante, oder aber eine andere F u n k t i o n erfüllt hat.

Damit ist bereits angedeutet, daß nicht nur die Ersparnisse durch ihre Zweckbestimmung (z.B. Kauf langlebiger Gebrauchsgüter), sondern auch die Vermögensrücklagen (als ein möglicher Zweck des Sparens) im Zeitablauf veränder-

lich sind, d.h. zur Auflösung tendieren.⁸⁶⁾ Im ersten Fall unseres Beispiels ist Zweck des Sparens die Auflösung der Ersparnisse, im zweiten die Bildung einer Vermögensrücklage. Als solche erfüllt sie eine bestimmte Funktion, die wiederum zur Auflösung des Vermögens führen kann. Mit anderen Worten: Die Eingliederung z.B. des Vorsorgesparens unter den Begriff "akkumulationsbezogenes Sparen" bedeutet nicht, daß die endgültige Mittelverwendung nicht doch konsumbezogen sein wird.

c) Die Vermögensfunktionen

Küng gliedert die Funktionen des Privateigentums für den einzelnen Menschen in vier Kategorien: Die Machtfunktion, die Sicherungsfunktion, die Prestigefunktion und die Ertragsfunktion.⁸⁷⁾ Vor allem die Funktionen der Sicherung und des Ertrages sind auch im "Katalog der Vermögenszwecke" von Bosch enthalten. Bosch unterteilt in: 1. Vermögen, "die ihren Inhabern als dauernde Einnahmequelle dienen sollen", 2. solche, "die entweder in langfristigen Gebrauchsgütern stecken oder zum späteren Erwerb von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern angesammelt werden", 3. Vermögen, "die eine Vermögensreserve darstellen, ohne einen

86) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 26: "Jede Entstehung, also auch die von Vermögen, ist ein Prozeß. Ihm entspricht der Prozeß der Vermögensentwertung oder -vernichtung". - Beiden Prozessen unterliegen sowohl die Geldvermögen als auch die Produktivvermögen.

87) Küng, Emil, Eigentum und Eigentumspolitik, Tübingen/Zürich 1964, S. 5 ff.

Ertrag abzuwerfen", und als 4. Gruppe in diejenigen Vermögen, die Gemeinschaftszwecken dienen. ⁸⁸⁾

Von der vierten Kategorie wollen wir an dieser Stelle absehen. Auch die Vermögensreserve, z.B. ein nicht bewirtschaftetes Stück Land, das später einmal als Bauland verkäuflich ist, kann hier ausgeklammert werden. Wesentlich erscheint uns das ertragbringende Vermögen und das der zweiten Gruppe. Die erste umfaßt das Erwerbsvermögen. Dabei kann es sich einmal um Produktivvermögen handeln, mit dem die Inhaber entweder selbst wirtschaften - wobei es zugleich Gegenstand der beruflichen Betätigung ist -, oder dessen Bewirtschaftung sie anderen übertragen. Es kann sich aber auch um Geldvermögen ("Rentenvermögen") handeln, das zur Voraussetzung hat, "daß ein anderer das Vermögen umtreibt, um einen Ertrag herauszuwirtschaften und dem Vermögensinhaber daraus einen Zins zu bezahlen".⁸⁹⁾ Ebenso wird bei dem Vermögen der zweiten Kategorie deutlich, daß Bosch, obwohl er das bestehende "Konsumvermögen" einbezieht, letztlich auf die Funktion zumindest eines längerfristigen Vermögensbestandes abzielt: Als Beispiele verweist er im Rahmen dieser Gruppe auf den "Zweck der Altersvorsorge" und die "Ausbildung von Kindern". "In diesen Fällen wird der Vermögenszweck meist erst nach längerer Zeit erfüllt. Die Vermögen werden dann in Verbrauchsgüter

88) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 16 f.

89) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 17

umgewandelt, die zum Lebensunterhalt verwendet werden".⁹⁰⁾

Es sei nochmals betont, daß auch die verschiedenen Vermögensfunktionen zum Teil ineinanderfließen. Dennoch lassen sich hinsichtlich der Geldvermögensbildung - abgesehen von den Ersparnissen, die zum Zwecke der konsumtiven Verwendung angesammelt werden - gedanklich zwei Gruppen klar herausarbeiten: 1. Geldvermögen, das eine Vorsorge- oder Sicherungsfunktion erfüllt, entweder in Geldform gehalten oder zeitweilig in Produktivvermögen umgewandelt wird und erst nach längerer Zeit wieder zur Auflösung kommt, und 2. Geldvermögen, das entweder dem Inhaber zum Erwerb dienen soll (Erwerbsfunktion) und in eine, dieser Funktion entsprechende Vermögensform transferiert wird, oder das eine Ertragsfunktion erfüllt und dementsprechend langfristig in der Vermögensform gehalten wird, die jeweils den höchstmöglichen Ertrag gewährleistet.

Von einer Machtfunktion im Sinne Künigs wird in diesem Zusammenhang wohl nur dann gesprochen werden dürfen, wenn ein "realer" Zugriff auf das Vermögen möglich ist, wenn es sich also um Eigentum an produktivem Sachvermögen handelt. Dagegen wird man heute dem Konsum weitgehend eine bedeutend größere Prestigefunktion zubilligen müssen als manchen Formen des ertragbringenden Vermögens.

4. Der Prozeß der Vermögensvernichtung

a) Entsparen für konsumtive Zwecke

Ein Aspekt, der in der Diskussion um Sparen und Vermögensbildung im allgemeinen nicht ausführlich genug gewürdigt

⁹⁰⁾ Bosch, Werner, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 17 f.

wird, ist der Faktor Zeit. Zwar wird erkannt, daß eine breitere Vermögensstreuung ein langfristiges Ziel ist. Aber gerade hinsichtlich einer Förderung der Vermögensbildung von seiten der Einkommensverwendung wird zu leicht das dynamische Element der Vermögensbildung übersehen.⁹¹⁾ Dem Ansparprozeß steht einmal ein Entsparprozeß für konsumtive Zwecke gegenüber. Zweitens können die Funktionen eines Vermögensbestandes im Zeitablauf auf eine Vermögensvernichtung gerichtet sein. Drittens muß die Tatsache gesehen werden, daß Vermögensentwertungen und -vernichtungen stattfinden, die gar nicht der freien Entscheidung des Vermögenseigentümers unterliegen, ihre Ursache also in ökonomischen oder außerökonomischen Datenänderungen haben, die das einzelne Wirtschaftssubjekt nicht zu beeinflussen vermag.

Wir haben bereits angedeutet, daß die Ersparnis des einzelnen Einkommensbezieher in einer Periode nicht seiner "positiven" Nettoersparnis gleichgesetzt werden darf, ferner daß die Nettoersparnis über mehrere Perioden hinweg in vielen Fällen gegen Null tendieren dürfte. Das ist offenbar auch in der Bundesrepublik weitgehend der Fall. So ergab sich bei einer Meinungsumfrage im Jahre 1955, ob zur Zeit Geld für Anschaffungen zurückgelegt würde, daß die Hälfte der Befragten überhaupt nicht sparte, 39 Prozent Rücklagen für "größere Anschaffungen" und für

91) Vgl. in diesem Zusammenhang auch: Paulsen, Andreas, Liquidität und Risiko ..., a.a.O., S. 40: "Das Spannungsverhältnis zwischen Mitteln und Zwecken liegt also in der Zeiterstreckung und hat dynamischen Charakter".

"Konsumgüter" bildeten und nur 13 Prozent "ohne Kaufabsicht" oder "ohne nähere Angaben" sparten. ⁹²⁾ Dieses Ergebnis wird auch durch andere Umfragen bestätigt, wonach rund 40 Prozent der Befragten in den Einkommensgruppen bis 900 DM angaben, für Anschaffungen zu sparen. ⁹³⁾

Etwas differenzierter sind die Ergebnisse einer Untersuchung von Schmölders. ⁹⁴⁾ In einer Befragung sollten die Haushalte mit Kontenbesitz sowohl darüber Auskunft geben, in welcher Art und bei welchem Institut sie ihr Geld anlegten, als auch den voraussichtlichen Verwendungszweck der Ersparnisse nennen. Werden die Angaben "zur Bestreitung laufender Haushaltskosten" und "zum Konsumsparen" zum Begriff "konsumbezogenes Sparen" und das "Vorsorge-sparen" und "Vermögenssparen" zum "akkumulationsbezogenen Sparen" zusammengefaßt, so ergibt sich, daß das Postsparkbuch zu 74 Prozent als konsumbezogen und zu 34 Prozent als akkumulationsbezogen benannt wurde. ⁹⁵⁾ Beim Banksparbuch betrug das Verhältnis 54 zu 74, beim Sparbuch einer Sparkasse 54 zu 76, beim Bank-Girokonto 95 zu 71 und beim

92) Noelle, Elisabeth, und Neumann, Erich Peter (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach 1957, S. 229. - Über 100 Prozent wegen Mehrfachnennungen.

93) Blume, Otto, Sparmotive und Spartätigkeit sozialer Gruppen, in: Sparkasse, Heft 7, Bonn 1959, S. 141

94) Schmölders, Günter, Die Zahlungsgewohnheiten, a.a.O.

95) Abweichungen von 100 jeweils durch Mehrfachnennungen.

Girokonto einer Sparkasse 114 zu 45. Demnach wird das Postspargbuch überwiegend als konsumbezogen angesehen. Für die Sparkonten bei Banken und Sparkassen erweist sich aufgrund der Befragung, daß nicht weniger als 28 Prozent der Konten ausschließlich "Konsumgeld", rund 40 Prozent dagegen ausschließlich "Spargeld" enthalten. 96)

Interessant ist, daß auch die auf Girokonten angelegten Gelder in nicht unerheblichem Maße akkumulationsbezogenen Sparzwecken dienen sollen, wobei jedoch der Prozentsatz bei den Bank-Girokonten höher liegt als bei den Girokonten der Sparkassen (25 zu 14 Prozent). 97)

Betrachtet man allein die Sparkonten bei Banken und Sparkassen, so fällt auf, daß 32 Prozent der Befragten sowohl konsumbezogene wie akkumulationsbezogene Sparziele nannten. Es ergibt sich die Frage, nach welcher Seite diese Spargelder tendieren. Vieles spricht dafür, daß das Konsumgeld das Spargeld bei weitem überflügelt. Das gilt insbesondere für das "Versorgungssparen", das in der Untersuchung von

96) Anhand ähnlicher Erhebungen in England kommt Trescher, Klaus, a.a.O., S. 69, zu dem Ergebnis, daß das Sparen bei den englischen Postsparkassen und Sparkassen (hier allerdings nur im "Ordinary Department", einer sozial begünstigten Sparform) im allgemeinen konsumbezogen ist, während bei den Bankeinlagen der "langfristige" Charakter überwiegt.

97) Schmölders, Günter, Die Zahlungsgewohnheiten, a.a.O., S. 113

Schmülders unter den akkumulationsbezogenen Sparzwecken häufiger als das "Vermögenssparen" genannt wurde (beim Bank-Sparbuch 41 zu 33, beim Sparkassen-Sparbuch 39 zu 37).⁹⁸ Trotz weitgehend gesetzlicher sozialer Sicherung ist offenbar auch in der Bundesrepublik der Gedanke der Vorsorge als Sparmotiv teilweise noch fest verankert.

In den USA, wo der individuellen Vorsorge noch weit größere Bedeutung zukommt, hat sich jedoch gezeigt, daß die v o r g e b l i c h e n Ziele der Sparer mit ihrem t a t s ä c h l i c h e n Verhalten keineswegs immer korrespondieren. Bei einer Befragung hoben die Sparer in erster Linie den Gedanken der Vorsorge für Notzeiten, Alterssicherung und Ausbildung der Kinder hervor; hingegen wurde der Kauf von Konsumgütern nur von wenigen als ausdrücklicher Sparzweck genannt.⁹⁹ Im Gegensatz dazu standen jedoch bei der tatsächlichen Verwendung von Ersparnissen der Kauf dauerhafter Konsumgüter und laufende Ausgaben einerseits sowie die Mittelverwendung für Notfälle, Arbeitslosigkeit und Kindererziehung andererseits fast gleichgewichtig gegenüber.

Obwohl also die Wirtschaftssubjekte häufig gar nicht vorhaben, ihre Ersparnisse für Konsumausgaben zu verwenden

98) Derselbe, ebenda

99) Siehe Katona, George; Mueller, Eva, Consumer Attitudes and Demand 1950 - 1952, Michigan 1953, S. 81

(oder derartige Pläne nicht wahrhaben wollen), "a part of their liquid savings in fact serves quite frequently as a source, or a revolving fund, for financing durable goods purchases and even strictly current expenditures".¹⁰⁰⁾

Derartige Schlüsse hinsichtlich vorgegeblicher Sparziele dürften vor allem für das "Vorsorgesparsen" in der Bundesrepublik noch weit eher berechtigt sein. Auch die Antworten - wie z.B. in der Schmölders'schen Untersuchung -, es werde zum Zwecke der "Vermögensbildung" gespart, sind angesichts des "farbensprühenden eigentumspolitischen Feuerwerks, das seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in der öffentlichen Diskussion abgebrannt wird",¹⁰¹⁾ mit einer gewissen Skepsis zu betrachten. Statistiken über die Ersparnisbildung und/oder die Spareinlagen bei Kreditinstituten - mögen sie noch so differenziert und nach Einkommensgrößenklassen gegliedert sein - können darüber allerdings keine Aufschlüsse geben. "Solange immer weitere Bevölkerungskreise mit dem Zwecksparsen (im Sinne eines konsumbezogenen Sparens - der Verf.) beginnen, (wird) die gesamte Ersparnisbildung der Unselbständigen das Entsparen übersteigen. Es wäre aber zu befürchten, daß in dem Maße, wie das Entsparen sich im Laufe der Zeit der Bildung von Neuersparnissen nähert, ein Absinken der bisher beobachteten Sparquote der Unselbständigen zu erwarten ist".¹⁰²⁾

100) Katona, George; Mueller, Eva, a.a.O., S. 81

101) Bosch, Werner, Vermögensstrouung, a.a.O., S. 266

102) Föhl, Carl, u.a., Kreislaufanalytische Untersuchung
. . ., a.a.O., S. 30 f.

Wollen demnach die Einkommensbezieher einerseits ihren Lebensstandard durch den Kauf langlebiger Gebrauchsgüter unmittelbar verbessern, so sparen sie andererseits überwiegend, um dadurch die Möglichkeit zu haben, ihren Lebensstandard später noch weiter erhöhen zu können. Die Akkumulation eines Vermögens wird - wie Katona feststellt - "für arme wie für reiche Menschen durch den immer herrschenden Konflikt zwischen Konsum und Sparen begrenzt". 103) Im Jahre 1967 wurde auch in der Bundesrepublik in Anbetracht der Forderungen nach einer Belebung des Konsums als konjunkturstimulierendes Instrument insbesondere von seiten der Kreditinstitute die enge Verknüpfung von individuellem Sparen und Konsum wieder deutlich in den Vordergrund gerückt: "Der Sparer von heute muß dann als Konsument von morgen gewertet werden, ebenso wie der Konsument von heute seine Gegenwartsnachfrage in vielen Fällen nur deshalb ausüben kann, weil er der Sparer von gestern ist." 104)

b) Die Funktion des Vorsorgevermögens

Im vorangegangenen Abschnitt wurde bereits deutlich, daß die Vorsorge als Motiv der Vermögensbildung heute erheblich an Bedeutung verloren hat. Soziale Gesichtspunkte, die den Einzelnen zwangen, frühzeitig Rücklagen für die "Wechselfälle des Lebens" vom laufenden Einkommen abzu-

103) Katona, George, Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Über die Beziehungen zwischen Nationalökonomie, Psychologie und Sozialpsychologie (deutsche Übersetzung), Tübingen 1960, S. 127

104) Schöttler, Ernst, Kontensparer von heute sind Konsumenten von morgen, in: Handelsblatt vom 20.6.1967, S. 15 f.

zweigen, können kaum noch als gewichtiges Stimulans für das Sparen angesehen werden. ¹⁰⁵⁾ Jecht sieht die Ursachen dieser Wandlung bei den Sparmotiven zumindest teilweise in den tiefgreifenden Veränderungen der modernen Gesellschaftsstruktur begründet, die weder in vollem Umfange rückgängig gemacht werden könnten noch sollten. ¹⁰⁶⁾

Dennoch ist die Bildung von vorsorglichem Vermögen keineswegs bedeutungslos. Allerdings bildet hier das Alter der Einkommensbezieher eine gewichtige Spardeterminante. ¹⁰⁷⁾ Schöttler weist aufgrund neuester Motivstudien der Sparkassen darauf hin, daß insbesondere ältere Menschen oft noch aus Sicherheitserwägungen sparen oder deshalb, "weil man Sparen gewissermaßen für eine Pflicht hält", während vor allem die jüngeren Sparer konkrete Verwendungszwecke im Auge haben; der allgemeine Wunsch, einen "Notgroschen" zurückzulegen, zeige sich dagegen weitgehend nur noch dann, wenn dem Sparer wirtschaftliche oder außerökonomische Datenveränderungen bewußt würden, wie es z.B. jüngst angesichts der Strukturkrise im Ruhrgebiet der Fall war. ¹⁰⁸⁾

Sieht man von derartigen außergewöhnlichen Einflüssen ab, so lassen sich bestimmte, altersabhängige Sparwellen beobachten. Die erste liegt vor der Heirat und der Gründung

105) Vgl. Schöttler, Ernst, a.a.O., S. 15

106) Jecht, Horst, Finanzpolitik und Kapitalbildung (Sammlung Recht und Staat, Nr. 217), Tübingen 1958, S. 24

107) Vgl. Boehme, Heiner, a.a.O., S. 53 ff.

108) Schöttler, Ernst, a.a.O., S. 15 f.

eines Haushaltes. Dieses Vermögen wird entweder für die dafür erforderlichen Erstanschaffungen wieder aufgelöst oder für die Ausbildung der Kinder oder deren Gründung eines eigenen Hausstandes verwendet. Während dieser Zeit, bis etwa zum 45. Lebensjahr, wird kaum für die Alterssicherung gespart. Erst danach beginnt diese Art der Vermögensbildung. Es entsteht ein "Rücklagenfonds", der dann in höherem Alter wieder aufgebraucht wird. ¹⁰⁹⁾ So sind zwar in der Altersstufe zwischen 25 und 34 die meisten Sparer zu finden; Sparkonten mit den höchsten Einlagen besitzen dagegen Angehörige der Altersgruppe zwischen dem 45. und dem 54. Lebensjahr. ¹¹⁰⁾ Jedoch kann es auch im Rentenalter noch zu einem "Sparboom" kommen. So weist Bosch darauf hin, daß der größte Teil der zusätzlichen Einkommen aufgrund der Rentenreform von 1957 - entgegen den allgemeinen Erwartungen - nicht in den Konsum floß. ¹¹¹⁾

Nicht nur hinsichtlich der Zeitdauer des Bestandes dürfte sich das Vorsorgesparsparen vom Konsumsparsparen unterscheiden, sondern auch in Bezug auf die Anlageformen. Während für den Konsumsparer weitgehend das Geldsparsparen im Vordergrund stehen wird, kann der Vorsorgesparsparer ein stärkeres Interesse

109) Loesch, Achim von, Arbeitnehmer und Vermögensbildung, in: Der Volkswirt, Heft 27/1957, S. 1381; vgl. auch: derselbe, Die Grenzen ..., a.a.O., S. 104 ff.; ferner: Brune, Ilse, Lebensalter und Spartätigkeit, in: Sparkasse, Heft 2/3, Bonn 1966, S. 34 ff.

110) Blume, Otto, a.a.O., S. 141 ff. - Für die USA und Großbritannien kommt Ghaussy, A. Ghanie, a.a.O., S. 185, zu ähnlichen Ergebnissen.

111) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 73

darin haben, nicht nur in Geldforderungen zu sparen, sondern - abgesehen von Renditeüberlegungen - eine Anlageform zu bevorzugen, die ihm Eigentum am Produktionskapital verbrieft. Zweifellos ist aber auch hier das Kontensparen die vorherrschende Sparform. Beeinflußbar ist zwar die Kenntnis der möglichen Anlageformen, aber es ist fraglich, ob subjektive Ansichten über Liquiditätsvorliebe und Risiko der Bereitschaft zur ertragbringenden Sachanlage bei der Mehrzahl auch der Vorsorgesparrer nicht verhältnismäßig enge Grenzen setzen. ¹¹²⁾ Es sollte an dieser Stelle lediglich darauf hingewiesen werden, daß der Vorsorgesparrer sicher eher für eine langfristige, breitere Anlagestreuung gewonnen werden kann als der Konsumsparrer.

Föhl unterscheidet zwei große Gruppen der Vermögensbildung: das "Versorgungssparen" und die "Bildung vererblichen Vermögens", wobei der Versorgungssparer (Vorsorgesparrer) dadurch gekennzeichnet ist, "daß das von ihm ersparte Vermögen am Ende seines Lebens gerade wieder aufgezehrt ist". ¹¹³⁾

112) Damit soll nicht behauptet werden, daß z.B. die Spareinlage allgemein liquider ist als andere Anlageformen oder z.B. eine öffentliche Anleihe risikoreicher. Aber das Vertrauen in das Sparbuch - zweifellos nicht zuletzt ein Verdienst der Sparkassen - dürfte auch bei ausreichender Kenntnis anderer Anlageformen dominieren.

113) Föhl, Carl, u.a., Kreislaufanalytische Untersuchung ..., a.a.O., S. 147

Man wird anhand unserer bisherigen Ergebnisse davon ausgehen müssen, daß "Vermögensbildung" für die Masse der Sparer ein Prozeß ist, der spätestens am Lebensende wieder zu einer Liquidierung des Vermögensbestandes führt. Eine Alterssicherung aus dem Ertrag des gebildeten Vermögens wird auch im allgemeinen kaum möglich sein. So weist z.B. Schelle nach, daß derjenige, der bei fünfprozentiger Verzinsung einen Kapitalertrag von 1 000 DM anstrebe, ein Vermögen von 240 000 DM ansammeln müsse - also einen Kapitalbestand, der auch bei einem geringeren Ertragsziel und/oder einer höheren Verzinsung für den Personenkreis, dessen Vermögensbildung gefördert werden soll, nur in wenigen Ausnahmefällen im Bereich des Möglichen liegen dürfte. 114)

c) Geldvermögen und Inflation

Eine von der Entscheidung des Einzelnen unabhängige Form der Vermögensvernichtung trifft den Eigentümer von Geldvermögen durch die Geltentwertung, d.h. den Kaufkraftverlust des Geldes durch Inflation. Der Gläubiger einer Geldforderung hat lediglich einen Anspruch auf künftige Rückzahlung des nominellen Betrages; der Schuldner kann dagegen zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme Konsum- und/oder Investitionsgüter im allgemeinen billiger erwerben, als es zum Zeitpunkt der Rückzahlung möglich ist, wenn die Inflation inzwischen weiter fortschreitet. Der Grad der zwischenzeitlichen Geldentwertung für den Gläubiger richtet sich

114) Schelle, Klaus, Soll der Staat das Sparen fördern?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 12/1965, S. 553

allerdings nach der Verwendung des zurückgezahlten Geldes, da sich die Preisveränderungen bei den einzelnen Gütern und Dienstleistungen im Zeitablauf unterschiedlich vollziehen, ¹¹⁵⁾ eine Frage, die im Zusammenhang damit bedeutungsvoll sein kann, ob der Geldvermögensinhaber seine Ersparnis für Konsumzwecke auflösen oder sich z.B. selbständig machen und Investitionsgüter erwerben will (Änderung der Anlageform des Vermögens).

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist das Problem der Geldentwertung und die damit verbundene willkürliche Neuverteilung des Volksvermögens bereits von Keynes aufgegriffen worden. ¹¹⁶⁾ Diese Umverteilung vollzieht sich in erster Linie zwischen den Unternehmungen und den Eigentümern von Geldvermögen. ¹¹⁷⁾ Dabei ist die Frage nach den Ursachen der inflationären Entwicklung in diesem Zusammenhang nicht von Gewicht. Entscheidend ist, daß ein Investor aus aufgenommenem Fremdkapital gleichbleibend belastet wird, während er gleichzeitig damit rechnen kann, daß die mit Hilfe der Investition erstellten Güter zu steigenden Preisen abgesetzt werden können. Neben den kleineren Unternehmungen, denen häufig der Weg der Kreditfinanzierung versperrt ist, sind die Nichtunternehmer dabei unmittelbar

115) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S.172 f.

116) Keynes, John Maynard, Vom Gelde, a.a.O., S. 185

117) Analog ergibt sich das Umverteilungsproblem zwischen der öffentlichen Hand als Schuldner und den privaten Gläubigern, auf das in diesem Abschnitt noch an anderer Stelle eingegangen wird.

die Leidtragenden: "Entweder werden ihre Sparguthaben im Wert verringert, weil die Preise steigen, oder ihre künftigen Einkommen haben wegen der Preissteigerung einen geringeren Realwert". 118)

Daneben wirft Bosch die Frage auf, welchen Einfluß die schleichende Inflation der vergangenen Jahre auf die Spartätigkeit und Geldvermögensbildung in der Bundesrepublik gehabt hat. 119) Sie läßt sich jedoch nicht eindeutig beantworten. Wer für Konsumzwecke spart, wird sich von einer Verminderung der Kaufkraft kaum beeinflussen lassen, insbesondere wenn er über die Möglichkeit des Konsumentenkredites nicht ausreichend informiert ist oder eine Verschuldung grundsätzlich ablehnt. Dagegen dürfte es nicht von der Hand zu weisen sein, daß die vorsorgliche Geldvermögensbildung durch eine laufende Geldentwertung gehemmt werden kann. Es ist aber auch denkbar, daß die schleichende Inflation vor allem die Umwandlung von Geldvermögen in Sachvermögen stimuliert. Für denjenigen, der in erster Linie einen Ertrag aus seinem Vermögen erzielen will, gleichzeitig aber auf eine verhältnismäßig große Liquidität bedacht ist, kann die Geldanlage auch bei einer Verminderung der Kaufkraft dann reizvoll sein, wenn - wie es z.B. während der letzten Jahre in der Bundesrepublik teilweise der Fall war - durch eine restriktive Kredit-

118) Bosch, Werner, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 171

119) Bosch, Werner, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 169 f.

politik in Zeiten der Überbeschäftigung ein Ansteigen des Zinssatzes bewirkt wird.

Wir setzen allerdings bei diesen Überlegungen voraus, daß die Sparer frei von Geldillusion sind, eine Annahme, die nicht ohne weiteres gemacht werden darf. So kommt Boehme zu dem Ergebnis, daß ein Geldwertbewußtsein bei den Wirtschaftssubjekten zwar durchaus vorhanden, daß es aber bei einer schleichenden Inflation nur schwach entwickelt ist: "Eine negative Einstellung zum Sparen aufgrund eines pessimistischen Geldwertbewußtseins ist in Zeiten einer nicht allzu krassen Inflation kaum festzustellen". 120)

Dennoch wird man in gesamtwirtschaftlicher Würdigung der Verzerrungen in der Struktur der Vermögensbildung durch inflationäre Entwicklungen die Geldwertstabilität auf lange Sicht als eine wesentliche Voraussetzung einer breiteren Vermögensbildung ansehen müssen. Aber während einerseits betont wird, "daß es nur ein Mittel des Schutzes gegen Inflationen gibt: ihre Vermeidung", 121) so ist andererseits auch darauf hingewiesen worden, daß "die Lösung des Problems der Wertstabilität nur gelingen (könnte),

120) Boehme, Heiner, a.a.O., S. 110; vgl. auch Katona, George, Die Macht ..., a.a.O., S. 141 f. - Hinsichtlich der Einflußfaktoren auf das Geldwertvertrauen vgl. ferner: Schmölders, Günter, Wie denkt der Sparer über den Geldwert?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 17/1961, S. 824 ff.

121) Hahn, L. Albert, Index-Illusionen - Index-Folgen, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 13/1957, S. 502

wenn man aus der Wirtschaft alle Bewegungen und Veränderungen ausschaltet". 122)

Damit ist bereits angedeutet, daß wirtschaftspolitische Ziele durchaus nicht immer miteinander harmonisieren. Auch in einer Zeit konjunkturellen Rückgangs und der Stagnation wird für 1967 die Lücke zwischen realem und nominalem Zuwachs des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik noch auf 1,5 Prozent veranschlagt. 123) Es ist daher wiederholt die Forderung erhoben worden, den Geldsparer durch Wertsicherungsklauseln vor der Kaufkraftminderung zu schützen. 124) So schätzt Schumann allein die Geldforderungen der Sparer aus privaten Spareinlagen, Schuldverschreibungen und dem Bestand an Lebensversicherungen Ende 1966 auf rd. 300 Milliarden DM, von denen - bei einer Entwertungsquote im Jahre 1966 von 4 Prozent 125) -

122) Mises, Ludwig, Die Stellung des Geldes im Kreise der wirtschaftlichen Güter, in: Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. II, Wien 1933, S. 318

123) Finanzbericht 1968 (hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen), Bonn 1967, S. 21

124) Vgl. die ausführliche Diskussion in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen zwischen: Schumann, Franz, Spärserschutz bei Kaufkraftminderung, a.a.O., Heft 14/1966, S. 690 ff.; derselbe, Kein Spärserschutz bei Kaufkraftminderung?, a.a.O., Heft 7/1967, S. 262 f.; und: Degner, Joachim, Spärserschutz durch Geldwertklauseln?, a.a.O., Heft 20/1966, S. 1011 ff. - Wertsicherungsklauseln sind in der Bundesrepublik bisher gemäß § 3 des Währungsgesetzes (Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens) vom 20.6.1968, WiGBI (Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes) Nr. 15 vom 2.8.1948, Beilage Nr. 5, S. 1 ff., nicht gestattet.

125) Berechnet nach dem Lebenshaltungsindex ohne die - besonderen Schwankungen unterliegenden - Lebensmittelpreise.

12 Milliarden DM als Entwertungsverlust hingenommen werden mußten. ¹²⁶⁾ Er schlägt daher vor, der Staat möge das Kontensparen, das Sparen in Forderungspapieren und bei Lebensversicherungen bis zu einem bestimmten jährlichen Betrag gegen Geldentwertung "versichern". ¹²⁷⁾

Geht man davon aus, daß Geldwertstabilität zwar als ein Hauptziel anzusehen ist, ¹²⁸⁾ daß dieses Ziel sich aber - wie gerade die Entwicklung 1965/66 in der Bundesrepublik gezeigt hat - zumindest kurzfristig anderen Hauptzielen, wie dem der Vollbeschäftigung und des wirtschaftlichen Wachstums, unterordnen muß, so ergibt sich die Frage, ob nicht eine Indexbindung von Geldforderungen insbesondere der kleinen und mittleren Sparer gerechtfertigt erscheint. Bezüglich der - insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion über die Lohnindexbindung häufig in den Vordergrund gestellten - These von der Gefahr einer totalen Indexierung der Wirtschaft ¹²⁹⁾ haben die bisherigen Erfahrungen mit schon bestehenden Indexregelungen - wie z.B. in Dänemark und Finnland ¹³⁰⁾ - gezeigt, daß die Auswirkungen entscheidend von den jeweiligen ökonomischen und

126) Schumann, Franz, Kein Sparerschutz bei Kaufkraftminderung?, a.a.O., S. 262

127) Derselbe, Sparerschutz bei Kaufkraftminderung, a.a.O., S. 691 f.

128) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 172

129) Vgl. z.B. Hahn, L. Albert, Index-Illusionen - Index-Folgen, a.a.O., S. 501 f.; Degner, Joachim, a.a.O., S. 1012

130) Vgl. Garding, Hartmut, Finnlands Kampf gegen die Inflation, Erfahrungen mit dem Indexautomatismus (Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, N.F. Heft 33), Berlin 1966, insbesondere S. 88 ff.

politischen Besonderheiten in diesen Ländern abhängen. In der Bundesrepublik ist dagegen auf die bestehende Bindung der "dynamischen" Rente an die, durch das Lohnniveau zum Ausdruck gebrachte, steigende gesamtwirtschaftliche Produktivität verwiesen worden: Die gefürchtete Ausweitung der Indexbindung ist dabei keineswegs eingetreten.¹³¹⁾

Als Begründung für eine Indexbindung von Geldforderungen wäre auch anzuführen, daß Ausgleichszahlungen für Kaufkraftverluste die öffentliche Hand je nach dem Inflationsgrad nicht unerheblich belasten würden und damit ein Druck auf die Wirtschaftspolitiker ausgeübt werden könnte, das Bemühen um Geldwertstabilität zu verstärken. Schließlich kann noch ein eigentumspolitisches Argument herangezogen werden, mit dem wir uns im nächsten Kapitel eingehender auseinanderzusetzen haben: Man könne gerade dem kleinen, unerfahrenen Vermögenssparer nicht raten, Eigentum etwa in Form von Aktien oder Investmentzertifikaten zu bilden.¹³²⁾ Verweist man jedoch den Sparer überwiegend auf die Geldvermögensbildung, so müßten auch aus dieser Sicht Geldwertklauseln als wünschenswert angesehen werden.

131) Vgl. Schumann, Franz, Kein Sparerschutz bei Kaufkraftminderung?, a.a.O., S. 263

132) Siehe z.B. Müller, Bernhard, Die Sparkassen im Wertpapiergeschäft, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 20/1966, S. 1002 ff.

Auf der anderen Seite lassen sich gewichtige Bedenken gegen eine derartige Sicherung geltend machen. Auch wenn man davon ausgeht, daß es ein wirtschaftspolitisches Hauptziel des Staates ist, die breitere Vermögensbildung zu fördern, ergibt sich die Frage, warum allein der Schuldner "öffentliche Hand" einen derartigen Ausgleich zahlen sollte. Da man die privaten Schuldner nicht von der Ausgleichsbelastung freistellen dürfte, direkte Indexvereinbarungen zwischen Schuldnern und Gläubigern - im Gegensatz zu Lohnindexbindungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmervereinigungen - aber kaum möglich erscheinen, würde letztlich der öffentlichen Hand die Aufgabe zufallen, eine entsprechende, gezielte Umverteilung vorzunehmen. Die Kreditnehmer wären z.B. mit einer Art "Inflationsgewinnsteuer" zugunsten der Eigentümer von Geldforderungen zu belasten.

Einmal könnte jedoch in diesem Falle die Gefahr von Überwälzungsversuchen und einer Stimulierung inflationärer Tendenzen nicht geleugnet werden. Zum anderen ist es fraglich, ob man in der Bundesrepublik eine derartige steuerliche Zweckbindung politisch durchsetzen könnte. Werden aber die Ausgleichszahlungen aus allgemeinen Steuermitteln gezahlt, so ergibt sich das gleiche Problem wie bei der Frage nach dem Erfolg jeder staatlichen Umverteilungsmaßnahme, z.B. durch eine stärkere Belastung hoher Einkommen zugunsten der kleineren oder einer Höherbelastung der Gewinne zugunsten der Lohneinkommen.

Es muß aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ferner beachtet werden, daß die innere Stabilität der Währung nicht nur von der Haushaltsgebarung der öffentlichen Hand und dem Verhalten der privaten Kreditnehmer abhängt, sondern auch von der Notenbankpolitik und/oder der Liquidität der Banken, der Arbeitsmarktlage und der Zahlungsbilanz. So werden Geldwertklauseln z.B. gegen eine "importierte Inflation" kaum einen wirksamen Schutz bieten können. Wenn man aber eine wesentliche Quelle der inflationären Entwicklung nicht beseitigen kann - oder nicht beseitigen will, weil anderen wirtschaftspolitischen Zielen der Vorrang eingeräumt wird -, so ist es auch zweifelhaft, ob es gerechtfertigt erscheint, lediglich Symptome beeinflussen zu wollen. Die Beschränkung der Ziele, Mittel und Maßnahmen erscheint im demokratischen Prozeß der politischen Willensbildung nur schwer möglich. ¹³³⁾ Eine Ursache für die Ausweitung des öffentlichen Sektors in einer Volkswirtschaft dürfte aber nicht zuletzt darin liegen, daß Zielkonflikte nicht zu einer eindeutigen politischen Entscheidung führen, sondern daß man glaubt, jede Maßnahme mit einer Fülle anderer Maßnahmen verbinden zu müssen, um unerwünschte Symptome der ersteren zu bekämpfen.

Die Frage, ob vom wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt eine Harmonie der Ziele als möglich angesehen werden kann, ist in der vermögenspolitischen Literatur insbeson-

133) Vgl. Molitor, Bruno, Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, a.a.O., 5. Kapitel: "Vermögensdekonzentrationpolitik in der Demokratie", S. 153 ff.

dere von Bosch bejaht werden. ¹³⁴⁾ Er unterscheidet in sechs wirtschaftspolitische Hauptziele - Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, wirtschaftliches Wachstum, die Integration in die Europäische und die westliche Wirtschaftsgemeinschaft, die sozialpolitische Zielsetzung und die Beseitigung von Abhängigkeiten durch Wettbewerbswirtschaft - und hebt hervor, das Problem der Harmonie liege in erster Linie in dem Mangel an kurzfristiger Reagibilität von Instrumenten und Maßnahmen, die zur Vermeidung von Zielkonflikten eingesetzt werden. Bosch fordert, dem Element des Wettbewerbs soweit als irgend möglich den Ausgleich von Ungleichgewichten zu überlassen: "Der Mangel an Harmonie der Ziele entsteht - gedanklich und im tatsächlichen Ablauf - immer und vor allem dann, wenn man das alle verbindende Mittelstück, das wettbewerbswirtschaftliche Ziel, zu gering achtet oder sogar außer acht läßt". ¹³⁵⁾

Soweit aber in der politischen Wirklichkeit Zielkonflikte unvermeidlich sind, ist eine Beschränkung und Gewichtung der Ziele nicht zu umgehen. Wenn z.B. eine breitere Vermögensstreuung gegenwärtig als ein Hauptziel angesehen wird, so ist damit gleichzeitig gesagt, daß einmal die Bewertung dieses Zieles im Zeitablauf Veränderungen unterliegen kann; und zum anderen, daß bei der Hervorhebung

134) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 162 ff.

135) Derselbe, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 163 f.

des einen Zieltes eine Vernachlässigung anderer Ziele hingenommen werden muß. Auch bezüglich des vermögenspolitischen Zieltes dürfte der Hinweis von Meinberg berechtigt sein, daß wir zu einem guten Teil gar nicht anders können, als die Wichtigkeit einzelner Ziele zu Übertreiben: "Wollten wir bei unseren Aktionen und unserem Wollen jeweils alles uns Zugängliche berücksichtigen, das für uns wichtig sein könnte, dann wäre die Fähigkeit zum Handeln sehr geschwächt. Oftmals würden wir alsdann außerstande sein, begründet zu beurteilen, was denn eigentlich zu geschehen hat. Zu einem solch schroffen Dilemma kommt es in der Regel aber nicht, weil wir uns trotz mancher Bedenken für die eine oder andere Lösung zu entscheiden pflegen, auch wenn bewußt ist, daß damit Verstöße gegen Dinge erfolgen, die uns gleichfalls teuer sind". 136)

Es sei nochmals hervorgehoben, daß zwar die Ziele "Geldwertstabilität" und "Vermögensstreuung" miteinander harmonisieren, daß aber von einer Verwirklichung des ersten Zieltes in der Vergangenheit kaum gesprochen werden kann. Im Zusammenhang mit der vermögenspolitischen Zielsetzung bedarf daher die Diskussion um das Für und Wider von Wert sicherungsklauseln aus privatwirtschaftlicher Sicht noch einer uns wesentlich erscheinenden Ergänzung. Wir haben dargelegt, daß offensichtlich nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der Sparer wirklich eine langfristige

136) Meinberg, Rudolf, Probleme des Richtigen im Leben der Gesellschaft, Berlin 1952, S. 42 f.

Vermögensbildung anstrebt, wobei noch unterschieden werden muß zwischen Vermögen, die im Laufe des Lebens wieder aufgezehrt werden und solchen, deren Substanz als vererblich geplant ist. Sehen wir hier von einer Trennung der beiden Vermögensfunktionen ab und fassen sie zum Begriff "akkumulationsbezogenes Vermögen" zusammen, sehen wir ferner zumindest die Gefahr einer schleichenden Inflation ständig als gegeben an, so ist zu fragen, ob nicht unter diesen Gesichtspunkten für den langfristigen Geldvermögensbestand eine Kaufkraftsicherung berechtigt erscheint; die Indexierung könnte z.B. als Prämie für eine langfristige Geldvermögensbildung angesehen werden.

Während der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium noch vor einigen Jahren feststellte, "daß ein mit einer Indexmark rechnendes Geld- und Kredit-system mit einem in nominellen Währungseinheiten rechnenden Güter- und Leistungssystem praktisch nicht kombinierbar ist", und die Gefahren einer Indexautomatik in den Vordergrund rückte, ¹³⁷⁾ hat er zu Beginn des Jahres 1966 derartige Klauseln zwar für kurzfristige Vereinbarungen als gefährlich angesehen, sie jedoch für langfristige Verträge empfohlen. ¹³⁸⁾ Ebenso hat der Sachverständigenrat

137) Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, Gutachten vom 24.2.1957 (Probleme von Index- und Preisgleitklauseln), Gutachten Bd. 5, Göttingen 1961, Ziffer 9

138) Derselbe, Gutachten vom 29.1.1966 (Zur gegenwärtigen Preissituation), in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 22/1966, S. 165 ff., Ziffern 6 und 7

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bereits 1965 Wertsicherungsklauseln für den Kapitalverkehr empfohlen, vor der Indexierung von Lohn- und Materialpreisen jedoch gewarnt. 139)

Auch gegen eine solche partielle Indexbindung hat sich Degner mit der Bemerkung gewandt, daß es nicht möglich wäre, "die Anwendung solcher Klauseln auf den Kapitalmarkt oder gar Teile des Kapitalmarktes zu beschränken", und auf die Wechselwirkungen zwischen dem Kapitalmarkt und den Güter- und Arbeitsmärkten hingewiesen. 140) Messen wir jedoch dem Ziel einer breiteren Vermögensstreuung größeres Gewicht zu, so bleiben insbesondere folgende Erwägungen hinsichtlich einer langfristigen Kaufkraftsicherung von Geldvermögen gegenüberzustellen: 1. Bei einer langfristigen Wertsicherung muß die öffentliche Hand nicht unbedingt damit rechnen, hohe Ausgleichszahlungen leisten zu müssen, wenn sie gleichzeitig eine langfristige Wertstabilität anstrebt. Auch in seinem Gutachten 1966 hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium

139) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1965 (Stabilisierung ohne Stagnation), Stuttgart/Mainz 1965, Ziffer 207. - "Dieses Verbot (von Geldwertsicherungsklauseln im Kapitalverkehr - der Verf.) ist Resultat einer vordergründigen, auf Primäreffekte und 'Optik' bedachten Denkweise, die häufig - und so auch hier - das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bezweckt, aber die komplexen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge ignoriert" (Ebenda).

140) Degner, Joachim, a.a.O., S. 1012

betont, daß derartige Wertsicherungsklauseln trotz ihrer Signalwirkungen "niemals die vom Beirat stets als einzig rational angesehene Stabilitätspolitik zu ersetzen (vermögen)".¹⁴¹⁾ Wie bereits erwähnt, könnte somit durch die Indexierung ein Druck auf die Wirtschaftspolitiker ausgeübt werden. Die Frage, ob dieser Druck in ausreichendem Maße wirksam wird, muß jedoch offen bleiben. 2. Der geldwertbewußte Vermögenssparer wird bei einer langfristigen Wertsicherung nicht in eine unkritische, voreilige "Flucht in die Sachwerte" getrieben. 3. Die Liquiditätsvorliebe insbesondere des Eigentümers von vorsorglichem Geldvermögen kann durch eine Indexierung weitgehend geschützt werden. 4. Andererseits wird die Indexbindung den Sparer wahrscheinlich nur in - wie wir gezeigt haben, äußerst engen - Grenzen dahingehend beeinflussen, sein Geldvermögen längerfristig nicht für konsumtive Zwecke zu verwenden. 5. Problematisch bleibt ferner, ob die Ausgleichszahlung im Zeitpunkt der Geldvermögensauflösung unabhängig von der Verwendung zu zahlen ist. Soll nur der gegen Inflation gesichert werden, der Beteiligungen oder direkt Produktivvermögen erwerben will und damit eine andere Vermögensform wählt, oder soll allein die zeitliche Dauer des Geldvermögensbestandes honoriert werden?

Unter dem Gesichtspunkt, daß jede Vermögensbildung grundsätzlich nur mit dem Geldsparen beginnen kann, wäre demnach der Vorschlag einer Wertsicherungsklausel für den

¹⁴¹⁾ Dasselbst, Ziffer 7

langfristigen Geldvermögensbestand in isolierter Betrachtung nicht von vorneherein abzulehnen. Die dargelegten Einschränkungen mindern jedoch die Bedeutung einer derartigen Maßnahme für die vermögenspolitische Zielsetzung.

Allerdings können Geldwertsicherungsklauseln u.E. nicht mit dem Hinweis abgelehnt werden, daß in der Bundesrepublik in Form von Sparprämien und/oder einer Minderung von Steuer- und Sozialabgaben bereits ein Inflationszuschlag für den Sparer in Geldforderungen gewährt werde. Vertritt man diese Auffassung, so wäre vielmehr eine Indexbindung vorzuziehen, um die Geldillusion der Wirtschaftssubjekte nicht noch durch vorgebliche "vermögenspolitische Förderungsmaßnahmen" zu verstärken und den eigentlichen Charakter dieser Maßnahmen zu verschleiern. Neben der vermögenspolitischen Zielsetzung gibt es aus gesamtwirtschaftlicher Sicht hinreichende Gründe, auf die Bedeutung des privaten Sparens zu verweisen, z.B. als Grundlage eines möglichst hohen volkswirtschaftlichen Geld- und Kreditfonds oder als Mittel der Kaufkraftabschöpfung in Zeiten der Überbeschäftigung und somit als Instrument der Inflationsbekämpfung.¹⁴²

Nur: das langfristige Ziel der personellen Vermögensbildung sollte nicht mit kurzfristigen konjunkturpolitischen Zielen

142) Vgl. hierzu jedoch den kritischen Aufsatz von: Gnam, Arnulf, Sparen in der vollbeschäftigten Wirtschaft, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 13/1964, S. 603 ff.

vermengt werden, ¹⁴³⁾ damit die Vermögenspolitik nicht an Glaubwürdigkeit verliert. Soll z.B. die Sparprämie Anreiz zur Vermögensbildung sein, dann ist diese Maßnahme von dem Problem einer Inflationssicherung des Geldvermögens streng zu trennen.

5. Nochmals: Die vermögenspolitische Zielsetzung

Die Ausführungen des vorigen Abschnittes haben gezeigt, daß Ersparnisse bzw. Geldvermögen im Zeitablauf der Dynamik von Vermögensentstehung und -vernichtung unterworfen sind. Wir müssen daher nochmals in aller Deutlichkeit die Frage nach dem Inhalt der wirtschaftspolitischen Zielsetzung einer breiteren Vermögensbildung aufwerfen.

Hinsichtlich der Förderung der personellen Vermögensbildung über die Einkommensverwendung ergibt sich einmal das Problem, welchen Vermögensfunktionen besonderes Gewicht beigemessen werden soll. Die Maßnahmen in der Bundesrepublik bedeuten in erster Linie eine allgemeine Förderung des Geldsparens, obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, daß nicht das "Konsumsparen" oder "Konsumvermögen" gemeint

143) Das geschieht u.E. auch, wenn ein Zielkonflikt darin gesehen wird, daß in der Rezession "eine Politik der Ausweitung der Nachfrage geboten (ist), die mit der vermögenspolitisch erwünschten Förderung des langfristigen Sparens kaum zu vereinbaren ist" (Grunau, Joachim, Vermögenspolitik in der Marktwirtschaft, in: ORDO, Bd. XVII/1966, S. 442). Dabei wird verkannt, daß das langfristige Vermögenssparen immer nur einen Teil der gesamten Ersparnis der privaten Haushalte umfassen wird. Vielmehr ist der Sparförderung in der Bundesrepublik vorzuwerfen, daß sie den Sparakt ohne Rücksicht darauf fördert, ob er "konsumbezogen" oder zum Zwecke der Vermögensbildung erfolgt.

ist: Die erstrebte Vermögensstreuung zielt "eigentlich" nur auf die Bildung vererblichen Vermögens, "eines Vermögens also, dessen Bestimmung es nicht ist, bis zum Lebensende des Sparers wieder aufgezehrt zu werden". 144) Es soll ferner "produktives" Vermögen sein, d.h. es wird entweder eine breitere Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln angestrebt, 145) oder es soll - allgemein formuliert - der Vermögenszuwachs der "Unternehmer" bzw. "Selbständigen" zugunsten der "Arbeitnehmer" bzw. "Unselbständigen" beschnitten werden. Ebenso betont Bosch, daß die Vermögensbildung für alle bisher Vermögenslosen "ein Werk für eine Generation ist", 146) und setzt dabei voraus, "daß die neu zu bildenden Vermögen aus Produktionsmitteln oder aus Geldforderungen auf Produktionsmittel bestehen". 147)

Unsere bisherige Untersuchung des Sparens und der Geldvermögensbildung hat jedoch gezeigt, daß bereits von der individuellen Zielsetzung des einzelnen Einkommensbezieher her der Bildung eines vererblichen Geldvermögens im allgemeinen enge Grenzen gesetzt sind, daß es darüber hinaus in vielen Fällen gar nicht zur Bildung eines längerfristigen Geldvermögenbestandes kommt. Es muß daher unter-

144) Föhl, Carl, u.a., Kreislaufanalytische Untersuchung ..., a.a.O., S. 160

145) Vgl. Loesch, Achim von, Die Grenzen ..., a.a.O., S. 5 und S. 44 ff.

146) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 133

147) Derselbe, a.a.O., S. 129

sucht werden, inwieweit die bisherigen Maßnahmen zur Vermögenspolitik in der Bundesrepublik, die primär auf eine Förderung des Geldsparens hinauslaufen, geeignet erscheinen, die vermögenspolitische Zielsetzung zu erreichen.

6. Die Problematik einer dauerhaften personellen Geldvermögensbildung am Beispiel der Sparförderung in der Bundesrepublik

Es ist im Laufe unserer Untersuchung hinreichend deutlich geworden, daß die Kriterien "kurzfristig" und "langfristig", wie sie im Geld- und Kreditsektor verstanden werden, für unsere Überlegungen nicht herangezogen werden können. Die Spardauer über eine längere Zeit als eine Einkommensperiode, aber auch über zwei oder drei Jahre, ist unter der vermögenspolitischen Zielsetzung nicht als "langfristig" anzusehen.

Bis zum Herbst 1966 betrug die Festlegungsfrist für das prämienbegünstigte Sparen bei einmaliger Einzahlung bis zu 600 DM 5 Jahre, bei einem Ratensparvertrag effektiv 5 1/2 Jahre (mit möglichen Sparraten bis zu 600 DM jährlich). Darüber, ob damit die Vermögensbildung gefördert worden ist, lassen sich keine genauen Angaben machen. Im Juni 1967 veröffentlichten die Sparkassen die Ergebnisse einer Untersuchung zu der Frage, was mit prämienbegünstigten Sparbeträgen nach Ablauf der Sperrfrist geschieht.¹⁴⁸⁾

148) Siehe auch im folgenden: o. A., Was geschieht nach der Sperrfrist?, in: Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 48, Bonn 1967. - Es handelt sich lediglich um bei den Sparkassen angelegte prämienbegünstigte Sparbeträge.

Danach wurden "durch ausdrückliche Verfügung der Sparer" 32 Prozent der Guthaben auf ein "normales" Sparkonto mit gesetzlicher Kündigungsfrist gebucht und 14 Prozent auf ein Sparkonto mit vereinbarter längerer Kündigungsfrist, während 16 Prozent "stillschweigend oder aufgrund von Anweisungen der Sparer aus der Zeit vor dem Fristablauf" auf normale oder längerfristige Sparkonten übertragen wurden. Dagegen wurden 20 Prozent in bar abgehoben, 10 Prozent auf Girokonten transferiert, 2 Prozent zur Tilgung von Krediten bei derselben Sparkasse verwendet, über 4 Prozent "in sonstiger Weise disponiert" - besonders durch Übertragungen auf andere Kreditinstitute - und 3 Prozent "revolvierend" wieder auf einen prämienbegünstigten Sparvertrag eingezahlt. Lediglich weniger als ein halbes Prozent fand zum Erwerb von Wertpapieren Verwendung. 149)

Die optimistische Schlußfolgerung der Deutschen Sparkassenzeitung, "61 Prozent der 'Prämienbegünstigten' bleiben auf Sparkonten", 150) ist gerade in "dieser für die Vermögenspolitik wichtigen Frage" mit einiger Skepsis zu betrachten. Fest steht nur, daß die Spargelder so gut wie gar nicht zum Kauf von Wertpapieren verwendet wurden. Als wahrscheinlich kann aus den Ergebnissen der Untersuchung geschlossen werden, daß 20 Prozent der prämienbegünstigten Sparguthaben unmittelbar nach Fristablauf "in den Konsum flossen", im

149) Es handelt sich jeweils um abgerundete Zahlen.

150) Siehe Anmerkung 148

ganzen aber schätzungsweise annähernd 30 Prozent. Andererseits - und das ist im Rahmen unserer Überlegungen entscheidender - blieben mindestens 14 Prozent, höchstens jedoch (wenn man einen Teil der 16 Prozent "stillschweigend oder aufgrund von Anweisungen vor dem Fristablauf" miteinbezieht) etwas über 20 Prozent auf Sparkonten "mit vereinbarter längerer Kündigungsfrist". Auf die Fragen, wie lange die 32 bis etwa 40 Prozent der Guthaben, die auf Sparkonten mit gesetzlicher Kündigungsfrist gebucht wurden, dort verblieben, wann und wie sie verwendet wurden, kann die Untersuchung keine Antwort geben. Ebenso bleibt offen, wieviel Prozent der prämienbegünstigten Sparguthaben schon vor Ablauf der Sperrfrist aufgelöst wurden und zu welchem Zweck.

Auch daß "nur 3 Prozent" der freigewordenen prämienbegünstigten Sparguthaben "revolvierend" angelegt wurden, ist wenig aussagefähig. Entscheidend ist die Frage, in welchem Zeitraum diese erneute prämienbegünstigte Anlage erfolgt. Denn auf ein neues Prämiensparkonto können nur 600 DM jährlich bzw. 50 DM monatlich eingezahlt werden, ein Bruchteil der Endsparsumme des alten Vertrages.

Darüber hinaus ist einmal zu bedenken, daß diese Untersuchung der Sparkassen unvollständig ist. Vollständige Ergebnisse liegen nicht vor. Aber da man vermuten darf, daß zumindest Schätzungen bestehen, bleibt die Frage, warum sie bisher nicht veröffentlicht worden sind. Zum zweiten:

Das prämiengünstigte Sparen ist nicht an eine Einkommensgrenze gebunden. Es wäre aber gerade interessant zu erfahren, wie viele der kleinen und mittleren Einkommensbezieher, die bisher über noch kein oder nur geringfügiges Vermögen verfügten, 1. prämiengünstigt sparen und 2. diese Ersparnisse nach Fristablauf z.B. auf Sparkonten mit vereinbarter längerer Kündigungsfrist transferieren.

Über die Auswirkungen des Zweiten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (312-DM-Gesetz) kann überhaupt noch nichts gesagt werden. Nach Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums haben 1965 - das Gesetz wurde im Juli 1965 verkündet - etwa 2,2 Millionen, 1966 etwa 3,2 Millionen Arbeitnehmer die Vergünstigungen (durchschnittlich angelegter steuerfreier Betrag 1965 wie 1966 etwa 280 DM) in Anspruch genommen; die Gelder wurden "überwiegend" nach dem Sparprämiengesetz und dem Wohnungsbauprämiengesetz angelegt. 151)

Interessant sind allerdings die Ergebnisse einer Teiluntersuchung zu Beginn des Jahres 1967 aus den Reihen der Unternehmerschaft über die Struktur dieser "vermögenswirksamen" Ersparnisse. 152) Danach nahmen 13,62 Prozent der Beschäftigten dieser Unternehmen die Vergünstigungen in Anspruch, und zwar 25,8 Prozent der Angestellten, aber nur knapp 6,7 Prozent

151) o.A., Drei Millionen Arbeitnehmer bilden Vermögen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.6.1967

152) Es handelt sich um "Mitgliedsfirmen der Unternehmerschaft des linken Niederrheins"; vgl. auch im folgenden: o.A., Nur jeder fünfzehnte Arbeiter nutzt 312-DM-Gesetz, in: Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 48, Bonn 1967

der Arbeiter. ¹⁵³⁾ Die Zahlen schwanken je nach Wirtschaftszweig: Am günstigsten sind die Ergebnisse in der chemischen Industrie (45,4 Prozent der Angestellten, fast 10 Prozent der Arbeiter, 19 Prozent insgesamt), am ungünstigsten in der Bekleidungsindustrie (20,6 Prozent der Angestellten, 4,5 Prozent der Arbeiter, 8,5 Prozent insgesamt). Das Ergebnis ist umso günstiger, je höher das Einkommensniveau und je größer der Anteil der männlichen Arbeitnehmer ist.

Insgesamt ergibt sich dabei wiederum die Frage, wer von den begünstigten Sparern sowieso gespart hätte und in welcher Höhe. Das Problem der Mittelverwendung nach Ablauf der Sperrfrist stellt sich auch beim "312-DM-Gesetz" in gleicher Weise wie bei den anderen Förderungsmaßnahmen. Sehen wir vom prämiengünstigten Bausparen ab - soweit die Gelder zum Hausbau verwendet werden -, so kann hinsichtlich der vermögenspolitischen Zielsetzung im obigen Sinne gesagt werden, daß die bis Ende 1966 bestehenden Festlegungsfristen wohl kaum zu dem angestrebten Erfolg geführt haben oder führen werden.

Die Auswirkungen der Verlängerung der Festlegungsfristen für begünstigte Sparformen um jeweils ein Jahr gemäß dem Steueränderungsgesetz 1966 ¹⁵⁴⁾ auf das Volumen der prämiengünstigten Spareinlagen können nicht erfaßt werden, da gleichzeitig das Kumulierungsverbot in Kraft trat. ¹⁵⁵⁾ Der zwar

¹⁵³⁾ 0,71 Prozent der Arbeitnehmer erhielten "vermögenswirksame" Leistungen des Arbeitgebers; a.a.O.

¹⁵⁴⁾ Zweites Gesetz zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Steueränderungsgesetz 1966) vom 21.12.1966, BGBl. I, S. 702, Art. II

¹⁵⁵⁾ Der begünstigte Sparer kann heute - im Gegensatz zu den

stets relativ geringe Anteil der prämienbegünstigten Spareinlagen am gesamten Spareinlagenbestand ist seitdem weiter angestiegen. Er betrug Ende 1965 rd. 9,4 Prozent, 1966 rd. 10,1 Prozent und im Dezember 1967 - nach vorläufigen Ergebnissen - 10,5 Prozent. ¹⁵⁶⁾ Jedoch wurden allein bei den Sparkassen im Jahre 1967 etwa 43 Prozent weniger prämienbegünstigte Kontensparverträge abgeschlossen als 1966. ¹⁵⁷⁾ Neben den konjunkturellen Veränderungen dürfte die Ursache hierfür in erster Linie in den Auswirkungen des Kumulierungsverbotes zu sehen sein.

Es darf allerdings vermutet werden, daß auch von einer Verlängerung der Festlegungszeit um nur ein Jahr bereits negative Auswirkungen auf die prämienbegünstigte Spartätigkeit ausgehen. Schon im Zusammenhang mit der fünfjährigen Festlegungsdauer hat E.G. Schneider aufgrund von Erfahrungen mit der Ausgabe von Jubiläumsaktien und freiwilligen Barvergütungen darauf hingewiesen, daß sich der Arbeitnehmer bei seiner Ersparnisbildung "nicht in die Karten gucken lassen" will, "sondern selbst entscheiden, wie und was er anlegt, und in jedem Falle frei sein (will), zu dem ihm geeigneten Zeitpunkt zu verfügen". ¹⁵⁸⁾

vorausgegangenen Jahren - nur noch wählen zwischen der Sparprämie, der Wohnungsbauprämie und der Berücksichtigung von Beiträgen an Bausparkassen im Rahmen des Einkommensteuerrechts.

156) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 1/1968, S. 78

157) o.A., Die Hälfte weniger Ratensparverträge, in: Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 10, Bonn 1968

158) Schneider, Ernst Georg, Zur Frage der Vermögensbildung, Kieler Vorträge, Neue Folge Nr. 36, Kiel 1965, S. 24 f.

Besonders deutlich sind die Erfahrungen, die hinsichtlich der Festlegungsfrist in den fünfziger Jahren mit der steuerbegünstigten Sparförderung gemacht wurden, auch wenn nicht davon ausgegangen werden kann, daß sich der Kreis der früheren steuerbegünstigten Sparer mit dem der prämiengünstigten deckt. Durch das Gesetz zur Neuordnung von Steuern vom 16.12.1954 ¹⁵⁹⁾ wurde damals für alle nach dem 1.1.1955 abgeschlossenen Sparverträge die Festlegungsfrist von drei auf zehn Jahre erhöht. Techtmann weist nach, daß als Folge dieser Regelung die Zahl der neuen Sparverträge im Jahre 1955 gegenüber 1954 um 99 Prozent zurückging. Daher wurde 1956 die Frist wiederum auf drei Jahre verkürzt, bis die steuerliche Förderung schließlich im Jahre 1959 durch die Prämiengünstigung ersetzt wurde. ¹⁶⁰⁾

Es muß offen bleiben, in welchem Maße jeweils die Prämie steigen müßte, wenn man die Festlegungsfrist um ein weiteres Jahr verlängert und das Volumen des so geförderten Sparens wenigstens konstant halten will. Könnte man wirklich eine größere personelle Vermögensbildung über das Sparen erreichen, wenn man Festlegungsfristen von 20 oder gar 30 Jahren bei Prämien von 100 oder noch mehr Prozent einräumen würde? Kann man sagen, daß das "Bewußtsein zur Vermögensbildung" um so stärker geweckt wird, je länger die

159) BGBl. I, S. 373

160) Techtmann, Enno, Steuervergünstigungen als wirtschaftspolitisches Mittel zur Förderung der Kapitalbildung in der Marktwirtschaft, Diss. Göttingen 1963, S. 91

Festlegungsfristen und je höher die Prämien sind? Nach den bisherigen Erfahrungen wird man diese Fragen verneinen müssen.

In isolierter Betrachtung der vermögenspolitischen Zielsetzung, erbliches ertragbringendes Vermögen über das Sparen auch in der Hand derjenigen zu bilden, die bisher über kein oder nur geringfügiges Vermögen verfügten, erscheint demnach nach den bisherigen Ergebnissen unserer Untersuchung offenbar nur ein Ausweg erfolgversprechend: die zwangsweise "vermögenswirksame" Anlage von Einkommensteilen, wenn auch nicht über den Tod hinaus, so doch zumindest bis zum Erreichen der Renten- bzw. Pensionsgrenze. Derartige Pläne wurden und werden auch in der Bundesrepublik ausgiebig diskutiert. ¹⁶¹⁾ Hier geht es uns nicht um eine Differenzierung der einzelnen Vorschläge. Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß eine Verwirklichung derartiger Pläne einmal dadurch möglich ist, daß Einkommensteile aus dem derzeitigen Einkommen zwangsgespart werden. Zum anderen - was besonders von seiten der Gewerkschaften gefordert wird, die überwiegend die These vertreten, die Arbeitnehmer seien bei ihrem jetzigen Einkommen nicht "sparfähig" - ist es denkbar, daß hierfür Lohnerhöhungen vereinbart werden, die gar nicht in die Hand des Arbeitnehmers gelangen. Schließlich kann eine Kombination beider Möglichkeiten gewählt werden: Bei der

161) Vgl. auch im folgenden die ausführliche Darstellung der verschiedenen Vorschläge bis 1965 bei: o.A., Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. - Thesen, Pläne, Gesetze (Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen e.V.), Bonn 1965

Spärentscheidung und/oder hinsichtlich des Eigenbeitrages wird dem Arbeitnehmer ein Entscheidungsrecht eingeräumt.

Die Problematik einer zwangsweisen Vermögensbildung wird noch im vierten Kapitel dieser Untersuchung zu erörtern sein. Sie rührt an die Frage, ob nicht das Ziel einer breiteren Vermögensstreuung im Rahmen eines marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystems einer Überprüfung bedarf, wenn es bereits zweifelhaft erscheinen muß, ob die meisten Wirtschaftssubjekte überhaupt eine dauernde Vermögensbildung anstreben. Begreift man dagegen das vermögenspolitische Ziel als große gesellschaftspolitische Aufgabe, unabhängig von der freien Entscheidung und dem Willen des Einzelnen, so wird man mit Krelle darauf hinweisen müssen, daß es eine Illusion sei zu glauben, "jeder Mensch handle von allein so, daß auch gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich immer das optimale Ergebnis resultiert". 162) Zunächst muß offen bleiben, ob wir Krelle auch dann noch zustimmen können, wenn er im Zusammenhang mit dem Problem einer breiteren Vermögensbildung die Frage stellt: "Wieso zwingen wir eigentlich praktisch Hausbesitzer zu einer Feuerversicherung oder Autobesitzer zu einer Haftpflichtversicherung? Warum besteuern wir den Schnaps und nicht die Bibel?" 163)

162) Krelle, Wilhelm, Breitere Vermögensstreuung oder nicht?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 15/1964, S. 727

163) Ebenda

7. Die Bedeutung des Geldsparens für die Einkommens- und Vermögensverteilung

Wir sehen im folgenden von der isolierten Betrachtung des begünstigten Sparens, wie wir sie im vorigen Abschnitt vorgenommen haben, ab und knüpfen an die Untersuchung im zweiten Kapitel dieser Arbeit über die makroökonomischen Kreislaufzusammenhänge an. Wir hielten als Ergebnis der modernen makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung fest, daß nur soweit, als die Arbeitnehmer in Geld sparen - wobei die Nettoersparnis der gesamten Arbeitnehmergruppe gemeint ist, d.h. Konsumentenkredite bereits berücksichtigt sind -, eine Änderung des Verteilungsprozesses zu ihren Gunsten und auf Kosten der Unternehmervgewinne erreicht werden kann, da jede Geldausgabe der Arbeitnehmer, also auch die Bildung von Produktivvermögen, zu Einkommen bzw. Gewinnen des Unternehmensektors führt.

Betrachten wir jedoch die personelle Vermögensbildung, so wirft dieses Ergebnis, wie wir bereits im zweiten Kapitel zeigten, erhebliche Probleme auf: Wer als Arbeitnehmer spart erwirbt zwar gesamtwirtschaftlich einen Anspruch auf das Sozialprodukt, aber er nimmt, soweit er nicht Eigentumsrechte an Produktionsmitteln erwirbt, sondern in Geld spart, keineswegs Teile des Investitionsgütervolumens "in sein Vermögen", sondern lediglich eine verzinsliche Geldforderung. Es ergibt sich demnach die Frage, ob diese verzinsliche Geldforderung dem Eigentum an Produktivvermögen gleichgesetzt werden darf.

Bevor wir diese Frage zu beantworten versuchen, sind einige Vorbemerkungen nötig. Wir haben im ersten Abschnitt dieses Kapitels dargelegt, daß das Sparen in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung unterschiedliche Wertungen erfahren hat. Wir wissen ferner aus dem zweiten Kapitel, daß die Identität von Investition und Ersparnis nicht besagt, es müsse sich hierbei um die freiwillige Nettoersparnis der privaten Haushalte handeln, die den Investitionen vorauszuweichen habe.¹⁶⁴⁾ In einer wachsenden Wirtschaft ist keineswegs allein die Höhe der freiwilligen Ersparnisse der privaten Haushalte entscheidend; sondern es ist vielmehr die Frage, wie weit das Sparen der Unternehmungen, die Selbstfinanzierung, zugunsten einer größeren Ersparnis der Haushalte eingeschränkt werden darf, ohne daß die Investitionsneigung der Unternehmer negativ beeinflußt wird: Gehen wir von den Investitionen aus, so kann eine Identität mit der Ersparnis - abgesehen vom freiwilligen Sparen der privaten Haushalte und der Unternehmungen - auch durch "ungeplante" Ersparnisse, z.B. über die Preise oder höhere Steuern erzwungen werden.¹⁶⁵⁾

Es sei nochmals klar herausgestellt, daß wir auch im folgenden lediglich einen Ausschnitt des Sparens betrachten: Wir sehen von der Ersparnis der öffentlichen Hand ab und gehen vom freiwilligen Geldsparen als einem - zumindest vorübergehenden - Verzicht auf Verbrauch aus, der - in vereinfachter

164) Vgl. z.B. Abschnitt II/3

165) Vgl. auch Loesch, Achim von, Die Grenzen ..., a.a.O., S. 90 f.

Annahme - den Banken gegen Verzinsung zur Verfügung gestellt wird. ¹⁶⁶⁾ Wir betrachten diese freiwillige Ersparnis als Voraussetzung für die Kreditgeschäfte der Banken. ¹⁶⁷⁾ Wir unterstellen, daß die Banken die Spareinlagen in voller Höhe wieder an Unternehmungen ausleihen, sehen also sowohl von gesetzlichen Beschränkungen wie z.B. der Mindestreserve als auch anderen Bankgeschäften ab.

Für den Unternehmer, ¹⁶⁸⁾ der seine Investitionen aus Gewinnen finanziert, sind Ersparnis und Investition identisch. Sehen wir von der unfreiwilligen Identität ab (z.B. Lagerbildung durch Absatzrückgang), so wird doch der Unternehmer längerfristig seine freiwilligen Geldersparnisse stets auch selber "umtreiben", d.h. in Produktionsmitteln sparen, von denen er zumindest erwartet, daß sie einen Ertrag eröringen. Anders ist die Situation für die Geldsparer: Hier sind Sparen und Investor nicht identisch, sondern der Kreditgeber überläßt das "Umtreiben" seines Geldvermögens den Kreditnehmern.

166) Offen bleibt dabei die Frage, ob nicht das Sparen in diesem Sinne gesamtwirtschaftlich ebenfalls als "Verbrauch" anzusehen ist; vgl. dazu: Gnam, Arnulf, a.a.O.; ferner: Schwarz, Harti, Inneres Sparen, Äußeres Sparen und wirtschaftliche Entwicklung, Ein Beitrag zur Spartheorie auf der Grundlage des Zeitprinzips, Diss. Darmstadt 1964

167) Vgl. auch Abschnitt III/1

168) Wir verstehen hier unter einem Unternehmer in erster Linie den Eigentümer einer Unternehmung, der gleichzeitig die Geschäfte führt, aber auch den Anteilseigner einer Unternehmung, der entweder zusammen mit den anderen Miteigentümern die Geschäftsleitung übernimmt oder sie delegiert. Im letzteren Fall handeln Dritte im Auftrage der Eigentümer an der Unternehmung.

Dabei können wir von einer theoretischen Diskussion über die Bildung des Zinssatzes - z.B. als Preis für die Überlassung von Geldkapital - absehen. 169) Wir unterstellen einen durchschnittlichen Kapitalmarktzins, wobei keineswegs übersehen wird, daß es je nach Art und Dauer der Überlassung von Liquidität eine Fülle unterschiedlicher Zinssätze gibt. Wie wir zeigten, muß jedoch vermutet werden, daß die Zinsreagibilität bei der Masse der Sparer gering ist. 170) Zudem wird die Höhe der Zinssätze heute nicht nur durch den Marktmechanismus, sondern auch durch administrative Entscheidungen bestimmt. Für den einzelnen Sparer - wie für den Kreditnehmer - ist auf den einzelnen Geld- und Kapitalmärkten weitgehend allein die Geldmenge Aktionsparameter.

Nehmen wir an, ein Unternehmer habe bisher seine Nettoinvestitionen ausschließlich aus Gewinnen finanziert. Nun nimmt er für eine Investition, die ihm bei Selbstfinanzierung - abgesehen von steuerlichen Überlegungen - einen jährlichen Gewinn (im Sinne eines sämtliche Kosten übersteigenden Residuums) von 10 Prozent des Investitionswertes bringen würde (z.B. durch eine hohe ausländische Nachfrage), einen entsprechenden Kredit bei einer Bank zu 8 Prozent Zinsen auf. Die Bank wiederum zahle dem Sparer für seine Einlage 5 Prozent Zinsen. Aus dem Geldvermögen des Sparers erwirtschaftet

169) Vgl. z.B. Lutz, Friedrich August, Zinstheorie, 2. Auflage Zürich/Tübingen 1967

170) Vgl. Abschnitt III/3 a

nunmehr der Unternehmer einen Ertrag von 10 Prozent, von dem der Sparer 5 und der Unternehmer 2 erhält. Dabei gehen wir davon aus, daß die jährlichen kalkulatorischen Kosten für die Abnutzung der Investition den Tilgungsraten für den Kredit entsprechen. Je nach dem, wie die jährlichen kalkulatorischen Abschreibungs- und Tilgungsraten voneinander abweichen, kommt es zu zeitlichen Verlagerungen des Nettogewinns. Bleibt die Gewinnrate über die Lebensdauer der investierten Produktionsmittel hinweg konstant, bezieht sich dagegen im Normalfall der Kreditzinssatz auf den jeweiligen Schuldenstand, so erhöht sich mit fortschreitender Tilgung der Nettogewinn des Unternehmers; ist die effektive Lebensdauer der Produktionsmittel höher als erwartet, so erhöht sich der Nettogewinn entsprechend.

In dem Maße, wie der Unternehmer seine Kreditschulden tilgt, kann die Bank die Spargelder zu gleichen Bedingungen wieder ausleihen. Somit ist sowohl die konstante Verzinsung der Spareinlage als auch die Spanne der Bank - in unserem Beispiel 3 Prozent - gesichert. Nun ist zwar die Zinsspanne der Banken nicht einem Nettoertrag gleichzusetzen, aber es bedarf nicht des Hinweises, daß der weit verzweigte Sektor der "Sparkapitalsammelstellen" ¹⁷¹⁾ überwiegend mit nicht

171) Ende 1963 gab es in der Bundesrepublik 12.685 Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von zusammen über 341,68 Mrd. DM (1950: 35,51 Mrd.); vgl. Handbuch des gesamten Kreditwesens, 7. Aufl. Frankfurt/M. 1965, S. 17 - 72, S. 1063 und S. 1069. - Daneben bestehen andere "Kapitalsammelstellen" wie z.B. Versicherungsunternehmen.

unerheblichen Gewinnen arbeitet. 172) Die Tätigkeit der Privatbanken z.B. beschränkt sich in Wirklichkeit - neben der Abwicklung des Zahlungsverkehrs - nicht nur auf die Vergabe von Krediten an Konsumenten, private Investoren oder die öffentliche Hand. Vielmehr sind die Banken oft selbst zu Unternehmern von beträchtlicher Größe geworden. 173) Schon aus diesem Grunde kann von einer bloßen Mittlerfunktion der Banken nicht allgemein gesprochen werden. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Geschäftsbanken insgesamt von sich aus, d.h. ohne Unterstützung der Bundesbank, auf der Grundlage der ständigen Ausweitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs einen Prozeß der Geldschöpfung in Gang bringen und somit ihr Kreditpotential erweitern

172) Dabei wird keineswegs übersehen, daß mit der Tätigkeit der Banken aus volkswirtschaftlicher Sicht "nicht nur ein privatwirtschaftlicher Gewinn" verbunden ist (Meinhold, Wilhelm, Volkswirtschaftspolitik, München 1955, S. 302). Wie neuere demoskopische Ergebnisse zeigen, sind verzerrte Vorstellungen über Geschäftspolitik und Gewinnstreben der Banken noch weit verbreitet, wenn auch in den letzten Jahren eine Verbesserung des Verhältnisses der öffentlichen Meinung zu den Banken erkennbar wird (Siehe Noelle-Neumann, Elisabeth, Der Ruf der Banken, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 1/1968, S. 16 ff.; vgl. auch Muthesius, Volkmar, Die Banken in der öffentlichen Meinung, daselbst, S. 7 f.). - In unserem Zusammenhang erscheint jedoch eine Hervorhebung der erwerbswirtschaftlichen Tätigkeit der Banken gerechtfertigt.

173) Allerdings lassen sich Ausmaß und Umfang der industriellen Unternehmertätigkeit der Banken anhand der Geschäftsberichte wohl nur unvollkommen erkennen. Zwar weist z.B. die Dresdner Bank AG für 1966 Beteiligungen an 44 inländischen und 23 ausländischen Aktiengesellschaften aus; die Bilanzposition "Beteiligungen" ist mit 155 Mill. DM, die der "börsengängigen Dividendenwerte" mit 655 Mill. DM bewertet (Dresdner Bank AG, Geschäftsbericht 1966, S. 32 ff.). Die Deutsche Bank AG führt für 1966 Beteiligungen an 23 inländischen und 21 ausländischen Kreditinstituten sowie 6 inländischen Vermögensverwaltungen und Beteiligungsgesellschaften und 5 ausländischen auf; die Bilanzposition "Beteiligungen" wird mit 154 Mill. DM, die der "börsengängigen Dividenden-

können. 174)

Anhand unseres einfachen Beispielen sollte lediglich eine durchaus bekannte Tatsache in den Vordergrund gerückt werden, die in der theoretischen und vermögenspolitischen Diskussion offensichtlich weitgehend übersehen wird: Eine personelle Vermögensbildung über das Geldsparen ist nur in dem Maße möglich, als gleichzeitig eine Vermögensbildung derjenigen erfolgt, die das Geld der Sparer "umtreiben". Es besteht makro-theoretisch kein Zweifel darüber, daß die Geldersparnisbildung der "Arbeitnehmer" den Gewinn der Investoren ("Unternehmer") vermindert. Aber wenn man die "Kapitalsammelstellen" mit einbezieht, so wird deutlich, daß sich schon dadurch ein Prozeß der Einkommensumverteilung über die Bildung von Geldersparnissen langsamer vollziehen muß, als es aufgrund der theoretischen Ergebnisse erwartet werden sollte. 175)

werte" mit 855 Mill. DM ausgewiesen (Deutsche Bank AG, Geschäftsbericht 1966, S. 31 ff.). - Jedoch sind Art und Umfang der Kontrolle von Unternehmungen beispielsweise der Deutschen Bank AG über die Beteiligungen an anderen Kreditinstituten und an Vermögensverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaften (mit beschränkter Haftung) nicht ersichtlich.

174) Vgl. Stucken, Rudolf, Banken (Theorie), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. I, Stuttgart 1951, S. 555

175) Vgl. auch die vorsichtigen Schätzungen hinsichtlich einer Umverteilung durch Sparen zwischen privaten Haushalten, Unternehmungen und Staat bei: Arndt, Klaus-Dieter, Einkommens- und Vermögensbildung in der wachsenden Wirtschaft, Vortrag auf der wirtschaftspolitischen Tagung der SPD in Essen (3. bis 5. Oktober 1963), hektographierte Abschrift, S. 20 ff.

Daß sich aber ein derartiger bescheidener und langfristiger Unverteilungsprozeß z.B. zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern überhaupt kontinuierlich vollzieht, beruht auf zwei entscheidenden Annahmen: Einmal müssen die Unternehmer bereit sein, Investitionen mit Fremdkapital zu finanzieren, ohne daß die Investitionsbereitschaft insgesamt sinkt. Zum zweiten muß sich - wenn man eine breitere Streuung des p e r s o n e l l e n ertragbringenden Vermögens anstrebt - nicht nur die Ersparnis der Arbeitnehmer insgesamt, sondern der Geldvermögensbestand des einzelnen Arbeitnehmers laufend erhöhen.

Die Problematik der ersten Voraussetzung wurde bereits berührt. Sinkt die Nachfrage und damit die Gewinnaussicht der Unternehmer, so werden sie nicht nur mit der Investition eigenen Kapitals zurückhaltender, ¹⁷⁶⁾ sondern werden zunächst und in erster Linie auf Investitionen mit Hilfe von Fremdkapital verzichten. Damit wird aber eine grundlegende Prämisse der von uns dargelegten verteilungstheoretischen Konzeption in Frage gestellt. ¹⁷⁷⁾

176) So stellt beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1967 - Stabilität im Wachstum -, Bundesratsdrucksache 606/67, Ziffer 204) zur wirtschaftlichen Entwicklung 1955/67 in der Bundesrepublik fest: "Die Nachfrage nach Geld (hier nicht 'Zahlungsmittel', sondern 'Geldvermögen') überwiegt die Nachfrage nach Gütern".

177) Vgl. Abschnitt II/6 c.

Mit der zweiten Annahme haben wir uns im bisherigen Verlauf unserer Arbeit eingehend auseinandergesetzt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß gerade von den kleineren und mittleren Einkommensbeziehern nur in begrenztem Maße die Bildung eines langfristigen Vermögensbestandes angestrebt wird. Soweit überhaupt mit dem Sparen ein Geldvermögensbestand erreicht wird, ist er im allgemeinen dem Prozeß der Vermögensvernichtung in einem Zeitraum unterworfen, der zu kurz ist, um eine breitere Streuung von vererblichem individuellem Vermögen zu gewährleisten. So lange zwar immer mehr Einkommensbezieher dieser Bevölkerungskreise mit dem Sparen beginnen, steigt auch die Sparquote insgesamt. Aber es ist zu erwarten, daß sich die Prozesse des individuellen An- und Entsparens insgesamt eines Tages ausgleichen werden. 178) Es erscheint nicht gerechtfertigt, steigende Sparraten bereits als ein Bekenntnis der Sparer zur "Vermögensbildung" anzusehen. Höhere Einkommen wecken Bedürfnisse nach höherwertigen Konsumgütern, und schließlich tragen auch kontinuierlich steigende Preise dazu bei, daß sich sowohl die Sparbeträge als auch die Spardauer laufend erhöhen müssen. Es ist demnach zweifelhaft, ob die Unternehmer insgesamt auf längere Sicht allein aufgrund steigender Spareinlagen hohe Nachfrageausfülle hinnehmen müßten. Wir haben darauf hingewiesen, daß der Sparer von heute weitgehend als der Konsument

178) Vgl. Abschnitt III/4 a

von morgen gewertet wird. 179) Soweit aber die Ersparnisse wieder via Konsum in den Unternehmenssektor zurückfließen, wird auch eine Förderung des Sparens als Instrument der Vermögens- und künftigen Einkommensumverteilung ad absurdum geführt.

Kommen wir nochmals auf unser Beispiel zurück: Wir dürfen davon ausgehen, daß die Unternehmer im allgemeinen auch aus einer mit Fremdkapital finanzierten Investition einen Gewinn erzielen. Diesen Gewinn werden sie zur Selbstfinanzierung weiterer Investitionen verwenden und damit ihr Eigentum an Produktionskapital langfristig vergrößern. Auch wenn der Sparer seinen Zinsertrag während der Spardauer nicht konsumiert, so fließt doch auch dieser Ertrag bei konsumtiver Auflösung des Geldvermögens an die Unternehmer zurück. Im Zusammenhang mit der Diskussion monetärer Wirkungen evtl. zusätzlich gebildeter Ersparnisse aufgrund des Sparprämiengesetzes kommt Molitor zu dem Ergebnis, daß auch die Verwendung von Sparbeträgen nach Ablauf der Sperrfrist für Konsum "gesamtwirtschaftlich unter sonst gleichen Bedingungen insofern unproblematisch (ist), als durch den vermehrten Kapitaleinsatz inzwischen das reale Sozialprodukt gestiegen ist". 180) Aber zieht man auch die Gewinne der Banken - allgemein der "Sparkapitalsammelstellen" - in die Überlegung mit ein, so stellt sich, selbst wenn man davon ausgeht, daß die Sparabgänge geringer sind als die Sparzugänge, die ent-

179) Vgl. Abschnitt III/4 a

180) Molitor, Bruno, Vermögensverteilung ..., a.a.O., S. 107

scheidende Frage, w e r Teile des r e a l e n Sozialproduktzuwachses in sein Vermögen genommen hat: Keinesfalls die Entsparer; aber auch die "Ansparer" haben einzelwirtschaftlich kein Produktionsvermögen erworben, sondern sind lediglich Eigentümer einer Geldforderung.

Soweit sich damit gesamtwirtschaftlich eine bescheidene Vermögensumverteilung ergibt, vollzieht sie sich gleichsam auf zwei verschiedenen Ebenen: Während man davon ausgehen kann, daß es innerhalb der "Gruppe der Unternehmer" auch zur Bildung von personellem vererblichen Produktivvermögen kommt, darf bei der Dynamik von individuellem Sparen und Entsparen, der Geldvermögensentstehung und -vernichtung, der gleiche Erfolg innerhalb der "Gruppe der Arbeitnehmer" auch bei einer intensiveren Förderung des Geldsparens als bisher nur in sehr engen Grenzen erwartet werden.

8. Zusammenfassung und offene Fragen

Die Ergebnisse unserer bisherigen Untersuchung lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Dem Prozeß des Ansparens steht ein Prozeß des Absparens gegenüber und der Vermögensentstehung die Vermögensvernichtung. Das Geldsparen ist als Vorstufe zur Bildung vererblichen ertragbringenden Vermögens anzusehen, aber nur ein geringer Teil der Sparer wird langfristig zum Eigentümer eines konstanten oder gar eines sich laufend vergrößernden Geldvermögensbestandes oder wählt eine andere Vermögensform, um direkt Eigentümer von Produktionsvermögen zu werden. Das

kann insbesondere nicht von den kleinen und mittleren Einkommensbezieheren erwartet werden, die - mehr als häufig behauptet wird - offensichtlich durchaus über eine "Sparfähigkeit" verfügen.¹⁸¹⁾ Aber soweit Sparzwecke und -ziele angestrebt werden, die weitgehend kurzfristig oder doch im Laufe des Lebens eine Auflösung der Spargelder bzw. des Geldvermögensbestandes für eine konsumtive Verwendung zur Folge haben, kann sich auch kein breit gestreutes, vererbliches Vermögen bilden.

2. Wir haben im Verlauf unserer Untersuchung wiederholt hervorgehoben, daß wir keineswegs die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldsparens verkennen. Eine Vergrößerung des volkswirtschaftlichen Gesamtvermögens ist unmittelbar nur durch die Ersparnisbildung aus dem Einkommen erreichbar.¹⁸²⁾ Gehen wir davon aus, daß die Masse der Einkommensbezieher für künftigen Konsum spart und hierfür das Sparbuch die vorherrschende Sparform bleiben wird, so ist es fraglich, ob sich aus diesem Grunde eine Förderung des Geldsparens vertreten läßt; denn das Argument vom "vermögenswirksamen Sparen" kann weitgehend nur als Schlagwort gewertet werden.

3. Der Selbständige spart nicht in Geld, sondern auf längere Sicht vorwiegend in Produktionsmitteln. Will man die Bildung von dauerhaft ertragbringendem Vermögen fördern, so erhält

181) Vgl. auch: Euler, Manfred, Vermögensbildung der privaten Haushalte, Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1967, S. 346 ff.

182) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 33

folglich die Frage besonderes Gewicht, was für diejenigen Arbeitnehmer getan werden kann, die bereit sind, sich selbstständig zu machen. Liegt nicht vielleicht die bedeutendste Förderungsmöglichkeit zur Vermögensstreuung darin, dem Einzelnen den jeweiligen Marktzugang so weit wie möglich zu erleichtern? Jedoch: Selbst wenn jedes Wirtschaftssubjekt dazu bereit wäre, unmittelbar Produktiveigentum zu bilden, so ist es doch fraglos eine Utopie zu glauben, daß ein "Volk von Selbständigen" angestrebt werden könnte - womit wir letztlich zur Form der Hauswirtschaft zurückkehren müßten. Es bleibt also die Frage, welche Möglichkeiten der Eigentumbildung an Produktionskapital sonst noch offen stehen. Die Form des Geldsparens ist offensichtlich nicht geeignet. Wir haben dargelegt, daß auch eine langfristige Vermögensumverteilung zwischen den großen "sozialen Gruppen" einer Volkswirtschaft durch vermehrtes Geldsparen nur in äußerst geringen Grenzen möglich sein dürfte, abgesehen davon, daß derartige Gruppenbildungen mehr oder weniger willkürlich sind. Jede vermögenspolitische Maßnahme, die dem Sparer lediglich eine Geldforderung verbürgt, aber andererseits zur Bildung großer "Geldkapitalsammelfonds" führt, deren Verwendung der Entscheidung des Einzelnen völlig entzogen ist, fördert allenfalls die Entstehung weiteren "Kollektivvermögens", aber nicht das persönliche Eigentum. Demnach liegt ein entscheidendes Problem in der Frage nach den geeignetsten Vermögensformen für den einzelnen Vermögenssparer.

4. Auch eine bisher vernachlässigte Frage wird noch eingehend zu behandeln sein: Das Problem der ständig zunehmenden Vermögensbildung des Staates. Es ist einmal zu untersuchen, ob und inwieweit das bisher gebildete Vermögen der öffentlichen Hand für eine breitere Vermögensstreuung nutzbar gemacht werden kann. Zum anderen ist zu prüfen, wie ein künftiger staatlicher Vermögenszuwachs zu vermeiden ist und insbesondere, ob unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten eine Geldforderung gegenüber der öffentlichen Hand nicht anders zu bewerten sein wird als gegenüber der privaten Wirtschaft.

5. Die Bedeutung jeder Sparförderung, die dem Einzelnen das freie Verfügungsrecht beläßt und nur Sperrfristen über wenige Jahre vorschreibt, bleibt für die vermögenspolitische Zielsetzung gering. Ist der Wille zur Vermögensbildung durch Eigenleistung nicht in genügendem Maße vorhanden und gelingt es nicht, dem Gedanken der ertragbringenden Eigentumbildung eine derartige Popularität zu verschaffen, wie sie z.B. das eigene Auto oder die aufwendige Ferienreise ohne Zweifel besitzen, so gewinnt der Gedanke eines Zwangssparens immer mehr an Gewicht. Schließlich muß gefragt werden, ob nicht die vermögenspolitische Zielsetzung selbst der Ergänzung bedarf: Zwar ist z.B. der Ertrag eines höheren Lebensstandards - der Ferienreise, des Autos und des Hausratvermögens - nicht meßbar, aber aus welchen Gründen sollte man das einzelne Wirtschaftssubjekt zwingen, individuelle Nutzenbewertungen zugunsten eines meßbaren Ertrages zu ändern, dem in freier Entscheidung geringere Bedeutung beigemessen wird? Und welche Rolle spielen hinsichtlich eines künftigen Ertrages die Ausgaben für Erziehung und Ausbildung der Kinder? Repräsentiert

z.B. ein abgeschlossenes Studium ein geringeres "Vermögen"
als ein Sparbuch mit einer Einlage von z.B. 20.000 DM?

IV. Wirtschaftspolitische Konsequenz: Ansatzpunkte für eine gezielte Vermögenspolitik

1. Zwei Forderungen zur Vermögenspolitik

Wie ausführlich gezeigt wurde, bedarf das Ergebnis der makroökonomischen Verteilungslehre, ein vermehrtes Sparen der Arbeitnehmer könne die Einkommens- und Vermögensverteilung nachhaltig zu ihren Gunsten beeinflussen, einiger bedeutsamer Einschränkungen. Hier seien nochmals die wesentlichsten hervorgehoben: Einmal sagt die Höhe der Ersparnisbildung der Arbeitnehmergruppe insgesamt nichts darüber aus, ob und in welchem Maße sich eine langfristige Vermögensbildung beim einzelnen Arbeitnehmer vollzieht; die Dynamik des individuellen An- und Absparens wird nicht erfaßt. Zum anderen wird primär hinsichtlich einer Änderung der Einkommensverteilung, d.h. unter der Zielsetzung, die Lohnquote zu Lasten der Unternehmergewinn-Summe zu erhöhen, eine Sparform in den Vordergrund gerückt, die lediglich eine geldliche Forderung verbürgt, aber kein personelles Eigentum an Produktionsmitteln.

Aus diesen Einwänden, die wir im Laufe der bisherigen Untersuchung eingehend begründet haben, ergeben sich für eine Vermögenspolitik, die es sich zum Ziel setzt, vererbliches ertragbringendes Produktivvermögen breiter zu streuen als bisher, vor allem zwei Forderungen: 1. Zugunsten der bisher vermögenslosen Einkommensbezieher muß die Bildung von Produktionseigentum bzw. eine breitere Streuung des bestehenden

Produktivvermögens angestrebt werden, d.h. es sind solche Sparformen in den Mittelpunkt der vermögenspolitischen Diskussion zu stellen, die nicht lediglich eine Geldforderung darstellen. 2. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, den einzelnen Sparer zu einer langfristigen Vermögensbildung und zur Erhaltung eines dauerhaften Vermögensbestandes anzuhalten.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollte man die bisher vorliegenden vermögenspolitischen Vorschläge daraufhin prüfen, inwieweit sie diesen beiden Forderungen im Einzelnen gerecht werden; es führt in diesem Rahmen auch zu weit, wollte man untersuchen, welche ordnungspolitischen Vorstellungen einer Verwirklichung der einzelnen Vorschläge zugrunde liegen müssen bzw. inwieweit durch bestimmte vermögenspolitische Maßnahmen das Gefüge z.B. der in der Bundesrepublik konstituierten Wirtschaftsordnung tangiert wird. ¹⁾ Wir haben bereits im ersten Kapitel klargestellt, daß wir von der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik als Wertnorm für die Vermögenspolitik ausgehen und haben die entscheidenden Charakteristika unserer ordnungspolitischen Grundvorstellung umrissen. ²⁾ Damit sind gleichzeitig die Grenzen für die Beantwortung der Frage abgesteckt,

1) Vor allem die letzte Frage ist in der Literatur bereits untersucht worden. Es sei hier auf Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., verwiesen, der das Prinzip der Wettbewerbswirtschaft in den Mittelpunkt seiner Analyse stellt; vgl. ferner: Fandré, Helmut, a.a.O., insbesondere S. 124 ff.

2) Siehe S. 6 ff. dieser Arbeit

ob sich die oben aufgestellten Forderungen - und insbesondere die zweite Forderung - erfüllen lassen. Um ein Ergebnis vorwegzunehmen: Die Bildung breitgestreuten personellen Produktivvermögens, das nicht in einem Zeitraum, der etwa eine Generation umfaßt, wieder aufgelöst wird, kann für alle bisher vermögenslosen Einkommensbezieher mit Sicherheit nur dann erreicht werden, wenn sowohl die Vermögensbildung als auch die Erhaltung des Vermögensbestandes im Zeitablauf erzwungen werden. Eine absolute "Sperrfrist" von z.B. 30 Jahren käme jedoch de facto einer Besteuerung der Wirtschaftssubjekte gleich, mit dem ungewissen Versprechen einer Vermögenszuteilung in ferner Zukunft an sie selbst oder ihre Nachkommen. Es bedarf keiner ausführlichen Erörterung, daß man mit einer derartigen Maßnahme dem Ziel einer breiten personellen Vermögensbildung in der Bundesrepublik nicht gerecht werden könnte.

Die Diskussion der zweiten Forderung, die wir an den Schluß unserer Untersuchung stellen wollen, wird daher an unsere Überlegungen im dritten Kapitel hinsichtlich der Festlegungsfristen im Rahmen der bestehenden allgemeinen Sparförderung anknüpfen. ³⁾ Nach einem kurzen Abriß zur Frage der Systematik vermögenspolitischer Maßnahmen soll zunächst die Erörterung der ersten Forderung im Vordergrund stehen.

3) Vgl. Kapitel III, Abschnitt 6

2. Zur Frage der Systematik vermögenspolitischer Maßnahmen

Die Darlegung eines umfassenden Kataloges aller vermögenspolitischen Instrumente würde über den Rahmen der vorliegenden Untersuchung hinausgehen. Faßt man jedoch die einzelnen Maßnahmen zu größeren Gruppen zusammen, so kann gesagt werden, daß ein vermögenspolitisch relevanter Eingriff einmal (in verstärktem Maße) bei der Erbschaftsteuer erfolgen könnte oder als einmalige Verteilungskorrektur des bestehenden Vermögensbestandes in Form einer Vermögensabgabe. Ferner kann es sich um Zuwendungen zur Vermögensbildung aus öffentlichen Mitteln - oder entsprechende steuerliche Vergünstigungen - sowie um eine Umwandlung von Lohnsteuerbeträgen in öffentliche Obligationen handeln. Es ist darüber hinaus möglich, daß öffentliches Vermögen durch die Ausgabe von Aktien an bestimmte Einkommensgruppen privatisiert wird. Schließlich läßt sich eine Änderung der Vermögensverteilung dadurch anstreben, daß Vereinbarungen oder gesetzliche Regelungen über die Gewährung eines Investivlohnes oder eines Gewinnanteiles von seiten der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer getroffen werden.

Die Fülle der möglichen vermögenspolitischen Maßnahmen kann unter verschiedenartigen Gesichtspunkten geordnet und dargestellt werden. In der neueren Literatur findet sich der wohl vollständigste Katalog des Instrumentariums zur Vermögenspolitik bei Molitor, der zunächst die einzelnen Maßnahmen ohne Rangfolge allein unter dem Kriterium

ihrer verteilungspolitischen Wirksamkeit gegenüberstellt, um dann in einer Hypothese für die tatsächliche Vermögensdekonzentrationspolitik in der Demokratie diejenigen Maßnahmen hervorzuheben, deren Verwirklichung ihm unter dem Gesichtspunkt der politischen Rationalität am aussichtsreichsten erscheint. ⁴⁾ Dabei stellt er vor allem das Instrument der Sparprämienzahlung aus Budgetmitteln in den Vordergrund. ⁵⁾

Unter zwei anderen, voneinander völlig verschiedenen Blickwinkeln behandeln Oberhauser und Bosch die verschiedenen vermögenspolitischen Instrumente. Während Oberhauser den Einfluß der finanzpolitischen Maßnahmen auf die private Vermögensbildung und die Verteilung des Vermögenszuwachses in den Mittelpunkt seiner Analyse stellt, ⁶⁾ geht Bosch von der Ordnungspolitik als der entscheidenden Grundlage der Vermögenspolitik aus. ⁷⁾ Aus dieser Sicht unterteilt er in zwei Methoden der Vermögenspolitik, die jeweils durch ein Bündel vermögenspolitischer Maßnahmen charakterisiert werden: Einmal die Gruppe der mittelbaren Maßnahmen, die notwendig sind, um gute Vorbedingungen für eine breitere Vermögensbildung zu schaffen, und zweitens die Gruppe der unmittelbaren oder direkten Maßnahmen, die zur Förderung der privaten Vermögensstreuung eingesetzt werden können.

4) Molitor, Bruno, a.a.O., S. 88 ff.

5) Molitor, Bruno, a.a.O., S. 173

6) Oberhauser, Alois, a.a.O., S. 109 ff.

7) Vgl. auch im folgenden: Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 194 ff.

Zur ersten Gruppe rechnet Bosch die ordnungspolitischen Maßnahmen zur Förderung der Sparfähigkeit und des Sparwillens, wobei er insbesondere den Maßnahmen zur Bereitstellung von Vermögensanlagen besonderes Gewicht beimißt. Er führt dabei drei Wege an: ⁸⁾ 1. eine stärkere Beteiligung privater Haushaltungen am Vermögen und an der Vermögensbildung der öffentlichen Hand, 2. die Förderung der Eigentumsbildung durch Hausbau und Gründung eigener Unternehmungen und 3. eine stärkere Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen. Die Maßnahmen des letzten Weges werden wiederum nach ihrer Organisationsform unterschieden, d.h. danach, ob die einzelnen Wirtschaftssubjekte freiwillig Geldforderungen oder Beteiligungen an Unternehmungen erwerben oder ob die Beteiligung kollektiv über Sozialfonds und Investivlohn erfolgt. Alle Maßnahmen, die mit dem Instrument der Steuer- und Prämienpolitik ausgeführt werden können - Erbschaft- und Vermögensteuer, Vermögensabgabe, steuerliche Anreize zur Ersparnisbildung sowie die Gewährung von Sparprämien - zählt Bosch zur zweiten, der Gruppe der direkten Maßnahmen. ⁹⁾

Wir behandeln in der vorliegenden Untersuchung, wie wir bereits im ersten Kapitel darlegten, lediglich einen Teilbereich aus dem umfassenden Gebiet der Vermögenspolitik und in erster Linie die Frage, ob die derzeitigen Förderungsmaßnahmen des Sparens und insbesondere des Geldspa-

8) Bosch, Werner, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 207

9) Bosch, Werner, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 244 ff.

rens in der Bundesrepublik geeignet erscheinen, das vermögenspolitische Ziel zu erreichen. Ziehen wir in vergleichender Betrachtung die Systematik der möglichen vermögenspolitischen Maßnahmen von Bosch heran, so gingen auch wir bisher zwar von den ordnungspolitischen Grundvorstellungen in der Bundesrepublik aus, stellten jedoch primär eine bestimmte Gruppe der direkten Maßnahmen in den Mittelpunkt unserer Analyse. Im Anschluß an das Ergebnis unserer Untersuchung, daß das Geldsparen und damit eine Förderung der Geldersparnisbildung auch künftig nur in sehr geringem Umfange zu einer breiteren personellen Vermögensstreuung beitragen werden, sollen nunmehr im folgenden

1. andere Sparformen daraufhin untersucht werden, ob sie der vermögenspolitischen Zielsetzung besser gerecht werden können, und
2. welche Alternativen zur bisherigen und welche Ansatzpunkte einer besser gezielten Vermögenspolitik sich im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung ergeben.

Nach diesen Gesichtspunkten bestimmt sich aus der Fülle der möglichen Instrumente zur Vermögenspolitik auch die Auswahl der in diesem Kapitel zu behandelnden vermögenspolitischen Maßnahmen. In den folgenden Abschnitten wird somit der Versuch unternommen, die Ausführungen in den vorangegangenen Kapiteln zu ergänzen und im Hinblick auf eine bessere Ausrichtung der Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung über die Einkommensverwendung zu erweitern.

3. Möglichkeiten einer breiteren Streuung von Produktivvermögen

a) Formen des Produktivvermögens

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei nochmals betont, daß wir zum Produktivvermögen lediglich das gewerblich zu nutzende (produktive) Sachvermögen einschließlich der Eigentumsanteile an Unternehmungen rechnen, nicht dagegen das (ertragbringende) Geldvermögen oder Geldkapital. ¹⁰⁾

Produktiv- und Geldvermögen gehören jedoch beide der Erwerbssphäre an - im Gegensatz zum "Gebrauchs- und Hausratsvermögen". Die im allgemeinen leicht liquidierbaren Anteile am Produktivvermögen werden zusammen mit dem Geldvermögen auch als "disponibles Vermögen" bezeichnet. ¹¹⁾

Wenn wir die Auffassung vertreten, daß das vermögenspolitische Ziel - wenn überhaupt - nur über eine breitere personelle Streuung des Produktivvermögens erreicht werden kann, so ergibt sich die Frage, welche Formen für eine gezielte Vermögenspolitik besonders geeignet erscheinen. Drei große Gruppen sollen in diesem Abschnitt kurz beleuchtet werden: 1. Sowohl den drei Kriterien, die wir zur Charakterisierung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik herangezogen haben, ¹²⁾ als auch der Forderung nach einer gleichmäßigeren Verteilung des Produktivvermögens kann

10) Vgl. Kapitel I, Abschnitt 2. - Zum produktiven Sachvermögen ist auch das land- und forstwirtschaftlich genutzte Vermögen zu zählen. Dieser Sektor kann jedoch im Zusammenhang mit einer Erörterung des Problems einer breiteren Streuung des Produktivvermögens - mit Ausnahme der in Abschnitt 3 b) dieses Kapitels zu diskutierenden Fragen - vernachlässigt werden.

11) Vgl. Pöhl, Carl, u.a., Kreislaufanalytische Untersuchung ..., a.a.O., S. 6

12) Siehe S. 7 f. dieser Arbeit

einmal dadurch entsprochen werden, daß Arbeitnehmer ihre abhängige Tätigkeit aufgeben und ihrerseits als Unternehmer oder als Teilhaber einer Unternehmung produzieren und Produktivvermögen bilden. In dem Maße, in dem sich der Kreis der Selbständigen vergrößert, wird auch eine breitere Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln gefördert.

2. Die Unselbständigen können sich indirekt am bestehenden oder künftigen Produktivvermögen beteiligen, indem sie Eigentumsanteile - z.B. Aktien oder GmbH-Anteile - erwerben.

3. Neben diesen beiden gewichtigen Formen soll als dritte Möglichkeit einer breiteren Sachvermögensbildung der Erwerb von Wohnhäusern, Wohnungen bzw. allgemein von Miteigentum an Haus- und Grundvermögen betrachtet werden.

b) Eine Vergrößerung des Kreises der Selbständigen als Lösung?

Es bedarf keiner ausführlichen Erläuterungen, daß das Problem einer breiteren personellen Streuung von Produktivvermögen nicht mit dem Hinweis abgetan werden kann, der einzelne Arbeitnehmer habe ja die Möglichkeit, sich selbständig zu machen und damit direkt am volkswirtschaftlichen Prozeß der Vermögensbildung teilzuhaben. Lebten wir heute in einem Zustand des technischen Wissens, der so beschaffen wäre, "daß sich der Ein-Mann-Betrieb oder doch der kleine Handwerksbetrieb als die optimale Betriebsgröße darstellte, dann würde die marktwirtschaftliche Einkommensverteilung ein soziales Mittelstandparadies erzeugen." ¹³⁾ Indessen

13) Böhm, Franz, Mitbestimmung, in: Konsequente Soziale Marktwirtschaft, die Heimat aller Schaffenden (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 27), Ludwigsburg 1966, S. 140

hat der technische Fortschritt dazu geführt, daß die kostengünstigste Produktion in den wichtigsten Gewerbezeigungen ein Betriebsoptimum voraussetzt, das die Investition von beträchtlichen Geldkapitalbeträgen für ein erfolgreiches Wirtschaften unumgänglich macht. Überläßt man das Produzieren Privatpersonen, so ist, wie Böhm feststellt, die Gesellschaft auch auf Privatpersonen angewiesen, die über derartige Kapitalbeträge verfügen können: "Dieser Nachteil ist die Kehrseite eines entscheidenden Vorzugs der marktwirtschaftlichen Ordnung". 14)

Somit ist der Marktzugang für neue Selbständige im allgemeinen bereits durch ökonomische Faktoren beschränkt:

Wer Unternehmer werden will, braucht Kapital; die beste Voraussetzung für die Kapitalbildung ist jedoch die Investition. Als Instrument zur Förderung der Eigeninitiative sind insofern auch die Zuschüsse, Kredite und Bürgschaften im Rahmen der häufig umstrittenen, sogenannten "Mittelstandsförderung" von Bedeutung.¹⁵⁾ Problematisch wird aber die Förderung von kleineren und mittleren Betrieben, wenn dadurch Strukturen erhalten werden, die ökonomisch nicht mehr gerechtfertigt sind. Neben dem Hinweis auf die Gefahren

14) Böhm, Franz, Mitbestimmung, a.a.O., S. 140

15) Vgl. 1966 - Leistung in Zahlen (hrsg. vom Bundeswirtschaftsministerium), o.O. 1967, S. 93 ff. - Demnach werden zum Mittelstand - zumindest teilweise - gerechnet: Handwerk, Kleingewerbe, Mittel- und Kleinbetriebe der Industrie, Handel, Verkehrsgewerbe, Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, Freie Berufe.

einer "übermäßigen wirtschaftlichen Konzentration" wird dann vor allem ein "gesellschaftspolitisches" Argument in den Vordergrund gerückt und betont, daß "nicht nur weite Streuung von Eigentum unter der Arbeitnehmerschaft von eminenter soziologischer Bedeutung (ist), sondern auch des mit selbstverantwortlicher unternehmerischer Tätigkeit gekoppelten unternehmerischen Eigentums." ¹⁶⁾ Derartige Argumente lassen jedoch unberücksichtigt, daß so weitgehende Maßnahmen der öffentlichen Hand wie Erhaltungssubventionen, die den Wettbewerb zugunsten kleinerer Unternehmungen beeinflussen und das Risiko des Vermögensverlustes für einen Teil der Selbständigen beschränken, mit den Grundsätzen unserer Wettbewerbsordnung nicht zu vereinbaren sind.

Der Kapitalbedarf als Markt-Zutrittsbeschränkung tritt in jenen Wirtschaftsbereichen in den Hintergrund, die dem kapitalintensiven technischen Fortschritt nur begrenzt zugänglich sind. Das gilt insbesondere für weite Bereiche des Dienstleistungssektors und der Gewerbebezüge mit individueller Leistungserstellung. Neben den ökonomischen bestehen jedoch zahlreiche institutionelle Zulassungs- und Wettbewerbsbeschränkungen, so z.B. im Bereich des Handwerks, des Gaststättengewerbes und des Einzelhandels, im Verkehrssektor

16) Ilau, Hans, Der Sinn des Eigentums, in: Hat der Westen eine Idee? (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 7), Ludwigsburg 1957, S. 36

und für verschiedene Zweige der Berufsausbildung. 17) Derartige Beschränkungen sind bereits unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten als "Seitensprünge der Marktwirtschaft" bezeichnet worden. 18) Aber auch im Hinblick auf die vermögenspolitische Zielsetzung muß die Forderung erhoben werden, die vielfältigen Behinderungen der "new-comers" unter den Selbständigen zu überprüfen.

Aus der Fülle der öffentlich-rechtlichen Wettbewerbsbeschränkungen sei das Ladenschlußgesetz besonders hervorgehoben. 19) Zu Recht weist Himmler darauf hin, daß davon Betriebe unterschiedlicher Größenordnungen betroffen werden, die daher auch unterschiedliche Aktionsparameter am Markt einsetzen müßten, wobei die Laden-Öffnungszeiten gerade für die kleineren Unternehmungen, die im Preiswettbewerb unterlegen sind, eine bedeutende Rolle spielen dürften. 20) Aus dieser Sicht ist es verständlich, daß die kritischen Stimmen zu diesem Gesetz überwiegend aus den Reihen der Kleinbetriebe kommen, die weitgehend ohne fremdes Personal auskommen müssen, während sich Großbetriebe und Gewerkschaften gegen eine Lockerung des Ladenschlußgesetzes wenden. 21)

17) Vgl. Himmler, Ulrich, Öffentlich-rechtliche Wettbewerbsbeschränkungen, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V. (Schriftenreihe, Heft 38), Köln/Berlin/Bonn/München 1967

18) Siehe Abb, Fritz, Hilfe zur Selbsthilfe, in: Der Volkswirt, Nr. 17/1962, S. 755

19) Ladenschlußgesetz vom 28.11.1956, in der Fassung vom 17.7.1957, BGBI. I, S. 782

20) Himmler, Ulrich, a.a.O., S. 67 ff. und S. 82 f.

21) Vgl. Jungblut, Michael, Zwangskartell gegen Verbraucher, in: Die Zeit vom 13.10.1967

Es sei nochmals hervorgehoben, daß in einer Vergrößerung des Kreises der Selbständigen der direkteste Weg gesehen werden muß, in einer marktwirtschaftlichen Ordnung eine breitere Streuung des Produktivvermögens zu erreichen, daß aber, selbst wenn die öffentlich-rechtlichen Zutrittsbeschränkungen beseitigt werden könnten, gerade diesem Weg der Vermögenspolitik heute aus ökonomischen Gründen äußerst enge Grenzen gesteckt sind.

c) Das Sparen in Beteiligungspapieren

Von den verschiedenen Formen des Miteigentums - Teilhaberschaft, GmbH-Anteile, Aktien, Investmentpapiere - steht die Diskussion der beiden letztgenannten Formen im Vordergrund. In privatrechtlicher Sicht erbringt der Aktionär eine Leistung in das Vermögen der Aktiengesellschaft gegen Beteiligung, "im Unterschied zum Arbeitnehmer, der seine Arbeitsleistung dem Unternehmen gegen Entgelt zuwendet und eben nicht gegen Beteiligung." ²²⁾ Der erstere wird Gesellschafter und damit Anteilseigentümer am Produktionsvermögen des Unternehmens, der zweite ist Partner eines Leistungsaustauschvertrages mit dem Unternehmen. Auch in wirtschaftlicher Sicht repräsentiert die Aktie einen Sachwert und kein bloßes Geldvermögen. ²³⁾

22) Böhm, Franz, Mitbestimmung, a.a.O., S. 178; im Original teilweise kursiv.

23) Vgl. auch den früheren Bundesschatzminister Wilhelmi, Hans, Neue Phase der Gesellschaftspolitik, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 242/1960, S. 2345

Der Charakter der Aktie als echte Eigentumsbeteiligung wird häufig nicht klar erkannt. Im Gegensatz zum Produktiv-eigentum des Selbständigen ist das Eigentum des Aktionärs an "seiner" Unternehmung weniger konkret, so daß ein Bewußtsein der Teilhaberschaft an Produktionsmitteln, womit gleichzeitig - wir werden darauf noch zurückkommen - auch das Risiko des Vermögensverlustes untrennbar verbunden ist, heute bei vielen Aktionären in den Hintergrund tritt. Das hat zu Zweifeln darüber geführt, ob der Aktionär wirklich noch als Gesellschafter angesehen werden kann oder ob er nicht lediglich - ebenso wie der Inhaber einer Geldforderung - als Rentenempfänger bezeichnet werden muß. Wie Jahr und Stützel hervorheben, hat das "Rentendenken" bei vielen Aktionären seine Ursache nicht zuletzt darin, daß bei Nennwertaktien fast nur der in Prozenten des Grundkapitals ausgedrückte Dividendensatz im Zentrum des Interesses steht, nicht jedoch die in Prozenten des gesamten Eigenkapitals erwirtschafteten Gewinne. 24) Nennwertlose Aktien könnten dazu beitragen, derartige Irrtümer zu vermeiden und den Beteiligungscharakter der Aktie wieder deutlicher in den Vordergrund zu rücken. Darüber hinaus bestände bei nennwertlosen Aktien kein Anlaß für die Gesellschaften, Grundkapital und Aktienumlauf mit Rücksicht auf die Divi-

24) "Ob Grundkapital, ob offene oder stille Rücklagen - alles, was das Unternehmen hat, Aktiva und Schulden, gehört der Gesellschaft der Aktionäre": Jahr, Günther, und Stützel, Wolfgang, Rentenempfänger oder Gesellschafter?, in: Der Volkswirt, Nr. 25/1963, S. 1249 f.

dendenpolitik gering halten zu müssen. Sie würden zudem eine breitere Stückelung der Beteiligungspapiere erleichtern.²⁵⁾ In der Bundesrepublik kann in dem inzwischen eingeleiteten Übergang zur Stücknotierung für Aktien²⁶⁾ - die bereits der Praxis fast aller internationalen Börsen entspricht - die Erfüllung einer wesentlichen Voraussetzung für einen späteren Übergang zur nennwertlosen Aktie gesehen werden.

Problematisch ist die Frage nach der Bedeutung des aus der einzelnen Aktie abgeleiteten Mitbestimmungsrechts in der Unternehmung. Böhm hebt hervor, daß der Einfluß des kleineren Aktionärs auf die Gesellschaft nur als sehr gering angesehen werden kann,²⁷⁾ und Galbraith leugnet überhaupt die Möglichkeit einer effektiven Einflußnahme der Aktionäre auf die Geschäftsleitung.²⁸⁾ Mit Recht ist einmal dagegen eingewandt worden, daß es ebenso unrichtig sei, den Aktionären jeden Einfluß auf die moderne Aktiengesellschaft abzusprechen, "wie wenn man behaupten würde, daß die Wähler keinen Einfluß auf die Regierung ausüben,

25) Jahr, Günther, und Stützel, Wolfgang, a.a.O., S. 1251

26) Verordnung über die Festsetzung des Börsenpreises von Wertpapieren vom 17.4.1967, BGBl. I, S. 479. - Durch eine Übergangsregelung (§ 4) dürfen Aktien bis zum 30.6.1969 noch in Prozenten des Nennwertes notiert werden.

27) Böhm, Franz, Mitbestimmung, a.a.O., S. 178

28) Galbraith, John Kenneth, The New Industrial State, London 1967, S. 2

weil sie nicht selbst regieren". 29) Zum anderen beruht die Qualität der Mitbestimmung des einzelnen Aktionärs aus seiner Beteiligung auf der Ausgestaltung des Aktienrechts. Wenn im Rahmen der eigentumspolitischen Ziele der Bundesregierung "jede Konzentration des Aktienbesitzes unerwünscht (ist)", 30) so wird auch die Position der Kleinaktionäre entsprechend verbessert werden müssen. 31) Je breiter aber Aktieneigentum gestreut ist, desto stärker vollzieht sich andererseits über das Depotstimmrecht eine Konzentration der Verfügungsmacht bei Kreditinstituten. Es kann nicht ausbleiben, daß sich für die Banken Konflikte zwischen ihren eigenen Interessen, denen ihrer Großkunden und den Interessen der kleinen Depotkunden ergeben. 32)

Allerdings ist einmal zu bedenken, daß bei einem breit gestreuten Aktieneigentum eine gewisse Konzentration der Verfügungsmacht als Voraussetzung zur Einflußnahme auf die

29) Rosenstiel, Frederick, H., Galbraith und die moderne Aktiengesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.10.1967. - "Je kleiner der Aktienbesitz des Management, desto größer ist die latente Macht der unbekannten Aktionäre" (derselbe, a.a.O.).

30) Wilhelmi, Hans, a.a.O., S. 2345

31) Neben dem bisher im Aktienrecht vorherrschenden Gläubigerschutz ist nunmehr im Aktiengesetz vom 6.9.1965 (BGBl. I, S. 1089) bereits allgemein der Gedanke des Aktionärsschutzes stärker berücksichtigt worden, so z.B. in den neuen Bewertungsvorschriften der §§ 153 ff. (die Bewertungsobergrenze ist jetzt im allgemeinen gleichzeitig die Bewertungsuntergrenze) und in der Begrenzung der freien Rücklagen auf die Hälfte des Grundkapitals (§ 58).

32) Unter diesen Aspekten wäre auch die Forderung zu verstehen, den Einfluß der Banken auf die Streuung von Wertpapieren zu überprüfen. - Vgl. auch die Ausführungen auf den folgenden Seiten.

Unternehmensführung eben im Interesse der Anteilseigner unumgänglich ist. Zum anderen darf nicht übersehen werden, daß es der einzelne Aktionär selbst in der Hand hat zu bestimmen, wem er die Ausübung des Stimmrechts und die Verwaltung seines Aktienvermögens überläßt. Es wäre zu überlegen, ob sich hier nicht den Gewerkschaften die Möglichkeit bietet, die Interessen der Arbeitnehmer, die in Aktien sparen, stärker als bisher zu vertreten und auf diese Weise die wirtschaftliche Mitbestimmung auf der Grundlage einer breiten personellen Beteiligung am Produktivvermögen zu verwirklichen. 33)

Dabei muß jedoch gesehen werden, daß den Gewerkschaften in unserer Wirtschaftsordnung zwar die Aufgabe übertragen wurde, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern bzw. den Arbeitgebervereinigungen zu vertreten, 34) daß es aber nicht als ihre Aufgabe angesehen werden kann, als Vermögensverwalter des einzelnen Arbeitnehmers zu fungieren. Die Bank für Gemeinwirtschaft AG oder die von ihr im Herbst 1965 gegründete Bank für Spareinlagen und Vermögensbildung AG könnten dagegen diese Aufgaben wahrnehmen, allerdings keineswegs als bloße Interessenvertreter des Arbeitnehmervermögens: Hier entstünden die gleichen Konflikte, wie sie oben allgemein bezüglich des Depotstimm-

33) Vgl. den Abschnitt IV/5b

34) Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBl. S. 1), Art. 9, Abs. 3

rechts der Banken angedeutet wurden. Dennoch bleibt den Gewerkschaften - abgesehen von einer verstärkten Aufklärung der Arbeitnehmer über die Bedeutung und die geeignetsten Wege der Vermögensbildung - die Möglichkeit, von sich aus Vereinigungen zu gründen, die auf der Basis eingetragener Vereine ausschließlich das Ziel verfolgen, das Beteiligungsvermögen der Gewerkschaftsmitglieder - oder aller Arbeitnehmer - zu verwalten, zu fördern und zu vertreten. 35)

Eine breitere Streuung von Aktien kann einmal dadurch erfolgen, daß Neuemissionen bevorzugt bei den kleineren und mittleren Einkommensbezieheren untergebracht werden. In diesem Zusammenhang können eine Verbesserung der Ausgabebedingungen für Belegschaftsaktien 36) und die vermehrte Einführung von Vorzugsaktien für Arbeitnehmer eine bedeutsame Rolle spielen. Es könnte auch daran gedacht werden, bestimmten Einkommensklassen grundsätzlich ein Vorkaufsrecht bei Neuemissionen einzuräumen. Darüber hinaus dürfte eine gezielte staatliche Förderung des Aktiensparens im Rahmen der Sparförderung dazu beitragen, daß sich das Interesse der Sparer stärker als bisher auf die Vermögensbildung in Form von Beteiligungspapieren konzentriert und damit auch eine

35) Es könnte aber auch daran gedacht werden, eine besondere öffentliche Kontrolle von Wertpapier-Depots der Arbeitnehmer bei den Kreditinstituten einzuführen, um diese Kleinaktionäre gegenüber den Interessen der Banken besonders zu schützen.

36) Vgl. § 71 des Aktiengesetzes, a.a.O.; vgl. auch hinsichtlich der Begrenzung und der steuerlichen Anreize: Thissen, Norbert, a.a.O., S. 93 ff.

breitere Streuung des bestehenden Aktienvermögens erreicht werden kann. 37)

Mit der Bildung von Produktivvermögen ist auch das Risiko der Vermögensvernichtung untrennbar verbunden. "Aufgabe ökonomischer Liquidität bedeutet stets zugleich Risikoübernahme; Liquidität und Risiko sind durchaus korrespondierende Begriffe". 38) Dieses mit der Umwandlung von Geld- in Sachinvestition verbundene Risiko besteht in einer Marktwirtschaft nicht nur unmittelbar für den Einzelunternehmer, sondern - wenn auch in abgeschwächter Form - für

37) Von insgesamt 45,4 Mrd. DM Grundkapital von 2 530 deutschen Aktiengesellschaften befanden sich Ende 1965 nominell 13,5 Mrd. DM "überwiegend" im Streubesitz - "echter Streubesitz" lag jedoch nur bei 7,7 Mrd. DM vor. Nominell 11,8 Mrd. DM wurden von Muttergesellschaften gehalten, 6,52 Mrd. DM von Ausländern, 6,4 Mrd. DM von der öffentlichen Hand, und ein Nominalbetrag von 7,4 Mrd. DM lag als sonstiger Dauerbesitz bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Investmentgesellschaften, Familien und Einzelpersonen (Siehe Gefromm, Erich, Das Eigentum aus Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1966, S. 94 ff.). - Wie groß das Aktieneigentum z.B. der Arbeitnehmer ist, läßt sich nicht ermitteln. Eine Aufgliederung der Wertpapierdepotbestände nach Unselbständigen und Selbständigen war der Deutschen Bundesbank nicht möglich (Vgl. Die Wertpapierdepots der Banken Ende 1966, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 6/1967, S. 16 f.). - Siehe dazu auch: Kapitel III, Anm. 65

38) Paulsen, Andreas, Liquidität und Risiko ..., a.a.O., S. 60

den einzelnen Aktionär. Mit anderen Worten: Wer sich am Produktivvermögen beteiligen will, muß sich auch am wirtschaftlichen Risiko beteiligen, das bei der Aktie, abgesehen von der Dividende, zumindest langfristig in der Kursbewertung zum Ausdruck kommt. Das schließt nicht aus, daß der Gesetzgeber die Aufgabe hat, die Kleinaktionäre gegenüber der Macht von Großaktionären, den Interessen der Banken und spekulativen Einflüssen besonders zu schützen.

Das kommt auch in der erweiterten Publizitätspflicht im Aktiengesetz von 1965 zum Ausdruck. ³⁹⁾ Durch die weitgehende Pflicht zur Berichterstattung im Geschäftsbericht über die Abschreibungs- und Bewertungsmethoden, wesentliche Änderungen dieser Methoden und über außerplanmäßige Abschreibungen und Wertberichtigungen soll den Aktionären ein besserer Einblick in die Vermögens- und Ertragsverhältnisse ermöglicht werden. ⁴⁰⁾ Es bleibt abzuwarten, ob sich der erweiterte Publizitätszwang günstig auswirkt.

In einem Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums zu einem "Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Börsenwesens" sind darüber hinaus Maßnahmen insbesondere im Interesse der Kleinaktionäre geplant. ⁴¹⁾ So sollen alle zum

39) Aktiengesetz vom 6.9.1965, a.a.O., § 160

40) Vgl. auch Hornef, Heinrich, Was verlangt das neue Gesetz?, in: Der Volkswirt, Nr. 25/1965, S. 1258. - Ein erweiterter Aktionärsschutz kommt z.B. auch darin zum Ausdruck, daß auf Antrag einer Aktionärsminorität die Wertansätze im Jahresabschluß durch einen Sonderprüfer und gegebenenfalls gerichtlich zu überprüfen sind.

41) Vgl. auch im folgenden: o.A., Börsenreform für Kleinaktionäre, in: Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 11, Bonn 1968

Börsenhandel zugelassenen Aktiengesellschaften künftig zu einer halbjährigen Veröffentlichung von Berichten über die Entwicklung ihrer Unternehmen verpflichtet werden. Ferner soll auch die Veröffentlichung aller Börsenumsätze dazu beitragen, den Einblick in das Börsengeschehen zu verbessern. Von besonderer Bedeutung sind die geplanten Vorschriften über den Aktienhandel an der Börse, wonach Börsenmitglieder Aktiengeschäfte nur mit einem anderen Börsenmitglied, selbst nur an ihrer örtlichen Börse und nur während der amtlichen Börsenzeit abschließen dürfen. Kleinaufträge mit einem Nennbetrag von weniger als 2 500 DM sollen zudem nur über den Kursmakler abgewickelt werden können, und nur diese Kleinaufträge dürfen bei Feststellung des Einheitskurses berücksichtigt werden.

In den Bestimmungen dieses Entwurfs kann mit Recht der Versuch gesehen werden, den Einfluß der Banken auf das Börsengeschehen zu begrenzen und die Stellung der Makler zu stärken: Vor allem dürften die Banken nicht mehr Käufe und Verkäufe kompensieren und ihre Kursausgleichsfunktion würde eingeengt. ⁴²⁾ Ob und mit welchen Änderungen diese Vorschläge Gesetz werden, kann im März 1968 noch nicht gesagt werden. Ebenso muß offen bleiben, ob durch die Realisierung dieser Pläne wirklich eine Verbesserung der Markttransparenz für die Kleinaktionäre erreicht werden kann. Im Hinblick auf das Ziel einer breiteren Streuung des Beteiligungskapitals ist jedoch bereits das Bemühen um eine entsprechende Reform

42) o.A., Börsenreform für Kleinaktionäre, a.a.O.

des Börsenwesens positiv zu beurteilen. Dagegen erscheint eine Übernahme des konjunkturellen Risikos zugunsten der kleineren Aktiensparer durch die öffentliche Hand - wie sie nach der Teilprivatisierung der Veba vorübergehend durch Kursstützungskäufe versucht wurde - eher geeignet, bestehendes Mißtrauen in das Aktiensparen zu vertiefen als es zu verringern. 43)

Zu Beginn der Privatisierungsmaßnahmen des Bundes wurde das mit dem Aktiensparen verbundene Risiko auch eher positiv bewertet: "Soweit sich aus dem Aktienbesitz aber ein Risiko ergibt, kann dies die positive Neben-Wirkung haben, daß sich weite Kreise mehr als bisher mit wirtschaftlichen Vorgängen beschäftigen und sie nach und nach immer besser verstehen lernen." 44) Inzwischen ist das Interesse weiterer Bevölkerungskreise an der Aktie zweifellos gewachsen. Wenn jedoch die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom

43) So wurde z.B. beim Absinken des Veba-Kurses unter den Privatisierungs-Kurs in der Öffentlichkeit von "großen Vermögensverlusten der kleinen Aktiensparer" gesprochen, obwohl nur die relativ wenigen Aktionäre einen Verlust erlitten, die ihre Papiere veräußerten (vgl.: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 6/1967, S. 17 f.). - Seither hat dagegen der Veba-Kurs den Ausgabekurs bereits erheblich überschritten.

44) Der frühere Bundesschatzminister Hermann Lindrath, Keine Freiheit ohne Eigentum (Vortrag vom 27.5.1959), in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 102/1959, S. 1006

Juni 1967 im Zusammenhang mit der Veba-Privatisierung darauf hinweist, daß eine "breitere Streuung und Popularisierung des Wertpapierbesitzes" erreicht worden sei, ⁴⁵⁾ so darf daraus keineswegs geschlossen werden, daß eine gezielte Förderung des Aktiensparens nicht mehr notwendig erscheint. ⁴⁶⁾ Vielmehr sollte sich das Schwergewicht der staatlichen Sparförderung - worauf noch im sechsten Abschnitt dieses Kapitels näher eingegangen wird - auf diese Form der Vermögensbildung konzentrieren, wobei auch die anderen, bereits erwähnten Beteiligungsformen mit einzu- beziehen sind. ⁴⁷⁾ Diese Forderung wird auch durch das Gutachten 1967 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unterstrichen. ⁴⁸⁾

45) Die Wertpapierdepots ..., a.a.O., S. 16

46) Während sich bei den erfaßten Aktiengesellschaften im Jahre 1960 36 Prozent des Grundkapitals überwiegend im Streubesitz befanden, betrug dieser Anteil Ende 1965 nur noch 30 Prozent; Gefromm, Erich, a.a.O., S. 97

47) Das Investmentsparen kann dabei als Übergang vom Geld- zum Beteiligungssparen gewertet werden: Es bietet eine größere Risikostreuung als die Aktie, führt jedoch durch die Zwischenschaltung einer Investmentgesellschaft nicht zu einer direkten Beteiligung des Sparerers an einer Unternehmung.

48) Der Sachverständigenrat ..., Gutachten 1967, a.a.O., hebt hervor, daß in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik eine zu hohe Fremdfinanzierung der Unternehmungen erfolgte, die zu einer steigenden Konjunktur- empfindlichkeit führte und zu dem hohen, über dem in- ternationalen Niveau liegenden Kapitalmarktzins in der Bundesrepublik beitrug. Durch eine Förderung des Be- teiligungssparens bzw. der Beteiligungsfinanzierung könne das Ziel einer wachsenden Ersparnisbildung mit der erforderlichen Unternehmensfinanzierung ohne De- flationsrisiken und ohne Wachstumshemmung harmonisiert werden (Ziffer 503 ff.).

Es sei betont, daß wir mit unserer Befürwortung einer besser gezielten Förderung des Sparens in Beteiligungspapieren keineswegs die "Legende vom Volkskapitalismus" neu beleben wollen. ⁴⁹⁾ Aber es muß bezweifelt werden, ob man die Förderung nach einer breiteren Streuung des Beteiligungsvermögens mit dem Hinweis abtun darf, das Gesamtvolumen sei nicht ausreichend, um z.B. die Aktie als "Massensparinstrument" einzusetzen. ⁵⁰⁾ Ende 1964 betrug das Nominalkapital allein der Aktiengesellschaften - also ohne das Kapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung - rund 35 Mrd. DM, d.h. der Kurswert würde sich - wenn man nur den Durchschnittskurs von 1966 mit 359 (1964: 430) Prozent ansetzt - auf rund 125 Mrd. DM belaufen. ⁵¹⁾ Dieser Betrag erscheint durchaus geeignet, die These zu stützen, daß eine breitere Streuung des bestehenden Aktienvermögens möglich sein müßte. Hinzu kommt, daß zum gleichen Zeitpunkt das Eigenkapital der Aktiengesellschaften durchschnittlich nur etwa 37 Prozent der Bilanzsumme betrug, so daß auch künftighin genügend Raum für eine größere Eigenfinanzierung der Unternehmungen über Kapitalerhöhungen vorhanden sein dürfte. ⁵²⁾ Wie der Sachverständigenrat hervorhebt,

49) Ortlieb, Heinz-Dietrich, Die Legende vom Volkskapitalismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 7/1962, S. 11 ff.

50) Vgl. Biber, Wilhelm, Vermögensstreuung als volkswirtschaftliches Leitbild (als Manuskript gedruckt), München 1961, S. 28

51) Siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1965, S. 409; 1967, S. 205 und S. 384; vgl. auch Anmerkung 37 in diesem Kapitel.

52) Siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1967, S. 205: langfristige Verbindlichkeiten Ende 1964: rd. 39,6 Mrd., Bilanzsumme: rd. 162,8 Mrd. DM.

könnte zudem eine Ausweitung der Eigenfinanzierung der Aktiengesellschaften über Beteiligungen nicht zuletzt durch steuerliche Maßnahmen erleichtert werden. 53)

Es ist ferner zu bedenken, daß das Vermögenssparen nur einen Teilbereich des Sparens umfaßt. Es geht hier nicht darum, die Vielzahl möglicher Sparformen aufzuzeigen, sondern diejenigen hervorzuheben, die nach unserer Auffassung am besten geeignet erscheinen, dem Ziel einer Beteiligung bisher vermögensloser kleinerer und mittlerer Einkommensbezieher am Produktivvermögen - und damit einer gleichmäßigeren Verteilung des volkswirtschaftlichen Gesamtvermögens - im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik näher zu kommen. 54) Dabei sind wir davon ausgegangen, daß das einzelne Wirtschaftssubjekt frei darüber entscheiden soll, ob es Vermögen bilden will oder nicht. Wie wir ausführlich

53) Der Sachverständigenrat ..., Gutachten 1967, a.a.O., vertritt die Auffassung, daß im letzten Jahrzehnt eine "sehr viel größere" Eigenfinanzierung der Unternehmungen über Beteiligungen hätte erfolgen können, wenn nicht neben den Emissionskosten die steuerliche Doppelbelastung der Dividenden zu hoch gewesen wäre. Er schlägt daher vor, die Körperschaftsteuerbelastung analog der Kapitalertragsteuer als Quellenabzug der Einkommensteuer zu behandeln, d.h. auf die persönliche Einkommensteuerschuld des Beteiligungssparers anzurechnen. Er sieht darin lediglich die Beseitigung der Diskriminierung des Beteiligungssparens gegenüber dem Geldsparen (Ziffer 496 ff. und insbes. Ziffer 509 ff.). - Wir gehen noch darüber hinaus und fordern im Hinblick auf eine breitere Vermögensstreuung eine gezielte Förderung des Beteiligungssparens für die unteren Einkommensklassen (vgl. Abschnitt 6 dieses Kapitels).

54) So räumt auch Biber, Wilhelm, a.a.O., S. 27 f. ein, daß sich beim Wertpapiersparen "offenbar auch am leichtesten die gesellschaftspolitisch so wichtige Herausstellung der Partnerschaft der privaten Sparer an der volkswirtschaftlichen Großvermögensbildung erreichen (lasse)".

dargelegt haben, kann auch künftig nicht erwartet werden, daß der Wunsch des Einzelnen nach einer dauerhaften Vermögensbildung das konsumbezogene Sparen in den Hintergrund drängt. Auch wenn ausschließlich das Aktiensparen gefördert würde, dürfte daher noch genügend Spielraum zur Verfügung stehen, bis die Grenzen einer möglichen Vergrößerung des Angebots zugunsten der kleineren Vermögenssparer erreicht sind. 55)

d) Das Haus- und Wohnungseigentum

Das eigene Haus vermittelt dem Vermögenssparer zweifellos das konkreteste Eigentumsgefühl. Nach Auffassung von Hessler hängt dies eng mit der heute stark betonten Prestigefunktion des Eigentums zusammen. 56) Ebenso weist Gehlen darauf hin, daß das Hauseigentum im Begriff sei, "ein Statusabzeichen zu werden wie das Auto und der wertvolle technische Sachbesitz". 57)

55) Diese Grenzen lassen sich nicht genau abstecken, da stets ein gewisser Fremdfinanzierungsanteil an der Gesamtfinanzierung der Unternehmung als notwendig angesehen werden muß. Vgl. hierzu: Meimberg, Rudolf, Der Geldwert im Widerstreit der Interessen, Frankfurt/Main 1961, S. 38 f.

56) Hessler, Heinz-Dieter, Gegenwartsprobleme staatlicher Anleihepolitik (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 1373), Köln/Opladen 1964, S. 140

57) Gehlen, Arnold, Soziologische Aspekte des Eigentumsproblems in der Industriegesellschaft, in: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung (Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1), Köln/Opladen 1960, S. 171

Die soziologische Bedeutung des Eigenheimbaues soll keineswegs übersehen werden. ⁵⁸⁾ Aber wie wir gezeigt haben, muß die häufig verbreitete Vorstellung vom "billigen Eigenheim" weitgehend als Illusion gewertet werden. ⁵⁹⁾ Sieht man von Spekulationsgewinnen ab, so ist es fraglich, ob man nicht einen erheblichen Teil der seit 1953 erbauten ca. 2,5 Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser ⁶⁰⁾ im Vergleich zu anderen Anlageformen als unrentable Vermögensanlage bezeichnen muß. Mit dem Hinweis auf ein notwendiges Überdenken der Eigenheimpolitik ist aber noch nicht gesagt, daß nicht auch weiterhin das Haus- und Wohnungsvermögen einer breiteren Vermögensstreuung nutzbar gemacht werden kann. Stellen wir die Frage der Vermögensrentabilität zunächst zurück, ⁶¹⁾ so werden dabei jedoch andere Formen des Wohnungseigentums in den Vordergrund treten müssen. So könnten vor allem die Eigentumswohnungen stärker als bisher an Bedeutung gewinnen. ⁶²⁾ In der Statistik wird diese besondere Art der Eigentümerwohnung nicht gesondert ausgewiesen. Die Zahl der Eigen-

58) Vgl. hierzu Lowinski, Leonhard, Soziologische Bedeutung des Eigenheimbaues und die Möglichkeiten der Förderung des Eigenheimgedankens, in: Das Eigenheim, Eine soziologische und volkswirtschaftliche Analyse (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd. 48), Köln 1955, S. 19 ff.

59) Vgl. Kapitel III, Abschnitt 2 bb)

60) Nach Schätzungen von: Grün, Karl, Herr im eigenen Haus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.5.1967, S. 5

61) Vgl. in diesem Kapitel Abschnitt 6 d)

62) Vgl. zu den Problemen der Eigentumswohnung z.B.: Diester, Hans, Der Eigentumsgedanke in der Wohnungswirtschaft (Schriftenreihe des Deutschen Industrieinstituts, Heft 4), Köln 1955

tümerwohnungen stieg zwar von 4 Millionen im Jahre 1950 bis 1960 auf rund 5,8 und bis 1965 auf rund 6,2 Millionen, einschließlich der "Wohnungen im Wohnungseigentum".⁶³⁾ Der Anteil der letzten Gruppe an den seit 1951 insgesamt gebauten Wohnungen wird jedoch von Zaunitzer-Haase auf nur maximal 5 Prozent (ca. 450 000) geschätzt.⁶⁴⁾ Da von den Ende 1965 vorhandenen rund 6,2 Millionen Eigentümerwohnungen 2,5 Millionen nach dem Kriege erbaut wurden,⁶⁵⁾ wird man demnach den Anteil der Eigentumswohnungen an den in der Nachkriegszeit errichteten Eigentümerwohnungen auf nicht mehr als maximal 18 Prozent veranschlagen dürfen.

Daneben besteht die Möglichkeit, analog zum Miteigentum an Unternehmungen über Aktien auch auf dem Grundstücks- und Wohnungsmarkt neben dem Alleineigentum das Miteigentum stärker zu propagieren. In der Ausgabe z.B. von "Haus- und Boden-Briefen" der "Bremer Treuhand-Gesellschaft für Wohnungsbau mbH" darf ein erster Ansatz zum Ausbau dieses eigentumspolitischen Instrumentes gesehen werden. Es wäre ferner zu überprüfen, ob nicht das Miet-Kauf-System mit späterem Eigentumserwerb eines Wohnungs- oder Hausanteils größere

63) Siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1952, S. 222; 1962, S. 279; 1967, S. 279

64) Zeunitzer-Haase, Ingeborg, Nicht Herr im eigenen Haus, in: Die Zeit vom 6.10.1967, S. 48

65) Siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1967, S. 283

Bedeutung als vermögenspolitisches Instrument erlangen könnte. 66)

Die Eigentumsförderung im Bereich der Wohnungswirtschaft müßte sich keineswegs nur auf den Zuwachsbedarf an Wohnungen beschränken. Vielmehr ließe sich der Gedanke z.B. des Wohnungseigentums auch in erheblichem Umfange beim derzeitigen Stand des Miethausvermögens verwirklichen. Dabei wäre nicht zuletzt an den Bereich der "Sozialwohnungen" sowie allgemein an die Überführung von Hauseigentum öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften in breitgestreutes Privateigentum zu denken. Die Möglichkeiten der Privatisierung öffentlichen Vermögens werden im folgenden Abschnitt noch näher untersucht.

4. Private und öffentliche Vermögensbildung

Wir haben bei unseren bisherigen Betrachtungen die Vermögensbildung in Form einer breiteren Vermögensstreuung als ein Problem behandelt, das sich in erster Linie im Spannungsfeld zwischen dem Unternehmenssektor und den Arbeitnehmern (oder den privaten Haushalten), d.h. im privatwirtschaftlichen Bereich stellt. Beziehen wir nunmehr auch die Vermögensbildung der öffentlichen Hand in unsere Untersuchung ein, so

66) Dagegen sind z.B. die Ende 1967 von dem "Allgemeine Sachwert-Leasing GmbH & Co. KG Anlagefonds" herausgegebenen Immobilien-Leasing-Zertifikate lediglich mit einer Obligation vergleichbar: Innerhalb von 25 Jahren müssen die Käufer der Zertifikate ihre Anteile wieder rückveräußern, zu einem Preis, der mit einem je Kalenderjahr um zwei Prozent steigendem Aufgeld über dem Nominalwert liegen soll; vgl. o.A., Das Immobilien-Leasing-Zertifikat stellt sich vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.10.1967, S. 9

ergeben sich daraus mehrere Fragen: 1. Wie verhält sich in der Bundesrepublik die öffentliche zur privaten Vermögensbildung, 2. wäre unter ordnungs- und vermögenspolitischen Gesichtspunkten eine Verminderung der staatlichen Vermögensbildung wünschenswert, 3. wie läßt sich das öffentliche Vermögen für eine breitere personelle Vermögensbildung nutzbar machen, und 4. kann damit unsere Forderung nach einer breiteren Streuung von Produktivvermögen erfüllt werden?

Die erste Frage ist in der Literatur anhand des vorliegenden statistischen Materials bereits wiederholt untersucht worden. ⁶⁷⁾ Abgesehen von Unternehmungen der öffentlichen Hand mit eigener Rechtspersönlichkeit (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), die zum Unternehmenssektor gerechnet werden, ist zwar der Anteil der staatlichen Ersparnis an der gesamten Vermögensbildung seit 1950 von über 40 Prozent auf ein Drittel im Jahre 1963 ⁶⁸⁾ und bis Ende 1966 auf etwas mehr als ein Viertel gesunken. ⁶⁹⁾ Jedoch weist Bosch mit

67) Vgl. z.B. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 61 ff.; Paulsen, Andreas, Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums, in: Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 15/1959, S. 18 ff., insbesondere S. 23

68) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 7/1962, S. 57 ff., und Heft 4/1964, S. 3 ff.

69) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 4/1967, S. 17 ff. - Die Deutsche Bundesbank hebt hervor, daß sich die Berechnungsmethoden seit 1964 verändert haben, die Ergebnisse daher mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar sind.

Recht darauf hin, "daß sich die Änderungen innerhalb einer im ganzen fortwährend zunehmenden Gesamtvermögensbildung vollzogen haben. Mit anderen Worten: Wenn der Anteil einer Gruppe an der Gesamtvermögensbildung zurückgegangen ist, so hat sich dennoch absolut ihr Vermögensbestand vergrößert".⁷⁰⁾ Bezüglich der Entwicklung der öffentlichen Ersparnis in den letzten Jahren ist ferner zu bedenken, daß bei erforderlichen "Sparmaßnahmen" angesichts angespannter Haushaltslagen eine Drosselung der Investitionsausgaben politisch am leichtesten durchzusetzen war und damit auch die prozentuale Zunahme der staatlichen Vermögensbildung negativ beeinflußt wurde. Hier dürfte sich jedoch künftig angesichts der zahlreichen investiven Gemeinschaftsaufgaben wiederum eine Wende vollziehen.

Um die zweite Frage beantworten zu können, muß allgemein zwischen den öffentlichen Investitionen, dem Geldvermögen und der gesamten Vermögensbildung der öffentlichen Hand unterschieden werden. Klammern wir zunächst die Investitionen in jenen öffentlichen Unternehmungen - ebenso wie die in privaten Unternehmungen, an denen die öffentliche Hand ganz oder überwiegend beteiligt ist - aus, die eine Rendite in Geld, d.h. einen Vermögensertrag in dem Sinne erbringen, wie wir diesen Begriff bisher verstanden haben.⁷¹⁾ Daneben verbleiben diejenigen Unternehmungen, die bestenfalls kostendeckend arbeiten, und der weite Bereich der sonstigen öffent-

70) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 63

71) Vgl. S. 11 f. dieser Arbeit

lichen Sachvermögen, die Gemeinschaftszwecken dienen und von der öffentlichen Hand ganz oder überwiegend alimentiert werden. Der Umfang dieser Infrastrukturinvestitionen - z.B. Krankenhäuser, Straßen, Bildungseinrichtungen - wird jedoch im Verhältnis zum volkswirtschaftlichen Gesamtvermögensbestand in Zukunft nicht sinken, sondern weiter zunehmen. 72) Die Ursachen dieser Entwicklung können hier nicht im einzelnen analysiert werden. 73) Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist jedoch in der Tatsache zu sehen, daß sich die privaten Investoren in erster Linie an Renditeerwartungen orientieren und die Voraussetzungen eines Vermögensertrages bei Gemeinschaftsinvestitionen aus übergeordneten Interessen im allgemeinen nicht gegeben sind.

Insofern tritt die öffentliche Hand mit der Bildung von Kollektiv-Vermögen auch nicht in Wettbewerb zur privaten Wirtschaft. Das ist vielmehr dann der Fall, wenn der Staat neben Infrastrukturinvestitionen - ohne die überhaupt kein wirtschaftliches Wachstum möglich wäre - ebenfalls erwerbs-

72) Afheldt, Heik, Infrastrukturbedarf bis 1980, Eine Bedarfs- und Kostenschätzung notwendiger Verkehrs-, Bildungs- und Versorgungseinrichtungen für die Bundesrepublik Deutschland (Prognos-Studien, Bd. 2), Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1967, schätzt den gesamten Investitionsbedarf für die Bereiche: Verkehr, Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, öffentliche Versorgung und Entsorgung in der Zeit von 1963 bis 1980 auf rd. 550 Mrd. DM (in Preisen von 1962). "Davon werden 390 Mrd. DM aus den Haushalten der Gebietskörperschaften aufgebracht werden müssen" (a.a.O., S. 124).

73) Vgl. hierzu Bosch, Werner, Ist die unfreiheitliche Vermögenszuteilung das letzte Wort?, in: Konsequente Soziale Marktwirtschaft, die Heimat aller Schaffenden (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 27), Ludwigsburg 1966, S. 63 ff.

wirtschaftliche Investitionen tätigt. Aber auch soweit die öffentliche Hand kein Produktionsvermögen an sich zieht, muß eine überproportionale Zunahme des Gemeinschaftsvermögens das Wachstum des privatwirtschaftlichen Vermögens beschränken, d.h. sie geht entweder zu Lasten der Unternehmungen oder der privaten Haushalte. Einem Programm zur breiteren Streuung personellen Vermögens werden damit enge Grenzen gesteckt: "Entweder kann das Kollektiv-Vermögen der öffentlichen Hand kräftig zunehmen oder die private Vermögensbildung, aber nicht beides, außer wenn man auch die privaten Vermögensinhaber am Vermögen der öffentlichen Hand beteiligen kann". 74)

Wird folglich die Notwendigkeit staatlicher Gemeinschaftsinvestitionen anerkannt, so bedeutet dies keineswegs, daß damit auch die Zwangsläufigkeit einer ständig steigenden öffentlichen Vermögensbildung hingenommen werden muß. Läßt sich wegen der fehlenden Erträge (im Sinne von einzelwirtschaftlichen Renditen) öffentlicher Gemeinschaftsinvestitionen eine Privatisierung dieses Sachvermögens nicht durchführen, so kann das Problem nur über die Finanzierung öffentlicher Investitionen gelöst werden. Von 1950 bis einschließlich 1961 haben die Gebietskörperschaften - ohne Bahn, Post und öffentliche Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit - fast 80 Prozent ihrer gesamten Investitionen aus

74) Bosch, Werner, Ist die unfreiheitliche ..., a.a.O., S. 65

ordentlichen Haushaltsmitteln, d.h. aus Steuereinnahmen finanziert. 75) Neben den Investitionen wurden auch öffentliche Darlehen (z.B. für den Wohnungsbau) aus öffentlichen Einnahmen finanziert. Die Vermögensbildung der öffentlichen Hand setzt sich demnach - abgesehen von der Sozialversicherung - aus den mit Steuergeldern finanzierten Sachinvestitionen und dem entsprechend finanzierten Geldvermögen zusammen. 76)

Ebenso wie bei den Infrastrukturinvestitionen muß auch bei den öffentlichen Darlehen damit gerechnet werden, daß sie künftig "in mehr oder weniger gleichem Umfange wie bisher notwendig sein werden". 77) Im Gegensatz zum ertraglosen Sachvermögen der öffentlichen Hand ist jedoch beim Geld- bzw. Kapitalvermögen der öffentlichen Hand zu überlegen, ob hier nicht eine **P r i v a t i s i e r u n g** des bestehenden Vermögens **b e s t a n d e s** möglich erscheint. Damit ist bereits ein Ansatz zur Beantwortung der dritten Frage aufgezeigt. Daß das öffentliche Darlehensvermögen durchaus für das Ziel einer breiteren Vermögensstreuung eingesetzt werden kann, zeigt eine Untersuchung von Schmöl-
ders über die Privatisierung der öffentlichen Wohnungsbau-
darlehen, auf die hier nur beispielhaft verwiesen werden

75) Mengert, Friedrich, Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Investitionen in den Jahren 1950 bis 1963, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1963, S. 458

76) Mit "Geldvermögen der öffentlichen Hand" kennzeichnet Werner Bosch den sogenannten "Finanzierungsüberschuß"; vgl. Einzelheiten in: Derselbe, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 65 ff.

77) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 67

soll. 78) Schmölders, der die Höhe des Vermögens in Form von Wohnungsbaudarlehen bis Ende 1964 insgesamt auf rund 35 Mrd. DM veranschlagt, 79) sieht eine praktikable Form hierzu in einer privaten Ablösung der öffentlichen Darlehen - bei einer generellen Zinserhöhung der Kredite auf vier Prozent und einem Ablösungszinsfuß von fünf bis sechs Prozent sowie dem Fortfall der Mietpreisbindung als Anreize - und, soweit es sich nicht um private Hauseigentümer, sondern um Unternehmungen der Wohnungswirtschaft handelt, in einer anschließend weitgestreuten Mobilisierung der Vermögenstitel vor allem durch Heranziehung von Beteiligungskapital; dabei weist er auch auf die Möglichkeit der Gründung eines Immobilien-Investment-Fonds nach dem Muster der bereits erwähnten "Bremer Treuhand-Gesellschaft für Wohnungsbau mbH" (Ausgabe von "Hausbesitz-Briefen") hin. 80)

Neben derartigen Vorschlägen zur Verringerung und Streuung des öffentlichen Geldvermögensbestandes ergibt sich hinsichtlich der vermögenspolitischen Zielsetzung für die Zukunft die Forderung, den **Z u w a c h s** des öffentlichen Kollektiv-Vermögens vor allem über die ständig wachsenden Gemein-

78) Schmölders, Günter, Privatisierung der öffentlichen Wohnungsbaudarlehen, Ein Beitrag zur Eingliederung der Wohnungswirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft (Gutachten für den Bund der Steuerzahler e.V.), Frankfurt/Main 1966

79) Schmölders, Günter, Privatisierung ..., a.a.O., S. 24

80) Einzelheiten siehe bei Schmölders, Günter, Privatisierung ..., a.a.O., insbesondere S. 61 ff.

schaftsinvestitionen zu beschränken, eine Forderung, die auch nach Auffassung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nur durch eine vermehrte Finanzierung dieser Aufgaben über die außerordentlichen Haushalte erfüllt werden kann.⁸¹⁾ Das Für und Wider dieses Weges ist von Bosch bereits ausführlich diskutiert worden.⁸²⁾ Allein wegen der Zinslast kann keineswegs daran gedacht werden, die meisten oder gar alle öffentlichen Investitionen künftig über Anleihen zu finanzieren. Zudem bilden die Änderung der bestehenden Finanzverfassung, eine sachliche und zeitliche Harmonisierung der öffentlichen Investitionsfinanzierung und damit verbunden die jeweilige Abstimmung der staatlichen Anleihepolitik mit dem Gesamt-Angebot und der Gesamt-Nachfrage am Kapitalmarkt sowie mit den Zielsetzungen der Währungs-, Konjunktur- und Wachstumspolitik grundlegende Voraussetzungen für eine Ausweitung der außerordentlichen Haushalte bei den Gebietskörperschaften.⁸³⁾

Auf der anderen Seite hat nach Auffassung von Bosch die öffentliche Hand in der Vergangenheit Investitionen über

81) Sachverständigenrat ..., Jahresgutachten 1967, a.a.O., Ziffer 516 ff.

82) Vgl. auch im folgenden Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 210 ff.

83) Auf die umstrittene Frage nach den Grenzen der Staatsverschuldung kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. z.B.: Haller, Heinz, Zur Problematik der Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben, in: Finanzarchiv, N.F. Bd. 19, 1958/59 S. 72 ff.; Neumark, Fritz, Zur Problematik der Grenzen des Staatskredits, in: Neue Beiträge zur Wirtschaftstheorie (Festschrift für Hans Mayer), Wien 1949

Steuereinnahmen finanziert, obgleich - wie in den fünfziger Jahren - die Ausgabe von Obligationen durchaus in größerem Umfange möglich gewesen wäre.⁸⁴⁾ Wie noch darzulegen ist, wird diese Möglichkeit auch künftig als gegeben angesehen und hat bereits zu konkreten Vorschlägen geführt. Im Vordergrund steht dabei die Frage, wie eine *b r e i t e r e S t r e u u n g* öffentlicher Obligationen erreicht werden kann. In der theoretischen Behandlung des Staatsschuldenproblems wird einmal auf die Nachteile hingewiesen, die gerade für die unteren Einkommensklassen dadurch entstehen, daß sie zwar am Steueraufkommen zur Finanzierung des Schuldendienstes beteiligt werden, die Staatsgläubiger dagegen zu den höheren Einkommensklassen gehören; zum anderen wird die Anleihepolitik solange als ungeeignetes verteilungspolitisches Instrument angesehen, als der Besitz von Staatsanleihen bei den unteren Einkommensklassen die Ausnahme darstellt.⁸⁵⁾ Im Rahmen unserer marktwirtschaftlichen Ordnung sind jedoch der Einflußnahme in Richtung auf eine *breitere Streuung* öffentlicher Anleihen Grenzen gesetzt. Bereits die grundlegende Voraussetzung, das Vertrauen der breiten Öffentlichkeit in eine konstante Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik, kann nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte heute noch keineswegs wieder als gegeben angesehen werden. Zweifellos wird man von der öffentlichen Hand nicht gleichsam eine Garantie für die zukünf-

84) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 217

85) Vgl. Hessler, Heinz-Dieter, a.a.O., S. 133 ff.

tige politische und wirtschaftliche Entwicklung erwarten dürfen. Wenn aber die öffentliche zugunsten einer breiteren privaten Vermögensbildung beschränkt werden soll, so muß auch die Verpflichtung des Staates deutlicher als bisher hervortreten, die Zeichner öffentlicher Anleihen vor Vermögensverlusten, wie sie in der Vergangenheit wiederholt hingenommen werden mußten, zu schützen. ⁸⁶⁾

Daneben ist eine zweckmäßige, d.h. auf den kleinen Sparer zugeschnittene Ausgestaltung öffentlicher Anleihen von besonderer Bedeutung. Gerade dieser Gesichtspunkt ist aber in der Vergangenheit weitgehend vernachlässigt worden, da die Obligationen mühelos bei Kapitalsammelstellen - wobei sich vor allem eine Konzentration des Staatsanleihenbesitzes auf dem Bankensektor vollzog - und im Ausland untergebracht werden konnten. ⁸⁷⁾ Der im Herbst 1967 von Bundeswirtschaftsminister Schiller geäußerte Gedanke, die Notwendigkeit künftig vermehrter Sozialinvestitionen durch die Ausgabe von sogenannten "Volksobligationen" mit dem Ziel der Vermögensstreuung zu verknüpfen, ⁸⁸⁾ hat daher lebhaft Diskussionen

86) Vgl. hierzu: Sachverständigenrat ..., Jahresgutachten 1967, a.a.O., Ziff. 518 ff.

87) Vgl. Hessler, Hans-Dieter, a.a.O., S. 51 ff.

88) Dieser Vorschlag ist durchaus nicht neu. Das Modell einer "Volksobligation" wurde bereits in den Jahren 1958/59 im Zusammenhang mit der Ausgabe der ersten Volksaktien (Preussag) entwickelt. - Vgl. Reimann, Winfried, Fragwürdige Volksobligationen, in: Handelsblatt vom 12.9.1967, S. 29 f.

ausgelöst. 89) Abgesehen von dem Verdacht, Volksobligationen sollten bei Arbeitnehmern an die Stelle von Lohnerhöhungen treten, sind gegen den im einzelnen nicht näher konkretisierten Plan mehrere Einwände vorgebracht worden: Einmal bestehen Bedenken, daß die öffentliche Hand in der Ausgabe von Volksobligationen lediglich eine Geldquelle zur Abtragung kurzfristiger Schulden und ihrer Umwandlung in langfristiges Kapital sieht - eine Gefahr, die angesichts der Finanzpolitik im Jahre 1967 und den Vorbelastungen für die Zukunft nicht von der Hand zu weisen ist. Zum anderen wird befürchtet, daß Volksobligationen dergestalt ausgestaltet werden, daß sich daraus Wettbewerbsverzerrungen auf dem Kapitalmarkt ergeben.

Dem Hinweis auf eine mögliche Spaltung des Rentenmarktes durch die entsprechende Benachteiligung der nichtsubventionierten Papiere - mit der eventuellen Folge von Zinserhöhungen - dürfte besonderes Gewicht beizumessen sein. Ohne hier auf die denkbaren Ausgestaltungsformen von Volksobligationen eingehen zu können, soll aber die Frage gestellt werden, ob nicht z.B. in einem Übergang zu kürzeren Gesamtlaufzeiten der Anleihen (etwa fünf bis maximal zehn Jahren), dem Verzicht der öffentlichen Hand auf die Möglichkeit einer frühzeitigen Kündigung der Papiere, der - wie von Schiller vorgeschlagen wurde - kleinen Stückelung bis zu 50 DM und der Festlegung

89) Neben Reimann, Winfried, a.a.O., vgl. auch im folgenden u.a.: o.A., Schiller, plädiert für Volksobligationen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.8.1967; o.A., Volksobligationen nur im Konzept, in: Christ und Welt vom 8.9.1967

von Einkommensgrenzen für den Erwerb Instrumente zur Verfügung stehen, die sowohl den Zielen einer breiteren Finanzierungsbasis und einer Streuung künftigen Gemeinschaftsvermögens als auch der Empfindsamkeit des Kapitalmarktes weitgehend Rechnung tragen können.

Ob bei Propagierung dieser Anlageform der Begriff "Volksobligation" für den kleineren Sparer eine besondere Werbewirkung besitzt, ist nicht eindeutig zu beantworten. Die Anlehnung an den Begriff "Volksaktie" könnte geeignet erscheinen, die Bedeutung der Volksobligation als vermögenspolitisches Instrument zu unterstreichen und die weitverbreitete Angst vor öffentlichen Obligationen zu mildern. Anderer Auffassung ist dagegen Muthesius, wenn er feststellt, daß der Begriff "Volk" auch gesellschaftspolitisch an Wert verliere, "genau wie die neuen Instrumente der Gesellschaftspolitik, gerade wenn sie sich mit dem Wort Volk schmücken möchten, sich unversehens als zweitrangig stempeln".⁹⁰⁾ Es darf vermutet werden, daß derartige Gedanken auch die Bundesregierung bewogen haben, in Fortführung ihres Plans einer Volksobligation zu Beginn des Jahres 1968 nunmehr von einem "Sparbrief der öffentlichen Hand" oder einem "Bundesschatzbrief" zu sprechen.⁹¹⁾ Die Einführung und die Ausgestaltung dieser Anlageform, gegen die sich insbesondere die Sparkassen -

90) Muthesius, Volkmar, Wechselbalg "Volksobligation", in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 7/1962, S. 277

91) Vgl. o.A., Eigentumspolitiker wollen Sparbrief der öffentlichen Hand durchdrücken, in: Industriekurier vom 2.3.1968

nicht zuletzt aus Konkurrenzgründen - gewandt haben, 92) stehen noch aus. In diesem Zusammenhang ist jedoch auf die Ausgestaltungsmöglichkeit staatlicher Obligationen als "Wachstumsanleihen" hinzuweisen. 93)

Unter dem Gesichtspunkt einer breiten Streuung öffentlichen Vermögens sollte auf Einkommensgrenzen für den Erwerb von Volksobligationen nicht verzichtet werden. Gewiß läßt sich auch dagegen einwenden, daß sich daraus negative Einflüsse auf den Kapitalmarkt ergeben könnten. Aber es ist einmal zu bedenken, daß Interessenten für den Kapitalmarkt gewonnen werden sollen, die von dieser Sparform bisher überwiegend noch gar keinen Gebrauch machten. Zum anderen geht es hier vor allem um die Bewertung und Einordnung einzelner wirtschaftspolitischer Zielsetzungen. Grundsätzlich bedeutet jede staatliche Förderungsmaßnahme bestimmter Bevölkerungskreise eine Diskriminierung der Übrigen. Steht jedoch das Ziel im Vordergrund, künftig die öffentliche zugunsten einer breiteren privaten Vermögensbildung zu beschränken, so erscheint aus dieser Sicht lediglich die Frage berechtigt, wie dieses Ziel mit einem Minimum an Nachteilen erreicht werden kann. Diese Forderung dürfte durch Einkommensgrenzen, die lediglich bisher weitgehend vermögenslose Erwerber begünstigen, nicht verletzt werden.

92) Siehe o.A., Sparbrief-Experiment, in: Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 9, Bonn 1968

93) Die Zinsen werden dabei nicht laufend ausbezahlt, sondern sind im Rückzahlungsbetrag enthalten. Vgl. hierzu, insbesondere hinsichtlich der steuerlichen Behandlungsmöglichkeiten; Reimann, Winfried, a.a.O.

Damit ist gleichzeitig gesagt, daß dem Katalog der Begünstigungen bei der Ausgestaltung von Volksobligationen Grenzen gesetzt sind. Wo diese Grenzen zu ziehen sein werden, kann hier nicht näher erörtert werden. Es sei jedoch nochmals darauf hingewiesen, daß von Volksobligationen auch insofern positive Einflüsse auf den Kapitalmarkt zu erwarten sein werden, als die Pflege des Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand, die in den vergangenen Jahren häufig vernachlässigt wurde, zweifellos in dem Maße zunehmen muß, wie sich der Anteil der Kapitalsammelstellen und insbesondere der Banken als Zeichner staatlicher Anleihen zugunsten zahlreicher kleiner Anleger verringert.

Es ist aber darüber hinaus zu fragen, wie eine Propagierung öffentlicher Anleihen zu beurteilen ist, wenn sie - bei konstanter Sparquote - zu Lasten anderer Sparformen geht. Das führt uns zu der in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich begründeten Forderung, die Förderung einer breiteren Streuung des Produktivvermögens in dem von uns definierten Sinne in den Vordergrund zu rücken. Zweifellos erfüllen Obligationen diese Forderung nicht. Sie verbürgen eine Geldforderung, ein "abstraktes Eigentum", aber kein Beteiligungseigentum. Wenn wir folglich eine allgemeine Förderung des Sparens in Geldforderungen ablehnen, so erhebt sich die Frage, aus welchen Gründen in diesem Zusammenhang eine so ausführliche Untersuchung der öffentlichen Anleihen gerechtfertigt erscheinen könnte.

Einmal ist zu bedenken, daß es sich hierbei nicht um das Verhältnis von Eigentümern und Nichteigentümern an Produktionsmitteln handelt. Die öffentliche Hand erwirtschaftet mit dem Geld der Obligationäre im allgemeinen keine Rendite in dem Sinne, wie wir den Begriff "ertragbringendes Vermögen" definiert und bisher verwendet haben. ⁹⁴⁾ Es ist nun zu erörtern, ob diese Definition nicht in bezug auf die Gemeinschaftsinvestitionen der öffentlichen Hand aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu erweitern sein wird. Bosch hat darauf hingewiesen, daß die Finanzstatistiken z.B. Anlagen zur Abwässerbeseitigung als "rentierlich" ausweisen, daß hingegen z.B. Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser und Straßen - also Infrastrukturinvestitionen, die dazu dienen, die Produktivität der Produktionswirtschaft zu vergrößern - als "nicht rentierlich" angesehen werden. ⁹⁵⁾ Stellt man dieser betriebswirtschaftlichen Unterscheidung eine volkswirtschaftliche Betrachtungsweise gegenüber, so wird man derartige Gemeinschaftsinvestitionen auch als gesamtwirtschaftlich rentierlich oder ertragbringend bezeichnen müssen. Zwar ist dieser Ertrag nicht meßbar, aber er äußert sich in absehbarer Zeit letztlich sowohl in einer höheren Produktivität der Unternehmungen als auch - über ein wachsendes Sozialprodukt - in einem höheren Steueraufkommen der öffentlichen Hand, aus dem Kreditkosten für diese Investitionen getilgt werden können. Aus diesem Grunde

94) Vgl. Kapitel I, Abschnitt 2

95) Bosch, Werner, Ist die unfreiheitliche ..., a.a.O., S. 63 f.

erscheint es gerechtfertigt, gesamtwirtschaftlich ertragbringendes Kollektiv-Vermögen, das wegen einer fehlenden meßbaren Rendite nicht direkt - wie bei Unternehmungen - an private Vermögenssparer übertragen werden kann, wenigstens über öffentliche Anleihen zu "privatisieren".

Der zweite Grund hängt eng mit dem ersten zusammen. Wir haben dargelegt, daß sowohl im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung als auch hinsichtlich des vermögenspolitischen Zieles ein weiteres Anwachsen des öffentlichen Vermögens nicht wünschenswert ist. Es besteht jedoch andererseits wenig Aussicht, daß die Forderungen des Staatsbürgers nach Gemeinschaftsinvestitionen in Zukunft geringer werden. Vielmehr dürften technischer Fortschritt und wachsender Wohlstand vermehrte Infrastrukturmaßnahmen erforderlich machen. ⁹⁶⁾ Werden diese künftigen Investitionen weiterhin in dem bisherigen Umfang aus Steuermitteln finanziert, so muß nicht nur das Gesamtvermögen des Staates weiter zunehmen, sondern es besteht darüber hinaus die Gefahr, daß sich auch der Anteil der jährlichen volkswirtschaftlichen Vermögensbildung - zumindest langfristig - wieder einseitig zugunsten der öffentlichen Hand verschiebt. Soweit eine derartige Entwicklung durch öffentliche Anleihen vermieden werden soll, muß im Sinn

96) Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Kapitel "Die Theorie des Sozialen Gleichgewichts" bei: Galbraith, John Kenneth, Gesellschaft im Überfluß (deutsche Übersetzung von: The affluent Society), München/Zürich 1963, S.220 ff

des vermögenspolitischen Zieles gefordert werden, diese Obligationen in erster Linie denen zugänglich zu machen, die über wenig oder gar kein Vermögen verfügen.

Mit anderen Worten: Die Forderung nach breiterer Streuung öffentlicher Anleihen wird zu befürworten sein, um einmal die künftige Vermögensbildung des Staates einzuschränken und zum anderen eine weitere Konzentration öffentlicher Schuldverschreibungen bei den Kapitalsammelstellen und allenfalls den Beziehern hoher Einkommen zu vermeiden. Es sei hervorgehoben, daß wir damit die bisher von uns vertretene Auffassung, eine breitere Streuung von Produktivvermögen könne der vermögenspolitischen Zielsetzung am besten gerecht werden, nicht einschränken: "Volksobligationen" sind vielmehr als **E r g ä n z u n g** einer gezielten Vermögensbildungspolitik anzusehen.

Bei unseren Erörterungen der zu Beginn dieses Abschnitts gestellten dritten und vierten Frage haben wir bisher die Möglichkeiten einer Privatisierung öffentlicher Unternehmungen ausgeklammert. Wir deuteten bereits an, daß die auch von uns herangezogene amtliche statistische Aufgliederung der laufenden volkswirtschaftlichen Vermögensbildung in drei große Gruppen - private Haushaltungen, Unternehmungen und öffentliche Hand - nur unvollkommen ist, insbesondere da die Unternehmungen der öffentlichen Hand zum Unternehmenssektor gerechnet werden. So wurde z.B. für das Jahr 1962 der

Anteil der öffentlichen Hand am gesamten Vermögenszuwachs von der Deutschen Bundesbank mit 35,4 Prozent, der des Unternehmenssektors (nicht entnommene Gewinne) mit 35 Prozent angegeben. ⁹⁷⁾ Dagegen errechnete das Deutsche Industrieinstitut für die öffentliche Hand (e i n s c h l i e ß l i c h öffentlicher Unternehmungen) einen Anteil von über 50, für die privaten Unternehmungen demgegenüber lediglich von stark 20 Prozent. ⁹⁸⁾ Bereits zu Beginn des Jahres 1963 schätzte das Industrieinstitut die Höhe des gesamten Beteiligungsvermögens von Bund, Ländern und Gemeinden auf mindestens 28 bis 29 Mrd. DM; ⁹⁹⁾ allein der Wert des industriellen Beteiligungsvermögens wurde - mit 8,5 bis 9 Mrd. DM beim Bund und ca. 2 Mrd. DM bei den Ländern - auf mindestens 10,5 bis 11 Mrd. DM veranschlagt, die jährliche Zunahme des gesamten öffentlichen Wirtschaftsvermögens - einschließlich der rechtlich unselbständigen Wirtschafts- und Regiebetriebe, deren Wert 1962 weit über 10 Mrd. DM betrug - mit mindestens 3 Mrd. DM angesetzt. ¹⁰⁰⁾ Dabei wurden in dieser Aufstellung zwei der drei bisherigen größeren Privatisierungsmaßnahmen - Preussag (1959), Volkswagen (1961) und Veba (1965) ¹⁰¹⁾ -

97) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 4/1964, S. 3 ff.

98) o.A., Das Wirtschaftsvermögen der öffentlichen Hand (Beiträge des Deutschen Industrieinstituts, Heft 2), Köln 1963, S. 1

99) Bund: 10 bis 11, Länder: 4,3 bis 4,5, Gemeinden und Gemeindeverbände: ca. 13 Mrd. DM

100) o.A., Das Wirtschaftsvermögen der öffentlichen Hand, a.a.O., S. 20

101) Bei der Veba-Privatisierung kann streng genommen lediglich von einer Teilprivatisierung bei Kapitalaufstockung gesprochen werden.

bereits berücksichtigt, so daß der Bestand des öffentlichen Beteiligungsvermögens inzwischen noch weiter angestiegen sein dürfte.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß bei der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand in einer Marktwirtschaft zwischen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und öffentlichen erwerbswirtschaftlichen Investitionen unterschieden werden muß. So kann es für den Staat durchaus erstrebenswert sein, zur Förderung des Wettbewerbs wirtschaftlichen Besitz zu halten und zu vermehren: "Nämlich dann, wenn damit Aufgaben erfüllt werden, die von den Bürgern einzeln oder gemeinschaftlich nicht bewältigt werden können", wobei z.B. auf die Strukturpolitik sowie die Verkehrs- und Bodenpolitik zu verweisen ist. ¹⁰²⁾ Dagegen ist der erwerbswirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand entgegenzuhalten, daß sie "in der Sozialen Marktwirtschaft . . . um ihrer selbst willen nicht gerechtfertigt ist." ¹⁰³⁾

Die vielschichtige Problematik des öffentlichen Wirtschaftsvermögens ist hier nicht zu vertiefen. ¹⁰⁴⁾ Es dürfte jedoch

102) Bundesschatzminister Kurt Schmücker in: Das industrielle Bundesvermögen im Jahre 1965/66 (hrsg. vom Bundesschatzministerium), Köln 1967, Geleitwort, S. I

103) Der damalige Bundesschatzminister Hermann Lindrath in der 63. Sitzung des Deutschen Bundestages (3. Wahlperiode) am 20.2.1959 (Protokoll)

104) Vgl. hierzu u.a.: Grussendorf, Werner, Grundlagen und Formen der Privatisierung (Schriftenreihe des Deutschen Industrieministeriums, Heft 9), Köln 1960; Schricker, Helmut, Wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand und Unlauterer Wettbewerb, München/Köln/Berlin 1964. - Zur Problematik der Kontrolle öffentlicher Unternehmen vgl.: Fuchs, Arthur, Wesen und Wirken der Kontrolle, Betrachtungen zum staatlichen Kontrollwesen in der Bundesrepublik (Bundesrechnungshof), Tübingen 1966, insb. S. 61 f.

die These gerechtfertigt sein, daß - wenn man die Zielsetzung einer breiteren Eigentumsstreuung ernst nimmt - umfangreichere Privatisierungen als bisher möglich sind. Das gilt sowohl für einen Teil der Wirtschafts- und Regiebetriebe - d.h. der nicht in privater Rechtsform geführten Unternehmungen - als auch - und in erster Linie - für das industrielle Beteiligungsvermögen der öffentlichen Hand. Die entscheidende Voraussetzung hierzu ist, verstärkt dafür Sorge zu tragen, daß weitere Bereiche des öffentlichen Vermögens überhaupt privatisierungsfähig gemacht werden; denn es können nur solche Unternehmungen für die Vermögenspolitik in Frage kommen, die wettbewerbsfähig sind und eine Rendite erzielen. Schmücker weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Schwierigkeiten heute geringer wären, wenn es die öffentliche Hand - hier insbesondere der Bund - in der Vergangenheit nicht versäumt hätte, Gewinne und Verkaufserlöse aus öffentlichem Wirtschaftsvermögen zunächst dazu zu verwenden, "intern den erforderlichen Ausgleich vorzunehmen und Planungen zu finanzieren". 105)

Die Bedingungen für den Erwerb von Volksaktien waren bisher unterschiedlich. Bei der Privatisierung der Preussag war neben einer Einkommensgrenze ein Vorzugspreis festgesetzt,

105) Das industrielle Bundesvermögen 1965/66, a.a.O., S. III. - Schmücker denkt offenbar an eine Ausgliederung aus dem öffentlichen Haushalt und die Bildung eines Sondervermögens.

Volkswagen-Aktien konnten zu einem - nach Einkommensgrenzen gestaffelten - Sozialrabatt (mit zweijähriger Sperrfrist für die Veräußerung) erworben werden, und der Kauf von Veba-Aktien war lediglich an (gestaffelte) Einkommensgrenzen gebunden. Wir halten auch für künftige Privatisierungen in erster Linie die Festlegung von Einkommensgrenzen für gerechtfertigt. Daneben sollte allgemein die staatliche Förderung des Aktiensparens durch Prämien beibehalten werden. Auf diese Fragen kommen wir im sechsten Abschnitt zurück.

5. Vermögenszuteilung und wirtschaftliche Mitbestimmung

a) Der "Investivlohn"

Folgt man hinsichtlich der vermögenspolitischen Motivation der Auffassung von Krelle ¹⁰⁶⁾, so wird man die in den letzten Jahren heftig diskutierten "Beteiligungs-", "Miteigentums"-, "Sozialfonds"- oder "Investivlohn"-Pläne als Ausdruck der Überzeugung ansehen dürfen, daß es gelingen könne, jedem Arbeitnehmer - wenn nicht freiwillig über die Einkommensverwendung, so doch durch Gesetz und Tarifrecht - neben seinem Arbeitseinkommen ein laufendes Kapitaleinkommen zu verschaffen.

Dabei interessiert uns hier nicht eine Lohnerhöhung oder Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, die den Empfängern zur freien Verfügung überlassen bleibt: Soweit sich durch eine

¹⁰⁶⁾ Vgl. S. 151 dieser Arbeit

derartige Beteiligung das frei verfügbare Einkommen eines Arbeitnehmers erhöhen würde, ergäben sich hinsichtlich der Einkommensverwendung dieselben Fragen, die wir im Laufe unserer Arbeit untersucht haben. Im folgenden wird vielmehr auf diejenigen Vorschläge abgestellt, die eine Vermögenszu- teilung für die Arbeitnehmer bezwecken, aber keine Erhöhung des frei verfügbaren Gesamteinkommens. Die Diskussion um diese Pläne, die in ihrer jeweiligen Grundkonzeption nur un- erheblich voneinander abweichen, soll hier weder wiederholt, noch kann sie im Rahmen unserer Arbeit eingehend analysiert werden. 107) Es seien lediglich einige, uns im Rahmen unserer Untersuchung wesentlich erscheinende Aspekte herausgegriffen. Der Investivlohn 108) stellt im engeren Sinne den Geldbetrag einer Lohnerhöhung dar, " der vom Lohnempfänger für die

107) Aus dem Kreis der bereits angeführten Literatur sei ins- besondere auf Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 232 ff. verwiesen. Ferner: Weddigen, Walter, u.a., Die wirtschaftlichen Folgen des Investivlohnes - unter besonderer Berücksichtigung der Belastung des gewerb- lichen Mittelstandes - (als Forschungsbericht erstat- tetes Gutachten für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung), Berlin 1964

108) "Investivlohn" wird hier als Sammelbegriff aufgefaßt, dessen Grundgedanke in vielfältigen Varianten denkbar ist, von denen wir oben nur einige namentlich angeführt haben. Der Gedanke des Investivlohnes wurde insbesondere von Häussler, Erwin, Konturen einer neuen Schicht, Stuttgart 1958, entwickelt ("Häussler-Plan"). Eine Über- sicht der verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten des Investivlohnes findet sich in: Derselbe, Jedem sein Eigen- tum, Vermögensbildung in der modernen Gesellschaft, Stuttgart 1965, S. 186 ff. - Es sei erwähnt, daß die Be- griffe "Miteigentum" und "Beteiligung" in diesem Zusam- menhang einen anderen Sinn haben, als wir ihnen bisher in unserer Arbeit beigemessen haben. Vgl. dazu Spiegelhalter: Franz, "Miteigentum" und "Gewinnbeteiligung" (Schriften- reihe der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber- verbände, Heft 17), Köln 1957; Michel, Hartmut, Eigen- tumspolitik, Voraussetzungen und Wirkungen in psychologi- scher Sicht, Tübingen 1962, S. 165 ff.

Dauer einer bestimmten Sperrfrist nur für Investitionen der Sozialwirtschaft, also nicht für individuellen Verbrauch, angelegt bzw. verwendet werden darf". 109) Dabei können wir davon absehen, ob eine Eigenbeteiligung des Arbeitnehmers verlangt wird oder nicht. Entscheidend ist, daß gesetzliche oder durch Tarifvertrag vereinbarte Zuwendungen der Unternehmungen an ihre Arbeitnehmer letzteren nicht in bar ausgezahlt werden sollen. Es handelt sich vielmehr um eine Variante des Zwangssparens ("Zwangssparen auf Zeit") - ein Einwand, dem bisher auch nicht ernsthaft widersprochen wurde. 110)

Es ergibt sich jedoch die Frage, ob dieser Einwand ausreichend ist, um den Gedanken des Investivlohnes als vermögenspolitisches Instrument abzulehnen. Zwar weist Bosch zu Recht auf einen "Mangel an Aufrichtigkeit" hin, wenn einerseits in Sachen Mitbestimmung die Mündigkeit des Arbeiters betont, auf der anderen Seite jedoch die Meinung vertreten wird, man müsse ihm seine Sparquote vorschreiben, weil er sonst gar nichts spare. 111) Die Interessengebundenheit derartiger Argumente wird hier klar erkennbar. Wir glauben jedoch, im Laufe unserer Untersuchung hinreichend begründet zu haben, daß von

109) Weddigen, Walter, u.a., a.a.O., S. 9. - Die Frage, ob formell eine Lohnerhöhung erfolgt, eine Gewinnbeteiligung festgesetzt wird oder ein bestimmter Prozentsatz der Lohnsumme oder des Vermögenszuwachses der Unternehmung unmittelbar z.B. einem "Sozialfonds" zuzuführen ist, ist für unsere grundsätzlichen Überlegungen nicht von Gewicht. Man wird davon ausgehen können, daß die einzelne Unternehmung diese Zahlungen ohnehin als zusätzliche Lohnkosten betrachtet.

110) Vgl. die Diskussion bei Häußler, Erwin, Jedem sein Eigentum, a.a.O., S. 69 f.

111) Bosch, Werner, Ist die unfreiheitliche ..., a.a.O., S. 68

einer allgemeinen Sparförderung nicht erwartet werden darf, damit alle Einkommensbezieher - und insbesondere die Gruppe der Arbeitnehmer mit kleinem und mittlerem Einkommen - für eine f r e i w i l l i g e Vermögensbildung im Sinne des vermögenspolitischen Zieles gewinnen zu können. Will man das aber erreichen, so kann in der Tat nur ein Zwangssparen als die den meisten Erfolg versprechende Lösung angesehen werden. 112)

Nach unserer Auffassung darf nicht allgemein unterstellt werden, daß ein Zwangssparen oder "Kollektiv-Sparen" als Instrument der Vermögensstreuung die von uns angeführten entscheidenden Charakteristika unserer ordnungspolitischen Grundvorstellung verletzt: 113) 1. Die Dominanz der freien Verfügung über das Einkommen und Vermögen des Einzelnen bleibt bestehen; die unmittelbare Verfügbarkeit wird nur in dem Maße berührt, in dem statt des Investivlohnes die Durchsetzbarkeit einer Barloohnerhöhung gegeben ist. Es ist ferner zu bedenken, daß die Verfügbarkeit nur zeitweilig beschränkt wird; entscheidend ist demnach auch hier die Dauer der Festlegungsfrist. 2. Soweit kein gesetzlicher Zwang besteht, muß ein Investivlohn von den Tarifpartnern in freier Verhandlung vereinbart werden wie jede "normale" Lohnerhöhung. 3. Wird ein Investivlohn gesetzlich vorgeschrieben, so kann man zu

112) Vgl. Kapitel III, Abschnitt 6

113) Vgl. Kapitel I, Abschnitt 1

Recht darauf verweisen, daß auch das Zwangssparen im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung grundsätzlich als Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft angesehen wird, ¹¹⁴⁾ und allenfalls die Frage nach einer notwendigen Begrenzung umstritten ist. ¹¹⁵⁾ 4. Die Frage, ob von einem Investivlohn Einflüsse auf die Risikobereitschaft der Unternehmer und den Konzentrationsgrad der Wirtschaft ausgehen, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Das dürfte entscheidend von der Höhe des Investivlohnes abhängen, wobei bezweifelt werden muß, ob derartige Wirkungen bei einer Verwirklichung der bisherigen Vorschläge zu befürchten sein werden. ¹¹⁶⁾

Wir sehen die Probleme des Investivlohnes nicht so sehr in der Voraussetzung eines "Zwangssparens auf Zeit", sondern vielmehr darin, w i e dieses Zwangssparen durchgeführt werden soll. Einmal soll nur ein bestimmter Kreis von Einkommensempfängern erfaßt werden, wobei nicht auf die Einkommenshöhe abgestellt wird, sondern auf arbeitsrechtliche Kriterien. ¹¹⁷⁾ Sieht man von dieser Einschränkung ab, so ergibt sich als weitere Frage, wie es erreicht werden kann, daß a l l e Arbeitnehmer einen Investivlohn erhalten;

114) Vgl. Häussler, Erwin, Jedem sein Eigentum, a.a.O., S. 70

115) Vgl. in diesem Kapitel Abschnitt 7

116) Selbst wenn unterstellt wird, daß eine Abwälzung über die Preise nicht möglich ist; vgl. Nell-Breuning, Oswald von, Sparen ohne Konsumverzicht, in: Der Volkswirt, Nr. 37/1957, S. 2051 ff.

117) Vgl. Kapitel II, Abschnitt 6 c)

denn eine investive Gewinnbeteiligung ist von der Höhe des jeweiligen Gewinns der Unternehmung abhängig. Eine Direktbeteiligung der Arbeitnehmer an der einzelnen Unternehmung (z.B. durch Ausgabe von Aktien) ist aber über allgemeine investive Lohnerhöhungen nur für Großunternehmungen möglich.¹¹⁸⁾ Will man verhindern, insbesondere Personalfirmen eine Zwangsteilhaberschaft ihrer Arbeitnehmer aufzuzwingen, soll ferner vermieden werden, das arbeitsrechtliche Vertragsverhältnis zwischen der einzelnen Unternehmung und ihren Arbeitnehmern mit einem Darlehens- oder Miteigentumsvertrag zu verknüpfen, so ergibt sich die Notwendigkeit der Errichtung überbetrieblicher Investivlohnfonds, an die die Beiträge der Arbeitgeber entweder in bar abgeführt werden, denen gegenüber sich die Unternehmungen entsprechend verschulden (Fremdkapital) oder denen sie eine Unternehmensbeteiligung einräumen (Eigenkapital).¹¹⁹⁾

Ein derartiger Fonds stellt eine "Kapitalsammelstelle" dar, die einerseits dem einzelnen Arbeitnehmer eine geldliche Forderung verbürgt, andererseits z.B. das Aktivgeschäft einer Bank oder die Tätigkeit einer Investmentgesellschaft wahrnimmt. Kommt hinzu, daß die Geldforderung nicht veräußerlich ist, nur in bestimmten Ausnahmefällen und bei Erreichen

118) Siehe hierzu die Ausführungen von: Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 236 ff.

119) Vgl. z.B. den ursprünglichen Investivlohnvorschlag der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden ("Leber-Plan 1964"), in: Leber, Georg, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Dokumentation, Bd. 1, Frankfurt/Main 1964, S. 9 ff.

der Altersgrenze - oder allgemein bei Gewährung einer Sozialversicherungsrente - eingelöst werden kann, ¹²⁰⁾ so müßte, wie Bosch hervorhebt, die Verwirklichung eines solchen Planes zu einer Art "Kollektiv-Vermögen" der Arbeitnehmerschaft - vertreten in erster Linie durch die Gewerkschaften - führen. ¹²¹⁾ Für den Einzelnen kann es bestenfalls die Bedeutung einer zusätzlichen Altersversorgung haben. Eine breitere personelle Bildung von Produktivvermögen wird dadurch weder gefördert noch erreicht: Repräsentieren einerseits die Geldforderungen kein verantwortliches Miteigentum des einzelnen Arbeitnehmers an Produktionsmitteln - ein Eigentums- bzw. Vermögensbewußtsein kann bei einer Verwirklichung eines derartigen Planes gar nicht entstehen -, so besteht andererseits die Gefahr einer Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, die zu einem Konflikt mit unserer Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie im ersten Kapitel dieser Arbeit näher charakterisiert haben, führen kann. ¹²²⁾

Die gegen diese extreme Form einer Verwirklichung des Investivlohn-Gedankens vorgebrachten Bedenken dürfen jedoch nicht verallgemeinert werden. Es wäre denkbar, auch den Investivlohn in ein Programm zur Förderung der personellen Vermögensbildung einzubeziehen. Dabei könnte nach unserer Auffassung der Vorschlag von Häussler als Diskussionsgrundlage

120) Wie es z.B. der ursprüngliche Vorschlag von Leber vorsah (a.a.O., S. 10 f.).

121) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 238

122) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 241 f.

dienen: ¹²³⁾ Der einzelne Arbeitnehmer erhält keine bloße Geldforderung, sondern das Zertifikat einer Investmentgesellschaft, in die das Investivlohn-Vermögen eingebracht wird; nach einer begrenzten Sperrfrist ¹²⁴⁾ sind die Zertifikate frei veräußerlich. Diesen Vorschlag könnte man dahingehend erweitern, daß die Investmentzertifikate lediglich als Übergang zu einer direkten Beteiligung z.B. in Form von Aktien angesehen werden, d.h. der Arbeitnehmer die Möglichkeit hat, die Investmentpapiere in Beteiligungsvermögen an Produktionsmitteln umzuwandeln. Es sollte auch erwogen werden, den Investivlohn des einzelnen Arbeiters nur dann in einem zu diesem Zweck gegründeten Investmentfonds anzulegen, wenn der Arbeitnehmer keine andere Anlageentscheidung im Rahmen z.B. der von uns bisher in diesem Kapitel behandelten Anlageformen trifft. Damit würde der einzelne Arbeitnehmer zwar **u n f r e i w i l l i g** Eigentümer von Produktivvermögen, er würde jedoch bei einer Festlegungsfrist von z.B. sechs Jahren keineswegs gezwungen, dieses Vermögen auch langfristig zu erhalten und zu vermehren - oder gar vererbliches Produktivvermögen zu bilden.

Wir sind uns dabei bewußt, daß auch diese Variante des Investivlohnes keineswegs unproblematisch ist. Unternehmungen, die nicht in der Lage sind, zur Erfüllung der Investivlohn-

123) Vgl. auch im folgenden: Häussler, Erwin, Jedem sein Eigentum, a.a.O., S. 58 ff.

124) Häussler schlägt 18 Monate vor, ein Zeitraum, der uns zu kurz erscheint. Auch hier müßte sich die Festlegungsdauer auf mindestens fünf bis sechs Jahre erstrecken (vgl. Abschnitt 6e) dieses Kapitels).

forderung eine Beteiligung an ihrer Unternehmung einzuräumen, müssen den entsprechenden Barbetrag abführen. Da diese Mittel nicht als Darlehen, sondern zum Erwerb von Eigentumsanteilen verwendet werden sollen, ergibt sich ein Finanzierungsvorteil insbesondere der Kapitalgesellschaften.

Der Einwand, daß damit die Unternehmenskonzentration gefördert werde, ¹²⁵⁾ verlöre u.E. dann an Gewicht, wenn gesichert würde, daß 1. der Investivlohn nicht durch eine allgemeine gesetzliche Regelung bestimmt wird, sondern nur durch Tarifverträge vereinbart werden darf, und 2. daß der Investivlohn Bestandteil der jeweiligen allgemeinen Lohnverhandlungen der Tarifpartner ist, d.h. daß Vereinbarungen über die Höhe des Investivlohnes erst nach Abschluß der Lohnverhandlungen und nur im Rahmen der vereinbarten Lohnerhöhungen getroffen werden können. So würde auch deutlich, daß der Investivlohn Bestandteil des Lohnes und damit Kostenfaktor der Unternehmung ist. ¹²⁶⁾

Es könnte dann insofern nicht von einer Bevorzugung bestimmter Unternehmensformen und -größen gesprochen werden, als sich ceteris paribus die gleiche Situation wie bei Festsetzung

125) Vgl. Bosch, Werner, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 242

126) Je kürzer die Festlegungsfrist ist, desto zweifelhafter wird das gesamtwirtschaftliche Argument, der Investivlohn könne nicht über den Preis auf die Nachfrager überwälzt werden. - In einzelwirtschaftlicher Betrachtung wird hierfür ferner die Marktposition des einzelnen Anbieters entscheidend sein.

dieser Investivlohnform dann ergeben müßte, wenn alle davon betroffenen Arbeitnehmer einen entsprechenden Anteil ihrer Lohnerhöhung freiwillig in Form z.B. von Beteiligungspapieren sparen würden. Die Diskussion um den Investivlohn würde sich ja erübrigen, wenn die Arbeitnehmer aller Einkommensklassen beispielsweise mindestens 10 Prozent ihres laufenden Einkommens in Aktien anlegten. Das gleiche träfe zu, wenn entsprechend von jeder Lohnerhöhung ein Betrag freiwillig gespart würde, der im Umfang etwa den Vorstellungen der Befürworter des Investivlohnes entspricht. Eine allgemeine Erhöhung des Lohnsatzes in einer Branche trifft aber alle Unternehmungen unabhängig von der Unternehmensform und Unternehmensgröße. Konzentriert sich nun die Ersparnis aus dieser Lohnerhöhung auf die Nachfrage nach Beteiligungspapieren, so verbessern sich damit auch die Möglichkeiten einer verstärkten Eigenfinanzierung der Kapitalgesellschaften. Wenn folglich Einstimmigkeit darüber besteht, daß eine Erhöhung der freiwilligen Sparquote der Arbeitnehmer als wünschenswert anzusehen ist, wenn ferner im Zusammenhang mit der vermögenspolitischen Zielsetzung gefordert wird, eine breitere personelle Streuung des Produktivvermögens anzustreben, so erscheint es fraglich, ob Argumente gegen den Investivlohn gerechtfertigt sind, die dann auch gegen eine entsprechende Erhöhung und Verwendung der freiwilligen Arbeitnehmersparquote vorgebracht werden müßten.

Bisher ist in der Bundesrepublik keiner der vorliegenden Investivlohnpläne mit seiner ursprünglichen Zielsetzung verwirklicht worden. Nicht zuletzt die Gewerkschaften selbst

dürften vor der Schwierigkeit stehen, gegenüber ihren Mitgliedern die gesellschaftspolitische Bedeutung einer Vermögensbildung über den Investivlohn in Vergleich zu einer Barlohnerhöhung zu vertreten. Der ursprüngliche "Leber-Plan" hat inzwischen im Rahmen des Zweiten Vermögensbildungsgesetzes lediglich insofern Berücksichtigung gefunden, als nunmehr gemäß § 3 des Gesetzes vermögenswirksame Leistungen in Verträgen "mit Arbeitnehmern in Betriebsvereinbarungen oder in Tarifverträgen vereinbart werden (können)" ¹²⁷⁾ und auf der Grundlage dieser Bestimmung der "Tarifvertrag über Gewährung vermögenswirksamer Leistungen zugunsten der gewerblichen Arbeitnehmer im Baugewerbe" vom 31.7.1965 in Kraft getreten ist. ¹²⁸⁾

Danach wird sowohl ein Antrag als auch eine Eigenleistung des einzelnen Arbeitnehmers vorausgesetzt. Es obliegt ihm ferner die freie Entscheidung über die Anlage des Betrages gemäß § 2 des Zweiten Vermögensbildungsgesetzes. De facto stellt hier der "Investivlohn" nichts anderes dar als eine - wenn auch beträchtliche - "Sparprämie" der einzelnen Unternehmung an sparwillige Arbeitnehmer, insofern vergleichbar mit der Sparförderung der öffentlichen Hand. Abgesehen von den Einwänden, die sich allgemein gegen die Mehrgleisigkeit der Vermögensförderung in der Bundesrepublik und insbesondere gegen die Förderung des Geldsparens vorbringen las-

127) Dasselbst

128) Siehe Leber, Georg, Vermögensbildung ..., Bd. 4, a.a.O., S. 49 ff.

sen, wird man daher die tarifliche Vereinbarung zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer im Baugewerbe nicht mit den Investivlohn-Plänen im engeren Sinne gleichsetzen dürfen. 129)

Abschließend bleibt festzuhalten, daß der Gedanke des Investivlohnes nicht grundsätzlich abzulehnen ist - unter der angeführten Prämisse, daß sich die Vermögenspolitik nicht nur auf Anreize zur privaten Initiative beschränken darf, sondern daß es eine der vordringlichsten Aufgaben der Gesellschaftspolitik ist, jedem Arbeitnehmer neben seinem Arbeitseinkommen - wenigstens für einen begrenzten Zeitraum - ein laufendes Kapitaleinkommen zu verschaffen. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob dieses Ziel gerechtfertigt erscheint, ob neben dem Recht des Einzelnen zur Eigentumsbildung auch eine Verpflichtung zur Eigentumsbildung als hinreichend begründet angesehen werden kann.

Wird diese Frage bejaht, so liegen die Probleme des Investivlohns im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik in erster Linie in der Form seiner Ausge-

129) Da - abgesehen von der pauschalierten Nachversteuerung (§ 12 des Zweiten Vermögensbildungsgesetzes) - auch eine jederzeit freie Verfügbarkeit über die angesparten Beträge gewährleistet ist, erscheint es uns nicht gerechtfertigt, im Zusammenhang mit der Tariffähigkeit des "312-DM-Gesetzes" von einem "Kollektiv-Vermögen auf Zeit" zu sprechen. Anderer Auffassung ist z.B. Bosch, Werner, Ist die unfreiheitliche ..., a.a.O., S. 67

staltung. 130) Mit anderen Worten: Es geht darum, einerseits den einzelnen Arbeitnehmer über einen Investivlohn (unter weitgehender Wahlmöglichkeit der Anlageform) am Produktivvermögen zu beteiligen, wobei nach Ablauf einer Sperrfrist von z.B. sechs Jahren die freie Verfügbarkeit über das Vermögen gewährleistet sein muß, und andererseits die Vergrößerung bestehender und die Neubildung wirtschaftlicher Macht zu verhindern. Wie wir zu zeigen versuchten, dürfte dieses Problem keineswegs unlösbar sein. Die Frage, ob es im Widerstreit der Interessen politisch gelöst werden kann, muß offen bleiben.

Unabhängig davon stellt sich auch bei einem Investivlohn mit einer Festlegungsfrist, wie sie z.B. den jetzigen Bestimmungen der allgemeinen Sparförderung in der Bundesrepublik entspricht, das Problem der Erhaltung und Vergröße-

130) Während in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Vermögensbildungsgesetz neben dem Investivlohn eine betriebliche Ergebnisbeteiligung der Arbeitnehmer lediglich tariflich vereinbart werden kann (§ 8 ff.), ist in Frankreich nunmehr ein gesetzlicher Investivlohn über Gewinnbeteiligung eingeführt worden. Ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, seien folgende Kriterien dieser Maßnahme hervorgehoben: 1. Es besteht gesetzlicher Zwang, 2. die Verfügung des Arbeitnehmers über seinen Anteil ist über fünf Jahre gesperrt, 3. die Gewinnbeteiligung kann in Form von Aktien, Investmentzertifikaten, Obligationen oder durch betriebliches Vertragsparen erfolgen, 4. es werden nur Unternehmungen mit 100 und mehr Beschäftigten erfaßt, 5. auch in diesen Unternehmungen ist nur dann eine Ergebnisbeteiligung möglich, wenn die Ertragslage der Unternehmung dies zuläßt, 6. die Last der Gewinnbeteiligung kann vom einzelnen Unternehmen im günstigsten Falle fast voll auf den öffentlichen Haushalt abgewälzt werden. - Vgl. Jetter, Karl, Die Gewinnbeteiligung in Frankreich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.8.1967

rung eines langfristigen personellen Vermögensbestandes, das wir bereits im dritten Kapitel hinsichtlich des Geldsparens ausführlich erörtert haben. Die Rolle der Sperrfristen im Rahmen einer gezielten Förderung der Vermögensbildung wird uns noch im sechsten Abschnitt dieses Kapitels beschäftigen.

b) Wirtschaftliche Mitbestimmung

Die Diskussion um die Einführung der überbetrieblichen und insbesondere der betrieblichen wirtschaftlichen (qualifizierten) Mitbestimmung für alle Unternehmungen der Bundesrepublik ¹³¹⁾ - oder doch zumindest für Großunternehmungen nach Kriterien wie Belegschaftszahlen, Umsatz- und Bilanzsumme -, ¹³²⁾ die gegen Ende des Jahres 1967 durch die Einberufung einer unabhängigen Sachverständigenkommission von seiten der Bundesregierung zur Prüfung dieses Komplexes

131) Während im überbetrieblichen Bereich der Montanunion die wirtschaftliche Mitbestimmung verwirklicht ist (Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21.5.1951, BGBl. I, S. 347), beschränkt sich die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den anderen Unternehmungen der Bundesrepublik gemäß dem Betriebsverfassungsgesetz vom 11.10.1952 (BGBl. I, S. 681) auf den Bereich der betrieblichen Personal- und Sozialpolitik. - Mitbestimmung in der qualifizierten Form bei Kapitalgesellschaften: Erweiterung des Vorstandes um einen Arbeitsdirektor, paritätische Besetzung des Aufsichtsrats und einem "11. Mann" als neutralem Vorsitzenden.

132) Vgl. z.B. Weger, Günther, Entscheidungen im kleinen Kreis, in: Der Volkswirt, Nr. 30/1965, S. 1663

erneut belebt wurde, ¹³³⁾ kann im Rahmen unserer Arbeit lediglich gestreift werden.

Die Argumente für und wider eine allgemeine wirtschaftliche Mitbestimmung lassen sich in zwei Hauptthesen zusammenfassen: Während insbesondere von Gewerkschaftsseite die Notwendigkeit betont wird, "durch eine entsprechende Ausgestaltung der gesetzlichen Grundlagen jene Voraussetzungen zu schaffen, die eine Einbeziehung auch der Mitbestimmung in eine gesamtwirtschaftlich sinnvolle Politik der Machtkontrolle ermöglicht", ¹³⁴⁾ wird aus Kreisen der Unternehmer hervorgehoben, daß die Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung "eine ungeheure Machtkonzentration in den Händen der Gewerkschaften zur Folge (hätte)", die unsere gegenwärtige Wirtschaftsordnung gefährden müsse. ¹³⁵⁾

In der Tat dürfte die Frage der Macht das entscheidende Problem in der Diskussion um die wirtschaftliche Mitbestimmung sein, obwohl diese Auffassung auch von Unternehmern offenbar

133) Vgl. o.A., Mitbestimmungskommission endgültig benannt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.12.1967

134) Nemitz, Kurt, Machtkonzentration und Machtkontrolle in der Wirtschaft, in: Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft (Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsfragen), Köln 1963, S. 184

135) Schleyer, Hans Martin, Neue Aspekte in der Diskussion um die Mitbestimmung, in: Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Nr. 36 vom 5.9.1967, S. 2

nicht allgemein geteilt wird. ¹³⁶⁾ Ebenso wird teilweise in der Literatur die wirtschaftsfriedliche Ausübung eines erweiterten Mitbestimmungsrechts für möglich gehalten. So nimmt Böhm an, daß sich der Wert des Mitbestimmungsrechts für die Arbeitnehmerseite auf eine Verbesserung ihrer Informations- und Beratungsmöglichkeiten reduzieren würde, merkt aber an, daß es dazu keiner Parität im Aufsichtsrat bedürfe. ¹³⁷⁾

Wenn jedoch Böhm in der wirtschaftlichen Mitbestimmung vor allem eine Gefahr für die in der Bundesrepublik bestehende Privatrechtsordnung und damit unsere Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsordnung sieht und die Frage aufwirft, ob es nicht redlicher sei, "in eine grundsätzliche Diskussion über die Ordnung selbst einzutreten, unter der wir leben wollen", ¹³⁸⁾ so geht es auch ihm letztlich um die Verfügungsmacht, die aus dem Eigentum resultiert. Dieser Gesichtspunkt erscheint uns hinsichtlich der vermögenspolitischen Zielsetzung von besonderer Bedeutung. Auch Vertreter der Gewerkschaften betonen, daß "Ausgangspunkt aller

136) Bei einer diesbezüglichen Befragung des Verfassers wurde eine allgemeine wirtschaftliche Mitbestimmung von einigen Unternehmern begrüßt, weil sie sich davon ein größeres Verständnis der Arbeitnehmer für die Geschäftspolitik und eine bessere Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeitnehmerschaft versprechen.

137) Böhm, Franz, Mitbestimmung, a.a.O., S. 142 f.

138) Böhm, Franz, Mitbestimmung, a.a.O., S. 129

wirtschaftlichen Macht ... der Besitz von Vermögen (ist) ...; Vermögen gewährt Einfluß und damit Macht auch außerhalb der wirtschaftlichen Produktion". 139) Konsequenterweise muß man die daraus abgeleitete Forderung nach paritätischer Mitbestimmung als Ausdruck der Resignation dafür ansehen, daß es für unmöglich erachtet wird, den Arbeitnehmern über eine personelle Vermögensbildung und -beteiligung am Produktivvermögen zu einer Mitbestimmung kraft Eigentums zu verhelfen. Während Lindrath noch die Auffassung vertrat, eine breite Streuung von Beteiligungspapieren könne dazu beitragen, "manche der heute noch vorhandenen Spannungen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern zu mildern" und im Miteigentum "einen Fortschritt auf dem Wege vom Klassenkampf zur Verantwortung, vom Arbeitnehmer zum 'Wirtschaftsbürger'" sah, 140) sehen die Befürworter der wirtschaftlichen Mitbestimmung zwischen Eigentum, Verantwortung und Mitbestimmung keine Beziehung mehr. 141)

Es wird von uns keineswegs übersehen, daß in unserer heutigen arbeitsteiligen Wirtschaft auch Macht ohne direkte Bin-

139) Kunze, Otto, Von der wirtschaftlichen Mitbestimmung zur Unternehmensverfassung, in: Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, a.a.O., S. 133

140) Lindrath, Hermann, a.a.O., S. 1006

141) "Von der Arbeitnehmerschaft als größter und tragender Schicht wird ein hohes Maß an Mitverantwortung für das Geschehen in unserer Gesellschaft erwartet. Mitverantwortung bedingt Mitbestimmung" (Aus dem Wortlaut der Forderungen der Sozialausschüsse der christlichen Arbeitnehmerschaft auf ihrer Bundestagung in Offenburg am 9.7.1967, nach: o.A., Sozialpolitische Umschau: Sozialausschüsse zur Mitbestimmung, in: Blick durch die Wirtschaft vom 11.7.1967

dung an Eigentum besteht. Einmal wird sich daraus die Forderung an den Gesetzgeber herleiten, derartige Machtbildungen zu kontrollieren und zu begrenzen - ebenso wie die Kontrolle jeder wirtschaftlichen Macht in einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu seinen Obliegenheiten gehört. Zum anderen aber muß bedacht werden, daß der Ursprung der Macht z.B. der Manager oder der Banken (über das Depotstimmrecht) letztlich das Eigentum ist und daß sie von dem Inhaber des Eigentums delegiert wurde. ¹⁴²⁾ So steht es auch den Gewerkschaften frei, beispielsweise Vereinigungen mit dem Zweck zu gründen, das Beteiligungsvermögen ihrer Mitglieder zu fördern, die Rechte aus dem Vermögen der Arbeitnehmer zu vertreten und damit eine Zersplitterung des einzelnen Aktienstimmrechts zu verhindern. Befugnisse aus einer wirtschaftlichen Mitbestimmung werden jedoch von keinerlei Verantwortung für das Eigentum anderer getragen.

Demnach stehen das Ziel der Vermögensstreuung und das der wirtschaftlichen Mitbestimmung in Widerspruch zueinander. Will man einerseits die Eigentumbildung der Arbeitnehmer an Produktionsmitteln fördern - und erwartet man zu Recht vom Eigentümer, auch das Risiko des Vermögensverlustes zu tragen -, so darf man nicht andererseits den vermögenslosen Arbeitnehmern das Recht einräumen, über die Verwendung dieses Eigentums mitzubestimmen.

142) Vgl. die Voraussetzungen eines Mitbestimmungsrechts in unserer Gesellschaft bei: Böhm, Franz, Mitbestimmung, a.a.O., S. 181

Wir deuteten bereits an, daß man die Mitbestimmung allenfalls als Alternative zur Vermögenspolitik ansehen könnte. Aber es ist zweifelhaft, ob man vom einzelnen Arbeiter wirklich ein "echt erfülltes Verlangen" nach Mitbestimmung erwarten darf. ¹⁴³⁾ Vielmehr stellt sich die Frage, ob es nicht vielmehr den Gewerkschaften selbst um eine Ausdehnung ihres wirtschaftlichen Einflusses geht. Es könnte die These gerechtfertigt sein, daß das Interesse der Gewerkschaften an einer aktiven Lohnpolitik (als Vertreter der Arbeitnehmer) und an einer Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung (in eigener Sache) größer ist als an der Förderung einer breiten Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern. ¹⁴⁴⁾

Ziehen wir abschließend die von uns angeführten Charakteristika der Sozialen Marktwirtschaft zur Beurteilung heran, ¹⁴⁵⁾ so muß es zumindest fraglich erscheinen, ob durch eine allgemeine wirtschaftliche Mitbestimmung die Freiheit unternehmerischer Maßnahmen und die Risikobereitschaft der Unternehmer nicht tangiert werden und sich eine Konzentration

143) Vgl. Debatin, Otto, Die Arbeitnehmer sind nicht interessiert, in: Der Volkswirt, Nr. 39/1965, S. 218o f.

144) "Je saturierter die Masse der Arbeitnehmer, um so geringer ihre Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren - desto energischer das Drängen der Gewerkschaftsfunktionäre nach neuen Aufgaben"; Kermann, Otto, Die Funktionäre drängen, in: Der Volkswirt Nr. 8/1965, S. 274

145) Vgl. Kapitel I, Abschnitt 1

wirtschaftlicher Macht - die doch gerade durch die Mitbestimmung verhindert werden soll ¹⁴⁶⁾ - nicht erst auf anderer Ebene vollzieht. Es bleibt abzuwarten, ob die wirtschaftliche Mitbestimmung nicht nur als erster Schritt eines weitergehenden Prozesses anzusehen ist. Bereits heute wird darin von Gewerkschaftsseite lediglich das Fundament einer künftigen Unternehmensverfassung gesehen, deren Aufgabe es sein soll, "ein Gleichgewicht der Macht zu schaffen: Der Macht aller Interessengruppen, die im Unternehmen zusammenwirken, einschließlich des öffentlichen Interesses". ¹⁴⁷⁾ Daneben ist auch eine Überführung in Gemeineigentum als Instrument der Kontrolle wirtschaftlicher Macht weiterhin in der Diskussion. ¹⁴⁸⁾

Das derzeitige, vor allem im Betriebsverfassungsgesetz verankerte Mitbestimmungsrecht in der Bundesrepublik wird heute schon als die umfassendste Mitbestimmungsregelung der westlichen Welt bezeichnet. ¹⁴⁹⁾ Dennoch darf die Prognose gewagt werden, daß die Entwicklung zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Mitbestimmung künftig weiter fortschreiten wird. Wir haben versucht, einige Aspekte einer solchen Entwicklung hinsichtlich ihrer Bedeutung für die vermögenspolitische Zielsetzung aufzuzeigen. Eine breite Vermögens-

146) Vgl. Nemitz, Kurt, a.a.O., S. 184

147) Kunze, Otto, a.a.O., S. 137 f.

148) Vgl. Nemitz, Kurt, a.a.O., S. 188 f.

149) Vgl. Schleyer, Hans Martin, a.a.O., S. 1

streuung ist nur denkbar in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die das Privateigentum und die freie Verfügung darüber unbeeinträchtigt von einer Mitbestimmung anderer Privatpersonen gewährleistet. Es dürfte schwer fallen, die Frage zu beantworten, wo die endgültigen Grenzen dieser Ordnungsform erreicht sind, aber man sollte nicht Ziele gleichzeitig verfolgen wollen, die offensichtlich in verschiedenen Richtungen liegen.

6. Ein Vorschlag zur staatlichen Sparförderung und Vermögensbildung in der Bundesrepublik

a) Überblick

Es ist im Laufe dieser Untersuchung wiederholt auf die bestehenden gesetzlichen Maßnahmen sowie auf die zahlreichen Forderungen und Vorschläge zur staatlichen Förderung der Vermögensstreuung hingewiesen worden.¹⁵⁰⁾ Neben den Vorschlägen in der Bundesrepublik sind auch internationale Vergleiche der Sparförderungsmaßnahmen vorgelegt worden.¹⁵¹⁾

150) Hier sei nochmals die übersichtliche Zusammenstellung der Thesen, Pläne und Gesetze bis 1965 hervorgehoben in: Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, a.a.O.; vgl. ferner: Häussler, Erwin, Jedem sein Eigentum, a.a.O.; Föhl, Carl, u.a., Kreislaufanalytische Untersuchung ..., a.a.O.; Leber, Georg, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Dokumentation, Bd. 1 bis 4, Frankfurt/Main 1964 bis 1966

151) Vgl. Muthesius, Peter (zusammengestellt von:), Sparförderung in den Nachbarländern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 6/1967, S. 219 ff.; Internationaler Vergleich der Sparförderungsmaßnahmen, in: Finanzbericht 1966 (hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen), Bonn 1966, S. 236 ff.

Es ist nicht Aufgabe dieser Arbeit, das Für und Wider der verschiedenen Maßnahmen und Thesen im einzelnen zu erörtern. Aber angesichts der Vielfalt bereits bestehender Maßnahmen und unter Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse unserer Untersuchung halten wir es für erforderlich, kurz die wesentlichen Bestandteile einer gezielten Vermögenspolitik zu umreißen, wie sie uns als Alternative zu den bisherigen Regelungen und angesichts der teilweise weitgehenden Vorschläge in unserer Wirtschaftsordnung denkbar erscheint. Dabei knüpfen wir an die bestehenden, von uns im Rahmen unseres Themas behandelten Maßnahmen zur Sparförderung und Vermögensbildung in der Bundesrepublik an.

Wie unsere Untersuchung im vorigen Kapitel gezeigt hat, ist die Vielfalt der Maßnahmen noch keine Garantie für den Erfolg.¹⁵²⁾ Die staatliche Förderung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik sollte sich in Bezug auf die Einkommensverwendung auf e i n geschlossenes Programm konzentrieren. Als Grundlage dieses Programms sehen wir die Gewährung von Prämien für Sparleistungen an, wobei wegen der - wie wir im dritten Kapitel eingehend dargelegt haben - häufig irreführenden Gleichsetzung von Sparen und Vermögensbildung statt von einer "Sparprämie" besser von einer "Vermögensprämie" gesprochen werden sollte. Aus unseren bisherigen Ausführungen ergibt sich, daß diese Vermögensprämie - im Gegensatz zur bestehenden Regelung - nur für bestimmte

152) Vgl. auch Bosch, Werner, Ist die unfreiheitliche
..., a.a.O., S. 68

Sparformen zu gewähren ist: die mit der Tätigkeit der kleineren Selbständigen verbundenen Investitionen, die verschiedenen Formen der Beteiligung - Teilhaberschaft, GmbH-Anteile, Aktien, Investmentpapiere -, das Eigentum oder Miteigentum an Grund und Boden, Häusern oder Wohnungen und - als Ausnahme von den vielfältigen Möglichkeiten des Geldsparens - die Anlage in Obligationen der öffentlichen Hand.

Nur Ersparnisse, die für diese Zwecke Verwendung finden und die für eine Zeitdauer festgelegt sind, die mindestens der jetzigen Frist nach dem Spar-Prämiengesetz entspricht,¹⁵³⁾ sollten prämienebegünstigt sein. Dieses Programm kann mit dem Zweiten Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer¹⁵⁴⁾ insofern gekoppelt werden, als die auf Grund dieses Gesetzes begünstigten Sparbeträge in einer der oben genannten Formen angelegt werden. Ebenso könnte ein Investivlohn - unter den im fünften Abschnitt angeführten Prämissen - durch entsprechende Ausgestaltung in das Vermögensbildungsprogramm mit einbezogen werden. Eine - auch hinsichtlich der Höhe - unterschiedliche Prämierung der einzelnen, oben angeführten F o r m e n der Vermögensanlage ist abzulehnen.

Da als gesamtwirtschaftliche Verteilungsmaßstäbe die Höhe des personellen Einkommens und Vermögens herangezogen werden müssen, halten wir, wie bereits erwähnt, Einkommensgrenzen

153) Gesetz über die Gewährung von Prämien für Sparleistungen, a.a.O.

154) Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer, a.a.O.

bei der Inanspruchnahme einer staatlichen Förderung für gerechtfertigt. Diese Grenzen sollten sich auf das zu versteuernde personelle Einkommen einer dem Sparbeginn vorausgehenden, bestimmten Periode beziehen, nach oben in degressiven Abständen festgesetzt werden und sich bei Ehepaaren für die jeweilige Einkommensklasse verdoppeln. Die Höhe der absoluten Einkommensgrenze könnte für die variablen Grenzen z.B. analog den Erwerbsvoraussetzungen für Aktien bei der Veba-Privatisierung erreicht werden ¹⁵⁵⁾ oder bei dem Einkommen, von dem ab seit dem 1.1.1968 die Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben wird. ¹⁵⁶⁾

Wie bereits dargelegt wurde, sind dabei die Selbständigen nicht - wie das fast durchweg geschehen ist - entgegen unserer ordnungspolitischen Vorstellung in einem Vermögensbildungs-Programm einfach auszuschließen. Sie sind vielmehr in den Kreis der zu Fördernden einzubeziehen, d.h. auch Investitionen kleinerer personenbezogener Unternehmungen sollten entsprechend begünstigt werden. Damit könnte es möglich sein, die sehr unscharfe "Mittelstandspolitik" in ein allgemeines Konzept zur Vermögensstreuung mit einzuschließen. ¹⁵⁷⁾ Insbesondere bei den Selbständigen dürften jedoch Einkommensgrenzen allein nicht ausreichend sein, da hier

155) Bei Ledigen 14.000 DM, bei Verheirateten 28.000 DM Jahreseinkommen

156) Rund 16.000 DM bzw. bei Verheirateten 32.000 DM Jahreseinkommen

157) Im Mai 1966 wurde von den "Mittelstandspolitikern" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefordert, auch "das Sparen im eigenen Betrieb" wie das allgemeine Sparen zu begünstigen. Diese Pläne sind jedoch bisher nicht konkretisiert worden; vgl. o.A., Förderung für das Sparen im eigenen Betrieb, in: Handelsblatt vom 9.5.1966

bereits bei der Einkommensermittlung steuerliche Vergünstigungen bestehen, die von Lohn- und Gehaltsempfängern nicht in Anspruch genommen werden können (z.B. bei der Bewertung und bei Abschreibungen). Wenn eine einheitliche Einkommensermittlung aus den einzelnen Produktionsfaktoren (einschließlich des Unternehmergewinns) nicht durchführbar erscheint, wäre daran zu denken, die Einkommensgrenzen durch einen Vermögensnachweis zu ergänzen, der sich - insbesondere mit fortschreitender Vermögensbildung - ebenso auf die Arbeitnehmer erstrecken müßte. Darüber hinaus wäre in einer wachsenden Wirtschaft eine zeitliche Anpassung der Einkommensgrenzen an die Einkommensentwicklung zu erwägen.

Bei der Frage, ob Steuervergünstigungen oder Prämien vorzuziehen sind, sollte grundsätzlich der Prämie der Vorzug gegeben werden. Einmal kommen Steuervergünstigungen in erster Linie den höheren Einkommensklassen zugute. Ein Vorschlag von Föhl läuft darauf hinaus, den Abzug von Ersparnissen bei der Steuerschuld zuzulassen und die Inanspruchnahme einer derartigen Vergünstigung - durch Umwandlung der indirekten Steuern in eine direkte Besteuerung unter gleichzeitiger Erhöhung der Bruttolöhne bzw. -gehälter und mit einer späteren Nachversteuerung beim Entsparen - auch für die kleineren Einkommensbezieher möglich zu machen. ¹⁵⁸⁾ Dieser Vorschlag erscheint vor allem aus zwei Gründen als Alternative zur bestehenden Sparförderung un-

¹⁵⁸⁾ Auf Einzelheiten muß hier verzichtet werden; siehe Föhl, Carl, u.a., Kreislaufanalytische Untersuchung ..., a.a.O., S. 147 ff.

geeignet: Erstens hat auch Föhl primär die Förderung des Geldsparens im Auge. Zweitens wären so grundlegende Änderungen unseres Finanz- und Steuersystems erforderlich, daß ein derartiger Weg schon aus diesem Grunde nicht realistisch erscheint.

Für die Prämie spricht auch ein psychologischer Gesichtspunkt: Sie stellt eine direkte, sichtbare Förderung der Vermögensanlage dar im Gegensatz zur Erhöhung des Nettoeinkommens aufgrund steuerlicher Abzugsmöglichkeiten. Hinzu kommt, daß sich die Höhe der Prämie für die einzelnen Einkommensklassen ohne Schwierigkeiten differenzieren läßt. Eine solche Differenzierung dürfte aber notwendig sein; denn eine feste Einkommensgrenze würde - wie Bosch mit Recht betont - "immer eine Willkür des Gesetzgebers in sich schließen".¹⁵⁹⁾ Eine degressive Staffelung der Prämie nach Einkommensklassen vermeidet allerdings nicht ganz "Übergangshärten" bei Einkommensgrenzen. Aber sie hat den Vorzug, daß der Vorwurf der Willkürlichkeit von Einkommensgrenzen vermieden wird.¹⁶⁰⁾ Außerdem

159) Bosch, Werner, Vermögensstreueung, a.a.O., S. 264

160) Aus dem Kommentar des Bundesfinanzministeriums (im Finanzbericht 1966) zur festen Einkommensgrenze im neuen niederländischen Prämienspargesetz darf geschlossen werden, daß insbesondere variable Einkommensgrenzen mit degressiven Prämienquoten auch in der Bundesrepublik nicht grundsätzlich abgelehnt werden (a.a.O., S. 237). - Bei Realisierung unseres Vorschlages würde nach unserer Auffassung auch ein großer Verwaltungsaufwand vermieden. Angenommen, das zu versteuernde Jahreseinkommen 1967 sollte als Kriterium für die Prämiengewährung im Jahre 1969 dienen. Das relevante Einkommen ist dann aus dem Einkommensteuerbescheid zu entnehmen, wird bei Durchführung des Lohnsteuerjahresausgleichs festgestellt oder ist - soweit kein Lohnsteuerjahresausgleich beantragt wird - aus

muß man gegen das bestehende System der Förderungsmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt einer breiteren Vermögensstreuung zugunsten der unteren Einkommensklassen weit eher den Vorwurf der Willkürlichkeit erheben.

Für den Einzelnen ergeben sich die Höchstbeträge im Rahmen einer staatlichen Förderung bereits dadurch, daß nur die unteren Einkommensklassen begünstigt werden sollen, die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen aber in ihrer Sparfähigkeit letztlich auch objektiv begrenzt sind. Dennoch müssen gesetzliche Grenzen gezogen werden, um die Gefahr des Mißbrauchs - z.B. durch sogenannte "Strohänner", wie sie vor allem in der Vergangenheit beim Bezug von Volksaktien vermutet wurden - möglichst gering zu halten. Geeigneter als starre Beträge erscheinen hierzu bestimmte Prozentsätze vom jeweiligen Einkommen, wobei die gesamtwirtschaftliche Sparquote als Orientierungsmaßstab dienen könnte, ergänzt durch Abweichungen der Sparraten bei den einzelnen Einkommensklassen. Damit ließen sich auch entsprechend differenzierte Anreize zur Vermögensbildung in das System einbauen. Der jeweilige Höchstsatz (z.B. 20 Prozent in der untersten begünstigten Einkommensklasse, unter 5 Prozent in der höchsten) sollte insgesamt und nicht nebeneinander für die geförderten Sparformen gelten.

der Lohnsteuerkarte ersichtlich. Als positiver Nebeneffekt wäre zu werten, wenn dadurch das Interesse am Lohnsteuerjahresausgleich steigen würde (Der Jahresausgleich könnte verlangt werden, wenn ein Freibetrag in der Lohnsteuerkarte eingetragen wird.).

Wir sind uns darüber im klaren, daß dieses grob skizzierte Programm keine Patentlösung darstellt und die verschiedenen Elemente keineswegs alle als neu anzusehen sind. Es ging uns hier lediglich darum, die R i c h t u n g aufzuzeigen, die nach unserer Auffassung in der Vermögenspolitik eingeschlagen werden muß, um 1. zu versuchen, eine nachhaltigere Verteilungskorrektur der Produktivvermögen als bisher zu erreichen, 2. dabei jedoch der Eigeninitiative des Einzelnen zur Vermögensbildung den Vorrang vor Zwangsmaßnahmen einzuräumen, 3. die Vermögenspolitik nicht allein auf eine Umverteilung zwischen "Selbständigen" und "Unselbständigen" zu beschränken, 4. dabei jedoch das bestehende "Förderungskonglomerat" zu systematisieren und zu modifizieren.

Spezielle Probleme unseres gezielten Vorschlages einer Förderung der Vermögensbildung über die Einkommensverwendung sind im folgenden noch näher zu erörtern.

b) Die "Harmonisierung der Sparförderung"

Der insbesondere von den Banken mit Nachdruck vorgebrachte Hinweis, die Vermögensbildung müsse mit dem Sparbuch beginnen, ¹⁶¹⁾ hat offensichtlich zu Mißverständnissen geführt. Auch wir haben die Auffassung vertreten, daß eine Propagierung der Vermögensbildung beim Geldsparen ansetzen muß, daß

161) Vgl. z.B. o.A., Breitgestreute Vermögensbildung, Am Anfang steht das Sparbuch, in: Deutsche Sparkassenzeitung Nr. 84, Bonn 1967

Sparwille und Spartätigkeit Voraussetzungen dafür sind, dem Gedanken der Vermögensbildung breite Resonanz zu verschaffen. Aber es erscheint an der Zeit, mit der Vorstellung aufzuräumen, daß Geldsparen mit Vermögensbildung in dem Sinne gleichzusetzen sei, wie sie als gesellschaftspolitisches Ziel angestrebt wird. Veränderungen bei den Spareinlagen der Banken sind allein kein Indiz dafür, daß sich die Bereitschaft zur Vermögensbildung gewandelt hat. Im Gegenteil: Soll eine breitere Streuung des Produktiv Eigentums erreicht werden, so wird ein Sinken der Spareinlagen ceteris paribus immer dann zu begrüßen sein, wenn kleinere Einkommensbezieher ihre Geldersparnisse für Beteiligungen am Produktivvermögen verwenden und/oder ihre Geldsparrate zugunsten des Sparens z.B. in Beteiligungspapieren verringern.

Die Bundesregierung stellt heraus, daß neben der eigenverantwortlichen Altersvorsorge bei der staatlichen Sparförderung ausschließlich das gesellschaftspolitische Motiv der Eigentumsförderung im Mittelpunkt stehe; eine erfolgreiche Eigentumspolitik setze aber "ein langfristiges Programm", eine "Kontinuität der Förderungsmaßnahmen" voraus, im Gegensatz zu "Maßnahmen aus kapitalmarktpolitischen und wohnungsbaupolitischen Gründen". 162) Wenn demnach gegenwärtig eine

162) Der jetzige Bundesfinanzminister Franz-Josef Strauß, Finanzwirtschaft und Steuerpolitik im Zeichen der Konjunkturbelebung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 117/1967, S. 999

breitgestreute Vermögensbildung als ein Hauptziel angesehen wird, ¹⁶³⁾ so kann es auch nicht Aufgabe der staatlichen Sparförderung sein, alle Sparformen gleich zu behandeln: Es sind vielmehr diejenigen in den Mittelpunkt zu stellen, die am besten geeignet erscheinen, dieser Zielsetzung zu dienen. Insofern erscheint auch der Hinweis von Hussong gerechtfertigt, daß sich dem Gesetzgeber, wenn er die verschiedenen Sparformen gleichmäßig behandeln will, die Aufgabe stellt, "ihrer verschiedenen Ausstattung und ihrem unterschiedlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Gehalt durch entsprechende Differenzierungen Rechnung zu tragen". ¹⁶⁴⁾ Derartige Argumente gegen eine "Harmonisierung" der bestehenden Sparförderungsmaßnahmen richten sich vor allem gegen die Forderungen nach Beseitigung der - auch nach Erlaß des Kumulierungsverbotes - ¹⁶⁵⁾ bestehenden Sonderbegünstigung des Bausparens. Sie sind jedoch im allgemeinen ebenso interessentengebunden wie die Forderungen der Banken und Sparkassen nach Gleichbehandlung aller Sparformen. ¹⁶⁶⁾ Auch wir befürworten eine "Harmonisierung" der

163) Vgl. auch S. 134 ff. dieser Arbeit

164) Hussong, Jürg-Peter, Sparen gleich Sparen?, in: Der Volkswirt, Nr. 4/1963, S. 139 f.

165) Vgl. S. 147 dieser Arbeit

166) In diesem Zusammenhang dürfte eine Begründung für die "Harmonisierung der Sparförderung" aus Kreisen des Realcredits interessant sein, wonach eine Gleichbegünstigung aller Sparformen dazu beitragen könnte, den Absatz von Wertpapieren, insbesondere öffentlicher Anleihen, zu erleichtern; vgl. Heß, Guido, Zur Harmonisierung der Sparförderung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Nr. 13/1967, S. 266 f. - Heß geht aber über die Forderung nach "Harmonisierung" hinaus, wenn er die Frage aufwirft: "Was läge ... näher als eine bevorzugte Förderung des Wertpapiersparens, zumal

Sparförderung - allerdings im Rahmen des im vorigen Abschnitt dargelegten Vorschlages zu einer gezielten Vermögenspolitik: Es sollen nur **b e s t i m m t e** Sparformen gefördert, diese aber **g l e i c h** begünstigt werden.

Wenn als Argument für eine Gleichbehandlung **a l l e r** Sparformen angeführt wird, daß der Bürger mündig sei und keine Entscheidungshilfen oder Leitlinien zum Sparen brauche, ¹⁶⁷⁾ so müßte konsequenterweise der Schluß berechtigt sein, daß auf jede staatliche Sparförderung verzichtet werden könnte. Das Ziel der Vermögensstreuung geht aber über das Ziel einer vermehrten Ersparnisbildung hinaus, und wir haben dargelegt, daß nicht davon ausgegangen werden kann, daß die Masse der Sparer das Ziel dauerhafter Vermögensbildung anstrebt. Will man nicht die vermögenspolitische Zielsetzung selbst in Zweifel ziehen, so muß auch die Berechtigung einer selektiven Förderung bestimmter Anlageformen anerkannt werden.

c) Nochmals: Die Frage der Vermögensanlage

Im vorigen Abschnitt wurde erneut unterstrichen, daß die Vermögenspolitik von der Frage nach den Vermögensanlagen nicht zu trennen ist. So hebt auch Bosch hervor, daß sparfähigen und sparwilligen Familien ausreichende Sachvermögens-

der Staatskredit gerade auf das Wertpapiersparen besonders angewiesen ist" (a.a.O., S. 267)?

167) Vgl. Heß, Guido, a.a.O., S. 266

anlagen angeboten werden müssen, "damit sich die neue Vermögensbildung nicht zu sehr auf Geldvermögensbildung beschränkt". ¹⁶⁸⁾ Da heute Beteiligungspapiere bis zu einem Nennwert von 50 DM gestückelt werden, könnte gegen eine staatliche Förderung, die nur Sparformen des Produktivvermögens berücksichtigt, nicht eingewandt werden, daß dann die kleineren Einkommensbezieher bzw. Sparer von den Förderungsmaßnahmen ausgeschlossen wären.

Für den Erwerb von Eigentumswohnungen, Eigenheimen, größeren Beteiligungen (z.B. GmbH-Anteilen) oder zur Förderung der gewerblichen Unternehmerinitiative bei Arbeitnehmern kann jedoch im allgemeinen auf einen Ansparprozeß nicht verzichtet werden. Mit anderen Worten: Ein Teil auch des langfristigen Vermögenssparens im Sinne der vermögenspolitischen Zielsetzung wird sich immer zuerst in Geld vollziehen müssen. Derartige Ansparprozesse zum Erwerb rentierlicher Sachanlagen können aber in eine gezielte Vermögensförderung, wie wir sie vorgeschlagen haben, mit einbezogen werden, wenn ex ante eine entsprechende Zweckbindung dieser Geldsparbeträge festgelegt wird. Ein solcher Gedanke erscheint keineswegs unrealistisch. Seine Verwirklichung würde z.B. für den Bausparer bedeuten, daß er eine Sparprämie - oder vielmehr eine Vermögensprämie; denn es soll ja die Vermögensbildung gefördert werden und nicht das "Sparen" -

168) Bosch, Werner, Vermögensstreuung, a.a.O., S. 243

nur dann erhält, wenn er die angesammelten Ersparnisse für entsprechende Anlagen in der Wohnungswirtschaft verwendet, nicht jedoch - wie das heute der Fall ist - auch dann, wenn die prämienbegünstigte Ersparnis nach Ablauf der Sperrfrist wieder zur freien Verfügung steht. Damit stellt sich allerdings die Forderung, diese Geldsparbeträge, die dann nicht entsprechend angelegt werden, zu den marktüblichen Bedingungen zu verzinsen. 169)

Von den möglichen Formen des Geldsparens haben wir allein die Geldanlage in öffentlichen Anleihen in unseren Vorschlag, eine breitere Vermögensbildung über die Einkommensverwendung durch staatliche Prämien für bestimmte Vermögensanlagen - oder für das Ansparen zur Anlage in bestimmten Vermögensformen - zu fördern, mit einbezogen. Wir haben im vierten Abschnitt dieses Kapitels ausführlich begründet, warum wir es für notwendig halten, im Hinblick auf die vermögenspolitische Zielsetzung nicht nur eine breitere Streuung des Produktivvermögens, sondern auch des öffentlichen Gemeinschaftsvermögens, das keiner direkten Beteiligung in Eigentumsanteilen zugänglich ist, anzustreben. Damit wären Industrieobligationen, die wir - wie sich aus unserer Untersuchung im dritten Kapitel ergab - nicht zu den Anlageformen gerechnet haben, deren Erwerb unter vermögenspolitischen

169) Das ist derzeitig z.B. beim Bausparen nicht der Fall. - Auf die besonderen Probleme der Bausparkassen, die in der Bundesrepublik nach einer Periode großen Nachholbedarfs an Wohnungen und aufgrund des Kumulierungsverbotes zur Zeit einen Anpassungsprozeß durchmachen, kann hier nicht eingegangen werden; vgl. z.B. Heller, Georg, Das Bauspardilemma, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.6.1967

Gesichtspunkten durch staatliche Prämien gefördert werden sollte, insofern gegenüber öffentlichen Anleihen benachteiligt.

Diese Differenzierung kann durchaus eine positive Wirkung haben. Wir kamen im dritten Abschnitt dieses Kapitels zu dem Ergebnis, daß bei den Aktiengesellschaften noch genügend Raum für Kapitalerhöhungen vorhanden ist. Ein Aus-schluß der Industrieobligationen von der Sparförderung der öffentlichen Hand könnte daher dazu beitragen, Umstrukturiierungen in der Unternehmensfinanzierung von der Fremdzur verstärkten Eigenfinanzierung von außen zu stimulieren. 170) Biber, der für das Vermögenssparen in festverzinslichen Wertpapieren eintritt, schlägt vor, "gewisse Elemente der Partnerschaft, wie sie bei den Aktien juristisch bestehen, in das Anleihepapier zu übernehmen", und versteht darunter eine "Verstärkung der Publizität, vielleicht verbunden mit Einräumung gewisser Informationsrechte, die evtl. auch einer neu zu schaffenden Repräsentanz der Gläubiger zugestanden werden könnten". 171) Auch die Verwirklichung dieser Forderung erschiene uns unter vermögenspolitischen Aspekten noch keineswegs ausreichend, um eine öffentliche Förderung a l l e r festverzinslichen Wertpapiere durch Prämien zu rechtfertigen. Anders liegt der Fall jedoch dann, wenn es sich um Wandelanleihen

170) Vgl. in diesem Zusammenhang auch Anmerkung 53)
in diesem Kapitel

171) Biber, Wilhelm, a.a.O., S. 33

bzw. um Kombinationen von Industrieanleihen mit Aktien oder Investmentanteilen handelt, d.h. wenn in der Anleihe lediglich ein Übergang zum echten Miteigentum gesehen werden kann. Derartige Anlageformen sollten in ein gezieltes Vermögensbildungsprogramm, wie es von uns skizziert wurde, mit einbezogen werden.

Wie wir bereits erwähnt haben, kann allerdings die Privatwirtschaft nicht völlig auf Fremdfinanzierung verzichten.¹⁷²⁾ Daraus mag sich der Vorwurf ergeben, die von uns unter vermögenspolitischen Gesichtspunkten vorgeschlagene Differenzierung zwischen öffentlichen und privaten Obligationen führe zu einer "Spaltung des Rentenmarktes". Dem wäre jedoch einmal entgegenzuhalten, daß eine solche Spaltung, soweit sie - wie oben dargelegt - zu möglichen Kapitalerhöhungen führt, an Bedeutung verlieren würde. Zum anderen ist zu bedenken, daß es uns nur um einen Teilbereich der Ersparnisbildung eines bestimmten Kreises von Einkommensempfängern geht. Es darf folglich nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß bei einer Verwirklichung unseres Vorschlages eine Plazierung von Industrieobligationen, auf die aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht zugunsten einer höheren Beteiligungsfinanzierung verzichtet werden kann, nur noch zu erschwerten Bedingungen möglich sein würde.

172) Vgl. Anmerkung 55) in diesem Kapitel

d) Ertragdenken und Vermögensstreuung

Gegen unseren Vorschlag einer gezielten Förderung nur weniger Sparformen kann u.E. auch nicht eingewandt werden, daß damit eine "Verzerrung des Zinsgefüges" verbunden sein müsse. Wir haben bereits angedeutet, daß auch die jetzige allgemeine Sparförderung zu einer "Spaltung der Zinssätze" geführt hat.¹⁷³⁾ Es besteht kein Zweifel darüber, daß dem Vermögenssparer nur mit einem Vermögen gedient ist, das eine Rendite erbringt. Aber es ergibt sich die Frage, ob es richtig erscheint, durch die Vermögensprämie ein Ertragdenken zu stützen, das ohne eine solche Vergünstigung zusammenbrechen müßte.

Mit anderen Worten: Es stellt sich das Problem, den Sparer einerseits an eine Vermögensbildung in dem von uns definierten Sinne heranzuführen, andererseits jedoch eine "Gewinnmitnahme", die sich lediglich durch die Gewährung einer Spar- oder Vermögensprämie ergibt, zu vermeiden. Das ist bei dem derzeitigen System der Sparförderung nicht möglich: Wenn auch häufig unklare Vorstellungen über die durch die Sparprämie zu erzielende effektive Verzinsung herrschen, so wird doch, insbesondere soweit in Geld bzw. Geldforderungen gespart wird, die Sparprämie im allgemeinen als zusätzliche Rendite angesehen, die letztlich nach Ablauf der bestehenden Sperrfrist die dann frei verfügbaren Ersparnisse erhöht, unabhängig davon, ob der Ansparprozeß für Konsumzwecke oder für eine langfristige Vermögensanlage erfolgte.

173) Siehe S. 108 dieser Arbeit

Dieses Problem läßt sich nach unserer Auffassung im Rahmen unseres Vorschlages zur Vermögensbildung lösen: Es ist klargestellt, daß die Vermögensprämie als Anreiz für die Verwendung von Ersparnissen zu bestimmten Vermögensanlagen gewährt wird, deren Rendite - mit Ausnahme öffentlicher Obligationen - nicht ex ante festgesetzt werden kann. Um zu vermeiden, daß eine Vermögensprämie ex post zu einer Verfälschung des effektiven Ertrages führt, könnte erwo-gen werden, die Prämie lediglich in Form eines unveräußer-lichen, vererblichen, innerhalb einer bestimmten Frist (z.B. ein Jahr) einzulösenden "Gutscheines" zu erstatten, der nur in eine Anlageform eingelöst werden kann, die dem vermögenspolitischen Programm entspricht. Es wäre denkbar, damit Prämie und marktwirtschaftliche Rendite dergestalt zu harmonisieren, daß sich die Ertragsüberlegungen bei einer Vermögensanlage weitgehend unabhängig von den Erwar-tungen auf eine staatliche Förderungsprämie vollziehen.

Auch der obige Vorschlag kann nur als Versuch gewertet wer-den, Renditedenken und Anreize zur Vermögensbildung durch Prämien voneinander zu trennen. Wer z.B. beim Aktienkauf einen Gutschein zum Erwerb einer weiteren Aktie erhält, kann selbstverständlich beide Aktien nach Ablauf einer festge-legten Sperrfrist veräußern und den Erlös aus der "Zusatz-

Aktie" der ursprünglichen Anlage als "Ertrag" zuschlagen. Dennoch dürfte die Gewährung der Vermögensprämie in Form eines Gutscheines eher als die derzeitige Regelung geeignet sein, die Sparer zu veranlassen, der marktwirtschaftlichen Rendite der einzelnen Anlageformen wieder größere Beachtung zu schenken. 174)

Es würde damit auch unterstrichen, daß die Rentabilität z.B. einer - im Rahmen unseres Vorschlages nicht prämiengünstigen - Industrieobligation im Vergleich zum begünstigten Aktienerwerb größer sein kann, die Prämie also nicht als zusätzliche Verzinsung gewährt wird, sondern in erster Linie als Anreiz, um eine breitere Streuung des privaten Produktivvermögens und des öffentlichen Gemeinschaftsvermögens über die Einkommensverwendung zu erreichen.

e) Das Problem der Sperrfristen

Die Frage der Sperrfristen für die Inanspruchnahme einer öffentlichen Vermögensprämie ist bereits eingehend diskutiert, 175) aber im Zusammenhang mit unseren Änderungsvorschlägen zur Sparförderung noch nicht abschließend gewürdigt worden. Es sei nochmals wiederholt, daß mit dem Steueränderungsgesetz 1966 neben dem Kumulierungsverbot als wichtigste Neuerung die Sperrfrist nach dem Sparprämien- und dem

174) Eines derartigen Gutscheines bedarf es u.E. nicht, wenn ein Selbständiger, der im Rahmen unseres Vorschlages ebenfalls prämiengünstigt ist, eine Sachinvestition tätigt. Hier könnte die Prämie direkt gewährt werden.

175) Siehe Kapitel III, Abschnitt 6

Wohnungsbau-Prämien-Gesetz um jeweils ein Jahr erhöht wurde. Die allgemeine Festlegungsfrist beträgt nunmehr sechs bzw. sieben Jahre. ¹⁷⁶⁾ Es darf vermutet werden, daß diese Änderungen in erster Linie auf fiskalischen Erwägungen beruhen und nicht Bestandteil einer besser gezielten Konzeption zur Förderung der personellen Vermögensbildung sind.

Wie unsere Untersuchung im dritten Kapitel gezeigt hat, werden sich jedoch hinsichtlich der vermögenspolitischen Zielsetzung gegen die Länge dieser Fristen keine ernsthaften Einwände erheben lassen, da die bisherigen Fristen kaum als ausreichend angesehen werden konnten. Die jederzeit freie Verfügbarkeit über die selbst angesparten Beträge bleibt auch künftig - unter Verlust der Prämie - bestehen. Diese Möglichkeit müßte auch bei Verwirklichung unseres Vorschlages bezüglich der f r e i w i l l i g e n Vermögensanlagen gegeben sein. ¹⁷⁷⁾ Wird dagegen ein Investivlohn in der von uns dargelegten Form mit einbezogen, ¹⁷⁸⁾ würde eine vorzeitige freie Verfügbarkeit dem Zweck dieses vermögenspolitischen Instrumentes widersprechen. Hier dürfte erst nach Ablauf der Sperrfrist die freie Verwendung der Ersparnisse gestattet werden.

176) Einzelheiten vgl. in: Zweites Gesetz zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung, a.a.O.

177) Bei Investitionen prämiengünstigter Selbständiger wäre auf eine "Festlegungsfrist" zu verzichten. Hier könnte jedoch die Bedingung gestellt werden, daß es sich um Investitionen handelt, die z.B. nicht innerhalb eines Jahres abzuschreiben sind.

178) Siehe Abschnitt 5 a) dieses Kapitels.

Nach unseren Darlegungen soll - öffentliche Obligationen ausgenommen - nur derjenige Sparer eine Vermögensprämie erhalten, der sich direkt oder indirekt am gewerblich genutzten Sachvermögen beteiligt. Zwar läßt die Wahl der Sparform noch keineswegs Schlüsse darüber zu, ob die Ersparnisse für konsumtive Zwecke oder als dauernde Vermögensanlage gehalten werden sollen. Nur wenn sich der Sparer ein Eigenheim errichtet oder eine Unternehmung gründet, wird man eine derartige Vermögensanlage vermuten dürfen. Dennoch dürfte die These gerechtfertigt erscheinen, daß das "Vermögensbewußtsein" und damit die Bereitschaft zur Erhaltung und Vermehrung des Vermögensbestandes in dem Maße wächst, in dem in "weniger abstrakten" Formen gespart wird: Der psychologische Widerstand gegen die Auflösung eines Sparkontos z.B. für eine Urlaubsreise dürfte geringer sein als der gegen die Auflösung eines Aktien-Depots für den gleichen Zweck. 179)

Wird demnach einerseits das Geldsparen auch bei

179) Anderer Auffassung ist Schmölders, Günter, Das Wertpapiersparen, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 7/1962, S. 282 f., wenn er es als "ganz unwahrscheinlich" bezeichnet, daß die Masse der kleinen Sparer "die ihnen aufgedrängten Besitztitel nicht bei guter Gelegenheit wieder abstoßen sollten". Die Untersuchung von Schmölders liegt jedoch bereits einige Jahre zurück. Heute dürfte der Hinweis auf mangelnde "Information und Kenntnisse" (a.a.O., S. 283) erheblich an Bedeutung verloren haben. - So wird unsere These vielmehr durch das Ergebnis einer neuen statistischen Analyse der Bundesbank gestützt, wonach sich die Zahl der Kundendepots bei den Kreditinstituten Ende 1966 nur um rd. 80.000 gegenüber 1965 verringerte, obwohl im Jahre 1965 - in erster Linie durch die Teilprivatisierung der Veba - per Saldo 1,2 Mill. Kundendepots neu eingerichtet worden waren. Daneben ist der Nominalwert der Depotbestände 1966 weiter angewachsen; siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 6/1957, S. 16

Verwirklichung unseres Vorschlages künftig seine Bedeutung schon deshalb behalten, weil es zumindest als liquider als andere Sparformen angesehen wird, so ist andererseits das Sparen in Beteiligungspapieren hinsichtlich des vermögenspolitischen Zieles auch deshalb von Gewicht, weil die Bereitschaft zur Vermögensauflösung nicht in gleichem Maße wie beim Geldsparen unterstellt werden kann. Wir sind daher der Auffassung, daß die Wirksamkeit z.B. einer fünf- oder sechsjährigen Sperrfrist im Hinblick auf eine Förderung des Vermögensbewußtseins bei einem Sparen in Beteiligungspapieren größer ist als beim Geldsparen. Je mehr es ferner gelingt, insbesondere bei dieser Sparform das Eigentumsbewußtsein an Produktionsmitteln zu vertiefen, desto weniger stellt sich das Problem, eine Spar- oder Vermögensprämie mit einer langen Ausschlußfrist von der freien Verfügbarkeit über das prämiengünstigt angesammelte Vermögen zu verknüpfen.

Die Festlegungszeiten im Rahmen unseres Vorschlages sollten folglich nicht mehr als zehn Jahre betragen, wobei jedoch die Sperrfrist für alle Anlageformen unseres Programms gleich lang zu bemessen wäre. Es könnte allerdings in Betracht gezogen werden, die Sperrfrist in Verbindung mit der Prämienhöhe variabel zu gestalten, d.h. die Vermögenssparer der untersten Einkommensklasse, die die höchste Prämie erhalten, mit ihrer Vermögensanlage auch der längsten Festlegungsfrist zu unterwerfen. Damit würde einem Ergebnis unserer Untersuchung im dritten Kapitel Rechnung getragen, wonach insbeson-

dere von der untersten Einkommensklasse am wenigsten erwartet werden darf, daß zum Zweck einer langfristigen Vermögensbildung gespart wird. In diesem Zusammenhang ist jedoch nochmals auf die Gefahr hinzuweisen, daß eine zu lange Festlegungsfrist den Anreiz der Vermögensprämie mindern, wenn nicht gar kompensieren kann.

7. Ausblick: Widersprüche in der Vermögenspolitik

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß auch die von uns vorgeschlagenen Korrekturen an der derzeitigen Förderung zur Vermögensbildung in der Bundesrepublik nicht zu einer Lösung aller Probleme führen. Es war auch nicht Sinn dieser Untersuchung, nach Patentlösungen zu suchen, die gar nicht vorhanden sein können. Vielmehr ging es uns darum, einige der zahlreichen Irrtümer und der häufig interessentengebundenen Schlußfolgerungen und Vorschläge im Bereich der Vermögenspolitik - und insbesondere hinsichtlich der Rolle des Geldsparens als Grundlage einer breiteren personellen Vermögensbildung - darzulegen und zu diskutieren. Es ging uns ferner darum, als wirtschaftspolitische Konsequenz unserer Analyse in den ersten drei Kapiteln im letzten Teil unserer Arbeit im Rahmen der in der Bundesrepublik konstituierten Sozialen Marktwirtschaft Ansatzpunkte für eine besser gezielte Vermögenspolitik über die Einkommensverwendung aufzuzeigen. In den letzten Abschnitten schließlich wurde versucht, aufbauend auf den einzelnen Ergebnissen unserer

Arbeit ein geschlossenes Programm zur Förderung des Vermögenssparens der unteren und mittleren Einkommensklassen zu skizzieren. Diesen Vorschlag, dessen einzelne Elemente keineswegs erschöpfend und in allen ihren denkbaren Variationsmöglichkeiten dargestellt werden konnten, stellen wir zur Diskussion.

Im Hinblick auf die vermögenspolitische Zielsetzung selbst wird man sich beispielsweise mit der Feststellung von Ortlieb auseinandersetzen müssen, man dürfe nicht glauben, "in die Hände der Arbeitnehmer Kapitaleigentum tatsächlich so verteilen zu können, daß fast jeder neben seinem Arbeits-einkommen über relevantes Besitzeinkommen verfügt"; man könne mit der Forderung "Eigentum für alle" der Wirtschaftspolitik "nur einen Anstoß geben, daß etwas geschieht, um die wachsende Vermögenskonzentration etwas zu bremsen". 180) Wenn wir auch die Resignation, die aus der Bemerkung Ortliebs spricht, nicht teilen, so sind wir doch auch der Auffassung, daß jede Vermögenspolitik im Rahmen unserer wirtschaftlichen Ordnung stets nicht mehr als ein Anstoß zur Eigeninitiative des Einzelnen sein kann, sich am wachsenden Produktivvermögen zu beteiligen. Allerdings muß auf Grund unserer Untersuchung festgestellt werden, daß dieser Anstoß von seiten

180) Ortlieb, Heinz-Dietrich, Revision der Einkommensverteilung durch Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, in: Einkommensverteilung und Vermögensbildung in der Bundesrepublik (Lebendige Wirtschaft, Bd. 22, Veröffentlichungen der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, e.V.), Opladen 1964, S. 38

der öffentlichen Hand bisher zu wenig zielstrebig erfolgte, daß man in dem großen Konglomerat unter dem Deckmantel "Vermögenspolitik" zu viele Ziele und Interessentengesichtspunkte vermengte, als daß mit einem nennenswerten Erfolg für eine breitere Streuung des Produktiveigentums gerechnet werden konnte. Es fällt schwer, den Vorwurf zu vermeiden, daß hier von seiten der Politiker häufig Zusagen gegeben wurden, deren Einlösbarkeit von vornherein in Frage stehen mußte.

Daher darf es nicht Wunder nehmen, daß sich die Stimmen derer mehren, die jedes Bemühen um eine breitere Vermögensstreuung von vornherein als zum Mißerfolg verurteilt ansehen. So sieht Ortlieb in einer Verbesserung der Ausbildungschancen, dem Ausbau der Sozialversicherung und vor allem in einer verstärkten Vollbeschäftigungs- und Wachstumpolitik die geeignetsten Mittel, "das Wohl der unteren Einkommensschichten" am besten zu fördern. ¹⁸¹⁾ Die gleiche Auffassung vertritt von Loesch, der die These, jede Vermögenspolitik sei letztlich zum Scheitern verurteilt, primär mit dem Hinweis auf eine Dynamisierung des Lebensstandards und ständig steigende Aufwandsnormen begründet. ¹⁸²⁾

181) Ortlieb, Heinz-Dietrich, Revision ..., a.a.O., S. 47

182) Loesch, Achim von, Die große Illusion, in: Der Volkswirt, Nr. 10/1965, S. 366 f.

Es kann hier nicht näher auf die Problematik des "Wachstumsglaubens" eingegangen werden, der in der Bundesrepublik nunmehr - über die Vorschriften des "Stabilisierungsgesetzes"¹⁸³⁾ hinaus - als Zielprojektion von Wachstumsraten in der Wirtschaftspolitik offenbar seinen festen Platz gefunden hat. Um nicht mißverstanden zu werden: Die Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums für eine bessere Befriedigung der bestehenden, durch die technische Entwicklung ständig vermehrten und laufend neu geweckten Bedürfnisse der Wirtschaftssubjekte soll keineswegs unterschätzt werden. Eine wachsende Wirtschaft ist auch die entscheidende Voraussetzung dafür, bestehende Ungleichgewichte in der Einkommens- und Vermögensverteilung ohne direkte Eingriffe in die bestehende Verteilung gleichsam unmerklich zu korrigieren. Aber Wachstum allein darf nicht als der künftige "deus ex machina" zur Bereinigung aller gegenwärtig ungelösten Probleme angesehen werden. ¹⁸⁴⁾ Absolut steigende Einkommen können z.B. leicht über die Entwicklung der Relationen hinwegtäuschen, und aus Einkommenssteigerungen resultierende Erhöhungen der Sparguthaben sind allein kein Indiz für eine Änderung der Vermögensverteilung. Wir glauben, mit den

183) Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8.6.1967, BGBl. I, S. 581

184) In der Tat neigen die Menschen dazu, "sich an den Zahlen des volkswirtschaftlichen Wachstums zu berauschen und ihre Steigerung als höchstes Ziel allen Strebens zu proklamieren" (Jecht, Horst, Staatliche Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 147).

Ergebnissen unserer Untersuchung hinreichend begründet zu haben, daß die Erwartungen, die hinsichtlich einer breiteren Vermögensbildung allein an die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums geknüpft werden, entgegen der Auffassung von v. Loesch ohne eine aktive Vermögenspolitik des Staates - weit eher als die vermögenspolitische Zielsetzung selbst - als "große Illusion" bezeichnet werden müssen. 185)

Hinsichtlich der Sozialversicherung stellt sich das Problem, daß die öffentliche Hand zwar mit der Vermögenspolitik die Beseitigung wirtschaftlicher Abhängigkeiten propagiert, gleichzeitig aber die eigenverantwortliche Vorsorge durch ständige Ausweitung der sozialen Zwangsversicherung hemmt und die Abhängigkeit vom Kollektiv manifestiert. So ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Sozialversicherungsbeiträge das eigene Zweck- und Zielsparen mindern müssen und daß den Zwangsversicherten die Mittel für eine eigene Kapital- und Eigentumbildung fehlen. 186) Liefmann-

185) Loesch, Achim von, Die große Illusion, a.a.O., S. 366

186) Vgl. z.B. Pfister, Bernhard, Marktwirtschaft und soziale Sicherheit, in: Wir fordern eine zielklare Wirtschafts- und Sozialpolitik (Tagungsprotokoll der dritten Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft), Ludwigsburg 1955, S. 35; Back, Joseph M., Wirtschaftliche Freiheit oder Soziale Sicherheit, in: Ordnungsprobleme der Wirtschaft (Wirtschaftswissenschaftliche Tagung Bad Ischl, 1955), Wien 1957, S. 116

Keil stellt fest, daß sich auf der anderen Seite die Sozialleistungen in wachsendem Maße als Ersatz für eine Eigentumsbildung erweisen: "Sie sind wie jeder Ersatz ein unvollkommenes Substitut ... Die Politik der sogenannten Einkommensumverteilung ändert die Voraussetzungen für eine Verteilungspolitik, die Eigentumspolitik sein soll. Die sogenannte Umverteilung mindert die Dringlichkeit und begrenzt die Möglichkeiten einer derartigen Politik". 187)

So ergibt sich ein Widerspruch, wenn z.B. von Loesch, ausgehend von "dem Hintergrund einer dynamischen Bedarfsentwicklung" in "mehr Sozialpolitik ... ohnehin die Voraussetzung für eine Vermögenspolitik" sieht. 188) Wenn man gleichsam die Garantie eines jeweils genormten Lebensstandards und eine totale staatliche Sicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter verlangt, so müßte sich vielmehr zwangsläufig die Folgerung ergeben, daß damit ein wesentliches Motiv zur Vermögensbildung entfällt. Denn sieht man von der kollektiven Zwangsversorgung ab, so besteht neben dem assoziativen Weg über die Gefahrengemeinschaft, den der Einzelne selbst gestalten kann, vor allem der individuelle Weg, der mit dem vermögenspolitischen Ziel harmoniert. Bei einer totalen kollektiven Fürsorge des Staates bleibt aber für eine eigenverantwortliche Vorsorge, eine Verknüpfung

187) Liefmann-Keil, Elisabeth, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1961, S. 409

188) Loesch, Achim von, Die große Illusion, a.a.O., S. 367

von Vorsorge und langfristiger Vermögensbildung - und damit auch der Bildung von vererblichem Vermögen - kein Raum.

Eine Lösung dieses Problems kann allein darin gesehen werden, daß die Kollektiv-Vorsorge auf das Notwendigste zum Lebensunterhalt beschränkt wird. Dieses Ziel wird jedoch gegenwärtig in der Bundesrepublik keineswegs angestrebt. Vielmehr besteht die Tendenz, das System der kollektiven Vorsorge in ständigem Maße weiter auszubauen. Damit werden aber gleichzeitig die Aussichten immer geringer, daß eine breitere Eigentumsbildung von den inzwischen bereits entstandenen kollektiven Sicherungsformen wieder freimachen könnte: Die Einzelleistungen der sozialen Sicherung haben sich nicht nur - wie Achinger feststellt - in die Lebensform von heute "eingefressen", ¹⁸⁹⁾ sie "fressen" sich darüber hinaus zunehmend weiter ein.

Eine ganz andere Frage, die in unserer Untersuchung wiederholt anklang, ist dagegen die, ob eine Förderung zur Vermögensbildung nicht vielleicht deshalb überflüssig sei, weil es allein als Angelegenheit des mündigen Staatsbürgers angesehen werden müsse, in eigenem Ermessen über die Verwendung seines Einkommens, seiner Ersparnisse und seiner Vermögensanlagen zu entscheiden. Insbesondere hinsichtlich der breiteren Streuung von Produktivvermögen scheint diese Frage allein deshalb berechtigt zu sein, weil die Trennung zwi-

189) Achinger, Hans, Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik, Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat, Hamburg 1958, S. 151

schen einer investiven Vermögensanlage und der konsumtiven Verwendung nicht zuletzt auf den Unzulänglichkeiten eindeutiger statistischer Abgrenzungen beruht. 190) Die Anschaffung z.B. einer Waschmaschine oder eines Kühlschranks könnte zumindest dann zum "Produktivvermögen" gerechnet werden, wenn es der Hausfrau erst durch eine damit verbundene Rationalisierung der Hausarbeit möglich wird, daneben noch berufstätig zu sein. Zudem: Wenn durch den Kauf der Waschmaschine laufende Ausgaben für die Wäscherei entfallen, so ist längerfristig sogar eine Rentabilität dieser "Investition" denkbar. Schließlich: Je mehr Freizeit dem Einzelnen zur Verfügung steht, desto stärker gewinnt auch das "Do-it-yourself" in Bereichen an Bedeutung, die eindeutig dem Produktionssektor zuzurechnen sind. 191)

Wenn daher die Grenze zwischen "Hausratsvermögen" und Erwerbsvermögen nicht immer klar zu ziehen ist, so trifft doch dieser Vorwurf nicht den Kern des Problems: Die Konzentration der Masse des Produktivvermögens. Entkleidet man den Hinweis auf den "mündigen Staatsbürger" seiner Interessenten-gebundenheit, so bleibt festzuhalten, daß dieser auch bei den bestehenden Förderungsmaßnahmen zur Vermögensbildung

190) Vgl. Kapitel III, Abschnitt 2 ba). - Vgl. auch Henschel, Rudolf, Probleme der Vermögensbildung der Arbeitnehmer, in: Einkommensverteilung und Vermögensbildung in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 110

191) So hat z.B. die Werkzeug- und Maschinenbauindustrie bereits damit begonnen, sich den Strukturänderungen ihres Abnehmerkreises anzupassen; vgl. Fickel, Franz W., Der Freizeit-Konsument, in: Der Volkswirt Nr. 51-52/1962, S. 95

frei war in seiner Entscheidung, sich am Produktivvermögen zu beteiligen oder darauf zu verzichten. Es sei nochmals betont, daß auch wir die Aufgabe der Vermögenspolitik primär darin gesehen haben, **A n r e i z e** zur Eigeninitiative zu geben. Selbst wenn man unter den besprochenen Bedingungen einen Investivlohn in der von uns dargelegten Form einführen würde, so könnte beispielsweise auch eine sechsjährige absolute Sperrfrist lediglich als Versuch gewertet werden, den Staatsbürger zur Erhaltung und Vermehrung eines langfristigen Vermögensbestandes oder gar zur Bildung vererblichen Vermögens **a n z u r e g e n**. Wer das nicht will, den kann man in unserer Wirtschaftsordnung nicht dazu zwingen.

Die entscheidende Problematik der Vermögenspolitik liegt letztlich darin, daß auf der einen Seite "Mündigkeit" und "Eigeninitiative" gefordert, auf der anderen Seite aber dem Staatsbürger gerade diese Eigenschaften abgesprochen werden. Zwischen den beiden Extremen - einerseits die freie Entscheidung des Einzelnen und die Gesetze des Marktes und andererseits die totale Staatsversorgung - besteht nur bei Begrenzung des Kollektivs genügend Raum für eine gezielte Vermögenspolitik im Rahmen unserer Sozialen Marktwirtschaft. Je mehr man diesen Raum einengt - ganz gleich aus welchen Motiven und unter Verfolgung welcher Ziele -, desto zweifelhafter wird in der Tat die Wirksamkeit jeder Maßnahme, mit der das Ziel verfolgt werden soll, eine breitere personelle Streuung des Produktivvermögens zu fördern.

Literaturverzeichnis

A. Veröffentlichungen mit Angabe des Autors

- Abb, Fritz Hilfe zur Selbsthilfe, in: Der Volkswirt, Nr. 17/1962
- Achinger, Hans Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik, Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat, Hamburg 1958
- Afelddt, Heik Infrastrukturbedarf bis 1980. Eine Bedarfs- und Kostenschätzung notwendiger Verkehrs-, Bildungs- und Versorgungseinrichtungen für die Bundesrepublik Deutschland (Prognos-Studien, Bd. 2), Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1967
- Arndt, Klaus-Dieter Einkommens- und Vermögensbildung in der wachsenden Wirtschaft, Vortrag auf der wirtschaftspolitischen Tagung der SPD in Essen (3. bis 5. Oktober 1963), Hetographierte Abschrift
- Back, Joseph M. Wirtschaftliche Freiheit oder Soziale Sicherheit, in: Ordnungsprobleme der Wirtschaft (Wirtschaftswissenschaftliche Tagung Bad Ischl, 1955), Wien 1957
- Bartels, Hildegard Der "Private Verbrauch" in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1956
- Dieselbe, Systematisches Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1962
- Biber, Wilhelm Vermögensstreuung als volkswirtschaftliches Leitbild (als Manuskript gedruckt), München 1961
- Blume, Otto Sparmotive und Spartätigkeit sozialer Gruppen, in: Sparkasse, Heft 7, Bonn 1959
- Böhm, Franz Mitbestimmung, in: Konsequente Marktwirtschaft, die Heimat aller Schaffenden (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 27), Ludwigsburg 1966

- Böhm-Bawerk, Eugen von Kapital und Kapitalzins, 2. Abteilung: Positive Theorie des Kapitals, Bd. 1, 4. Auflage Jena 1921
- Boehme, Heiner Geldwertbewußtsein und Sparerverhalten (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 878 - Als Manuskript gedruckt -), Köln/Opladen 1960
- Bombach, Gottfried Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie, in: Einkommensverteilung und technischer Fortschritt (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 17), Berlin 1959
- Derselbe, Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1959
- Derselbe, Vermögensbildung, in: Lohnpolitik und Vermögensbildung (Frankfurter Gespräch der List-Gesellschaft), Tübingen 1964
- Bosch, Werner Ist die unfreiheitliche Vermögenszu- teilung das letzte Wort?, in: Konse- quente Soziale Marktwirtschaft, die Heimat aller Schaffenden (Aktionge- meinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 27), Ludwigsburg 1966
- Derselbe, Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, Ein Vergleich der Wirtschaftsordnun- gen in West- und Mitteldeutschland, Heidelberg 1960
- Derselbe, Vermögensstreuung, Eine Betrachtung über die Grundlagen der Vermögenspo- litik, Heidelberg 1965
- Brune, Ilse Lebensalter und Spartätigkeit, in: Sparkasse, Heft 2/3, Bonn 1966
- Cassel, Gustav Theoretische Sozialökonomie, 4. Auf- lage Leipzig 1927
- Cochrane, Willard W.; The Economics of Consumption, Eco- nomics of Decision Making in the Household, New York/Toronto/London 1956
- Bell, Carolyn Shaw
- Debatin, Otto Die Arbeitnehmer sind nicht interes- siert, in: Der Volkswirt, Nr. 39/1965

- Decken, Wolf von der Vergleich des Index der tariflichen Stundenlöhne mit dem Index der Bruttostundenverdienste, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1962
- Degner, Joachim Sparerschutzz durch Geldwertklauseln?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 20/1966
- Diester, Hans Der Eigentumsgeanke in der Wohnungswirtschaft (Schriftenreihe des Deutschen Industrieinstituts, Heft 4), Köln 1955
- Douglas, Paul Howard The Theory of Wages, New York 1934 (Reprint New York 1964)
- Duesenberry, James S. Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior, Cambridge/Mass. 1949
- Esenwein-Rothe, Ingeborg Wirtschaftsstatistik, Wiesbaden 1962
- Eucken, Walter Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Auflage, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1959
- Derselbe, Kapitaltheoretische Untersuchungen, 2. Auflage Tübingen/Zürich 1954
- Euler, Manfred Ausgewählte Vermögensformen in privaten Haushalten, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1964
- Derselbe, Dauer der Anschreibungsperiode und Genauigkeit der Ergebnisse bei Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, Eine Studie aufgrund der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1966
- Derselbe, Die Struktur des privaten Verbrauchs nach vorläufigen Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1965
- Derselbe, Vermögensbildung der privaten Haushalte, Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1967

- Fandré, Helmut Zum Problem der Streuung des Eigentums an Unternehmungen, Ein Beitrag zur Systematisierung der Miteigentumsdiskussion (Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Heft 15), Berlin 1961
- Fickel, Franz W. Der Freizeit-Konsument, in: Der Volkswirt, Nr. 51-52/1962
- Föhl, Carl, u.a. Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung (Gutachten, erstellt im Auftrage des Bundeswirtschaftsministeriums), Tübingen 1964
- Derselbe, Lohnpolitik, Verteilungspolitik und Geldwertstabilität, in: Lohnpolitik und Vermögensbildung (Frankfurter Gespräch der List-Gesellschaft), Tübingen 1964
- Friedmann, Milton Choice, Chance, and the Personal Distribution of Income, in: The Journal of Political Economy, Vol. 61, Chicago/Illinois 1953
- Fuchs, Arthur Wesen und Wirken der Kontrolle, Betrachtungen zum staatlichen Kontrollwesen in der Bundesrepublik (Bundesrechnungshof), Tübingen 1966
- Galbraith, John Kenneth Gesellschaft im Überfluß (deutsche Übersetzung von: The affluent Society), München/Zürich 1963
- Derselbe, The New Industrial State, London 1967
- Garding, Hartmut Finnlands Kampf gegen die Inflation, Erfahrungen mit dem Indexautomatismus (Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, N.F. Heft 33), Berlin 1966
- Gasser, Christian, und Meyer, Werner Der Schweizerische Kapitalmarkt, 1. Teil: Das Sparen der Haushalte, der Unternehmungen und des Staates, Zürich 1952
- Gefromm, Erich Das Eigentum aus Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1966
- Gehlen, Arnold, Soziologische Aspekte des Eigentumsproblems in der Industriegesellschaft, in: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung (Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1), Köln/Opladen 1960

- Geiger, Willi Eigentumsgarantie und sozialer Rechtsstaat, in: Eigentum und Eigentümer unserer Gesellschaftsordnung (Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1), Köln/Opladen 1960
- Ghaussy, A. Ghanie Verbrauchen und Sparen, Versuch einer kritischen Überprüfung der Keynes'schen Konsumfunktion an Hand der langfristigen Sparentwicklung in den USA (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 16), Berlin 1964
- Gnam, Arnulf Sparen in der vollbeschäftigten Wirtschaft, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 13/1964
- Grohmann, Heinz Einkommensstatistik, in: Umriss einer Wirtschaftsstatistik (hrsg. von Adolf Blind), Hamburg 1966
- Grün, Karl Herr im eigenen Haus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.5.1967
- Grunau, Joachim Vermögenspolitik in der Marktwirtschaft, in: ORDO, Bd. XVII/1966
- Grussendorf, Werner Grundlagen und Formen der Privatisierung (Schriftenreihe des Deutschen Industrieinstituts, Heft 9), Köln 1960
- Gutenberg, Erich Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmen, Köln 1959
- Haberler, Gottfried The Pigou Effect once more, in: The Journal of Political Economy, Vol. 60, Chicago/Illinois 1952
- Häussler, Erwin Konturen einer neuen Schicht, Stuttgart 1958
- Derselbe, Jedem sein Eigentum, Vermögensbildung in der modernen Gesellschaft, Stuttgart 1965
- Hahn, Albert Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, 3. Auflage Tübingen 1930
- Derselbe, Wirtschaftswissenschaft des gesunden Menschenverstandes, Frankfurt/M. 1955
- Hahn, L. Albert Index-Illusionen - Index-Folgen, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 13/1957

- Haller, Heinz Zur Problematik der Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben, in: Finanzarchiv, N.F. Bd. 19, 1958/59
- Hamer, Günter, und
Müller-Nagell, Helmut Der Private Verbrauch nach Verwendungszwecken und Lieferbereichen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1963
- Harrod, Roy F. Towards a Dynamic Economics, Some Recent Developments of Economic Theory and their Application to Policy, London 1948
- Heller, Georg Das Bauspardilemma, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.6.1967
- Henschel, Rudolf Probleme der Vermögensbildung der Arbeitnehmer, in: Einkommensverteilung und Vermögensbildung in der Bundesrepublik (Lebendige Wirtschaft, Bd. 22, Veröffentlichungen der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e.V.), Opladen 1964
- Heß, Guido Zur Harmonisierung der Sparförderung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Nr. 13/1967
- Hessler, Heinz-Dieter Gegenwartsprobleme staatlicher Anleihepolitik (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 1373), Köln/Opladen 1964
- Heuss, Ernst Die Verbindung von mikroökonomischer und makroökonomischer Verteilungstheorie (Walter-Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze, II), Tübingen 1965
- Hicks, John Richard The Theory of Wages, London 1932 (Sec. Edit., Reprint. 1966)
- Himmler, Ulrich Öffentlich-rechtliche Wettbewerbsbeschränkungen (Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V., Schriftenreihe, Heft 38), Köln/Berlin/Bonn/München 1967
- Hornef, Heinrich Was verlangt das neue Gesetz?, in: Der Volkswirt, Nr. 25/1965
- Huhle, Fritz Sparwille und Sparfähigkeit als Komponenten der Spartätigkeit, Zur Entwicklung des Kontensparens, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 1), Berlin 1958

- Hussong, Jürg-Peter Sparen gleich Sparen?, in: Der Volkswirt, Nr. 4/1963
- Ilau, Hans Der Sinn des Eigentums, in: Hat der Westen eine Idee? (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 7), Ludwigsburg 1957
- Jahr, Günther, und Stützel, Wolfgang Rentenempfänger oder Gesellschafter?, in: Der Volkswirt, Nr. 25/1963
- Jecht, Horst Finanzpolitik und Kapitalbildung (Sammlung Recht und Staat, Nr. 217), Tübingen 1958
- Derselbe, Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, in: Einkommensbildung und Einkommensverteilung (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 13), Berlin 1957
- Jetter, Karl Die Gewinnbeteiligung in Frankreich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.8.1967
- Jevons, William Stanley The State in Relation to Labour, London 1882
- Johnson, Harry Gordon Income Distribution, the Offer Curve, and the Effects of Tariffs, in: The Manchester School of Economic and Social Studies, Vol. 28, Manchester 1960
- Derselbe, International Trade, Income Distribution and the Offer Curve, in: The Manchester School of Economic and Social Studies, Vol. 27, Manchester 1959
- Jungblut, Michael Zwangskartell gegen Verbraucher, in: Die Zeit vom 13.10.1967
- Kade, Gerhard Die logischen Grundlagen der mathematischen Wirtschaftstheorie als Methodenproblem der theoretischen Ökonomik, Berlin 1958
- Kaldor, Nicholas Alternative Theories of Distribution, in: Essays on Value and Distribution, London 1960 (zuerst veröffentlicht in: The Review of Economic Studies, Vol. 23, 1955/56)
- Derselbe, A Modell of Economic Growth, in: The Economic Journal, Vol. 67, London 1957

- Kalecki, Michael Theory of Economic Dynamics, An Essay on Cyclical and Long-Run Changes in Capitalist Economy, London 1954
- Kaminsky, Walter Die Teilzahlungsbanken (Taschenbücher für Geld, Bank und Börse, Bd. 3), Frankfurt/M. 1962
- Katona, George Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Über die Beziehungen zwischen Nationalökonomie, Psychologie und Sozialpsychologie (deutsche Übersetzung), Tübingen 1960
- Derselbe, Die Macht des Verbrauchers (deutsche Übersetzung), Düsseldorf/Wien 1962
- Katona, George;
Lininger, Charles
A.; Mueller, Eva;
u.a. 1964 Survey of Consumer Finances, Michigan 1965
- Katona, George;
Mueller, Eva Consumer Attitudes and Demand 1950 - 1952, Michigan 1953
- Kermann, Otto Die Funktionäre drängen, in: Der Volkswirt, Nr. 8/1965
- Keynes, John Maynard A Treatise on Money, London 1932, deutsch: Vom Gelde, Neudruck Berlin 1955
- Derselbe, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936, deutsch: Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Neudruck Berlin 1952
- Klüber, Franz Eigentumstheorie und Eigentumspolitik, Osnabrück 1963
- Korte, Bernhard, und
Oberhofer, Walter Zur Verweildauer von Spareinlagen, in: Sparkasse, Heft 14, Bonn 1966
- Krelle, Wilhelm Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft, in: Einkommensbildung und Einkommensverteilung (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. Bd. 13), Berlin 1957
- Derselbe, Breitere Vermögensstreuung oder nicht?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 15/1964
- Derselbe, Verteilungstheorie, Tübingen 1962
- Derselbe, Wachstum und Einkommensverteilung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 119, Tübingen 1963

- Külp, Bernhard Der Anteil der Arbeiter und Unternehmer am Sozialprodukt, Einige neue gesamtwirtschaftliche Theorien zur Verteilung, Ihre Darstellung und Weiterentwicklung, Diss. Freiburg i.B. 1957
- Derselbe, Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 84), Berlin 1965
- Küng, Emil Eigentum und Eigentumspolitik, Tübingen/Zürich 1964
- Kunze, Otto Von der wirtschaftlichen Mitbestimmung zur Unternehmensverfassung, in: Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft (Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsfragen), Köln 1963
- Lauterbach, Albert Psychologie des Wirtschaftslebens, Hamburg 1962
- Leber, Georg Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Dokumentation, Bd. 1 bis 4, Frankfurt/Main 1964 bis 1966
- Liefmann-Keil, Elisabeth Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1961
- Lindrath, Hermann Keine Freiheit ohne Eigentum, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 102/1959
- Loesch, Achim von Arbeitnehmer und Vermögensbildung, in: der Volkswirt, Heft 27/1957
- Derselbe, Die Grenzen einer breiteren Vermögensbildung, Zur Problematik der Eigentumspolitik, Frankfurt/Main 1965
- Derselbe, Die große Illusion, in: Der Volkswirt, Nr. 10/1965
- Lohmann, Martin Die westdeutschen Investitionen 1948-1957 und ihre soziale Problematik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 3/1958
- Lowinski, Leonhard Soziologische Bedeutung des Eigenheimbaues und die Möglichkeiten der Förderung des Eigenheimgedankens, in: Das Eigenheim, Eine soziologische und volkswirtschaftliche Analyse (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd. 48), Köln 1955

- Lübbert, Jens Untersuchungen zur Theorie der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung (Kieler Studien, Bd. 68), Tübingen 1964
- Lutz, Friedrich August Zinstheorie, 2. Auflage Zürich/Tübingen 1967
- Lydall, H.F. British Incomes and Savings, Oxford 1955
- Marchal, Jean Approches et catégories à utiliser pour une théorie réaliste de la répartition, in: Revue économique, Paris 1952
- Derselbe, Esquisse d'une théorie moderne des salaires et d'une théorie générale de la répartition, in: Revue économique, Paris 1955
- Derselbe, La théorie de la répartition du revenu national et les catégories de capitalistes, in: Revue économique, Paris 1959
- Marchal, Jean; Lecaillon, Jacques La répartition du revenu national, Tome I - III, Paris 1958
- Marx, Karl Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie (hrsg. von Friedrich Engels), Bd. 1 (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 23), Berlin 1962; Bd. 2 (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 24), Berlin 1963; Bd. 3, 8. Auflage Berlin 1961
- Meimberg, Rudolf Der Geldwert im Widerstreit der Interessen, Frankfurt/Main 1961
- Derselbe, Probleme des Richtigen im Leben der Gesellschaft, Berlin 1952
- Meinhold, Wilhelm Volkswirtschaftspolitik, München 1955
- Mengert, Friedrich Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Investitionen in den Jahren 1950 bis 1963, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1963
- Metzler, Lloyd Appleton Tariffs, the Terms of Trade, and the Distribution of National Income, in: The Journal of Political Economy, Vol. 57, Chicago/Illinois 1949
- Michel, Hartmut Eigentumpolitik, Voraussetzungen und Wirkungen in psychologischer Sicht, Tübingen 1962

- Mill, John Stuart Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie (Deutsche Übersetzung von Wilhelm Gehrig), 2. Auflage Jena 1924
- Mises, Ludwig Die Stellung des Geldes im Kreise der wirtschaftlichen Güter, in: Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. II, Wien 1933
- Möhring, Philipp Das Kreditwesengesetz (Taschenbücher für Geld, Bank, Börse, Bd. 6), 4. Auflage Frankfurt/Main 1966
- Molitor, Bruno Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, Tübingen 1965
- Müller, Bernhard Die Sparkassen im Wertpapiergeschäft, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 20/1966
- Mueller, Eva Consumer Reactions to Inflation, in: The Quarterly Journal of Economics, Bd. 73, Cambridge/Mass. 1959
- Muthesius, Volkmar Die Banken in der öffentlichen Meinung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 1/1968
- Derselbe, Wechselbalg "Volksobligation", in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 7/1962
- Nell-Breuning, Oswald Sparen ohne Konsumverzicht, in: Der Volkswirt, Nr. 37/1957
- Nemitz, Kurt Machtkonzentration und Machtkontrolle in der Wirtschaft, in: Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft (Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsfragen), Köln 1963
- Neumark, Fritz Zur Problematik der Grenzen des Staatskredits, in: Neue Beiträge zur Wirtschaftstheorie (Festschrift für Hans Mayer), Wien 1949
- Niehans, Jürg Die Wirkungen von Lohnerhöhungen, technischem Fortschritt, Steuern und Spargewohnheiten auf Preise, Produktion und Einkommensverteilung, in: Einkommensverteilung und technischer Fortschritt (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 17), Berlin 1959
- Noelle-Neumann, Elisabeth Der Ruf der Banken, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 1/1968

- Nöll von der Nahmer, Robert Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Versuch einer Lösung des Kreditproblems, Berlin 1934
- Oberhauser, Alois Finanzpolitik und private Vermögensbildung, Eine theoretische und empirische Untersuchung, Köln/Opladen 1963
- Ortlieb, Heinz-Dietrich Die Legende vom Volkskapitalismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 7/1962
- Derselbe, Revision der Einkommensverteilung durch Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, in: Einkommensverteilung und Vermögensbildung in der Bundesrepublik (Lebendige Wirtschaft, Bd. 22, Veröffentlichungen der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, e.V.) Opladen 1964
- Pareto, Vilfredo Manuel d'économie politique, Trad. sur l'édition italienne, 2. édit. Paris 1927
- Pasinetti, Luigi L. Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth, in: The Review of Economic Studies, Vol. 29, Edinburgh and London 1962
- Paulsen, Andreas Liquidität und Risiko in der Wirtschaftlichen Entwicklung, Ein Beitrag zur Dynamischen Wirtschaftstheorie, Frankfurt a. Main/Berlin 1950
- Derselbe, Neue Wirtschaftslehre, Einführung in die Theorie von John Maynard Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, 2. Auflage Berlin/Frankfurt a. Main 1952
- Derselbe, Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums, in: Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 15), Berlin 1959
- Peters, Hans Die unterschiedlichen Auffassungen von der Wirkung des Sparens und die moderne Wachstumstheorie, Versuch einer Synthese (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 11), Berlin 1960

- Pfister, Bernhard Marktwirtschaft und Soziale Sicherheit, in: Wir fordern eine zielklare Wirtschafts- und Sozialpolitik (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll, Nr. 3), Ludwigsburg 1955
- Philippovich, Eugen von Grundriß der politischen Ökonomie, Bd. 1, 19. Auflage Tübingen 1926
- Pigou, Arthur Cecil Employment and Equilibrium, Sec. Edit. London 1949
- Pohmer, Dieter Zur Abstimmung des Steuersystems auf die Wirtschaftsordnung, in: Finanzarchiv, N.F. Bd. 15, 1954/55
- Preiser, Erich Besitz und Macht in der Distributions-theorie, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 3. Auflage Göttingen 1963
- Derselbe, Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 3. Auflage Göttingen 1963
- Derselbe, Gestalt und Gestaltung der Wirtschaft, Tübingen 1934
- Derselbe, Multiplikatorprozeß und dynamischer Unternehmervergewinn, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 3. Auflage Göttingen 1963
- Derselbe, Sparen und Investieren, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 159, 1944
- Derselbe, Wachstum und Einkommensverteilung, Heidelberg 1961
- Raab, Gustav Die Sparformen und ihre Bedeutung für die Kapitalbildung, Diss. Wien 1963
- Reichenau, Charlotte von Die Kapitalfunktion des Kredits, Jena 1932
- Reimann, Winfried Fragwürdige Volksobligationen, in: Handelsblatt vom 12.9.1967
- Rose, Klaus Theorie der Außenwirtschaft, Berlin/Frankfurt am Main 1964
- Derselbe, Theorie der Einkommensverteilung, Wiesbaden o.J.
- Rosenstiel, Frederick H. Galbraith und die moderne Aktiengesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.10.1967

- Ruggles, Richard Volkseinkommen und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (deutsche Übersetzung), Wien/Stuttgart 1952
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1965 (Stabilisierung ohne Stagnation), Stuttgart/Mainz 1965
- Derselbe, Jahresgutachten 1967 (Stabilität im Wachstum), Bundesratsdrucksache 600/67
- Scheele, Erwin Die makroökonomische Theorie der Einkommensverteilung, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Bd. 13/1962 und Bd. 14/1963
- Schelle, Klaus Soll der Staat das Sparen fördern?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 12/1965
- Schleyer, Hans Martin Neue Aspekte in der Diskussion um die Mitbestimmung, in: Vortragsreihe des Deutschen Industrieministeriums, Nr. 36/1967
- Schmölders, Günter Das Bild vom Menschen in der neuen Sozialpolitik, in: Wirtschaftsordnung und Menschenbild, Geburtstagsgabe für Alexander Rüstow (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Schriftenreihe Heft 4), Köln 1960
- Derselbe, Das Wertpapiersparen, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 7/1962
- Derselbe, Die sogenannte "Zinsempfindlichkeit" des Sparer, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 15/1961
- Derselbe, Die Zahlungsgewohnheiten, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 3/1962
- Derselbe, Ökonomische Verhaltensforschung (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 71), Köln/Opladen 1957
- Derselbe, Ökonomische Verhaltensforschung, in: ORDO, Bd. V/1953

- Derselbe, Privatisierung der öffentlichen Wohnungsbaudarlehen, Ein Beitrag zur Eingliederung der Wohnungswirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft (Gutachten für den Bund der Steuerzahler e.V.), Frankfurt/Main 1966
- Derselbe, Wie denkt der Sparer über den Geldwert?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 17/1961
- Schneider, Erich Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I (Theorie des Wirtschaftskreislaufs), 12. Auflage Tübingen 1965
- Derselbe, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil III (Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung), 8. Auflage Tübingen 1964
- Derselbe, Einkommen und Einkommensverteilung in der makroökonomischen Theorie, in: L'industria, Milano 1957
- Derselbe, Wirtschaftlichkeitsrechnung, Theorie der Investition, 3. Auflage Tübingen/Zürich 1961
- Schneider, Ernst Georg Zur Frage der Vermögensbildung (Kieler Vorträge, N.F. Nr. 36), Kiel 1965
- Schöttler, Ernst Kontensparer von heute sind Konsumenten von morgen, in: Handelsblatt vom 20.6.1967
- Schreiber, Wilfried Das Auseinanderfallen von ordnungspolitischer Wünschbarkeit und persönlicher Motivation der Vermögensbildung, in: Lohnpolitik und Vermögensbildung (Frankfurter Gespräch der List-Gesellschaft), Tübingen 1964
- Schricker, Helmut Wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand und Unlauterer Wettbewerb, München/Köln/Berlin 1964
- Schumann, Franz Kein Sparerenschutz bei Kaufkraftminderung?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 7/1967
- Derselbe, Sparerenschutz bei Kaufkraftminderung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 14/1966
- Schwarz, Marti Inneres Sparen, Äußeres Sparen und wirtschaftliche Entwicklung, Ein Beitrag zur Spartheorie auf der Grundlage des Zeitprinzips, Diss. Darmstadt 1964

- Sobotschinski, Armin Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1963
- Spiegelhalter, Franz "Miteigentum" und "Gewinnbeteiligung" (Schriftenreihe der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Heft 17), Köln 1957
- Stigler, George Joseph Production and Distribution Theories, The Formative Period, New York 1949
- Stobbe, Alfred Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung (Kieler Studien, Bd. 59), Tübingen 1962
- Stöwe, Heinz Ökonometrie und makroökonomische Theorie, Stuttgart 1959
- Strauß, Franz-Josef Finanzwirtschaft und Steuerpolitik im Zeichen der Konjunkturbelebung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 117/1967
- Stucken, Rudolf Banken (Theorie), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. I, Stuttgart 1956
- Derselbe, Geld und Kredit, 2. Auflage Tübingen 1957
- Techtmann, Enno Steuervergünstigungen als wirtschaftspolitisches Mittel zur Förderung der Kapitalbildung in der Marktwirtschaft, Diss. Göttingen 1963
- Thissen, Norbert Die finanzpolitischen Instrumente der Eigentums politik in der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Berlin 1965
- Thünen, Johann Heinrich von Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Neudruck nach der Ausgabe letzter Hand (Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Bd. 13), 3. Auflage Jena 1930
- Tinbergen, Jan On the Theory of Income Distribution, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 77, 1956
- Trescher, Klaus Inwieweit betreiben bestimmte englische Geld- und Kreditinstitute das den deutschen Sparkassen entsprechende typische Geschäft? - Eine Studie unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung der englischen und deutschen Sparkassen für die Kapitalbildung und ihres Einflusses auf die Kapitalverwendung, Diss. Mainz 1966

- Voigt, Fritz Der volkswirtschaftliche Sparprozeß,
Berlin 1950
- Walras, Léon Eléments d'économie politique pure ou
théorie de la richesse sociale,
Réimpr. Paris 1952
- Weber, Adolf Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre,
7. Auflage Berlin 1956
- Weber, Max Die "Objektivität" sozialwissenschaft-
licher Erkenntnis, in: derselbe, So-
ziologie - Weltgeschichtliche Analysen
- Politik (hrsg. und erläutert von
Johannes Winckelmann), 2. Auflage
Stuttgart 1956
- Weddingen, Walter,
u.a. Die wirtschaftlichen Folgen des In-
vestivlohnes - unter besonderer Be-
rücksichtigung der Belastung des ge-
werblichen Mittelstandes - (als For-
schungsbericht erstattetes Gutachten
für das Bundesministerium für Arbeit
und Sozialordnung), Berlin 1964
- Weger, Günther Entscheidungen im kleinen Kreis, in:
Der Volkswirt, Nr. 30/1965
- Weintraub, Sidney An Approach to the Theory of Income
Distribution, Philadelphia 1958
- Weisser, Gerhard Eigentumspolitik als Ausweg zunehmen-
der sozialer Abhängigkeit, in: Eigen-
tum in der industrialisierten Gesell-
schaft, Göttingen 1958
- Welter, Erich Die Ursachen des Kapitalmangels in
Deutschland, Tübingen 1931
- Wilhelmi, Hans Neue Phase der Gesellschaftspolitik,
in: Bulletin des Presse- und Informa-
tionsamtes der Bundesregierung,
Nr. 242/1960
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirt-
schaftsministerium Gutachten vom 24.2.1957 (Probleme
von Index- und Preisgleitklauseln),
Gutachten, Bd. 5, Göttingen 1961
- Derselbe, Gutachten vom 29.1.1966 (Zur gegen-
wärtigen Preissituation), in: Bulle-
tin des Presse- und Informationsamtes
der Bundesregierung, Nr. 22/1966
- Wissmann, Bernhard Die Zinsempfindlichkeit der deutschen
Sparer (Untersuchungen über das Spar-,
Giro- und Kreditwesen, Bd. 15),
Berlin 1960
- Zaunitzer-Haase,
Ingeborg Nicht Herr im eigenen Haus, in: Die
Zeit vom 6.10.1967

B. Veröffentlichungen ohne Angabe des Autors

Börsenreform für Kleinaktionäre, in:
Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 11,
Bonn 1968

Breitgestreute Vermögensbildung; Am
Anfang steht das Sparbuch, in: Deutsche
Sparkassenzeitung, Nr. 84, Bonn 1967

Das Immobilien-Leasing-Zertifikat
stellt sich vor, in: Frankfurter All-
gemeine Zeitung vom 7.10.1967

Das Sparen im eigenen Betrieb, in:
Handelsblatt vom 9.5.1966

Das Wirtschaftsvermögen der öffentli-
chen Hand (Beiträge des Deutschen In-
dustrieministerrats, Heft 2), Köln 1963

Die Hälfte weniger Ratensparverträge,
in: Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 10,
Bonn 1968

Drei Millionen Arbeitnehmer bilden Ver-
mögen, in: Frankfurter Allgemeine Zei-
tung, vom 2.6.1967

Eigentumspolitikern wollen Sparbrief der
öffentlichen Hand durchdrücken, in:
Industriekurier vom 2.3.1968

Materialien zur Vermögensbildung in Ar-
beitnehmerhand - Thesen, Pläne, Gesetze
(hrsg. vom Institut für Städtebau, Woh-
nungswirtschaft und Bausparwesen e.V.),
Bonn 1965

Mitbestimmungskommission endgültig be-
nannt, in: Frankfurter Allgemeine Zei-
tung vom 5.12.1967

Nur jeder fünfzehnte Arbeiter nutzt
312-DM-Gesetz, in: Deutsche Sparkas-
senzeitung, Nr. 48, Bonn 1967

Schiller plädiert für Volksobligationen,
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
30.8.1967

Sozialpolitische Umschau: Sozialaus-
schüsse zur Mitbestimmung, in: Blick
durch die Wirtschaft vom 11.7.1967

Sparbrief-Experiment, in: Deutsche
Sparkassenzeitung, Nr. 9, Bonn 1968

Sparförderung in den Nachbarländern
(zusammengestellt von Peter Muthesius),
in: Zeitschrift für das gesamte Kredit-
wesen, Heft 6/1967

Volksobligationen nur im Konzept, in:
Christ und Welt vom 8.9.1967

Was geschieht nach der Sperrfrist?,
in Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 48,
Bonn 1967

C. Berichte, Protokolle, Statistiken

Das industrielle Bundesvermögen im Jahre 1965/66 (hrsg. vom Bundes-schatzministerium), Köln 1967

Finanzbericht 1966 (hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen), Bonn 1966

Finanzbericht 1968 (hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen), Bonn 1967

Geschäftsbericht der Deutschen Bank AG für 1966

Geschäftsbericht der Dresdner Bank AG für 1966

Handbuch des gesamten Kreditwesens, 7. Auflage Frankfurt/Main 1965

Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957 (hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann), Allensbach 1957

1966 - Leistung in Zahlen (hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft), o.O. 1967

Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 7/1962, Heft 4/1964, Heft 4/1967, Heft 6/1967, Heft 1/1968

Protokoll der 63. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20.2.1959 (3. Wahlperiode)

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1952, 1962, 1965, 1967

D. Gesetze

Aktiengesetz vom 6.9.1965, BGBl. I, S. 1089

Betriebsverfassungsgesetz vom 11.10.1952,
BGBl. I, S. 681

Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens
vom 20.6.1948, WiGBL (Gesetz- und Verord-
nungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinig-
ten Wirtschaftsgebietes), Nr. 15 vom 2.8.1948,
Beilage Nr. 5, S. 1

Gesetz über das Kreditwesen vom 10.7.1961
(KWG), BGBl. I, S. 881

Gesetz über die Gewährung von Prämien für
Sparleistungen (Spar-Prämiengesetz vom
5.5.1959, BGBl. I, S. 241, in der Fassung
vom 6.2.1963, BGBl. I, S. 90

Gesetz über die Gewährung von Prämien für Wohn-
bausparer (Wohnungsbau-Prämiengesetz) in der
Fassung vom 25.8.1960, BGBl. I, S. 713

Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitneh-
mer in den Aufsichtsräten und Vorständen der
Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und
Stahl erzeugenden Industrie vom 21.5.1951,
BGBl. I, S. 347

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des
Wachstums der Wirtschaft vom 8.6.1967, BGBl.
I, S. 581

Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der
Arbeitnehmer vom 12.7.1961, BGBl. I, S. 909

Gesetz zur Neuordnung von Steuern vom
16.12.1954, BGBl. I, S. 373

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutsch-
land vom 23.5.1949, BGBl. S. 1

Ladenschlußgesetz vom 28.11.1956, in der
Fassung vom 17.7.1957, BGBl. I, S. 782

Verordnung über die Festsetzung des Börsen-
preises von Wertpapieren vom 17.4.1967,
BGBl. I, S. 479

Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögens-
bildung der Arbeitnehmer (II. Vermögensbil-
dungsgesetz) vom 1.7.1965, BGBl. I, S. 585

Zweites Gesetz zur Überleitung der Haushalts-
wirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Fi-
nanzplanung (Steueränderungsgesetz 1966) vom
21.12.1966, BGBl. I, S. 702

Lebenslauf

Am 13. Juli 1938 wurde ich als Sohn des Eisenkaufmanns Erich-Arthur Brock und seiner Ehefrau Hertha, geborener Romann, in Frankfurt/Oder geboren. Die Volksschule besuchte ich von Herbst 1944 bis Frühjahr 1945 in Frankfurt/Oder und von Herbst 1945 bis Frühjahr 1949 in Celle/Hannover. Von 1949 bis 1958 war ich Schüler der Hermann Billung-Schule in Celle; hier legte ich im Frühjahr 1958 die Reifeprüfung ab.

Nach einem technischen Praktikum und mit zwischenzeitlichen kaufmännischen Praktika widmete ich mich dem Studium der Kultur-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften an der Technischen Hochschule Darmstadt und der Universität Mainz. Im Herbst 1964 bestand ich an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz die Staatsprüfung für Diplom-Volkswirte.

Seit dieser Zeit bin ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Herrn Professor Dr. Werner Bosch, Mainz, sowie im wirtschaftswissenschaftlichen Institut und in der Geschäftsstelle des Präsidialvereins eines finanz- und steuerpolitischen Verbandes tätig. Die mündliche Doktorprüfung legte ich am 29. Mai 1968 ab.

Mainz/Wiesbaden, im Mai 1968

Burghard Brock

